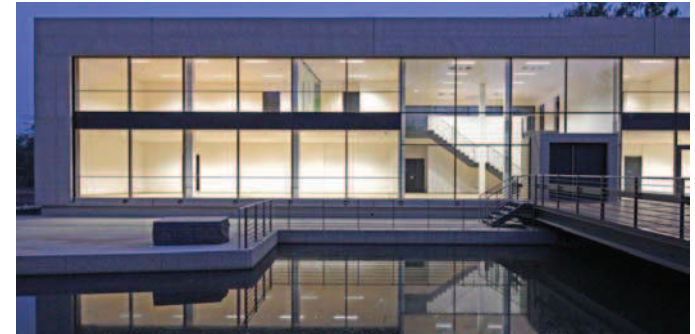




stadt
RÖSRATH



Schloss Eulenbroich | Bildungswerkstatt

Haushaltsbuch 2012 / 2013



HAUSHALT 2012 / 2013

RÖSRATH^{stadt}

Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>		<u>Seite</u>
Statistische Angaben	3	Anlagen	39
• Statistische Einwohnerentwicklung	4	• Verbindlichkeiten	40
• Schulen und Schülerzahlen	5	• Verpflichtungsermächtigungen und daraus fällig werdende Ausgaben	41
Haushaltssatzung	8	• Zuwendungen an Fraktionen	42
Vorbericht	11	• Entwurf Eröffnungsbilanz	44
Textteil		• Übersicht Entwicklung des Eigenkapitals	47
• NKF-Vorbemerkungen	12	• Berechnung Ausgleichsrücklage	48
• Ergebnis für das Haushaltsjahr 2010	19	• Stellenplan	49
• Situation im Haushaltsjahr 2011	21	• Übersicht Wirtschaftslage StadtWerke Rösrath	59
• Die Haushaltsjahre 2012/2013	24		
Ergebnisplan	26		
Finanzplan	34		
• Orientierungsdaten	37		

	<u>Seite</u>		<u>Seite</u>
▪ Interne Leistungsverrechnungen	73	▪ Übersicht der freiwilligen Leistungen	79

Haushaltsplan 2012/2013

• Allgemeine Vorbemerkungen / Erläuterungen	89	• Teilpläne der Budgets	
• Bewirtschaftungsgrundsätze / -vermerke	91	• Budget 01 – Allgemeine Finanzwirtschaft	235
• Haushaltssicherungskonzept	101	• Budget 02 – Personalvertretung	243
		• Budget 03 – Gleichstellung	247
• Gesamtplandaten Ergebnis- und Finanzplan	201	• Budget 04 – Rechnungsprüfung	251
• Gesamtergebnisplan	203	• Budget 05 – Fachbereich 1	259
• Gesamtfinanzplan	204	• Budget 06 – Fachbereich 2	299
• Teilpläne nach Produktbereichen	207	• Budget 08 – Fachbereich 4	369
		• Budget 09 – Fachbereich 5	403
		• Budget 10 – Fachbereich 6	409

Größe des Stadtgebietes: 38,80 qkm

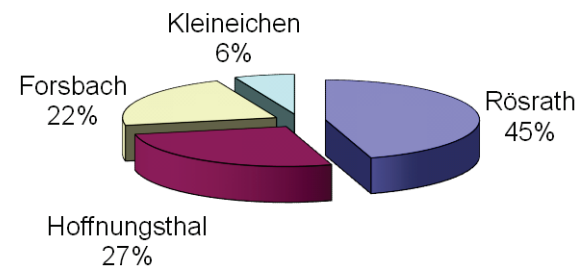
Statistische Angaben:

Einwohnerzahlen:

Die Einwohnerinnen und Einwohner unserer Stadt teilen sich wie folgt auf unsere 4 Stadtteile auf:

Rösrath	12.597
Hoffnungsthal	7.418
Forsbach	6.068
Kleineichen	1.763
Summe	27.846 *)

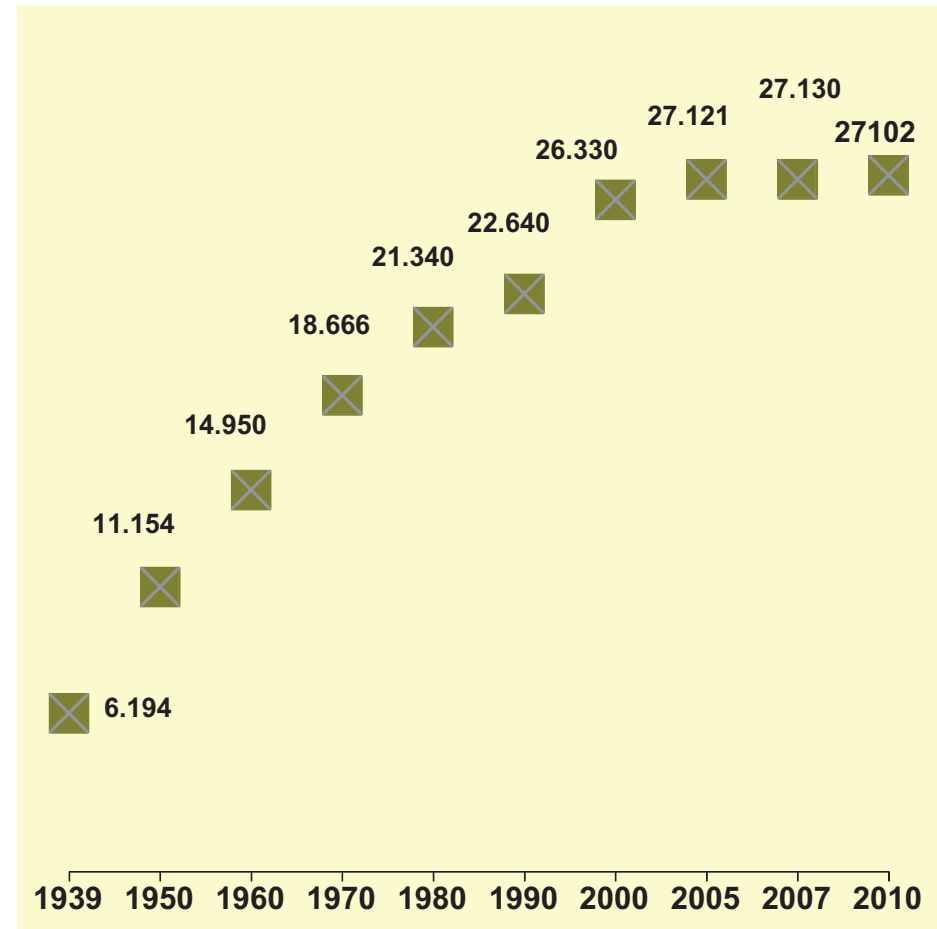
*) Eigene Fortschreibung (Hauptwohnsitze) zum 30.06.2010



Bevölkerungsentwicklung

nach der Fortschreibung des Landesbetriebes
Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW)

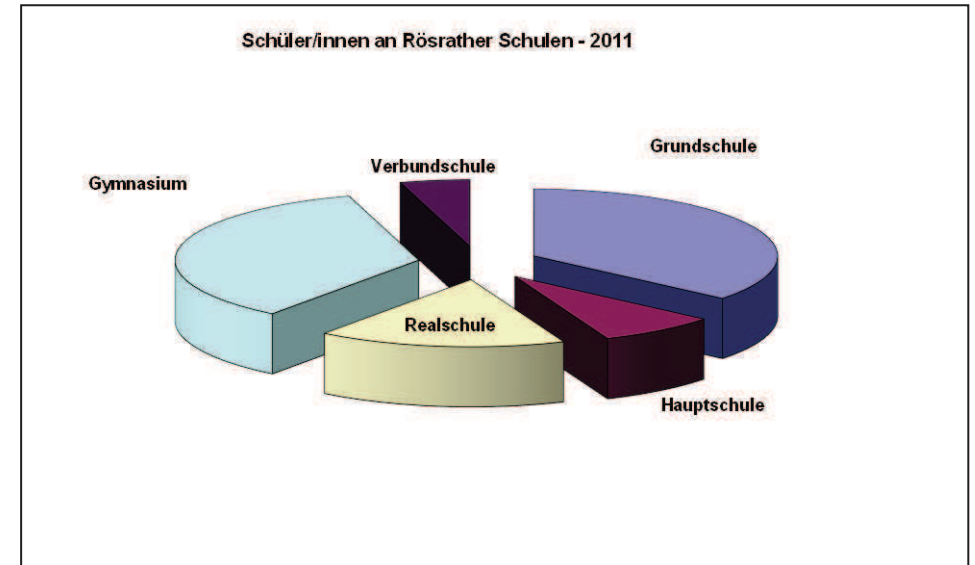
05.05.1939	=	6.194	31.12.2001	=	26.613
13.09.1950	=	11.154	31.12.2002	=	26.854
06.06.1961	=	14.980	31.12.2003	=	26.852
26.05.1970	=	18.666	31.12.2004	=	27.095
31.12.1975	=	20.891	31.12.2005	=	27.121
31.12.1980	=	21.340	31.12.2006	=	27.128
31.12.1985	=	21.371	31.12.2007	=	27.130
31.12.1990	=	22.644	31.12.2008	=	27.021
31.12.1992	=	23.560	31.12.2009	=	27.102
31.12.1994	=	24.056	31.12.2010	=	27.288
31.12.1996	=	24.658			
31.12.1998	=	25.251			
31.12.2000	=	26.330			



Schulen und Schülerzahlen:

Schülerinnen und Schüler
nach der Schulstatistik vom:
15. Oktober des Jahres ...

<u>Bezeichnung der Schule</u>	2009	2010	2011
Grundschulen der Stadt Rösrath	1.172	1.128	1.128
davon:			
GGS Hoffnungsthal	282	283	280
GGS Forsbach	254	237	245
GGS Rösrath	335	306	289
Kath. Grundschule Rösrath	301	302	314
Hauptschule Rösrath	292	263	247
Realschule Rösrath	559	536	515
Freiherr-vom-Stein-Schule	1.106	1.077	1.103
Käthe-Kollwitz-Schule	171	164	145
Schülerinnen und Schüler insgesamt:	3.300	3.168	3.138
 <i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>	<i>-0,15</i>	<i>-4,00</i>	<i>-0,95</i>

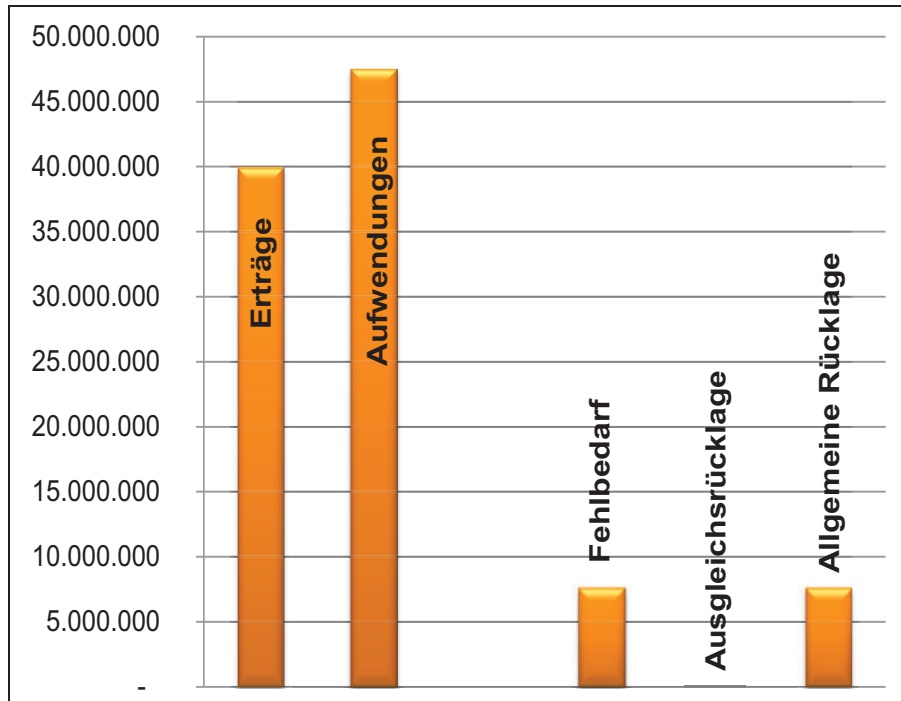


Schüler/innen an Schulen des Berufsschulverbandes

	2009	2010	2011
Berufskollegs Bergisch Gladbach:			
Berufsschule	139	114	111
Berufsfach-, Fach-/Fachoberschule	125	129	179
"Berufsschüler/innen" insgesamt	264	243	290
 <i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>	<i>-8,97</i>	<i>-7,95</i>	<i>19,34</i>

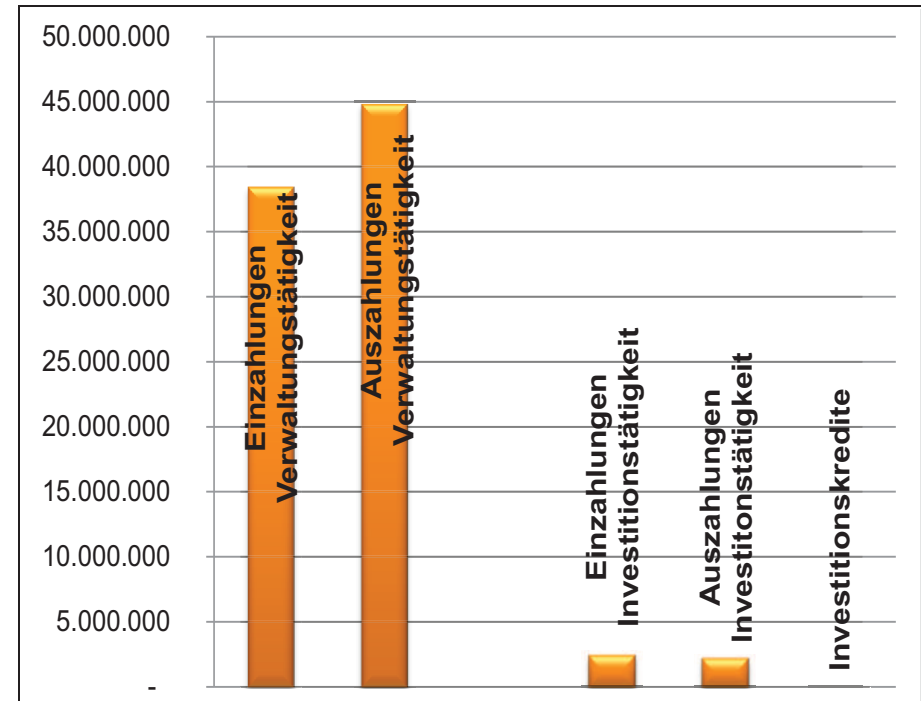
Ergebnisplan 2012

Erträge – Aufwendungen – Fehlbedarf
Inanspruchnahme des Eigenkapitals



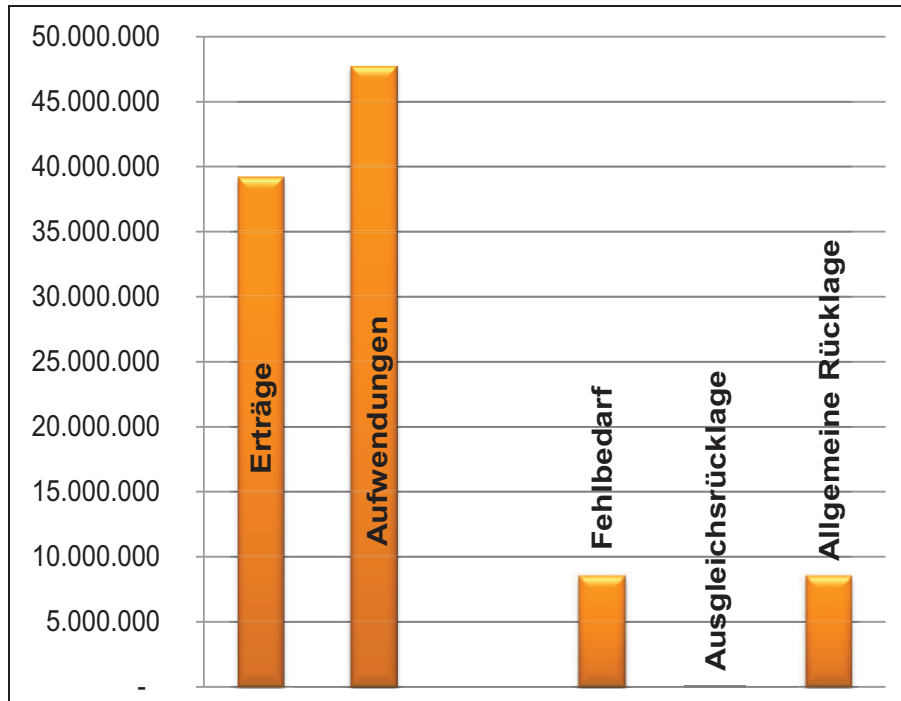
Finanzplan 2012

Einzahlungen – Auszahlungen
Kreditbedarf



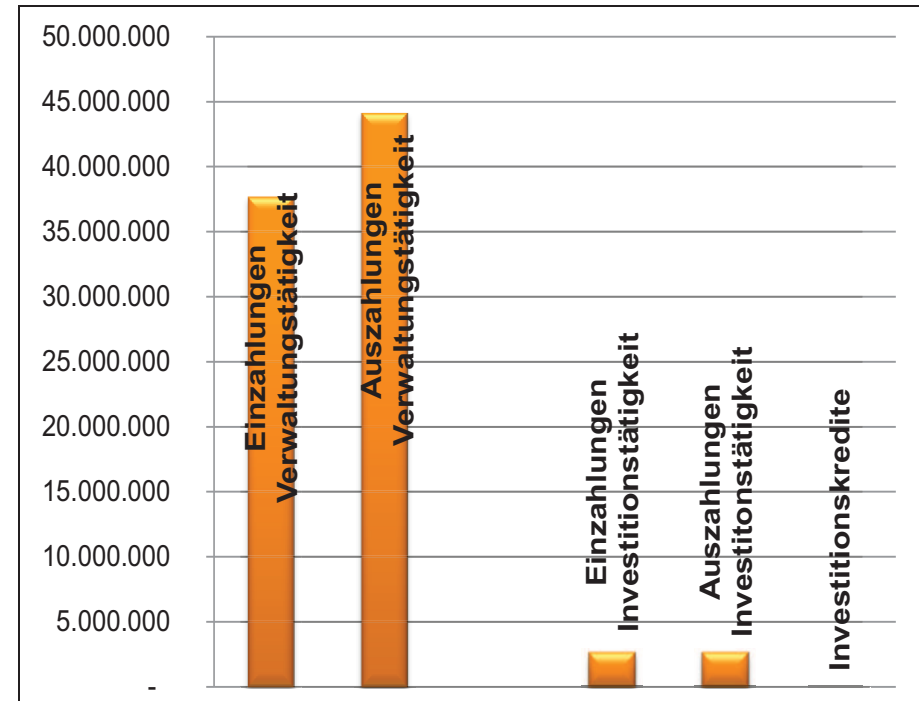
Ergebnisplan 2013

Erträge – Aufwendungen – Fehlbedarf
Inanspruchnahme des Eigenkapitals



Finanzplan 2013

Einzahlungen – Auszahlungen
Kreditbedarf



HAUSHALTSSATZUNG der STADT RÖSRATH für die Haushaltsjahre 2012 und 2013

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Mai 2011 (GV. NRW. S. 271), hat der Rat der Stadt Rösrath mit Beschluss vom 03. Juli 2012 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2012 und 2013, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Stadt voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Ergebnisplan mit	2012	2013
Gesamtbetrag der Erträge auf	39.935.700 €	39.186.220 €
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	47.498.610 €	47.701.710 €

im Finanzplan mit

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	38.396.300 €	37.646.820 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	44.791.300 €	44.106.470 €
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitions- und Finanzierungstätigkeit auf	2.434.500 €	2.621.300 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitions- und Finanzierungstätigkeit auf	2.962.400 €	3.417.500 €

§ 2

Kredite für Investitionen werden nicht veranschlagt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, die zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich sind, wird für

2012 auf	521.800 €
und	
2013 auf	1.559.100 €

festgesetzt.

§ 4

Zum Ausgleich des Ergebnisplanes wird die Verringerung der allgemeinen Rücklage

in 2012 auf	7.562.910 €
und	
in 2013 auf	8.515.490 €

festgesetzt.

§ 5

Die Höchstbeträge der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, werden
für das Haushaltsjahr 2012 auf 38.000.000 €
und für das Haushaltsjahr 2013 auf 43.000.000 €
festgesetzt.

§ 6

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern wurden für das Haushaltsjahr 2012 durch die Hebesatzsatzung vom 20.12.2011 mit den nachfolgend genannten Werten festgesetzt, weshalb diese Angabe hier lediglich deklaratorische Bedeutung hat. Für das Haushaltsjahr 2013 werden die Hebesätze noch in einer eigenen Hebesatzsatzung festgesetzt.

1.	Grundsteuer	
1.1	für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) für 2012	225 v.H.
1.2	für die Grundstücke (Grundsteuer B) für 2012	420 v.H.
2.	Gewerbsteuer für 2012	445 v.H.

§ 7

Nach dem Haushaltssicherungskonzept ist der Haushaltsausgleich im Jahre 2022 wieder hergestellt. Die dafür im Haushaltssicherungskonzept enthaltenen Konsolidierungsmaßnahmen sind bei der Ausführung des Haushaltsplanes umzusetzen.

§ 8

- (1) Soweit im Stellenplan der Vermerk „künftig wegfallend“ (kw) angebracht ist, dürfen insoweit freiwerdende Stellen nicht mehr besetzt werden.
- (2) Soweit im Stellenplan der Vermerk „künftig umzuwandelnd“ (ku) angebracht ist, sind insoweit freiwerdende Stellen in Stellen niedrigerer Besoldungs- oder Vergütungsgruppen umzuwandeln.

§ 9

- (1) Die in den Teilergebnisplänen der einzelnen Budgetbereiche ausgewiesenen Aufwendungen sind gegenseitig deckungsfähig, soweit der Haushaltsplan keine einschränkenden Vermerke ausweist und es sich nicht um Transferzahlungen (Aufwendungen der Kontenart 531 bis 533) handelt.
- (2) Gleiches gilt für die in den Teilfinanzplänen der einzelnen Budgetbereiche ausgewiesenen Auszahlungen aus Investitionstätigkeit, soweit der Haushaltsplan keine einschränkenden Vermerke ausweist.

§ 10

- (1) Als erheblich im Sinne von § 81 Abs. 2 Nr. 1 GO NRW gilt ein Fehlbetrag, der 3% der Aufwendungen des Ergebnisplanes übersteigt.
- (2) Als erheblich im Sinne von § 81 Abs. 2 Nr. 2 GO NRW sind zusätzliche Aufwendungen oder Auszahlungen dann anzusehen, wenn sie im Einzelfall 1% der Gesamtaufwendungen bzw. Gesamtauszahlungen übersteigen.

- (3) Nicht veranschlagte Investitionen, für die die Auszahlungen im laufenden Haushaltsjahr nicht mehr als 31.000 € betragen, gelten als geringfügig im Sinne von § 81 Abs. 3 Ziffer 1 GO NRW.
- (4) Als nicht nur geringfügige Erhöhung der Investitionsauszahlungen einer Einzelmaßnahme im Sinne von § 24 Abs. 2 GemHVO gelten Auszahlungserhöhungen von über 10%, mindestens jedoch mehr als 26.000 €.

§ 11

- (1) Als nicht erheblich im Sinne von § 83 Abs. 2 GO NRW - und damit mit der Zustimmung des Kämmerers leistbar - gelten über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen,
 - a) wenn die Summe der Mehraufwendungen bzw. Mehrauszahlungen je Planungsstelle nicht mehr als 10% des Haushaltsansatzes beträgt,

oder

- b) unbeschadet der Regelung nach Buchstabe a), wenn die Summe der Mehraufwendungen bzw. Mehrauszahlungen je Planungsstelle nicht höher als 26.000 € ist,

und

- c) unbeschadet der Regelungen nach Buchstabe a) und b), wenn die Aufwendungen bzw. Auszahlungen auf gesetzlicher oder tarifvertraglicher Grundlage beruhen.
- (2) Überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen brauchen dem Rat nach § 83 Abs. 2 GO NRW dann nicht zur Kenntnis gebracht werden, wenn
- (3) die Summe der Mehraufwendungen bzw. Mehrauszahlungen je Planungsstelle nicht mehr als 1% des Ansatzes beträgt

oder

- (4) unbeschadet der Regelung nach Buchstabe a), wenn die Summe der Mehraufwendungen bzw. Mehrauszahlungen je Planungsstelle nicht mehr als 2.000 € betragen.



Vorbericht
zum Haushaltsplan der

Stadt Rösrath

für die Haushaltsjahre 2012 und 2013

VORBEMERKUNGEN



Seit dem 1. Januar 2005 gilt im Land Nordrhein-Westfalen das Neue Kommunale Finanzmanagement (NKF). Damit steht fest, dass alle Kommunen des Landes bis zum Jahr 2009 ihr Rechnungswesen von der Kameralistik auf ein doppisches Haushalts- und Rechnungswesen auf der Basis der kaufmännischen doppelten Buchführung umstellen werden. Zum 01. Januar 2008 erfolgte die Umstellung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements für den gesamten Haushalt der Stadt Rösrath. Im Folgenden sind die Grundzüge der Doppik kurz dargestellt.

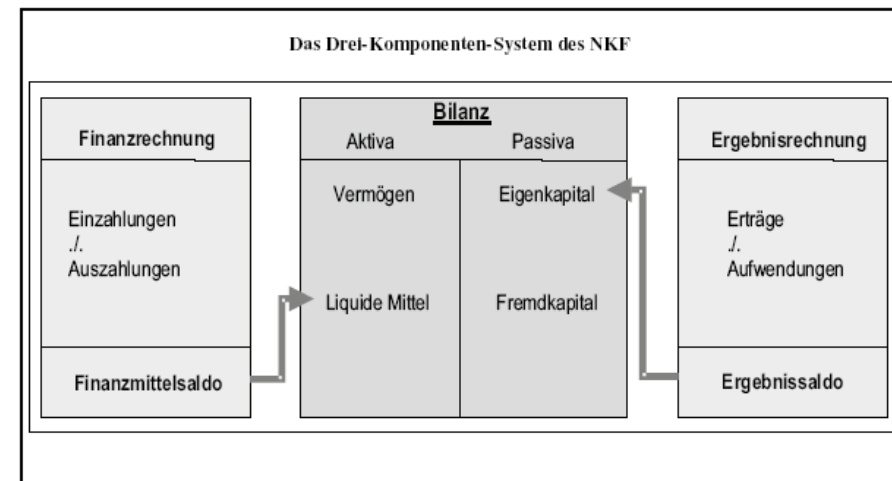
Wesentliche Änderungen gegenüber der Kameralistik

Ressourcenverbrauchskonzept

Die entscheidende Neuerung gegenüber der Kameralistik ist der Schritt von einem Geldverbrauchskonzept hin zu einem Ressourcenverbrauchskonzept. Bislang wurden im kommunalen Rechnungswesen lediglich die Einnahmen und Ausgaben erfasst, d.h. die Erhöhungen und Verminderungen des Geldvermögens. Jetzt stellen die Erträge und Aufwendungen die zentralen Steuerungsgrößen im Neuen Kommunalen Finanzmanagement dar. Betrachtet werden die Veränderungen des kommunalen Eigenkapitals, ein Ansatz, der wesentlich transparenter als bislang über die Ergebnisrechnung und die Bilanz das wirtschaftliche Handeln der Gemeinde abbildet. So wird der vollständige Werteverzehr durch Abschreibungen offen gelegt und berücksichtigt.

Das Drei-Komponentensystem des NKF

Mit der Entscheidung für das Neue Kommunale Finanzmanagement ist eine Grundsatzentscheidung für das kaufmännische Rechnungswesen als „Referenzmodell“ für die Haushaltswirtschaft der Kommunen getroffen worden. Es erfolgt insoweit eine Orientierung am Handelsgesetzbuch (HGB) und an den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung (GoB), soweit die spezifischen Ziele und Aufgaben des Rechnungswesens der Kommunen dem nicht entgegenstehen. Der Haushalt ist und bleibt das zentrale Steuerungs- und Rechenschaftsinstrument in der kommunalen Verwaltung. Auf dieser Grundlage ist ein kommunales Haushalts- und Rechnungswesen entwickelt worden, das sich auf die folgenden drei Komponenten stützt und sie miteinander verknüpft



Das NKF mit doppischem Buchungssystem besteht für die Planung, Bewirtschaftung und den Abschluss in den Kommunen aus drei Bestandteilen:

1. Der Ergebnisplan und die Ergebnisrechnung:

Die Ergebnisrechnung entspricht der kaufmännischen Gewinn- und Verlustrechnung und beinhaltet die Aufwendungen und Erträge. Als Planungsinstrument ist der Ergebnisplan der wichtigste Bestandteil des neuen Haushalts. Das Jahresergebnis in der Ergebnisrechnung als Überschuss der Erträge über die Aufwendungen oder als Fehlbetrag wird in die Bilanz übernommen und bildet unmittelbar die Veränderung des Eigenkapitals der Kommune ab. Das Jahresergebnis umfasst die ordentlichen Aufwendungen und Erträge, die Finanzaufwendungen und -erträge sowie außerordentliche Aufwendungen und Erträge und bildet den Ressourcenverbrauch der Kommune somit umfassend ab.

2. Die Bilanz:

Sie ist Teil des neuen Jahresabschlusses und weist das Vermögen und dessen Finanzierung durch Eigen- oder Fremdkapital nach. Grundlage der Bilanz ist die Erfassung und Bewertung des kommunalen Vermögens. Die Regeln für Ansatz und Bewertung (Bilanzierung) orientieren sich dabei an den kaufmännischen Normen. Auf der Aktivseite der kommunalen Bilanz befinden sich in enger Anlehnung an das HGB das Anlage- und Umlaufvermögen der Kommune. Auf der Passivseite werden das Eigenkapital sowie Rückstellungen und Verbindlichkeiten ausgewiesen. Die besondere Struktur der kommunalen Bilanz spiegelt die kommunalen Besonderheiten wieder, z.B. durch die Abbildung der Arten des Infrastrukturvermögens (Straßen etc.).

Bilanzgliederungsschema	
Aktiva	Passiva
1. Anlagevermögen 1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände 1.2 Sachanlagen 1.3 Finanzanlagen 2. Umlaufvermögen 2.1 Vorräte 2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände 2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens 2.4 Liquide Mittel 3. Aktive Rechnungsabgrenzung	1. Eigenkapital 1.1 Allgemeine Rücklage 1.2 Sonderrücklagen 1.3 Ausgleichsrücklage 1.4 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag 2. Sonderposten 3. Rückstellungen 4. Verbindlichkeiten 5. Passive Rechnungsabgrenzung

3. Der Finanzplan und die Finanzrechnung:

Sie beinhalten alle Einzahlungen und Auszahlungen. Der Liquiditätssaldo aus der Finanzrechnung bildet die Veränderung des Bestands an liquiden Mitteln der Gemeinde in der Bilanz ab. Die Pflicht zur Aufstellung des Finanzplans bzw. der Finanzrechnung ist insbesondere aus den Besonderheiten der öffentlichen Haushaltsplanung und Rechenschaftslegung hergeleitet und knüpft im Übrigen an internationale Rechnungslegungsvorschriften für Kapitalgesellschaften an.

Produktorientierter Haushalt

Im kommunalen Haushaltsplan sind der Ergebnis- und der Finanzplan, die Erträge und Aufwendungen als Rechengrößen auf der Ebene der gesamten Kommune abbilden, jeweils in Teilergebnis- bzw. Teilfinanzpläne zu untergliedern. Diese werden als Teilpläne zusammengefasst, die produktorientiert nach 17 verbindlichen Produktbereichen im Haushaltsplan enthalten sind. Ergänzend zur Gesamtebene werden in den 17 Teilplänen aussagekräftige Informationen über die Erfüllung der gemeindlichen Aufgaben gegeben, z.B. über Schulträgeraufgaben, soziale Hilfen etc.

Bei der Bildung von Produktbereichen sowie deren Abbildung im Haushaltsplan der Gemeinde ist die nachfolgend aufgeführte Zuordnung zu den Produktbereichen zu beachten. Dazu gilt, dass sowohl die wirtschaftlichen Betätigungen als auch die fachlichen Verwaltungsaufgaben den betroffenen Produktbereichen zuzuordnen sind.

Der kommunale Haushaltsplan ist in produktorientierte Teilpläne nach folgenden verbindlichen Produktbereichen und in der ausgewiesenen Reihenfolge zu gliedern:

Produktbereiche		
01 Innere Verwaltung	07 Gesundheitsdienste	13 Natur- und Landschaftspflege
02 Sicherheit und Ordnung	08 Sportförderung	14 Umweltschutz
03 Schulträgeraufgaben	09 Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen	15 Wirtschaft und Tourismus
04 Kultur und Wissenschaft	10 Bauen und Wohnen	16 Allgemeine Finanzwirtschaft
05 Soziale Leistungen	11 Ver- und Entsorgung	17 Stiftungen
06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	

Eine noch weitergehende Bildung von Teilplänen als Untergliederung der im Haushaltsplan enthaltenen Produktbereiche, z.B. nach Produktgruppen oder Produkten oder nach der Organisationsgliederung der Verwaltung (Untergliederung nach Verantwortungsbereichen), ist den Kommunen nach ihren örtlichen Bedürfnissen freigestellt. In den Teilplänen sind auch die Ziele und die Kennzahlen zur Messung der Ziele sowie ggf. die interne Leistungsverrechnung abzubilden.

Für die Stadt Rösrath wurde von der vorstehenden Möglichkeit gem. § 4 Abs. 2 Nr. 3 GemHVO Gebrauch gemacht und Teilpläne nach örtlichen Verantwortungsbereichen aufgestellt.

Budget	Bezeichnung
01	Allgemeine Finanzwirtschaft <i>Steuern – Umlagen – Kreditwirtschaft</i>
02	Personalvertretung <i>Arbeit des Personalrates</i>
03	Gleichstellung <i>Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten</i>
04	Rechnungsprüfung <i>Rechnungsprüfung, Datenschutz, Controlling</i>
05	Fachbereich 1 <i>Personal, Organisation, Zentrale Dienste, Ordnung Stabstelle Bürgerdienste</i>
06	Fachbereich 2 <i>Jugend, Bildung, Soziales, Kultur, Sport</i>
08	Fachbereich 4 <i>Planen, Bauen, Umwelt, Verkehr</i>
09	Fachbereich 5 <i>Finanzen, Vermögen</i>
10	Fachbereich 6 <i>Immobilien-service</i>

Übersicht des Produktplanes der Stadt Rösrath

nach

- **Produktbereichen,**
- **Produktgruppen**
- **Produkten**

**mit Zuordnung
der Produkte zu den Budgets**

Doppischer Budgetplan 2012 / 2013

Übersicht des Produktplanes der Stadt Rösrath nach Produktbereichen, Produktgruppen und Produkten und deren Budgetzuordnung

Produkt-			Bezeichnung	Budget- zuordnung
Bereich	Gruppe	Produkt		
01			Innere Verwaltung	
01.10			Verwaltungsvorstand	
01.10.10			Pol. Steuerung u. Verwaltungsführung	5
01.20			Personalvertretung	
01.20.10			Personalvertretung	2
01.30			Gleichstellung	
01.30.10			Gleichstellung	3
01.40			Rechnungsprüfung	
01.40.10			Rechnungsprüfung, Revision, Controlling, Datenschutz	4
01.40.20			Controlling	4
01.50			Verwaltungsmanagement/Organisation	
01.50.10			Organisation und zentrale Dienste	5
01.50.20			Personalservice	5
01.60			Finanzmanagement u. Rechnungswesen	
01.60.10			Finanzmanagement u. Rechnungswesen	9
01.70			Zentrale Immobilienwirtschaft	
01.70.10			Immobilienverwaltung	10
01.70.20			Immobilienprojektierung	10
01.70.30			Grundstücksentwicklung	8

Produkt-			Bezeichnung	Budget- zuordnung
Bereich	Gruppe	Produkt		
02			Sicherheit und Ordnung	
02.10			Sicherheit und Ordnung	
02.10.10			Schutz von Leben u. Gesundheit	5
02.10.20			Verkehrssicherheit	5
02.10.30			Feuer-, Zivil- u. Katastrophenschutz	5
02.10.40			Gewerbeüberwachung	5
02.20			Einwohnermeldewesen	
02.20.10			Meldeangelegenheiten	5
02.20.20			Wahlen	5
02.30			Standesamt	
02.30.10			Standesamt	5
03			Schulträgeraufgaben	
03.10			Schulen	
03.10.10			Grundschulen	6
03.10.20			Schulen der Sekundarstufen	6
03.10.30			Verbundschule	6
03.10.40			Übrige schulische Aufgaben	6
04			Kultur- u. Wissenschaft	
04.10			Kultur	
04.10.10			Kulturverwaltung, -förderung, Veranstaltungen	6
04.10.20			Stadtbücherei	6
04.10.30			Zweckverbände	6

Doppischer Budgetplan 2012 / 2013

Übersicht des Produktplanes der Stadt Rösrath nach Produktbereichen, Produktgruppen und Produkten und deren Budgetzuordnung

Produkt-			Bezeichnung	Budget- zuordnung
Bereich	Gruppe	Produkt		
05			Soziale Leistungen	
05.10			Leistungen der Sozialhilfe	
05.10.10			Hilfen zur Sicherung der Lebensgrundlage	6
05.10.20			Besondere soziale Bürgerdienste	6
05.20			Soziale Förderung	
05.20.10			Hilfe bei Wohnproblemen	6
05.20.20			Leistungen für Asylbewerber	6
06			Kinder-, Jugend- u. Familienhilfe	
06.10			Kinder-, Jugend- u. Familienförderung	
06.10.10			Tagesbetreuung von Kindern und Spielplätze	6
06.10.20			Sonstige Leistungen zur Förderung junger Menschen und Familien	6
06.10.30			Förderung von Kindern in der Tagespflege	6
06.10.40			Jugendarbeit	6
08			Sportförderung	
08.10			Sport	
08.10.10			Sportförderung	6
09			Räumliche Planung & Entwicklung, Geoinformationen	
09.10			Räumliche Konzepte	
09.10.10			Räumliche Konzepte u. Bauleitplanung	8

Produkt-			Bezeichnung	Budget- zuordnung
Bereich	Gruppe	Produkt		
10			Bauen und Wohnen	
10.10			Baurechtlicher Bürgerservice	
10.10.10			Bauordnungsangelegenheiten	8
10.10.20			Denkmalschutz- u. Denkmalpflege	8
12			Verkehrsflächen- u. Anlagen, ÖPNV	
12.10			Verkehr	
12.10.10			Verkehr	8
13			Öffentliche Grün- und Waldflächen	
13.10			Öffentliche Grün- und Waldflächen	
13.10.10			Öffentliche Grün- und Waldflächen	10
13.10.20			Landschaftspark Venauen	8
14			Umweltschutz	
14.10			Umweltschutz	
14.10.10			Umweltschutz	8
15			Wirtschaft und Tourismus	
15.10			Wirtschaft und Tourismus	
15.10.10			Tourismus	8
15.10.20			Wochenmärkte	5
16			Allgemeine Finanzwirtschaft	
16.10			Allgemeine Finanzwirtschaft	
16.10.10			Allgemeine Finanzwirtschaft	1

Kosten- und Leistungsrechnung

Als zusätzliches Instrument zur verbesserten Steuerung des Verwaltungshandelns wird eine Kosten- und Leistungsrechnung in der Stadt Rösrath eingeführt. Bis zum EDV-Programmwechsel im Juni 2006 wurde bereits eine Kostenrechnung durchgeführt, die dann jedoch systembedingt vorübergehend eingestellt werden musste, mit Beginn des NKF jedoch wieder flächendeckend angewandt wird. Erst durch die Aufbereitung der Daten aus der Kosten- und Leistungsrechnung in einem nicht nur formal ausgeprägten Berichtswesen erhalten Rat und Bürgermeister steuerungsrelevante Ergebnisse, die auch für die Planung, Entscheidungsfindung und Kontrolle nutzbar sind. Daher soll die Kosten- und Leistungsrechnung das wirtschaftliche Handeln der Gemeinde unterstützen.

Im Jahr 2008 wurde bereits flächendeckend mit Kostenrechnung gebucht, jedoch bedarf es hier aufgrund der gesammelten Erfahrungen noch einiger Anpassungen, um die relevanten und erforderlichen Informationen optimal zu beziehen.

Darüber hinaus soll die Kostenrechnung als Grundlage für ein Kennzahlensystem dienen, welches zwischen den Produktzuständigen der Fachbereiche und den Ausschüssen/zuständigen Gremien entwickelt werden soll.

Für die an anderer Stelle noch detaillierter dargestellte Interne Leistungsverrechnung ist die Kosten- und Leistungsrechnung die unverzichtbare Basis. Die hieraus zu ermittelnden Daten und Informationen werden als Grundlage für die Verrechnungen zwischen den einzelnen Produkten verwandt.

Haushaltsausgleich

Das Konzept des Haushaltsausgleichs wird im Neuen Kommunalen Finanzmanagement der Ausrichtung auf den Ressourcenverbrauch angepasst. Der Haushalt ist dann ausgeglichen, wenn der Ergebnisplan ausgeglichen ist, also wenn die Erträge die Aufwendungen decken. Übersteigen die Aufwendungen die Erträge, so verringert sich das kommunale Eigenkapital.

Ein verbindlich festgelegter Teil des in der Eröffnungsbilanz ausgewiesenen Eigenkapitals kann als Ausgleichsrücklage bestimmt werden, die von der Gemeinde zum Ausgleich eines Fehlbedarfs in Anspruch genommen werden darf. In diesem Fall gilt der Haushalt als ausgeglichen.

Durch Zuführung von Jahresüberschüssen kann die Ausgleichsrücklage wieder aufgefüllt werden. Ein nicht ausgeglichener Haushalt hat zunächst eine Genehmigungspflicht wegen der Verringerung des übrigen Eigenkapitals zur Folge.

Ist die Verringerung des Eigenkapitals erheblich oder länger andauernd oder droht gar die Überschuldung der Gemeinde, so hat diese ein genehmigungspflichtiges Haushaltssicherungskonzept aufzustellen. Das Eigenkapital darf nicht aufgezehrt werden, das heißt, die Kommune darf sich nicht überschulden.

Gesamtabschluss

Viele Kommunen haben in den vergangenen Jahren Aufgabenbereiche ausgegliedert und verfügen über zahlreiche selbstständige Einheiten (verbundene Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen). Durch den Gesamtabschluss wird erstmals eine Konsolidierung von Jahresabschlüssen der Kernverwaltung mit allen diesen Einheiten erreicht. So wird ein Gesamtüberblick über die vollständige Ertrags- und Finanzsituation der Kommune möglich. Die Erstellung des Gesamtabchlusses orientiert sich an den privatwirtschaftlichen Regelungen zur Konzernrechnungslegung. Der erste Gesamtabschluss ist jedoch nicht gleichzeitig mit der Umstellung des Kernhaushaltes auf das Neue Kommunale Finanzmanagement vorzulegen, sondern erst danach, spätestens jedoch zu dem im NKFG bestimmten Stichtag (31.12.2010). Außerdem ist für die Aufstellung der Eröffnungsbilanz ein Stichtag bestimmt worden, zu dem diese spätestens aufgestellt sein muss (01.01.2009). Damit ist für die Umstellung des Kernhaushaltes auf das NKF eine mehrjährige Übergangszeit vorgesehen.

Doppischer Budgetplan 2012 / 2013

Ergebnis/Situation für das Haushaltsjahr 2010

Am 22. März 2010 verabschiedete der Rat der Stadt Rösrath den Haushaltsplan 2010.

Dies sind im Einzelnen folgende Festsetzungen:

Tabelle 1

Ergebnisplan (Verwaltungs- und Finanzierungstätigkeit)	
- Erträge	36.361.310 EUR
- Aufwendungen	47.833.660 EUR
- Saldo / Ergebnis	-11.472.350 EUR
Finanzplan	
- Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	35.567.510 EUR
- Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	44.476.360 EUR
- Saldo / Ergebnis	- 8.908.850 EUR
- Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	5.947.900 EUR
- Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	6.207.900 EUR
- Saldo / Ergebnis	- 260.000 EUR
- Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	261.200 EUR
- Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	780.200 EUR
- Saldo / Ergebnis	- 519.000 EUR
<i>Jahresergebnis / Liquide Mittel</i>	<i>- 9.687.850 EUR</i>

Hierzu liegen bislang die in der folgenden Tabelle ausgewiesenen, noch unvollständigen Werte als Ergebnisse *) vor:

*) = siehe hierzu die besondere Anmerkung auf der nächsten Seite!

Tabelle 2

Ergebnisrechnung (Verwaltungs- und Finanzierungstätigkeit)	
- Erträge	36.694.071,00 EUR
- Aufwendungen	41.416.805,39 EUR
- Saldo / Ergebnis	- 4.722.734,37 EUR
Finanzrechnung	
- Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	70.326.524,74 EUR
- Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	75.894.416,34 EUR
- Saldo / Ergebnis	- 5.567.888,60 EUR
- Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	4.081.362,58 EUR
- Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	5.259.927,91 EUR
- Saldo / Ergebnis	- 1.178.565,33 EUR
- Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	70.491.217,42 EUR
- Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	65.442.864,81 EUR
- Saldo / Ergebnis	- 1.698.101,32 EUR
<i>Jahresergebnis / Liquide Mittel</i>	<i>- 1.482.623,19 EUR</i>

Auffallend an den dargestellten „Ergebniszahlen“ sind die im Vergleich zu den Erträgen/Aufwendungen bzw. zu den Planwerten des Finanzplanes extrem hohen Beträge (etwa Verdopplung) der Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit. Dies beruht darauf, dass in der Finanzrechnung auch die Buchungen auf „Transferkonten“ enthalten sind. Dies sind in der Regel durchlaufende Gelder, die sich auf den Haushalt neutral auswirken.

Eine noch wesentlich größere Abweichung ergibt sich bei den Ein- und Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit. Hier ergeben die Werte in der Finanzrechnung ein Vielfaches der im Finanzplan ausgewiesenen Beträge.

Dies hat seine Ursache in den tatsächlichen Ein- und Auszahlungen, die sich aus der Inanspruchnahme und Rückzahlungen von Liquiditätskrediten ergeben, die in der Planung nicht darzustellen sind.

Zu dem hier in der Finanzrechnung zu den Investitionstätigkeiten dargestellten Ergebnis ist darauf hinzuweisen, dass hier einmal die in das Folgejahr vorgetragenen Auszahlungsermächtigungen keine Auszahlungen darstellen, zum anderen aber auch die Auszahlungen zu den aus dem Vorjahr übernommenen Ermächtigungen erfasst sind.

Da die endgültige Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2008 noch nicht geprüft und festgestellt ist, konnten auch die erforderlichen Jahresabschlussarbeiten noch nicht vorgenommen werden. Insbesondere ist die genaue Berechnung und Verbuchung der Abschreibungen sowie der Rückstellungen noch durchzuführen, die den Wert der Aufwendungen und damit auch das hier dargestellte Defizit entsprechend erhöhen werden.

Die deshalb noch nicht konkret ermittelbaren Inanspruchnahmen der Ausgleichsrücklage und der allgemeinen Rücklage sind daher in der folgenden Tabelle nur mit den Planwerten dargestellt. Gleiches gilt für den Gesamtbetrag der Kredite zur Finanzierung von Investitionstätigkeiten. Hier kann lediglich der Planwert ausgewiesen werden, weil im Laufe des Haushaltsjahres diese Ermächtigung noch nicht zur Aufnahme eines Kredites in Anspruch genommen wurde.

- Verringerung der allgemeinen Rücklage zum Ausgleich des Ergebnisplanes (Planwert)	11.472.350 EUR
- Gesamtbetrag der Kredite zur Investitionsfinanzierung	0 EUR
- Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen	380.241,64 EUR
- Höchstbetrag der Inanspruchnahme der Kredite zur Liquiditätssicherung	23.760.000 EUR

** Besondere Anmerkung zu den auf der vorhergehenden Seite in der Tabelle 2 ausgewiesenen Ergebnisdaten:*

Diesen Daten stellen lediglich eine Information über die 2010 im Rahmen der Mittelbewirtschaftung erfolgten Buchungen dar, ohne Abschlussbuchungen (wie z.B. Abschreibungen, Erträge aus der Auflösung von Sonderposten, Rückstellungen etc.).

Daraus kann allenfalls eine Tendenz, aber keinesfalls ein endgültiges Jahresergebnis 2010 abgeleitet werden!

Situation im Haushaltsjahr 2011

Am 13. Dezember 2010 verabschiedete der Rat der Stadt Rösrath den dritten NKF-Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2011 mit den nachstehenden Planwerten:

Ergebnisplan

- Ordentliche Erträge	35.591.550 EUR
- Ordentliche Aufwendungen	43.516.500 EUR
- Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	- 7.924.950 EUR
- Finanzerträge	3.000 EUR
- Finanzaufwendungen	1.877.800 EUR
- Finanzergebnis	- 1.874.800 EUR
- Außerordentliche Erträge	0 EUR
- Außerordentliche Aufwendungen	0 EUR
- Außerordentliches Ergebnis	0 EUR
- Jahresergebnis	- 9.799.750 EUR

Finanzplan

- Einzahlungen lfd. Verwaltungstätigkeit	34.750.850 EUR
- Auszahlungen lfd. Verwaltungstätigkeit	41.592.600 EUR
- Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	- 6.841.750 EUR
- Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	2.929.900 EUR
- Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	3.891.200 EUR
- Saldo aus Investitionstätigkeit	- 961.300 EUR
- Einzahlungen Finanzierungstätigkeit	1.300 EUR
- Auszahlungen Finanzierungstätigkeit	735.000 EUR
- Saldo aus Finanzierungstätigkeit	- 733.700 EUR
- Liquide Mittel	- 8.512.750 EUR

Außerdem wurden in der Haushaltssatzung folgende weitere Festsetzungen getroffen :

- Verringerung der allgemeinen Rücklage zum Ausgleich des Ergebnisplanes	9.799.750 EUR
- Gesamtbetrag der Kredite zur Investitionsfinanzierung	0 EUR
- Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen	0 EUR
- Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung	35.000.000 EUR

Wie sich die mit diesen Planvorgaben versehene Haushaltswirtschaft bisher tatsächlich entwickelte und voraussichtlich zum Jahresende abschließen wird, ergibt sich aus den nachstehenden inhaltlichen Auszügen aus den Prognoseberichten über die Haushaltsentwicklung 2011 für den Finanz-, Wirtschaftsförderungs- und Immobilienausschuss.

... Eine Verbesserung ist jedoch wiederum im Rahmen der Gewerbesteuer festzustellen, bei der nun aufgrund zwischenzeitlich erfolgter Veranlagungen eine Verbesserung gegenüber dem Planansatz in Höhe von rd. 1,25 Mio. € prognostiziert wird....

...Hinzu kommt die Verbesserung beim Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer in Höhe von rd. 675 T€, der zugrunde liegt, dass im 2. Halbjahr 2011 90 % der Einkommenssteueranteile des 1. Halbjahres der Stadt Rösrath zukommen werden. Die Einmalzahlung aus der Wohngelderstattung ... ist zwischenzeitlich mit rd. 800 T€ abgerechnet worden....

...Diese Verbesserungen gegenüber den Planansätzen bei den Erträgen werden mit rd. 1 Mio. € an geringeren Schlüsselzuweisungen in dieser Höhe wieder neutralisiert...

...Bei den Aufwendungen des Zentralhaushaltes ergeben sich im Saldo keine wesentlichen Veränderungen. Die geringfügigen Verschlechterungen bei den Gewerbesteuerumlagen aufgrund der gestiegenen Gewerbesteuererträge werden durch die Verbesserung gegenüber des Haushaltsansatzes aufgrund des vorliegenden Kreisumlagebescheides in Höhe von rd. 250 T€ mehr als ausgeglichen...

...Aufgrund der vorliegenden Kenntnisse über die in diesem Jahr noch anfallen Liquiditätskreditzinsen, führt das nach wie vor ein günstige Zinsniveau zu einer Verbesserung in Höhe von mehr als 600.000 € bei dieser Position...

Insgesamt ergibt dies im Budget 01 – Allgemeine Finanzwirtschaft ein geplantes verbessertes Jahresergebnis in Höhe von rd. 2,5 Mio.€.

Bei den übrigen Erträgen wird davon ausgegangen, dass bei den bisher noch nicht zum Soll gestellten Werten gegenüber dem Haushaltsansatz noch mit einem vorsichtig geschätzten Ertragseingang von überwiegend 50 % zu rechnen ist. Bei den übrigen Aufwendungen wird angenommen, dass die noch verfügbaren Mittel der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sowie der sonstigen ordentlichen Aufwendungen noch in Höhe von 95 % bis zum Ende des Haushaltsjahres in Anspruch genommen werden, was eine Verbesserung von rd. 400.000 € ergibt.

Insgesamt führt dies im Gesamtergebnisplan voraussichtlich zu einer Verbesserung des Jahresergebnisses in Höhe von fast 2,3 Mio. €. Dabei muss vorausgesetzt werden, dass sich die prognostizierten Entwicklungen bestätigen, insbesondere auch bezogen auf die Einsparungen bei den Aufwendungen für die laufende Verwaltungstätigkeit.

Finanzplan – Teil 2 – Investitionstätigkeit

Aufgrund der strikten Einhaltung der Vorgabe des § 23 Abs. 1 GemHVO (Investitionen nur bei Sicherstellung der Finanzierung) kann sich hier gegenüber den Planwerten lediglich eine Veränderung des Ausführungsvolumens ergeben. Und diese Veränderung orientiert sich an den tatsächlich gesicherten Einzahlungen. Zuwendungen werden nach Vorliegen des Bewilligungsbescheides als gesichert angesehen, Veräußerungserlöse frühestens nach Abschluss des Kaufvertrages und Beiträge nicht vor Bekanntgabe der Festsetzungsbescheide.

Die Haushaltsjahre 2012/2013

Allgemeines

Die in Nordrhein-Westfalen seit dem 01. Januar 2005 geltenden Vorschriften für das neue Haushalts- und Rechnungswesen (Neues Kommunales Finanzmanagement – NKF) finden bei der Stadt Rös-rath nun im Haushaltsjahr 2012 bereits im fünften Jahr Anwendung. Das neue Rechnungswesen ist seit dem Haushaltsjahr 2008 Grundlage des Haushaltes und der Haushaltswirtschaft, der Geschäftsbuchführung und der Zahlungsabwicklung in der Verwaltung.

Für die alljährlich erforderlichen Vorarbeiten (*Einschätzung und Planung der künftigen Maßnahmen und Betriebsläufe, Berechnung, Kalkulierung und Schätzung der voraussichtlichen Erträge und Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen*) zur Aufstellung des Haushaltsplanes wurden wieder wie in den Vorjahren differenzierte Mittelanmeldungen für den aufzustellenden Haushaltsplan von den Fachbereichen angefordert. Als Maßgabe galt jedoch, die Planwerte für 2012 aus dem Haushaltssicherungskonzept 2011 strikt einzuhalten. Dies zudem mit der Maßgabe, alle Aufgaben nach möglichen Konsolidierungsmaßnahmen zu überarbeiten und insbesondere die in 2010 begonnenen Konsolidierungsmaßnahmen entsprechend fortzuschreiben.

Insofern musste der ursprünglich für 2012 vorgesehene Gesamtbeitrag an Ordentlichen Aufwendungen überschritten werden. Diese Verschlechterung wird jedoch durch die zu erwartenden Mehrerträge insbesondere im Bereich der Steuern und ähnlichen Abgaben neutralisiert bzw. verbessert das Jahresergebnis 2012 um knapp eine halbe Mio. € auf rd. –9,58 Mio. € und in 2013 um gut 100.000 € auf rd. 9,03 Mio. €..

Die Ursachen für die negative Entwicklung sind in den nachfolgenden Erläuterungen zu den veranschlagten Ertrags- und Aufwandsarten dargelegt.

Haushaltsausgleich

Hier gilt auch im NKF unverändert die grundsätzliche Forderung, dass der Haushalt in jedem Jahr in Planung und Rechnung ausgeglichen sein muss. Der „Ausgleich“ wird im NKF jedoch teilweise etwas anders definiert.

Nach § 75 Abs. 2 GO NRW **ist** der Haushalt ausgeglichen, wenn der Gesamtbetrag der Erträge die Höhe des Gesamtbetrages der Aufwendungen erreicht oder übersteigt. Diese Ausgleichsverpflichtung **gilt** als erfüllt, wenn der Fehlbedarf im Ergebnisplan durch Inanspruchnahme der *Ausgleichsrücklage* (§ 75 Abs. 3 GONRW) gedeckt werden kann.

Diese **Ausgleichsrücklage** ist in der Bilanz zusätzlich zur allgemeinen Rücklage (wobei diese im NKF eine andere Bedeutung als im kameralen Rechnungswesen hat) als gesonderter Posten des Eigenkapitals anzusetzen. Sie kann in der Eröffnungsbilanz bis zur Höhe eines Drittels des Eigenkapitals, höchstens jedoch bis zu einem Drittel der jährlichen Steuereinnahmen und allgemein Zuweisungen (bemessen nach dem Durchschnitt der letzten 3 Jahre) festgesetzt werden.

Das Volumen der im Vor-Entwurf der Eröffnungsbilanz der Stadt Rösrath (siehe im Abschnitt Anlagen) ausgewiesenen Ausgleichsrücklage betrug knapp 9 Mio. €. Die Berechnung der Ausgleichsrücklage ist ebenfalls im Abschnitt „Anlagen“ dargestellt.

Bei diesem Bestand der Ausgleichsrücklage und dem im ersten NKF-Haushalt 2008 ausgewiesenen Fehlbedarf von 6,3 Mio. € konnten die Anforderungen des § 75 GO NRW zum Haushaltsausgleich für das Haushaltsjahr 2008 erfüllt werden.

Mit anderen Worten, der Haushalt 2008 galt als ausgeglichen und bedurfte deshalb keiner Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

Dies gilt auch bis zum vollständigen Verbrauch der Ausgleichsrücklage fort, d.h. auch der fiktiv ausgeglichene Haushalt ist der Aufsichtsbehörde lediglich anzuzeigen. Ist diese Rücklage aufgezehrt und ein ausgewiesener Fehlbedarf erfordert somit die Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage, ergibt sich eine Genehmigungspflicht.

Unter bestimmten Voraussetzungen muss auch ein Haushaltssicherungskonzept aufgestellt werden. Dies ist u.a. dann gegeben, wenn in 2 aufeinander folgenden Jahren eine Verringerung der allgemeinen Rücklage um jeweils mehr als 1/20 geplant ist.

Die Entwicklung des Eigenkapitals bzw. dessen Verbrauch in den folgenden Jahren der Finanzplanung, ist in einer Übersicht im Abschnitt Anlagen dargestellt. Wie sich daraus ergibt, reichte der Restbetrag der Ausgleichsrücklage schon 2009 bei weitem nicht aus, um den ausgewiesenen Fehlbedarf abzudecken. D.h., die allgemeine Rücklage musste in Anspruch genommen werden. Dies entsprach auch der damaligen Finanzplanung.

Allerdings führt die sich gegenüber dieser Planung für 2009 tatsächlich in der Planung ermittelte Ergebnisverschlechterung schon im Haushaltsjahr 2009 zur deutlichen Überschreitung des (HSK)-Schwellenwertes von 5%. Dies war auch für alle Folgejahre des Finanzplanungszeitraumes der Fall. Womit sich schon für das Haushaltsjahr 2009 wieder die Verpflichtung zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes ergab.

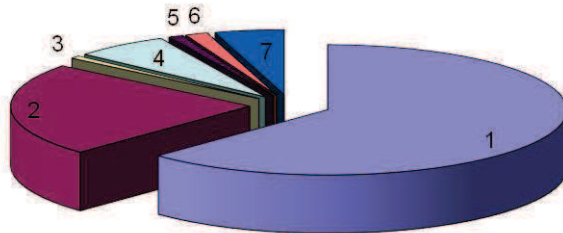
In den darauf folgenden Jahren und auch in der im Planentwurf für 2012/2013 erfolgten Fortschreibung der mittelfristigen Finanzplanung ergibt sich kein wesentlich besseres Bild. Das Haushaltssicherungskonzept ist daher fortzuschreiben.

(Ausführungen hierzu siehe unter „Haushaltssicherungskonzept“)

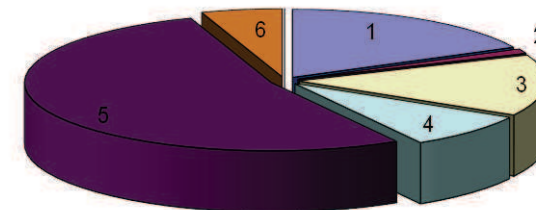
Haushaltswolumen Ergebnisplan 2012

Übersicht über die Erträge und Aufwendungen

Erträge
des Ergebnisplanes



Aufwendungen
des Ergebnisplanes



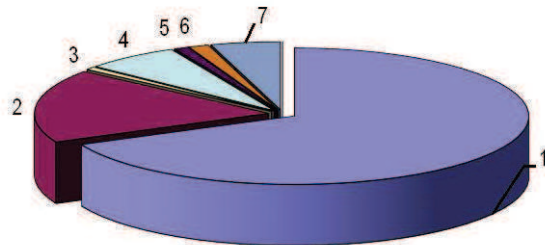
Bezeichnung des Ertrages	Haushalts- Plan 2011 €	Haushalts- Plan 2012 €
1 Steuern, ähnliche Abgaben	21.144.200	24.962.100
2 Zuwendungen, allgem. Umlagen	8.652.420	9.250.450
3 Sonstige Transfererträge	222.500	270.000
4 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.422.070	2.566.720
5 Privatrechtliche Leistungsentgelte	413.750	400.250
6 Kostenerstattungen, -umlagen	623.720	611.960
7 Sonstige ordentliche Erträge	2.112.890	1.872.320
Gesamt-Erträge	35.591.550	39.933.800

Bezeichnung des Aufwandes	Haushalts- Plan 2011 €	Haushalts- Plan 2012 €
1 Personalaufwendungen	7.815.820	8.075.950
2 Versorgungsaufwendungen	0	502.400
3 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	6.152.450	6.595.820
4 Bilanzielle Abschreibungen	4.044.000	3.773.520
5 Transferaufwendungen	23.895.720	24.255.950
6 Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.191.610	2.416.070
Gesamt-Aufwendungen	44.099.600	45.619.710

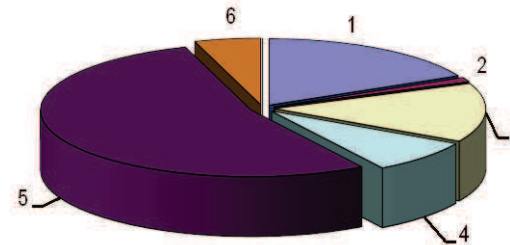
Haushaltsvolumen Ergebnisplan 2013

Übersicht über die Erträge und Aufwendungen

Erträge
des Ergebnisplanes



Aufwendungen
des Ergebnisplanes



Bezeichnung des Ertrages	Haushalts- Plan 2012 €	Haushalts- Plan 2013 €
1 Steuern, ähnliche Abgaben	24.962.100	26.678.600
2 Zuwendungen, allgem. Umlagen	9.250.450	6.838.150
3 Sonstige Transfererträge	270.000	262.060
4 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.566.720	2.574.650
5 Privatrechtliche Leistungsentgelte	400.250	400.250
6 Kostenerstattungen, -umlagen	611.960	546.470
7 Sonstige ordentliche Erträge	1.872.320	1.884.240
Gesamt-Erträge	39.933.800	39.184.420

Bezeichnung des Aufwandes	Haushalts- Plan 2012 €	Haushalts- Plan 2013 €
1 Personalaufwendungen	8.075.950	8.104.250
2 Versorgungsaufwendungen	502.400	507.210
3 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	6.595.820	6.538.580
4 Bilanzielle Abschreibungen	3.773.520	3.700.560
5 Transferaufwendungen	24.255.950	24.570.050
6 Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.416.070	2.314.960
Gesamt-Aufwendungen	45.619.710	45.735.610

Erträge

Steuern und ähnliche Abgaben

Diese in Zeile 1 des Ergebnisplanes mit insgesamt in 2012 24,9 Mio. € und in 2013 rd. 26,6 Mio. € ausgewiesene Ertragsart addiert sich aus den Gemeindesteuern (Grundsteuern A u. B, Gewerbesteuer, Hunde- und Vergnügungssteuer), den Anteilen an Umsatz- und Einkommensteuer sowie den Kompensationsleistungen. Die mit Abstand größte Steuereinnahme und auch größter Anteil an den Erträgen ist hier der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, die mit 13,2 Mio. € in 2012 und rd. 13,9 Mio. € in 2013 kalkuliert ist.

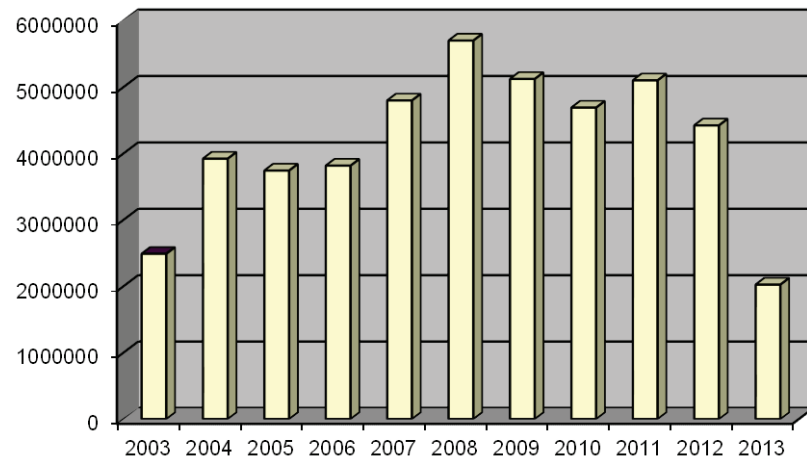
Aufgrund der Entwicklungen in 2011 kann bei der Gewerbesteuer auch aufgrund des geänderten Hebesatzes seit 2010 der Ansatz entsprechend erhöht werden. So wird der erwartete Gewerbesteuerertrag aufgrund der Ergebnisse in 2011 mit 5,2 Mio. € in 2012 und 5,4 Mio. € in 2013 kalkuliert.

Als relativ sicher berechenbar und gefestigt sind die Grundlagen für die Veranschlagung bei der Grundsteuer B anzusehen. Wie im letzten Jahr wird auch für die Zukunft noch mit geringfügigen Nachveranlagungen gerechnet. Im aktuellen Jahr hat sich dies mit den tatsächlich erfolgten Steuerfestsetzungen auch bestätigt. Eine entsprechende Steigerung ist natürlich auch auf die Erhöhung des Hebesatzes in 2010 zurückzuführen.

Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Bedeutendster Ertragswert sind hier die Schlüsselzuweisungen nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz. Im Planansatz 2012 mit dem Wert von 4,4 Mio. € und in 2013 mit 2 Mio. € enthalten. Im Vergleich zum Vorjahr eine Verschlechterung von 700 T€. 2013 ist der Ansatz jedoch noch einmal weiterhin zu reduzieren, da in 2012 eine nur einmalige Abmilderungshilfe gezahlt wird. Außerdem sind die Schlüsselzuweisungen aufgrund der höheren Steuerkraftzahlen mit entsprechenden Minderungen anzupassen.

Die nach dem GFG gewährte Schulpauschale ist mit 430.000 € dem Ergebnisplan zugeordnet (weitere 400 T€ sind im investiven Teil des Finanzplanes veranschlagt). Außerdem sind Erträge aus der Auflösung von Sonderposten (Zuweisungen für Investitionsmaßnahmen werden über die Abschreibungsdauer des Investitionsgutes erfolgswirksam aufgelöst) in Höhe von rd. 560 T€ berücksichtigt.

Schlüsselzuweisungen

Sonstige Transfererträge

Bei diesen Erträgen, die im Wesentlichen im Sozial- und Jugendbereich anfallen (z.B. Kostenersatz von Versicherungsträgern), ergibt sich im Haushaltsjahr 2012 und 2013 aufgrund von Erfahrungswerten mit rd. 260 T€ bis 270 T€ eine Steigerung.

Haushaltsjahr	Schlüsselzuweisungen
2003	2.487.800 €
2004	3.920.681 €
2005	3.741.496 €
2006	3.815.325 €
2007	4.797.199 €
2008	5.700.000 €
2009	5.121.100 €
2010	4.690.000 €
2011	5.100.000 €
2012	4.424.000 €
2013	2.025.500 €

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

- Gebühren, Beiträge, Entgelte:

Unter den hierunter fallenden Erträgen sind die Gegenleistungen für die Inanspruchnahme der Leistungen bzw. Einrichtungen der Bereiche Feuerwehr, Unterkünfte, Kindertagesstätten, Bäder, Straßenbeleuchtung, Märkte u. dgl. sowie die Verwaltungsgebühren zu verstehen. Auch hier sind kaum Abweichungen gegenüber dem bisherigen Niveau zu erwarten. Dies gilt auch für die ebenfalls hierunter zu veranschlagenden Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten (z.B. erfolgswirksame Auflösung von Erschließungsbeiträgen). Die Reduzierung an dieser Stelle ist zum Teil auf die Beitragsfreiheit des letzten Kindergartenjahres zurückzuführen.

Privatrechtliche Leistungsentgelte

Insbesondere die Erträge aus Vermietung und Verpachtung sowie Verkaufserlöse - z.B. aus dem Verkauf von Familienbüchern - sind unter dieser Ertragsart zu verbuchen.

Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Hier sind solche Erträge zu veranschlagen, die den Ersatz für Aufwendungen darstellen, welche die Stadt für andere erbracht hat. Darin enthalten sind z.B. die Kostenerstattungen im Bereich der Unterhaltsleistungen; für die Personal- und Sachausgaben der KAS sowie auch die Erstattungen von den Stadtwerken und der Musikschule. Die Reduzierung des Ansatzes ab 2012 gegenüber dem Haushaltsjahr 2011 ergibt sich insbesondere aufgrund der geringeren Kostenerstattungen der Stadtwerke, da die Zahlungsabwicklung ab 2012 nicht mehr durch die Stadtkasse, sondern selbständig durchgeführt wird und entsprechende Kostenerstattungen für diese Leistungen nicht mehr anfallen.

Sonstige ordentliche Erträge

Die Konzessionsabgaben RWE AG, der Rheinenergie sowie ab 2011 der StadtWerke Rösrath nehmen den größten Anteil dieser Position ein. Darüber hinaus fallen hierunter Verwarnungs- und Bußgelder, Stundungszinsen, Säumniszuschläge. Der Reduzierung dieses Ansatzes ab 2012 liegen insbesondere Änderungen der Berechnungen im Rahmen der Pensionsrückstellungen bzw. die Reduzierung der Erträge aus deren Auflösung zugrunde.

Aufwendungen

Personalaufwendungen

Für die in Zeile 11 des Ergebnisplanes ausgewiesenen Personalaufwendungen wird in den vorliegenden Orientierungsdaten eine Steigerungsrate von 1% ausgewiesen. Aufgrund linearer und struktureller (aufgrund Stufensteigerungen, Änderungen der Eingruppierungen) Besoldungs- und Entgelterhöhungen der Beamten und Beschäftigten liegt der hier mit rd. 8 Mio. € ausgewiesene Ansatz allerdings rd. 2,2 % über dem Vorjahreswert. Dies ist darauf zurückzuführen, dass konkret mit einer linearen Entgeltsteigerung für die Beamten im Umfang von 2,4 % und für die tariflich Beschäftigten 2,5 % ermittelt wurde. Dies ergäbe grundsätzlich noch höhere Personalaufwendungen. In dem Gesamtbetrag sind jedoch auch einzelne Konsolidierungsvorschläge durch nicht zu erfolgende Wiederbesetzungen im Saldo enthalten, die in den jeweiligen Produkten erläutert sind.

Versorgungswendungen

Für erforderliche Zuführungen zu Pensionsrückstellungen für die inaktiven Beamten sind erhöhte Aufwendungen aufgrund von Neuberechnungen erforderlich.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

In diesem Aufwendungsblock wird mit der veranschlagten Gesamtsumme von 6,6 Mio. € in beiden Planjahren der Vorjahreswert überschritten. Dies liegt im Wesentlichen in konkreten Kostensteigerungen im Bereich der Leistungen der Stadtwerke, aber auch in Bereitstellungen von Mitteln für Instandhaltungs- und insbesondere Gebäudesanierungsmaßnahmen, um energetische Sanierungen fort-

zusetzen und dauerhafte Reduzierungen bei den Energieverbräuchen zu bewirken.

Bilanzielle Abschreibungen

Mit dieser Position wird die wesentliche Änderung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements, nämlich die Darstellung des vollständigen Ressourcenverbrauchs, eindrucksvoll verdeutlicht.

Bezogen auf den Fehlbedarf des Ergebnisplanes machen die 3,7 Mio. € ausgewiesenen Abschreibungen rd. 39 % aus. Auf Grundlage der nahezu vollständig abgeschlossenen Vermögensbewertungen sind die Abschreibungen aktuell neu berechnet worden. Im Übrigen sind die Werte zurückhaltend hochgerechnet und/oder vorsichtig geschätzt worden. Die sich ggf. aus der Neuanschaffung oder Wertveränderung bestehender Vermögenswerte ergebenden Veränderungen der Abschreibungsbeträge in den Folgejahren sind mit geschätzten Zeitpunkten für die Anschaffung bzw. Fertigstellung berechnet.

Transferaufwendungen

Hierunter sind Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke, Leistungen der Sozial- und Jugendhilfe sowie Umlagen und verschiedene Beiträge zusammengefasst. Erfasst sind hier aber auch (nicht aktivierbare) Investitionszuschüsse und -umlagen. Z.B. die Krankenhausinvestitionsumlage in Höhe von rd. 305 T € und die verlorenen Baukostenzuschüsse für die Erweiterung und Erneuerung der Straßenbeleuchtung.

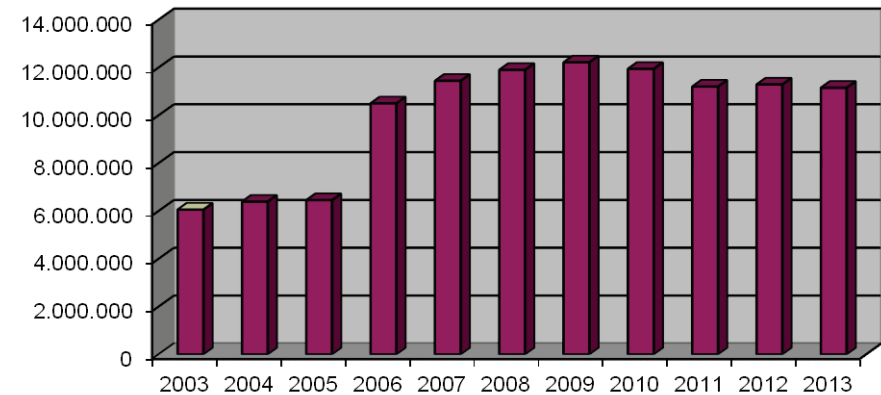
Den größten Anteil an den mit insgesamt rd. 24,2 Mio. € und 24,5 Mio. € ausgewiesenen Transferaufwendungen beansprucht allerdings die Kreisumlage mit rd. 11,2 Mio. € und 11,1, was einem Anteil von rd. 47 % und 45 % entspricht. Hier sind jedoch entgegen der bisherigen Entwicklung aufgrund der Senkung des Umlagesatzes Verbesserungen festzustellen.

Weitere 5,8 % (rd. 1,4 Mio. €) entfallen auf die Gewerbesteuerumlage, die Umlagen an die beiden Zweckverbände Volkshochschule und Berufsschule sowie die Umlage an den Aggerverband zur Gewässerunterhaltung. In Summe liegen diese Anteile über dem Ansatz des Vorjahres. Dies ist in den erhöhten Gewerbesteuerumlagen begründet, als Folge der erhöhten Gewerbesteuererträge.

Mit den OGATA-Zuschüssen von rd. 968 T€ und 987 T€ sind nochmals 4 % dem Bereich Schulen zuzuschreiben.

Die verbleibenden rund 43 % sind die steigenden Sozial- und Jugendhilfeleistungen.

Kreisumlage



Haus-halts-jahr	Kreisumlage
2003	6.054.456 €
2004	6.386.500 €
2005	6.451.000 €
2006	10.500.000 €
2007	11.441.000 €
2008	11.900.000 €
2009	12.215.000 €
2010	11.943.000 €
2011	11.200.000 €
2012	11.288.000 €
2013	11.153.000 €

Sonstige ordentliche Aufwendungen

Diese in Zeile 16 des Ergebnisplanes platzierten Aufwendungen addieren sich auf insgesamt rd. 2,4 Mio. € in 2012 und 2,3 Mio. € in 2013 und beinhalten die Geschäftsaufwendungen, Mieten und Pachten, Steuern und Versicherungen, Aufwendungen für Aus- und Fortbildung, Schutzkleidung und sonstige Personalnebenaufwendungen sowie auch die Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeiten.

Bei diesen Aufwendungen ist im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung erkennbar, die sich auf verschiedene Ursachen zurückführen lässt. Gestiegene Versicherungsleistungen, Mehraufwand bei der Schulsozialarbeit und der Einkauf von EDV-Dienstleistungen aufgrund des Wegfalls einer Stelle im EDV-Bereich sind nur einige. Allein 75.000 € Verschlechterung lassen sich aufgrund gestiegener Kosten für den „Einkauf“ der Personalausweise feststellen. Die Kosten werden jedoch auch zum Teil wieder durch die entsprechenden Mehrerträge bei den Gebühren für die Ausweise gedeckt.

Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen

Von den in Zeile 20 für die Haushaltsjahre 2012 und 2013 veranschlagten 1,87 Mio. € und 1,96 Mio. € entfallen rd. 86 T€ auf die Gewerbesteuerzinsen. Der größte Anteil an dieser Position muss für die Zinslasten aus den Krediten (rd. 946 T€/2012 und 1,068 Mio. €/2012 Liquiditätskreditzinsen sowie 822 T€/2012 und 789 T€/2013 Investitionskreditzinsen) aufgewendet werden. Die Erhöhung des Ansatzes in der Finanzplanung beruht ausschließlich auf einer gestiegenen Zinslast für die weiter steigenden Liquiditätskredite.

Finanzplan

Vorbemerkung

Im Finanzplan sind in den Zeilen 1 bis einschließlich 17 die Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit geplant. Also grundsätzlich die Zahlungen zu den im Ergebnisplan dargestellten Erträgen und Aufwendungen. Insoweit könnte vorausgesetzt werden, dass die Summenwerte dieser Ein- und Auszahlungen mit den Ertrags- und Aufwandssummen des Ergebnisplanes übereinstimmen müssten. Da jedoch in vielen Fällen die Zahlungen erfahrungsgemäß nicht entsprechend den Rechnungs-/Bescheidfestsetzungen (offene Forderungen / Verbindlichkeiten) gezahlt werden, ist dies bei der Planung entsprechend zu beachten. Es wird jedoch angenommen, dass sich dies über die Jahre hinweg immer wieder ausgleicht, so dass die der laufenden Verwaltungstätigkeit zugeordneten Werte des Finanzplanes im Ergebnis doch noch in wesentlichen Teilen denen des Ergebnisplanes entsprechen.

Die ausweislich der Festsetzungen in der Haushaltssatzung bestehende Abweichung zwischen Ergebnis- und Finanzplan beruht vielmehr einmal auf den nicht zahlungswirksamen Erträgen und Aufwendungen (Erträge aus der Auflösung von Sonderposten, Zuführungen zu Rückstellungen, Abschreibungen), die nur im Ergebnisplan veranschlagt sind. Zum anderen auf den Einzahlungen und Auszahlungen, die keinen Ertrag oder Aufwand des Wirtschafts- bzw. Planjahres darstellen und daher nur im Finanzplan zu planen sind (z.B. Einzahlungen auf offene Forderungen, Auszahlungen auf Verbindlichkeiten).

Auch die Inanspruchnahme der Rückstellungen ist ausschließlich im Finanzplan ausgewiesen. Also die Umlagezahlung an die Versorgungskasse.

Die Zeilen 18 bis 31 enthalten die geplanten Ein- und Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und in den Zeilen 33 bis 35 sind die Vorgänge der Finanzierungstätigkeit (Kreditaufnahme und –Tilgung, Gewährung von Darlehen und deren Rückflüsse) darzustellen.

Einzahlungen aus Investitionstätigkeit

... aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen

Im Haushalt 2012 mit einer Gesamtsumme in Höhe von 1.763.300 € und in 2013 mit 1.509.000 € ausgewiesen.

Neben der allgemeinen Investitionspauschale, den Schul- und Sportpauschalen nach dem GFG sowie der Feuerschutzpauschale sind hier auch objektbezogene Zuweisungen enthalten. Allgemeine Investitionszuweisungen sind 2012 mit rd. 1,136 Mio. € enthalten, so dass 630 T€ auf Objektzuweisungen entfallen. Fast der vollständige Betrag, nämlich 498.500 € betreffen hiervon die Einrichtung bzw. den Umbau von Kindertagesstätten.

Im Jahr 2013 gibt es bei den allgemeinen Investitionspauschalen kaum Veränderungen. Hinzu kommen hier

- 161.000 € Landeszuweisung Bahntrasse Stuppheide
- 207.000 € Einrichtung/Umbau von Kindertagesstätten

... aus der Veräußerung von Sachanlagen

Die in Zeile 19 des Finanzplanes veranschlagten Werte beziehen sich fast ausschließlich auf die Veräußerung von Grundvermögen.

Mit diesen Einzahlungen sind die von der Stadt zu tragenden Eigenanteile zu den vorgenannten Investitionsmaßnahmen zu finanzieren.

... aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten

Berücksichtigt sind in diesem Planansatz ausschließlich Erschließungsbeiträge nach dem Baugesetzbuch und Straßenbaubeiträge nach dem Kommunalabgabengesetz.

Bezüglich der im Einzelnen berücksichtigten Erschließungsanlagen und der jeweils zugeordneten Ansatzanteile wird auf die Erläuterun-

gen zum Produkt 12.10.10 (Verkehr) im Budget 08 = Fachbereich 4 hingewiesen.

Auszahlungen aus Investitionstätigkeit

.. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden

Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken sind im einzelnen im Budget 08 = Fachbereich 4 bei den Produkten 01.70.30 (Grundstücksentwicklung) und 12.10.10 (Verkehr) und im Budget 10 = Fachbereich 6 beim Produkt 01.70.20 (Immobilienprojektierung) veranschlagt. Diesen Planansätzen liegen keine konkreten zu erwerbenden Objekte zu Grunde, sie betreffen den allgemeinen Grunderwerb.

.. für Baumaßnahmen

Die für das Planungsjahr 2012 veranschlagten Baumaßnahmen in Höhe von rd. 888 T€ betreffen im Wesentlichen in 2012 die beiden folgende Maßnahmen:

- 257.400 € Umbau von Kindertagesstätten
- 562.300 € verschiedene Straßenbaumaßnahmen (siehe Produkt 12.10.10)

In 2013 sind im Wesentlichen folgende Maßnahmen projektiert:

- 234.000 € Feuerwehrgebäude Forsbach
- 76.500 € Blockheizkraftwerk Sporthalle Gymnasium
- 1.308.300 € verschiedene Straßenbaumaßnahmen (siehe Produkt 12.10.10)

Die Baumaßnahme Feuerwehrgebäude Forsbach wird in den darauf folgenden Jahren mit 968.100 € fortgesetzt, das Feuerwehrgebäude Rösrath ist mit 900.000 € in den Jahren 2015 bis 2018 projektiert.

Auf welche Maßnahmen, welche Teilbeträge der Gesamtsummen von 1.456.000 € in 2014; 968.100 € in 2015 und 568.320 € in 2016 entfallen, ergibt sich aus den Veranschlagungen in den Teilfinanzplänen „Teil B – einzelne Investitionsmaßnahmen“ der jeweiligen Produkte.

... für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen

Die hierfür ausgewiesene Gesamtsumme beträgt 708.900 € in 2012 und 486.100 € in 2013. Die größeren Einzelpositionen sind die Anschaffung von Feuerwehrfahrzeugen nach dem Fahrzeugkonzept der Feuerwehr mit 280.000 € in 2012 und 175.000 € in 2013 (2014: 506.800 €, 2015: 366.200 €, 2016: 168.000€), EDV-technische Ausstattung mit insgesamt 36.300 € in 2012 und 31.000 in 2013, Sirenanlagen mit 83.000 € sowie Einrichtungsgegenstände in den städtischen Kitas (U3) mit 50.400 € in beiden Jahren.

Im Übrigen sind derartige Auszahlungen fast in allen Produkten für die Anschaffung von Vermögensgegenständen unterhalb der Wertgrenze von 410 € (sogen. Geringwertige Wirtschaftsgüter – GWG's) oder die Anschaffung von Ausstattungs- und Einrichtungsgegenständen oberhalb der Wertgrenze von 410 € veranschlagt. Insbesondere auch die Versorgung der Schulen mit Mobiliar und EDV-Ausstattung

... von aktivierbaren Zuwendungen

Bei den hier zugeordneten Auszahlungen handelt es sich einmal um die Investitionszuschüsse der Stadt für die anteilige Finanzierung von Kanalbaumaßnahmen der StadtWerke. Nämlich für den der Straßenentwässerung dienenden Teil des jeweiligen Abwasserkanals.

Zum anderen sind hier die Zuschüsse für die Ausstattung von Kindertagesstätten der freien Träger enthalten.

Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit

... aus Aufnahme und Rückflüssen von Darlehen

Sowohl 2012, als auch in 2013 sind keine Kreditaufnahmen vorgesehen. Entsprechend den HSK-Anforderungen also keine weitere Netto-Neuverschuldung, sondern konkreter Schuldenabbau.

In 2014 und 2015 sind jedoch wieder zwei Darlehensaufnahmen geplant, um die Investitionsmaßnahmen der Feuerwehrrhäuser zu finanzieren.

Die auf Rückflüsse von (Wohnungsbau)-Darlehen entfallenden Beträge sind in den einzelnen Jahren durchschnittlich mit 1.300 € beziffert.

Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit

... für Tilgung und Gewährung von Darlehen

Darlehensgewährungen sind im gesamten Finanzplanungszeitraum nicht vorgesehen. Der ausgewiesene Planansatz beinhaltet ausschließlich die Tilgung der für Investitionen aufgenommenen Kredite.

Orientierungsdaten für die Finanzplanung der Gemeinden NRW

Übersicht / Vergleich der Orientierungsdaten für die Planungsperioden

Nach den Orientierungsdaten sollen sich die Gemeinden und Gemeindeverbände bei der Aufstellung des Haushaltsplanes und bei der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung ausrichten. Dies sind Durchschnittswerte und geben Anhaltspunkte für die individuelle gemeindliche Finanzplanung. Anhand dieser Empfehlungen sind unter Berücksichtigung der örtlichen Besonderheiten die zutreffenden bzw. erforderlichen Einzelwerte zu ermitteln bzw. zu bestimmen.

Die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise, der hohen Rohstoff- und Energiepreise und der fragilen internationalen Finanzmärkte stellen eine besondere Herausforderung für die Gemeinden dar, die bereits in der Vergangenheit keinen ausgeglichenen Haushalt vorlegen konnten. Hier kann es erforderlich sein, die für die Aufwendungen genannten Orientierungsdaten noch zu unterschreiten. Im Interesse der Erhaltung kommunaler Selbstverwaltung und der Generationengerechtigkeit muss es oberstes Ziel sein, den Haushaltsausgleich zu erreichen oder zumindest ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept aufzustellen.

Absolut		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr				
		Orientierungsdaten				
2010	2011	2011	2012	2013	2014	2015
in Mio. Euro		in %				

Einzahlungen / Erträge¹

Steuern und ähnliche Abgaben (Einzahlungen)	18.164	19.345	+ 6,5	+ 5,3	+ 5,7	+ 4,2	+ 3,9
davon:							
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ²	5.462	5.815	+ 6,5	+ 3,0	+ 7,5	+ 5,0	+ 5,0
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	855	895	+ 4,8	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,7
Gewerbesteuer (brutto)	8.938	9.650	+ 8,0	+ 8,0	+ 6,0	+ 4,5	+ 4,0
Grundsteuer A und B	2.692	2.758	+ 2,5	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0
Sonstige Steuern und ähnliche Einzahlungen	217	227	+ 5,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Kompensation Familienleistungsausgleich und Kinderbonus in 2010 (Erträge)	697	653	- 6,3	+ 4,9	+ 2,2	+ 2,9	+ 2,1
Zuweisungen des Landes im Rahmen des Steuerverbundes (Erträge)²	7.898	7.922	+ 0,3	+ 6,3	+ 3,9	+ 4,5	+ 3,7
davon:							
Schlüsselzuweisungen an Gemeinden, Kreise und Landschaftsverbände	6.701	6.722	+ 0,3	+ 6,3	+ 3,9	+ 4,5	+ 3,7

Aufwendungen

Personalaufwendungen				+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen				+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0
Sozialtransferaufwendungen			+ 3,0	+ 3,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0

Umlagegrundlagen der Kreisumlagen	11.896	11.170	- 6,1	+ 8,6	+ 4,8	+ 4,3	+ 3,9
Umlagegrundlagen der LVR-Umlage	12.645	12.195	- 3,6	+ 8,8	+ 4,9	+ 4,3	+ 3,9
Umlagegrundlagen der LWL-Umlage	10.196	9.757	- 4,3	+ 9,3	+ 4,9	+ 4,3	+ 3,8

Anlagen

- Übersicht Verbindlichkeiten
- Übersicht Verpflichtungsermächtigungen
- Übersicht Zuwendungen an Fraktionen
- Vor-Entwurf Eröffnungsbilanz
- Übersicht Entwicklung Eigenkapital
- Stellenplan
- Übersicht Wirtschaftslage StadtWerke Rösrath AöR

Übersicht über den voraussichtlichen Stand der VERBINDLICHKEITEN

Art der Verbindlichkeiten	Stand am Ende des Vorjahres 2010	voraussichtlicher Stand zu Beginn des Haushaltsjahres 2012	voraussichtlicher Stand zum Ende des Haushaltsjahres 2012	voraussichtlicher Stand zum Ende des Haushaltsjahres 2013
1	2	3	4	5
1. Anleihen	-	-	-	-
1. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen				
2.1 von verbundenen Unternehmen	-	-	-	-
2.2 von Beteiligungen / 2.3 von Sondervermögen	-	-	-	-
2.4 vom öffentlichen Bereich	-	-	-	-
2.4.1 vom Bund / 2.4.2 vom Land	-	-	-	-
2.4.3 von Gemeinden (GV) / 2.4.4 von Zweckverbänden	-	-	-	-
2.4.5 vom sonstigen öffentlichen Bereich	-	-	-	-
2.4.6 von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen	-	-	-	-
2.5 vom privaten Kreditmarkt				
2.5.1 von Banken und Kreditinstituten	18.866.725 €	18.724.360 €	17.961.599 €	17.170.594 €
2.5.2 von übrigen Kreditgebern	-	-	-	-
3. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung *)				
3.1 vom öffentlichen Bereich	-	-	-	-
3.2 vom privaten Kreditmarkt	22.010.000 €	32.000.000 €	37.800.000 €	42.700.000 €
4. Verbindlichkeiten aus Kredit ähnlichen Vorgängen				
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.679.817 €			
6. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	479.701 €			
7. Sonstige Verbindlichkeiten	-	-	-	-
Summe:	43.036.243 €	50.724.360 €	55.761.599 €	59.870.594 €

*) = einschließlich Kontokorrentkredite

Übersicht

über die aus VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen

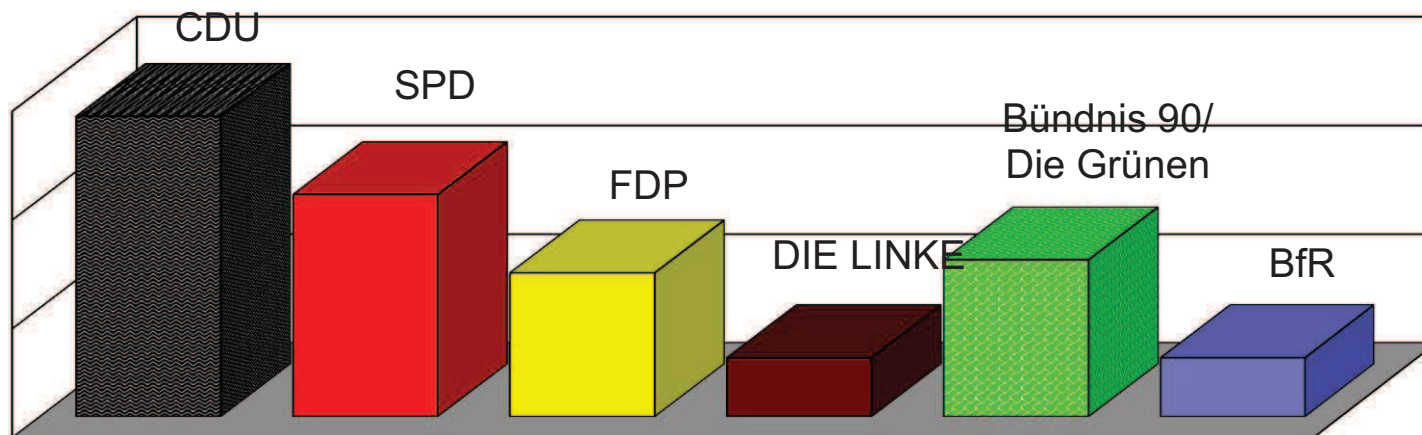
Verpflichtungsermächtigungen		Voraussichtlich fällige Ausgaben		
im HH-Plan des Jahres ...	in	in den Haushaltsjahren		
Budget - Produkt - Investitionsmaßnahme	Höhe von	2013	2014	2015
1	1.1	2	3	4
<u>2012</u>				
Jahnstraße	150.000 €	150.000 €		
Hoffnungsthaler Straße	137.800 €	137.800 €		
Feuerwehrgebäude Forsbach	234.000 €	234.000 €		
Summe 2012	521.800 €	521.800 €	0 €	0 €
<u>2013</u>				
An der Foche	342.000 €		342.000 €	
Rotdornallee	249.000 €		249.000 €	
Feuerwehrgebäude Forsbach	968.100 €		755.000 €	213.100 €
Summe 2013	1.559.100 €	0 €	1.346.000 €	213.100 €
Summe gesamt	2.080.900 €	521.800 €	1.346.000 €	213.100 €
<u>Nachrichtlich:</u>				
Im Finanzplan vorgesehene Kreditaufnahmen	722.000 T€	0 €	547.000 €	175.000 €

Zuwendungen an Fraktionen

Teil A: Geldleistungen

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Fraktion	Haushaltsplanung		Rechnungs- Ergebnis 2010	Erläuterungen
		2012 / 2013	2011		
1	2	3	4	5	6
1.	CDU	5.520 €	5.520 €	5.880 €	Die Höhe der Fraktionszuwendungen ist in der Hauptsatzung (§ 9 Abs. 4) geregelt. Danach erhalten die Fraktionen eine monatliche Zuwendung in Form eines Sockelbetrages und einer Pauschale je Ratsmitglied. Das Haushaltssicherungskonzept weist hierzu einen Konsolidierungsvorschlag aus, der eine Reduzierung dieser Zuwendungen vorsieht.
2.	SPD	4.080 €	4.080 €	4.440 €	
3.	FDP	2.640 €	2.640 €	3.240 €	
4.	DIE LINKE	1.080 €	1.080 €	2.280 €	
5.	Bündnis 90/Die Grünen	2.880 €	2.880 €	3.480 €	
6.	BfR	1.080 €	1.080 €	2.280 €	
	Summe:	17.280 €	17.280 €	21.600 €	

Fraktionszuwendungen 2012



Zuwendungen an Fraktionen

Teil B: Geldwerte Leistungen

Fraktion:					
	Zweckbestimmung	HH-Jahr 2012 / 2013	Geldwert Vorjahr 2011		Erläuterungen
	1	2	3	mehr(+) weniger(-)	5
1.	Gestellung von Personal der Kommune für die Fraktionsarbeit				
1.1	für die Sicherung des Informationsaustauschs, organisatorische Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsbetrieb)	-	-	-	Den im Rat vertretenen Fraktionen werden lediglich Räumlichkeiten zur Durchführung ihrer Fraktionssitzungen zur Verfügung gestellt. Diese Sitzungssäle im Rathaus, im Bürgerforum Bergisch Hof sowie in den Verwaltungsräumen am Rathausplatz werden von den Fraktionen mit unterschiedlicher Häufigkeit genutzt.
1.2	für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten)	-	-	-	
1.3	für Fahrer von Dienstfahrzeugen	-	-	-	
2.	Bereitstellung von Fahrzeugen	-	-	-	Der diesen Nutzungen zuzuordnende "Mietwert" wurde in den letzten Jahren mit rd. 110,- € angenommen. Dieser Nutzungswert ist anhand geänderter Kostengrößen neu zu kalkulieren. Bedingt durch die erforderliche Neukalkulation ist für 2011 auch auf die Angabe eines Schätzwertes verzichtet worden.
3.	Bereitstellung von Räumen				
3.1	für die Fraktionsgeschäftsstelle				
3.2	dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen	5.600 €	5.600 €	-	
4.	Bereitstellung einer Büroausstattung	-	-	-	
4.1	Büromöbel und -maschinen	-	-	-	
4.2	sonstiges Büromaterial	-	-	-	
5.	Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für	-	-	-	
5.1	bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung)	-	-	-	
5.2	Fachliteratur und -zeitschriften	-	-	-	
5.3	Telefon, Telefax, Datenübertragungsleistungen	-	-	-	
5.4	Rechnerzeiten auf zentraler ADV-Anlage	-	-	-	
6.	Sonstiges	-	-	-	

Entwurf der Eröffnungsbilanz *

der Stadt Rösrath zum 01. Januar 2008

A k t i v a

1. Anlagevermögen

1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände		25.393 €	
1.2 Sachanlagen			
1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	10.854.651 €		
1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	65.132.109 €		
1.2.3 Infrastrukturvermögen	70.479.581 €		
1.2.4 Bauten auf fremden Grund und Boden	25.435 €		
1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	662.921 €		
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.433.424 €		
1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen in Bau	1.252.631 €	151.840.752 €	
1.3 Finanzanlagen			
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	15.986.502 €		
1.3.2 Beteiligungen	123.110 €		
1.3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens	177.595 €		
1.3.5 Ausleihungen	205.390 €	16.492.596 €	168.358.741 €

2. Umlaufvermögen

2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
2.2.1 Öffentlich-Rechtliche Forderungen u. Forderungen aus Transferleistungen	3.694.940 €		
2.2.2 Privatrechtliche Forderungen	27.774 €		
2.2.3 Sonstige Vermögensgegenstände	75.955 €	3.798.669 €	
2.4 Liquide Mittel		550.489 €	4.349.158 €

3. Aktive Rechnungsabgrenzung

118.775 €

Bilanzsumme

172.826.674 €

* Anmerkung: Daten und Werte aus dem dem Stadtrat vorgelegten Entwurf. Die überörtliche Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt hat jedoch ergeben, dass nicht alle Wertermittlungen anerkannt wurden. Insoweit werden sich bei verschiedenen Posten noch Veränderungen ergeben, weshalb hier auch noch nicht die Schlussbilanz des Vorvorjahres abgebildet werden kann.

Entwurf der Eröffnungsbilanz *
der Stadt Rösrath zum 01. Januar 2008

P a s s i v a

1. I Eigenkapital

1.1 Allgemeine Rücklagen	92.240.952 €	
1.2 Sonderrücklagen	- €	
1.3 Ausgleichrücklage	9.352.056 €	
1.4 Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	- €	101.593.008 €

2. Sonderposten

2.1 für Zuwendungen	13.708.915 €	
2.2 für Beiträge	5.487.821 €	
2.4 Sonstige Sonderposten	- €	19.196.736 €

3. Rückstellungen

	- €	
3.1 Pensionsrückstellungen	14.017.037 €	
3.3 Instandhaltungsrückstellungen	987.000 €	
3.4 Sonstigen Rückstellungen	1.604.456 €	16.608.493 €

4. Verbindlichkeiten

4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	20.374.911 €	
4.3 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	13.334.885 €	
4.4 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	209.539 €	
4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	451.680 €	
4.6 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	67.677 €	
4.7 Erhaltne Anzahlungen	48.806 €	
4.8 Sonstige Verbindlichkeiten	939.790,26 €	35.427.286 €

5. Passive Rechnungsabgrenzung

1.151 €

Bilanzsumme

172.826.674 €

* Anmerkung: Daten und Werte aus dem dem Stadtrat vorgelegten Entwurf. Die überörtliche Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt hat jedoch ergeben, dass nicht alle Wertermittlungen anerkannt wurden. Insoweit werden sich bei verschiedenen Posten noch Veränderungen ergeben, weshalb hier auch noch nicht die Schlussbilanz des Vorvorjahres abgebildet werden kann.

Entwicklung des Eigenkapitals

Aktualisierte Übersicht *



RösRATH stadt

Haushaltsjahr		2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Bestand zum Beginn des Haushaltsjahres	Allgemeine Rücklage:	67.240.952 €	67.240.952 €	65.536.114 €	57.236.755 €	53.268.094 €	45.705.184 €	37.189.694 €	29.545.994 €
	Sonderrücklage:	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	Deckungsrücklage:	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	Ausgleichsrücklage:	9.352.056 €	5.968.290 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	Summe Eigenkapital:	76.593.008 €	73.209.242 €	65.536.114 €	57.236.755 €	53.268.094 €	45.705.184 €	37.189.694 €	29.545.994 €

^ um 25 Mio. € reduziert *

"Vorläufiges"/Geplantes Jahresergebnis **	-3.383.766 €	-7.673.128 €	-8.299.359 €	-3.968.662 €	-7.562.910 €	-8.515.490 €	-7.643.700 €	-6.319.370 €
---	--------------	--------------	--------------	--------------	--------------	--------------	--------------	--------------

Veränderungen (Verringerung) des Eigenkapitals	Allgemeine Rücklage:	0 €	-1.704.838 €	-8.299.359 €	-3.968.662 €	-7.562.910 €	-8.515.490 €	-7.643.700 €	-6.319.370 €
	<i>Minderung in %</i>	<i>0,00%</i>	<i>-2,54%</i>	<i>-12,66%</i>	<i>-6,93%</i>	<i>-14,20%</i>	<i>-18,63%</i>	<i>-20,55%</i>	<i>-21,39%</i>
	Sonderrücklage:	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	Deckungsrücklage:	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	Ausgleichsrücklage:	-3.383.766 €	-5.968.290 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	Summe Verringerungen:	-3.383.766 €	-7.673.128 €	-8.299.359 €	-3.968.662 €	-7.562.910 €	-8.515.490 €	-7.643.700 €	-6.319.370 €

Bestand zum Ende des Haushaltsjahres	Allgemeine Rücklage:	67.240.952 €	65.536.114 €	57.236.755 €	53.268.094 €	45.705.184 €	37.189.694 €	29.545.994 €	23.226.624 €
	Sonderrücklage:	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	Deckungsrücklage:	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	Ausgleichsrücklage:	5.968.290 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	Summe Eigenkapital:	73.209.242 €	65.536.114 €	57.236.755 €	53.268.094 €	45.705.184 €	37.189.694 €	29.545.994 €	23.226.624 €

* Das im Entwurf der Eröffnungsbilanz ermittelte Eigenkapital ist hier aufgrund der Feststellung der Gemeindeprüfungsanstalt zur Ausweisung der Sonderposten reduziert worden. Der genannte Wert wird aus der noch nicht abgeschlossenen SoPo-Neuberechnung erwartet.

** 2008 bis 2011 = vorläufig ermittelte Ergebnisse; ab 2012 Planwerte nach den Ausweisungen in den Gesamtergebnisplänen der mittelfristigen Ergebnisplanung bzw. des Haushaltssicherungskonzeptes.

Entwicklung des Eigenkapitals

Aktualisierte Übersicht *



RÖSRATH stadt

Haushaltsjahr		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Bestand zum Beginn des Haushaltsjahres	Allgemeine Rücklage:	23.226.624 €	18.658.424 €	14.143.584 €	11.993.027 €	10.266.950 €	10.146.169 €	10.119.518 €
	Sonderrücklage:	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	Deckungsrücklage:	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	Ausgleichsrücklage:	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	Summe Eigenkapital:	23.226.624 €	18.658.424 €	14.143.584 €	11.993.027 €	10.266.950 €	10.146.169 €	10.119.518 €

"Vorläufiges"/Geplantes Jahresergebnis **		-4.568.200 €	-4.514.840 €	-2.150.557 €	-1.726.077 €	-120.781 €	-26.651 €	167.840 €
---	--	--------------	--------------	--------------	--------------	------------	-----------	-----------

Veränderungen (Verringerung) des Eigenkapitals	Allgemeine Rücklage:	-4.568.200 €	-4.514.840 €	-2.150.557 €	-1.726.077 €	-120.781 €	-26.651 €	0 €
	<i>Minderung in %</i>	-19,67%	-24,20%	-15,21%	-14,39%	-1,18%	-0,26%	0,00%
	Sonderrücklage:	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	Deckungsrücklage:	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	Ausgleichsrücklage:	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	167.840 € ***
	Summe Verringerungen:	-4.568.200 €	-4.514.840 €	-2.150.557 €	-1.726.077 €	-120.781 €	-26.651 €	167.840 €

Bestand zum Ende des Haushaltsjahres	Allgemeine Rücklage:	18.658.424 €	14.143.584 €	11.993.027 €	10.266.950 €	10.146.169 €	10.119.518 €	10.119.518 €
	Sonderrücklage:	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	Deckungsrücklage:	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	Ausgleichsrücklage:	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	167.840 €
	Summe Eigenkapital:	18.658.424 €	14.143.584 €	11.993.027 €	10.266.950 €	10.146.169 €	10.119.518 €	10.287.358 €

** 2008 bis 2011 = vorläufig ermittelte Ergebnisse; ab 2012 Planwerte nach den Ausweisungen in den Gesamtergebnisplänen der mittelfristigen Ergebnisplanung bzw. des Haushaltssicherungskonzeptes.

*** Nur fiktive Darstellung; Schuldentilgung geht einer Zuführung zur Ausgleichsrücklage vor.

Stellenplan
und
Stellenübersicht
der Stadt Rösrath

2012/2013

Stellenplan 2012/2013

Teil A - Beamte

Wahlbeamte und Laufbahngruppen	Besoldungsgruppe	Zahl der Stellen (bzw. Summe der Stellenwerte)				Erläuterungen KU = künftig umzuwandeln KW = künftig wegfallend TZ = z.Zt. Teilzeit AZ = Amtszulage
		<u>2012</u> insgesamt	<u>2013</u> insgesamt	2011	tatsächlich besetzt am 30.06.2011	
1	2	3	4	5	6	7
<u>Wahlbeamte</u>						
Bürgermeister	B 4	1,0	1,0	1,0	1,0	
1. Beigeordneter	A 16	1,0	1,0	1,0	1,0	
Beigeordnete	A 15	2,0	2,0	1,0	1,0	KW = 1,0
<u>Höherer Dienst</u>						
Direktor/in	A 15	1,0	0,0	1,0	0,0	KW = 1,0 (n. Stadtratsbeschluss Ausweisung der Stelle als Wahlbeamtenstelle)
Oberrat/-rätin	A 14	2,0	2,0	2,0	3,0	KW = 1,0
Rat/Rätin	A 13	2,0	2,0	2,0	2,0	
<u>Gehobener Dienst</u>						
Oberamtsrat/-rätin	A 13	1,0	1,0	0,0	0,0	
Amtsrat/-rätin	A 12	5,0	4,0	5,0	5,0	KW = 1,0
Amtmann/-frau	A 11	4,0	4,0	3,0	3,0	TZ = 1,0
Oberinspektor/in	A 10	5,4	5,4	5,4	5,4	TZ = 1,4 AZ = 1,0
Inspektor/in	A 9	3,0	3,0	2,0	1,0	
<u>Mittlerer Dienst</u>						
Amtsinspektor/in	A 9	3,4	3,4	3,4	3,4	TZ = 1,4
Hauptsekretär/in	A 8	2,5	2,5	2,5	2,5	KW = 0,5 TZ = 0,5
Obersekretär/in	A 7	0,0	0,0	0,0	0,0	
Insgesamt:		33,3	31,3	29,3	28,3	

Doppischer Budgetplan 2012 / 2013

Teil A - Aufteilung nach der Haushaltsgliederung - Beamte -

2012/2013 Stellenübersicht

Produktbereich Bezeichnung		Wahlbeamte			Höherer Dienst			Gehobener Dienst					Mittlerer Dienst				Summe Stellenwerte	Anzahl Stellen	KW = künftig wegfallend KU = künftig umzuwandeln TZ = z.Zt. Teilzeit AZ = Amtszulage
		B 4	A16	A15	A15	A14	A13	A13	A12	A11	A10	A9	A9	A8	A7	A5			
1	2	3			4			5					6						7
01	Innere Verwaltung	1,00	1,00	2,00	1,00	1,00	1,80	1,00	3,00	0,50	2,00	3,00	1,40	2,00			20,70	21	
01.10.10	Verwaltungsvorstand	1,0	1,0	2,0	0,5				0,4		1,0		0,8				6,70	6	KW = 1,9
01.20.10	Personalvertretung																0,00		
01.30.10	Gleichstellung																0,00		
01.40.10	Rechnungsprüfung, Revision, Datenschutz					0,5		0,5			0,5						1,50	3	KW = 0,5
01.40.20	Controlling					0,5		0,5			0,5						1,50		KW = 0,5
01.50.10	Organisation und zentrale Dienste						0,2							1,0			1,20	1	
01.50.20	Personalservice						0,8		0,6								1,40	2	KW = 0,6
01.60.10	Finanzmanagement u. Rechnungswesen				0,5				2,0	0,5		2,0	0,6	1,0			6,60	7	KW = 0,5; TZ = 1,1
01.70.10	Immobilienverwaltung						0,8					1,0					1,80	2	
02	Sicherheit und Ordnung								1,00		0,70		0,78				2,48	3	
02.10.10	Schutz von Leben u. Gesundheit								0,65								0,65	1	
02.10.20	Verkehrssicherheit																0,00		
02.10.30	Feuer-, Zivil u. Katastrophenschutz								0,3								0,30		
02.10.40	Gewerbeüberwachung												0,78				0,78	1	TZ = 0,8
02.20.10	Meldeangelegenheiten										0,22						0,22		
02.20.20	Wahlen								0,05								0,05		
02.30.10	Standesamt										0,48						0,48	1	TZ = 0,7

Doppischer Budgetplan 2012 / 2013

Teil A - Aufteilung nach der Haushaltsgliederung - Beamte -

2012/2013 Stellenübersicht

Produktbereich Bezeichnung		Wahlbeamte			Höherer Dienst			Gehobener Dienst					Mittlerer Dienst				Summe Stellenwerte	Anzahl Stellen	KW = künftig wegfallend KU = künftig umzuwandeln TZ = z.Zt. Teilzeit AZ = Amtszulage
		B 4	A16	A15	A15	A14	A13	A13	A12	A11	A10	A9	A9	A8	A7	A5			
1	2	3			4			5					6						7
03	Schulträgeraufgaben									0,20	1,00						1,20	1	
03.10.10	Grundschulen									0,04	0,2						0,24		
03.10.20	Schulen der Sekundarstufen									0,06	0,6						0,66	1	
03.10.30	Verbundschule									0,05							0,05		
03.10.40	Übrige schulische Aufgaben									0,05	0,2						0,25		
04	Kultur und Wissenschaft									1,00							1,00	1	
04.10.10	Kulturverwaltung, -förderung, Veranstaltungen																0,00		
04.10.20	Stadtbücherei									1,0							1,00	1	
04.10.30	Musik- und Erwachsenenbildung																0,00		
05	Soziale Leistungen								1,00					0,50			1,50	2	
05.10.10	Hilfen zur Sicherung der Lebensgrundlage								1,0								1,00	1	
05.10.20	Besondere soziale Bürgerdienste																0,00		
05.20.10	Hilfe bei Wohnproblemen													0,5			0,50	1	KW = 0,5; TZ = 0,5
05.20.20	Leistungen für Asylbewerber																0,00		
06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe									1,80							1,80	2	
06.10.10	Tagesbetreuung von Kindern und Spielplätze																0,00		
06.10.20	Sonstige Leistungen zur Förderung junger Menschen und Familien																0,00		
06.10.30	Förderung von Kindern in der Tagespflege																0,00		
06.10.40	Jugendarbeit									1,8							1,80	2	
07	Gesundheitsdienste																0,00		

Doppischer Budgetplan 2012 / 2013

Teil A - Aufteilung nach der Haushaltsgliederung - Beamte -

2012/2013 Stellenübersicht

Produktbereich Bezeichnung		Wahlbeamte			Höherer Dienst			Gehobener Dienst					Mittlerer Dienst				Summe Stellenwerte	Anzahl Stellen	KW = künftig wegfallend KU = künftig umzuwandeln TZ = z.Zt. Teilzeit AZ = Amtszulage
		B 4	A16	A15	A15	A14	A13	A13	A12	A11	A10	A9	A9	A8	A7	A5			
1	2	3			4			5					6						7
08	Sport																0,00		
08.10.10	Sportförderung																0,00		
09	Räumliche Planung und Entwicklung					1,00											1,00	1	
09.10.10	Räumliche Konzepte u. Bauleitplanung					1,0											1,00	1	
10	Bauen und Wohnen									0,15	1,70						1,85	2	
10.10.10	Bauordnungsangelegenheiten										1,7						1,70	2	TZ = 0,7; AZ = 1,0
10.10.20	Denkmalschutz- u. Denkmalpflege									0,15							0,15		
11	Ver- und Entsorgung																0,00		
12	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV									0,35			0,80				1,15	2	
12.10.10	Verkehr									0,35			0,8				1,15	2	TZ = 0,5
13	Natur- und Landschaftspflege						0,20										0,20		
13.10.10	Öffentliche Grün- und Waldflächen						0,2										0,20		
13.10.20	Landschaftspark Venauen																0,00		
14	Umweltschutz												0,20				0,20		
14.10.10	Umweltschutz												0,2				0,20		
15	Wirtschaft und Tourismus												0,22				0,22		
15.10.10	Tourismus												0,2				0,20		
15.10.20	Wochenmärkte												0,02				0,02		
16	Allgemeine Finanzwirtschaft																0,00		
16.10.10	Allgemeine Finanzwirtschaft																0,00		
17	Stiftungen																0,00		
Insgesamt:		1,00	1,00	2,00	1,00	2,00	2,00	1,00	5,00	4,00	5,40	3,00	3,40	2,50			33,30	35,0	
		33,30																	

Stellenplan 2012/2013

Teil B - Tariflich Beschäftigte

Entgeltgruppe TVÖD / Sondertarif zum Sozial- und Erziehungsdienst	Zahl der Stellen (bzw. Summe der Stellenwerte)			besetzt am 30.06.2011	Erläuterungen TZ = Teilzeit KU = künftig umzuwandeln KW = künftig wegfallend [jew.: Stellen (Stellenwerte)]
	<u>2012</u>	<u>2013</u>	2011		
1	2	2a	3	4	5
TVÖD 13	1,0	1,0	1,0	1,0	
TVÖD 12	1,0	1,0	1,0	1,0	KU = 1,0
TVÖD 11 / S 17	10,6	10	9,6	10,6	KU = 0,6 KW = 1,6
TVÖD 10 / S 15, S 13	11,7	11,7	10,7	11,7	
TVÖD 9 / S 14, S 11Ü	21,1	18,7	23,4	22,4	TZ = 8,1 KU = 2,7 KW = 1,8
TVÖD 8 / S 6, S 11	22,9	21,2	23,0	19,5	TZ = 6,9 KU = 1,0 KW = 2,5
TVÖD 7			0,0		
TVÖD 6	33,9	32,7	32,1	30,2	TZ = 6,0 KU = 2,0 KW = 2,5
TVÖD 5 / S 3	12,5	11,5	11,8	11,5	TZ = 10,5 KW = 0,5
TVÖD 4	1,0	1,0	1,0	1,0	
TVÖD 3			0,0		
TVÖD 2Ü	2,4	1,4	2,4	2,4	TZ = 1,4 KW = 2,4
Insgesamt:	118,1	110,2	116	111,3	

Doppischer Budgetplan 2012 / 2013

Teil A - Aufteilung nach der Haushaltsgliederung - Tariflich Beschäftigte -

2012/2013 Stellenübersicht

Produktbereich Bezeichnung		Entgeltgruppen TVÖD / TV zum Sozial- und Erziehungsdienst ("S")												Summe Stellenwerte	Anzahl Stellen	Erläuterungen TZ = Teilzeit KU = künftig umzuwandeln KW = künftig wegfallend [jew.: Stellen (Stellenwerte)]
		13	12	11 S17	10 S15 S13	9 S14 S11Ü	8 S6 S11	7	6	5 S3	4	3	2ü			
1	2	3														4
01	Innere Verwaltung			6,15	2,95	7,30	1,00		18,45	1,20	1,00		1,65	39,70	43	
01.10.10	Verwaltungsvorstand					1,0			0,4					1,4	2	TZ = 0,4 ; KU = 1,0
01.20.10	Personalvertretung			0,2										0,2		
01.30.10	Gleichstellung					0,5								0,5	1	TZ = 0,5
01.40.10	Rechnungsprüfung, Revision, Datenschutz				1,0									1,0		
01.40.20	Controlling													0,0	1	
01.50.10	Organisation und zentrale Dienste			3,0		0,8			2,15	1,2			0,25	7,4	8	TZ = 2,0; KW = 1,0
01.50.20	Personalservice			1,0	1,0									2,0	2	
01.60.10	Finanzmanagement u. Rechnungswesen					4,0			3,7					7,7	8	TZ = 0,7
01.70.10	Immobilienverwaltung			1,95	0,95	1,0	1,0		12,2		1,0		1,4	19,5	21	TZ = 3,2; KU = 3,0; KW = 1,4
02	Sicherheit und Ordnung			0,60		2,80	1,00		6,30	2,70				13,40	20	
02.10.10	Schutz von Leben u. Gesundheit					1,0				2,3				3,3	8	TZ = 1,3
02.10.20	Verkehrssicherheit			0,60		1,0			0,5					2,1	3	TZ = 1,1; KU = 0,6; KW = 0,5
02.10.30	Feuer-, Zivil u. Katastrophenschutz								1,0	0,4				1,4	2	TZ = 0,4
02.10.40	Gewerbeüberwachung													0,0		
02.20.10	Meldeangelegenheiten						1,0		4,8					5,8	6	TZ = 0,8
02.20.20	Wahlen													0,0		
02.30.10	Standesamt					0,8								0,8	1	TZ = 0,8; KW = 0,8
03	Schulträgeraufgaben	0,35					1,12		7,31	1,90	0,00		0,75	11,43	14	
03.10.10	Grundschulen	0,07								1,9			0,75	2,72	6	TZ = 1,9; KW = 2,0
03.10.20	Schulen der Sekundarstufen	0,07					1,0		5,7					6,77	6	TZ = 0,7; KW = 2,0
03.10.30	Verbundschule	0,08							0,4					0,48	1	TZ = 0,4
03.10.40	Übrige schulische Aufgaben	0,13					0,12		1,21					1,46	1	

Doppischer Budgetplan 2012 / 2013

Teil A - Aufteilung nach der Haushaltsgliederung - Tariflich Beschäftigte -

2012/2013 Stellenübersicht

Produktbereich Bezeichnung		Entgeltgruppen TVÖD / TV zum Sozial- und Erziehungsdienst ("S")												Summe Stellenwerte	Anzahl Stellen	Erläuterungen TZ = Teilzeit KU = künftig umzuwandeln KW = künftig wegfallend [jew.: Stellen (Stellenwerte)]
		13	12	11 S17	10 S15 S13	9 S14 S11Ü	8 S6 S11	7	6	5 S3	4	3	2ü			
1	2	3														4
04	Kultur und Wissenschaft	0,05				2,40	1,10			1,40				4,95	10	
04.10.10	Kulturverwaltung, -förderung, Veranstaltungen	0,05					1,1							1,15	1	TZ = 1,1; KW = 0,7
04.10.20	Stadtbücherei									1,4				1,4	4	TZ = 1,4
04.10.30	Musik- und Erwachsenenbildung					2,4								2,4	5	TZ = 2,4
05	Soziale Leistungen					3,70	2,00		0,70					6,40	8	
05.10.10	Hilfen zur Sicherung der Lebensgrundlage					3,0	0,25		0,7					3,95	5	TZ = 2,7; KU = 2,0
05.10.20	Besondere soziale Bürgerdienste					0,7								0,7	1	TZ = 0,7
05.20.10	Hilfe bei Wohnproblemen						1,75							1,75	2	TZ = 0,8
05.20.20	Leistungen für Asylbewerber													0,0		
06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	0,60		1,00	2,00	3,90	16,45		0,49	5,30				29,74	40	
06.10.10	Tagesbetreuung von Kindern und Spielplätze			0,5	2,0		13,45			5,3				21,25	30	TZ = 10,1; KU = 2,0; KW = 1,3
06.10.20	Sonstige Leistungen zur Förderung junger Menschen und Familien	0,6		0,5		3,9	2,0		0,49					7,49	9	TZ = 3,6
06.10.30	Förderung von Kindern in der Tagespflege						1,0							1,0	1	
06.10.40	Jugendarbeit													0,0		
07	Gesundheitsdienste													0,0		
08	Sport						0,23							0,23		
08.10.10	Sportförderung						0,23							0,23		
09	Räumliche Planung und Entwicklung			0,20	2,00									2,20	2	
09.10.10	Räumliche Konzepte u. Bauleitplanung			0,2	2,0									2,2	2	TZ = 0,7
10	Bauen und Wohnen		1,00		3,00				0,20					4,20	5	
10.10.10	Bauordnungsangelegenheiten		1,0		3,0				0,2					4,2	5	TZ = 0,2; KU = 1,0
10.10.20	Denkmalschutz- u. Denkmalpflege													0,0		

Doppischer Budgetplan 2012 / 2013

Teil A - Aufteilung nach der Haushaltsgliederung - Tariflich Beschäftigte -

2012/2013 Stellenübersicht

Produktbereich Bezeichnung		Entgeltgruppen TVÖD / TV zum Sozial- und Erziehungsdienst ("S")												Summe Stellenwerte	Anzahl Stellen	Erläuterungen TZ = Teilzeit KU = künftig umzuwandeln KW = künftig wegfallend [jew.: Stellen (Stellenwerte)]
		13	12	11 S17	10 S15 S13	9 S14 S11Ü	8 S6 S11	7	6	5 S3	4	3	2ü			
1	2	3														4
11	Ver- und Entsorgung													0,00		
12	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV			1,60	1,70	1,00								4,30	5	
12.10.10	Verkehr			1,6	1,7	1,0								4,3	5	KW = 1,0
13	Natur- und Landschaftspflege			0,35	0,05				0,45					0,85		
13.10.10	Öffentliche Grün- und Waldflächen			0,05	0,05				0,45					0,55		
13.10.20	Landschaftspark Venauen			0,3										0,3		
14	Umweltschutz			0,70										0,70	1	
14.10.10	Umweltschutz			0,7										0,7	1	
15	Wirtschaft und Tourismus													0,00		
15.10.10	Tourismus													0,0		
15.10.20	Wochenmärkte													0,0		
16	Allgemeine Finanzwirtschaft													0,00		
16.10.10	Allgemeine Finanzwirtschaft													0,0		
17	Stiftungen													0,00		
Insgesamt:		1,00	1,00	10,60	11,70	21,10	22,90		33,90	12,50	1,00		2,40	118,10	148,0	
		118,10														

Stellenübersicht 2012/2013

Teil B - Dienstkräfte in der Probe- oder Ausbildungszeit

- Beamte zur Probe -

Amtsbezeichnung	Besoldungsgruppe	Zahl der Beamtinnen u. Beamten 2012	Zahl der Beamtinnen u. Beamten 2013	Zahl der Beamtinnen u. Beamten 2011	Zahl der Beamtinnen u. Beamten am 30.06.2011	Vermerke Erläuterungen
1	2	3	3a	4	5	6
Inspektor/in.	A 9	2	2	1	1	
Assistent/in	A 5			0	0	
Insgesamt:		2	2	1	1	

- Nachwuchskräfte und informatorisch beschäftigte Dienstkräfte -

Bezeichnung	Art der Vergütung	vorgesehen für 2012	vorgesehen für 2013	beschäftigt am 01.10.2011	Vermerke Erläuterungen
1	2	3	3a	4	5
Inspektoren-Anwärter/in	Unterhaltszuschuss			1	
Assistenten-Anwärter/in	Unterhaltszuschuss			0	
Verwaltungspraktikant/in	Unterhaltsbeihilfe			0	
Auszubildende	Ausbildungsvergütung	6	6	5	
Erzieher/in im Anerkennungsjahr	fester Satz	2	2	0	
Referendar/in	ohne	2	2	0	
Aufstiegsbeamte	Besoldung			0	
Insgesamt:		10	10	6	



- Jahresabschluss 2010
- Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung

AKTIVA:

	€	€	Vorjahr T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Wasser- und Kanalrechte	81.989,13		97
2. Leitungsrechte	21.869,53		22
3. EDV-Software	1.158.819,72	1.262.478,38	1.192
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	8.003.128,93		8.208
2. Grundstücke mit Wohnbauten	101,00		1
3. Grundstücke ohne Bauten	237.003,85		237
4. Bauten auf fremden Grundstücken	8.157,00		9
5. Wassergewinnungs- und Bezugsanlagen	382.051,00		428
6. Verteilungsanlagen	8.977.428,00		8.354
7. Technische Anlagen Freibad	1.448.390,47		1.504
8. Abwasserreinigungs- u. -behandlungsanlagen	8.218.759,15		4.895
9. Abwassersammelungsanlagen	41.924.977,52		42.048
10. Maschinen	20.140,27		52
11. Betriebs- und Geschäftsausstattung	622.730,25		583
12. Anzahlungen und Anlagen im Bau	4.285.554,59	72.104.419,83	8.740
III. Finanzanlagen			
Arbeitgeberdarlehen		11.164,66	14
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. Bau- und Installationsstoffe	157.818,00		177
2. Salzlager	19.800,00	176.818,00	20
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: € 0,00 (T€ 9)			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	987.435,89		848
2. Sonstige Vermögensgegenstände	74.036,37	1.041.472,26	202
III. Kassenbestand		964,76	1
C. Rechnungsabgrenzungsposten		10.097,30	11
D. Aktive latente Steuern		16.786,00	0
		74.624.201,19	73.409

StadtWerke Rösrath AöR

Rösrath

Bilanz

zum 31. Dezember 2010

StadtWerke Rösrath AöR
Rösrath

Bilanz
zum 31. Dezember 2010

P A S S I V A :

	€	€	Vorjahr T€
A. Eigenkapital			
I. Stammkapital		3.433.000,00	3.433
II. Rücklagen			
1. Allgemeine Rücklage	4.295.133,88		
2. Zweckgebundene Rücklagen	185.521,53		
3. Empfangene Investitionszuschüsse	4.100.302,45		
4. Gewinnrücklage	<u>5.726,00</u>	8.598.653,86	9.490
III. Bilanzgewinn			
Gewinnvortrag	91.262,41		
Einstellung in die Rücklagen	-91.262,41		
Jahresüberschuss	<u>437.658,00</u>	437.658,00	91
B. Empfangene Ertragszuschüsse			
Bauzuschüsse bis 2002	9.831.640,63		10.478
Bauzuschüsse ab 2003	<u>4.813.684,43</u>	14.645.325,06	3.408
C. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Pensionen	423.686,00		189
2. Sonstige Rückstellungen	<u>1.125.247,12</u>	1.548.933,12	795
D. Verbindlichkeiten			
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 7.598.598,07 (T€ 8.570)			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	40.218.933,80		39.914
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	839.565,02		691
3. Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt	2.715.303,98		1.423
4. Sonstige Verbindlichkeiten			
- davon aus Steuern: € 0,00 (T€ 0)			
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit € 0,00 (T€ 0)			
	<u>708.541,84</u>	44.282.344,84	1.230
E. Rechnungsabgrenzungsposten		1.690.256,51	1.691
		<u>74.624.201,19</u>	<u>73.409</u>

Doppischer Budgetplan 2012 / 2013

	€	€	Vorj. T€
1. Umsatzerlöse		15.000.532,34	14.101
2. Andere aktivierte Eigenleistungen		92.684,01	98
3. Sonstige betriebliche Erträge		577.226,33	473
		15.670.442,68	14.670
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	750.716,93		683
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	5.750.535,26	6.501.252,19	5.676
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	2.496.596,30		2.399
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			
- davon für Altersversorgung: € 215.861,85 (Vorj.: T€ 238)	692.590,72	3.189.187,02	695
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		2.625.609,00	2.485
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		956.435,49	846
		2.397.958,98	1.886
8. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	258,38		1
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	345,75		1
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.712.106,32	1.711.502,19	1.767
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		666.456,79	121
12. Außerordentlicher Ertrag		0,00	40
13. Außerordentlicher Aufwand		212.167,00	0
14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		28.763,59	54
15. Sonstige Steuern		7.868,20	16
16. Jahresüberschuss		437.658,00	91

StadtWerke Rösrath AöR,
Rösrath

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit
vom 01. Januar 2010
bis 31. Dezember 2010

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2010 der StadtWerke Rösrath, Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR)

1. Geschäft und Rahmenbedingungen

Neben der Stadt Rösrath als Träger kommunaler Verwaltungsaufgaben ist die StadtWerke Rösrath AöR als zentraler Ansprechpartner für alle betrieblich-technisch geprägten öffentlichen Einrichtungen und Dienstleistungen im Rösrather Stadtgebiet positioniert. Im Geschäftsjahr waren im Einzelnen folgende kommunale Betätigungen Unternehmensgegenstand:

- die Versorgung mit Wasser,
- die Trägerschaft und Betriebsführung des Freibades Hoffnungsthal,
- die Beseitigung des Abwassers,
- die Abfallentsorgung,
- die Straßenreinigung,
- das Friedhofs- und Bestattungswesen,
- die Übernahme von Tätigkeiten des Baubetriebshofes zur Deckung städtischen Eigenbedarfs.

Mit Ausnahme der als Hilfsbetrieb ausgestalteten Baubetriebshoftätigkeit – die entsprechenden Leistungen werden gegen Kostenerstattung im Wege der Amtshilfe an die Stadt Rösrath zur Erfüllung ihrer hoheitlichen Aufgaben erbracht – ist der StadtWerke Rösrath AöR die Trägerschaft der jeweiligen öffentlichen Einrichtungen mit der entsprechenden Satzungshoheit und damit die rechtliche, organisatorische und wirtschaftliche Aufgabenverantwortung übertragen. Dem Unternehmen obliegen die städtischen Verpflichtungen als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger für die Abfallentsorgung nach § 15 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes sowie die Erfüllung der kommunalen Abwasserbeseitigungspflicht nach § 53 Abs. 1 des Landeswassergesetzes NRW.

Das operative Geschäft des Unternehmens bezieht sich ausschließlich auf die Leistungserbringung im Rahmen der städtischen Daseinsvorsorge. Forschung und Entwicklung werden nicht betrieben.

Die StadtWerke Rösrath AöR mit ihren aktuell 7 Unternehmenszweigen wird als Verbundunternehmen nach § 6 Kommunalunternehmensverordnung NRW geführt, um größtmögliche Synergien in der Aufgabenerfüllung zu erschließen. Das Unternehmen mit derzeit 62 Beschäftigten ist spartenübergreifend in folgende funktionale Organisationsbereiche gegliedert:

Vorstand

- | | |
|--------------------------------|--------------------------|
| ▪ Leitungsservice | |
| ▪ Hauptabteilung Verwaltung | ▪ Hauptabteilung Technik |
| ▪ Friedhofsverwaltung | ▪ Wassergewinnung |
| ▪ Vertriebs- und Kundenservice | ▪ Badbetrieb |
| ▪ Finanz- und Rechnungswesen | ▪ Friedhofsbetrieb |
| | ▪ Netzbetrieb |
| | ▪ Baubetrieb |

Der Geschäftsverlauf des Jahres 2010 war insgesamt zufrieden stellend. Mit einem Jahresüberschuss in Höhe von rd. 438 T€ konnte ein auch im Mehrjahresvergleich gutes Gesamtergebnis erzielt werden. Der negative Trend des Vorjahres – hier war mit 91 T€ noch ein historischer Tiefstand zu verzeichnen – wurde durchbrochen und auch die Zielsetzung nach Wirtschaftsplanung 2010 (395 T€) noch leicht übertroffen. Die für das Wirtschaftsjahr ergriffenen Maßnahmen zur Stabilisierung der Ertragslage haben Wirkung gezeigt. Erstmals seit Jahren waren auch wieder steigende Absatzzahlen im Wasser- und Abwassergeschäft zu verzeichnen und haben zum insgesamt guten Verbundergebnis beigetragen.

Belastend hingegen wirkten unplanmäßige Entwicklungen in einzelnen Geschäftsfeldern. Zu den „klassischen“ und strukturellen Dauerverlustbetrieben Freibad Hoffnungsthal sowie dem Friedhof- und Bestattungswesen, gesellte sich im Wirtschaftsjahr 2010 auch der Unternehmenszweig Straßenreinigung. Maßgeblich witterungsbedingt und durch einen nahezu täglichen, mehrmaligen Bedarf an Räum- und Streuleistungen in allen (5) Wintermonaten diesen Jahres geprägt, entstand hier ein erheblicher Jahresverlust. Im Wesentlichen plan- und erwartungsgemäß verlief hingegen die Geschäftsentwicklung in den Unternehmenszweigen Abwasserbeseitigung und Baubetrieb. Dies gilt gleichermaßen für den Unternehmenszweig Wasserversorgung, wobei allerdings in dem hier in 2010 (planmäßig) erwirtschafteten Jahresüberschuss von rd. 56 T€ keine auf Dauer ausreichende Ertragslage für die spezifische Aufgabenerfüllung gesehen werden kann.

Für die Wirtschaftsführung der StadtWerke Rösrath AöR besteht die gesetzliche Verpflichtung, die übertragenen öffentlichen Aufgaben nachhaltig zu erfüllen. Etwaige Verlustabdeckungen durch die Stadt Rösrath als Alleineigentümer und Gewährträger der StadtWerke sind nach dem durch den Stadtrat bei Aufgabenübertragung beschlossenen Geschäftsmodell nicht vorgesehen. Dies gilt sowohl für das Unternehmen als Ganzes, als auch für die einzelnen Unternehmenszweige. Die insoweit im Geschäftsjahr entstandenen Defizite in Höhe von insgesamt 669 T€ wurden daher vollständig innerbetrieblich gedeckt. Mit diesem Verlustausgleich leistet die StadtWerke Rösrath AöR auch im Jahr 2010 wieder-

rum einen deutlichen Beitrag zur städtischen Haushaltskonsolidierung. Weiterer finanzieller Spielraum für eine zusätzliche Gewinnausschüttung an die Stadt Rösrath besteht allerdings nicht.

Nach der gesetzlichen Anforderung (§ 10 Kommunalunternehmensverordnung) sind im Rahmen einer geordneten Wirtschaftsführung auch Rücklagen für die technische und wirtschaftliche Fortentwicklung sowie für Erneuerungen zu bilden. Dieser gesetzlichen Anforderung kommt für die StadtWerke Rösrath AöR im Hinblick auf den fortlaufend notwendigen Erhalt und den Ausbau von kapitalintensiver Infrastruktur zur öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung besondere Bedeutung zu. Es ist daher erforderlich, den im Geschäftsjahr 2010 erwirtschafteten Jahresgewinn vollständig zur Dotierung von Rücklagen einzusetzen.

Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Herkunftsbereiche soll der Jahresgewinn für das Geschäftsjahr 2010 in Höhe von insgesamt 437.658,00 € wie folgt verwendet werden:

Der Jahresgewinn des Unternehmenszweiges Wasserversorgung in Höhe von 55.912,70 € wird vollständig in die allgemeine Rücklage für die Wasserversorgung eingestellt. Der restliche Jahresgewinn in Höhe von 381.745,30 € wird in die allgemeine Rücklage für die Entsorgungs- und sonstigen Betriebe eingestellt.

2. Ertragslage

Die Ertragslage zeigt sich im Vorjahresvergleich deutlich stabilisiert. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit stieg um rd. 566 T€ und erreichte mit 685 T€ (Vorjahr 120 T€) wieder ein geschäftsübliches Niveau.

Entscheidenden Anteil hieran hatte das Betriebsergebnis für das operative Geschäft. Als Saldo von Betriebserträgen und -aufwendungen ergab sich ein Ergebnis von 2.398 T€ und damit gegenüber dem Vorjahr (1.885 T€) eine deutliche Verbesserung in Höhe von 513 T€. Diese Entwicklung ist vornehmlich ertragsseitig gestützt.

Die Umsatzerlöse erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr (14.101 T€) um rd. 899 T€ auf 15.000 T€ womit auch die entsprechenden Erwartungen nach der Wirtschaftsplanung 2010 (15.196 T€) nahezu vollständig realisiert werden konnten.

Das stärkste Umsatzplus verzeichnete das Wassergeschäft mit rd. 539 T€. Hiervon entfielen rd. 55 T€ auf die Wasserversorgung sowie rd. 484 T€ auf die Abwasserbeseitigung. Entgegen dem Trend der letzten Jahre hatten hieran auch wieder gestiegene Absatzzahlen einen nennenswerten Anteil. Der Frischwasserverkauf erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 38.099 cbm auf 1.277.868 cbm. Parallel hierzu legte auch die entsorgte Jahresschmutzwassermenge um rd. 3,2% auf 1.235.108 cbm zu. Diese Entwicklung ist allerdings maßgeblich durch witterungsbedingte Einflüsse im Geschäftsjahr sowie durch Sonderfaktoren im Bereich gewerblicher Großverbraucher verursacht worden. Eine nachhaltige, strukturelle Besserung bzw. allgemeine Trendwende für die Zukunft kann daraus nicht abgeleitet werden. Hier ist vielmehr weiterhin mit einem eher rückläufigen Verbrauchsverhalten sowie auch entsprechenden Erlösausfällen zu rechnen, denen im Tarifmodell Rechnung zu tragen sein wird. So hat die im Jahr 2010 zur Schmutzwasserentsorgung eingeführte moderate Grundgebühr die Ertragslage in der Abwasserbeseitigung bereits positiv beeinflussen können.

Deutliche Mehrumsätze in Höhe von rd. 222 T€ ergaben sich ferner im Bereich der Abfallentsorgung aufgrund der hier vorgenommenen Gebührenerhöhungen. Sie waren dringend notwendig geworden, um die aktuellen Kosten zur Abfallbeseitigung in die Gebührentarife einzukalkulieren. Anders als in den Vorjahren war es 2010 nicht mehr möglich, diesen Bedarf anderweitig zu kompensieren. Bis dato verfügbare zweckgebundene Rücklagen waren mit der Entnahme im Vorjahr (220 T€) vollständig aufgezehrt.

Ebenfalls deutlich höhere Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr (+85 T€) verzeichnete auch der Unternehmenszweig Baubetrieb. Bei einem zum Vorjahr unverändert gebliebenen Preisniveau waren hierfür allein quantitative Aspekte in der Leistungserbringung maßgeblich. Sie haben auf der anderen Seite jedoch auch deutlich höhere Aufwendungen, vornehmlich für Winterdienstleistungen, nach sich gezogen. Wie bereits in der Vergangenheit besteht für große Teile der Leistungserbringung zur Pflege und Erhaltung kommunaler Infrastruktur, nach wie vor kein planbarer und gesicherter Aufgabenbestand durch die Stadt Rösrath.

Obwohl nicht durch Mehrumsätze gekennzeichnet, ist auch auf die weiterhin positive Situation im Freibad Hoffnungsthal besonders hinzuweisen. Trotz eines eher durchwachsenen Badesommers ergaben sich für die Saison 2010 erneut sehr erfreuliche Besucherzahlen. Mit 65.360 Badegästen konnte das Rekordergebnis des Vorjahres (65.780 Besucher) und damit auch die Umsatzerlöse mit 163 T€ auf hohem Niveau gehalten werden.

Die aktivierten Eigenleistungen bewegten sich mit 93 T€ im geschäftsüblichen Rahmen. Sie bezogen sich im Wesentlichen auf den Anlagenbau in der Wasserversorgung sowie auf Aktivitäten des Baubetriebshofes.

Die erzielten sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 577 T€ lagen mit rd. 104 T€ deutlich über denen des Vorjahres (473 T€). Dieser Umstand beruht vornehmlich auf Sonderfaktoren für das Geschäftsjahr, wie der Erstattung von Niederschlagswasserabgaben, Beschäftigungszuschüssen der Bundesagentur für Arbeit sowie auch Versicherungserstattungen. Von den laufenden Kostenbeteiligungen der Stadt Rösrath an der Aufgabenerfüllung des Unternehmens wurde der Zuschuss zur Bestandssicherung des Freibades Hoffnungsthal im Geschäftsjahr um 10 T€ auf 35 T€ reduziert. Dieser Zuschuss wird ab dem Jahr 2011 ganz entfallen. Die laufende Zuschussgewährung der Stadt wird zukünftig daher nur noch die Abgeltung des grün- und kulturpolitischen Werts der Friedhöfe sowie den Ausgleich der nicht über Benutzungsgebühren finanzierbaren Kosten für die Straßenreinigung umfassen.

Innerhalb der Betriebsaufwendungen ergaben sich gegenüber dem Vorjahr über alle Aufwandsarten Mehraufwendungen, die sich auf insgesamt 487 T€ kumulierten.

Neuerlichen Zuwachs, wenngleich auch deutlich geringer als in den Vorjahren, erfuhr dabei der Materialaufwand, der im Geschäftsjahr um 141 T€ auf jetzt 6.501 T€ angestiegen ist. Neben einem höheren Bedarf an Betriebsmitteln (+67 T€), vorwiegend für den notwendigen Winterdienst, stiegen auch die bezogenen Leistungen (+ 74 T€) nochmals leicht an. Hierbei waren wiederum Entwicklungen in den Entsorgungsverbänden maßgeblich mit beteiligt. Durch neuerliche Gebührenerhöhungen des Bergischen Abfallwirtschaftsverbandes – sie erhöhten sich zum 5. Mal in Folge – stiegen die Abfallbehandlungskosten um weitere rd. 42 T€. Auch die an den Aggerverband zu zahlenden Verbandsbeiträge fielen um rd. 30 T€ höher aus. Weitere Aufwandssteigerungen im Zusammenhang mit notwendigen Reparatur- und Instandhaltungsarbeiten an eigenen Betriebsanlagen von rd. 75 T€ konnten durch einen reduzierten Fremdleistungsbezug im operativen Geschäft kompensiert werden und wurden nicht ergebniswirksam.

Der Personalaufwand im Geschäftsjahr betrug 3.189 T€. Dies beinhaltet eine Steigerung von 95 T€ gegenüber dem Vorjahr (3.094 T€). Anders als in den Vorjahren war es 2010 nicht mehr möglich, die allgemeinen Aufwandsteigerungen durch personalwirtschaftliche Maßnahmen zu kompensieren. Alleine der Tarifabschluss für das Jahr 2010 hat zu linearen Entgelterhöhung von 2,1 % für die tariflich Beschäftigten geführt.

In der Entwicklung des Abschreibungsaufwands (+ 141 T€) auf nunmehr 2.626 T€ (Vorjahr 2.485 T€) spiegelt sich die anhaltend hohe Investitionstätigkeit des Unternehmen zum Erhalt und Ausbau des öffentlichen Wasserversorgungs- und Abwassernetzes wieder. Im Verlauf des Geschäftsjahres wurden Anlagen im Gesamtvolumen von knapp 6 Mio. € betriebsfertig hergestellt und damit erstmals zeitanteilig abschreibungswirksam.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen um 110 T€ auf nunmehr 956 T€. Neben deutlich höheren Betriebsaufwendungen für den Fuhrpark (+43 T€) aus Anlass des weit überdurchschnittlichen Winterdienstes zeichnen hierfür vornehmlich höhere Verluste aus vorzeitigen Anlageabgängen verantwortlich (+ 42 T€).

Das Finanzergebnis konnte gegenüber dem Vorjahr nochmals leicht verbessert werden. Es reduzierte sich um rd. 55 T€ auf 1.711 T€ (Vorjahr 1.766 T€). Eine erforderliche Darlehensneuaufnahme zur Finanzierung von Abwasserinvestitionen wurde deutlich zinsverbilligt über ein entsprechendes Förderprogramm realisiert. Das anhaltend niedrige Zinsniveau konnte im Rahmen einer Umschuldung für eine langfristige Festschreibung genutzt werden. Ein überschaubarer Teil des Portfolios wurde in variabler Verzinsung gehalten, um für das Geschäftsjahr zusätzliche Vorteile im Zinsballast zu generieren. Daneben wurde auch die Kreditermächtigung nach Wirtschaftsplan 2010 (rd. 1,9 Mio. €) nur teilweise (rd. 0,5 Mio. €) ausgeschöpft und stattdessen eine zinsgünstige Vorfinanzierung durch Kassenkredite vorgenommen.

Im Hinblick auf die insoweit noch notwendige Darlehensneuaufnahme bzw. den Umstieg von variabler Verzinsung in eine langfristige Zinsfestschreibung, wird der Kreditmarkt fortlaufend beobachtet.

Für das Geschäftsjahr 2010 ist ein außerordentliches Aufwands-Ergebnis ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um einen einmaligen, auf das Jahr 2010 beschränkten Sondereffekt in der Folge neuer Bewertungsvorschriften des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes. Entgegen dem bisherigen und zum Zwecke der Besteuerung parallel auch weiterzuführenden Verfahren, sind die handelsrechtlich vorzunehmende Pensionsrückstellungen ab dem Jahr 2010 nach Erfüllungsrückstand, d.h. unter Einbeziehung künftiger Entwicklungen, zu bemessen. Daneben sind auch die in Vorjahren bereits angesammelten Bestände neu zu bewerten und nachträglich aufzustocken. Dies führte zu einem einmaligen, außerordentlichen Aufwand in Höhe von rd. 212 T€.

Korrespondierend mit dem im Vorjahresvergleich rückläufigen Jahresergebnis in der Wasserversorgung haben sich auch die Steuern vom Einkommen und Ertrag im Geschäftsjahr um 25 T€ auf 29 T€ (Vorjahr: 54 T€) reduziert.

Das Unternehmensergebnis nach Steuern für das Geschäftsjahr betrug rd. 438 T€ und verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um 347 T€. An diesem Verbundergebnis waren die einzelnen Unternehmenszweige wie folgt beteiligt:

	2009	2010	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
SWR gesamt	91	438	+347	+381,3
<u>davon:</u>				
Wasserversorgung	94	56	-38	-40,4
Badbetrieb	-297	-303	-6	-2,0
Abwasserbeseitigung	781	1.051	+270	-34,6
Straßenreinigung	-60	-184	-124	-206,7
Abfallentsorgung	-261	-40	+221	+84,7
Friedhöfe	-178	-123	+55	+30,9
Baubetriebshof	12	-19	-31	-258,3

Mit Ausnahme der Unternehmenszweige Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung wurden durchgängig Defizite erwirtschaftet. Diese waren und sind allerdings überwiegend struktureller und planmäßiger Natur. In Bezug auf den Unternehmenszweig Friedhöfe hat sich die Lage darüber hinaus deutlich verbessert.

3. Finanzlage

Die StadtWerke Rösrath wickeln ihren Zahlungsverkehr über die Stadtkasse im Rahmen eines entsprechenden Verrechnungskontos ab. Die Zahlungsfähigkeit des Unternehmens ist daher im Rahmen gemeinsamer Liquiditätswirtschaft mit der Stadt Rösrath jederzeit sichergestellt. Das Verrechnungskonto wird zu marktüblichen Konditionen für Geldanlagen bzw. Kassenkredite verzinst. Die Bestände des Verrechnungskontos stellen sich je nach Sachlage als Forderung bzw. Verbindlichkeit des Unternehmens gegenüber der Stadt Rösrath dar.

Der Cash-Flow im Geschäftsjahr 2010 betrug 2.886 T€. Unter Berücksichtigung der Entwicklung von Vorräten, Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und ähnlicher Vorgänge erhöhte sich der Zufluss liquider Mittel aus laufender Geschäftstätigkeit auf 3.472 T€. Der Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit des Unternehmens betrug im Geschäftsjahr 3.700 T€. Aus der Finanzierungstätigkeit ergab sich per Saldo ein Zufluss von 228 T€.

Zur Finanzierung von Investitionen im Abwasserbereich wurde im Umfang von 530 T€ eine Darlehensneuaufnahme getätigt. Darüber hinaus wurde eine Umschuldung in Höhe von 3.000 T€ vorgenommen.

4. Vermögenslage

Die Bilanz zum 31.12.2010 schließt mit einer Bilanzsumme von 74.624 T€ (Vorjahr 73.409 T€) ab. Die Bilanzsumme wird durch den Wert des Anlagevermögens bestimmt und kennzeichnet die StadtWerke zugleich als kapitalintensives Unternehmen.

Unter Berücksichtigung von Zugängen aus der Investitionstätigkeit im Geschäftsjahr sowie der Wertminderungen aus Abschreibungen und Anlagenabgängen erhöhte sich das Anlagevermögen gegenüber dem Vorjahr (72.350 T€) per Saldo um 1.028 T€ auf insgesamt 73.378 T€. Dies entspricht einem Anteil von 98,3 % der Bilanzsumme. Die Investitionstätigkeit im Geschäftsjahr bezog sich im Wesentlichen auf folgende Bereiche:

- Wasserversorgung (704 T€)
- Badbetrieb (59 T€)
- Abwasserbeseitigung (2.755 T€)
- Baubetrieb (151 T€)

Das kurz- und mittelfristige Vermögen hat sich im Vorjahresvergleich von 1.059 T€ um 187 T€ auf 1.246 T€ zum Ende des Geschäftsjahres erhöht. Wesentlich verantwortlich hierfür sind Entwicklungen im Forderungsbestand aufgrund durchgeführter Veranlagungen zu Anschlussbeiträgen und Kostenersatz sowie auch höhere Forderungen aus der laufenden Verbrauchsabrechnung.

Das Vermögen zum Bilanzstichtag 31.12.2010 ist im Umfang von 26.428 T€ durch Eigenkapital sowie in einer Gesamthöhe von 48.196 T€ durch Fremdkapital finanziert. Davon entfällt ein Volumen von 40.828 T€ auf langfristiges sowie ein Volumen von 7.368 T€ auf kurzfristiges Fremdkapital.

Aufgrund des erzielten Jahresüberschusses 2010 als Zufluss im Eigenkapital sowie auch durch einen deutlichen Zuwachs an passivierten Ertragszuschüssen für den Abwasserbereich, ist die Eigenkapitalquote im Vergleich zum vorangegangenen Geschäftsjahr (34,3 %) um 1,1 %-Punkte auf 35,4 % gestiegen.

Die Eigenkapitalrentabilität entwickelte sich ebenfalls positiv. Sie betrug im Geschäftsjahr 3,8% und lag damit um 2,6%-Punkte über dem Vorjahreswert (1,2%).

Die wirtschaftliche Lage des Unternehmens zum 31.12.2010 war insgesamt zufriedenstellend.

5. Nachtragsbericht

Nach Ende des Geschäftsjahres hat eine steuerliche Außenprüfung der StadtWerke Rösrath begonnen. Die Prüfung bezieht sich auf solche Betätigungen der StadtWerke, die als Betriebe gewerblicher Art zu klassifizieren sind. Für den Unternehmenszweig Wasserversorgung erstreckt sich der Prüfungszeitraum auf die Jahre 2005 – 2008. Für das Freibad Hoffnungsthal sind die Jahre 2007 – 2008 Prüfungsgegenstand. Auswirkungen für das Geschäftsjahr 2010 sind daher nicht zu erwarten.

Sonstige Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach Schluss des Geschäftsjahres 2010 nicht ereignet.

6. Risikobericht

Risiken, die den Fortbestand der StadtWerke gefährden und sonstige Risiken mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage bestanden zum Schluss des Geschäftsjahres nicht und sind auch für die Zukunft nicht zu erwarten.

7. Ausblick

Das Geschäftsjahr 2011 wird wiederum durch hohe Investitionen im Anlagenbau gekennzeichnet sein. Dabei wird die Restkanalisierung des Rösrather Stadtgebiets fortgeführt und mit den Baumaßnahmen „Gerhart-Hauptmann-Straße“ sowie „Niederschlagswasserbeseitigung Kleineichen-West“ werden zwei große Sanierungsprojekte für das Rösrather Abwassernetz umgesetzt. Des weiteren ist durch eine Aktualisierung des Abwasserbeseitigungskonzeptes auch die Abwasserrahmenplanung für das Rösrather Stadtgebiet in Abstimmung mit den Wasserbehörden für die kommenden Jahre fortzuschreiben. Außerhalb von Netzinvestitionen wird für das Freibad Hoffnungsthal zur Saison 2011 ein neuer Kleinkinderbereich als weiterer Baustein der Generalsanierung des Bades errichtet.

Über die EU-weite Neuausschreibung der Stromlieferverträge und der Entsorgungsdienstleistungen zur Abfallsammlung werden wesentliche Kostenbestandteile für das operative Geschäft neu definiert. Zusätzliche Belastungen haben sich bereits durch die an die Stadt Rösrath abzuführenden Wasserkonzessionsabgabe ergeben. Es bleibt abzuwarten, ob die derzeit gültigen Entgeltgrundlagen eine ausreichende Ertragslage zur Aufgabenerfüllung gewährleisten.

Nach dem bisherigen Verlauf des 1. Halbjahres ist mit einem schwierigen Geschäftsjahr 2011 zu rechnen. Der nach Wirtschaftplanung prognostizierte Jahresüberschuss von rd. 379 T€ wird voraussichtlich nicht erzielt werden können. Die im Vorjahresvergleich deutlich rückläufige Wasserförderung in den ersten 6 Monaten des Jahres lässt vielmehr auf einen Einbruch im Wasserabsatz schließen. Sowohl bei der Wasserversorgung wie auch bei der Abwasserbeseitigung (Schmutzwasserentsorgung) ist daher mit gravierenden Erlösausfällen zu rechnen. Auch für das Freibad Hoffnungsthal ist nach dem bisherigen Saisonverlauf ein deutlich höheres Defizit als geplant zu erwarten. Witterungsbedingt liegen die Besucher- und Umsatzzahlen bisher weit unter den Vorjahreszahlen und Planannahmen. Dem gegenüber stehen deutlich gestiegene Betriebsaufwendungen, vorwiegend für Energie.

Für das Jahr 2011 werden jedoch weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage unumgänglich. Dabei wird die langfristige Stabilität ausdrücklich vor den temporären Erfolg gestellt.

Rösrath, den 30. Juni 2011

Ralph Hausmann
Vorstand

Interne Leistungsverrechnung

Eigene Datenverarbeitung - Produkt 01.50.10

Die Inanspruchnahme der EDV werden die einzelnen Produkte im Wege der Leistungsverrechnung wie folgt belastet:

SUMME: 470.210 €

Produkt	Betrag €	Produkt	Betrag €	Produkt	Betrag €	Produkt	Betrag €
01.10.10 Politische Steuerung und Verwaltungsführung	29.540 €	01.50.10 Organisation und zentrale Dienste	35.990 €	01.40.10 Rechnungsprüfung, Revision, Datenschutz	5.680 €	01.40.20 Controlling	5.680 €
02.20.10 Meldeangelegenheiten	51.240 €	02.30.10 Standesamt	12.530 €	02.10.10 Schutz von Leben und Gesundheit	27.930 €	03.10.10 Grundschulen	9.470 €
03.10.20 Schulen der Sekundarstufen	14.220 €	03.10.30 Verbundschule	4.740 €	03.10.40 Übrige schulische Aufgaben	16.450 €	04.10.10 Kultur - Veranstaltungen	4.740 €
05.10.10 Hilfen zur Sicherung der Lebensgrundlage	28.410 €	06.10.10 Tagesbetreuung von Kindern und Spielplätze	4.740 €	06.10.20 Förderung junger Menschen und Familien	4.740 €	06.10.30 Förderung von Kindern in der Tagespflege	4.740 €
06.10.40 Jugendarbeit	4.740 €	08.10.10 Sportförderung	9.470 €	14.10.10 Umweltschutz	11.930 €	10.10.20 Denkmalschutz une Denkmalpflege	27.850 €
12.10.10 Verkehr	27.850 €	09.10.10 Räumliche Konzepte und Bauleitplanung	11.930 €	01.60.10 Finanzmanagement und Rechnungswesen	56.820 €	01.70.10 Immobilienverwaltung	45.140 €
13.10.10 Öffentliche Gründ und Waldflächen	13.640 €						

Sachaufwand Verwaltung

Die im Produktbereich "Organisation und zentrale Dienste" anfallenden Sachausgaben werden den nachstehenden Bereichen wie folgt belastet:

SUMME: 858.790 €

Produkt	Betrag €	Produkt	Betrag €	Produkt	Betrag €	Produkt	Betrag €
01.40.10 Rechnungsprüfung, Revision, Datenschutz	19.520 €	01.40.20 Controlling	19.520 €	01.50.10 Organisation und zentrale Dienste	104.090 €	01.60.10 Finanzmanagement und Rechnungswesen	117.110 €
02.10.10 Schutz von Leben und Gesundheit	65.060 €	03.10.10 Grundschulen	26.020 €	03.10.20.1 Hauptschule	13.010 €	03.10.20.2 Realschule	13.010 €
03.10.20.3 Gymnasium	13.010 €	03.10.30 Verbundschule	13.010 €	03.10.40 Übrige schulische Aufgaben	13.010 €	05.10.10 Hilfen zur Sicherung der Lebensgrundlage	91.090 €
06.10.10 Tagesbetreuung von Kindern und Spielplätze	130.120 €	09.10.10 Räumliche Konzepte und Bauleitplanung	117.110 €	12.10.10 Verkehr	104.100 €		

Verwaltungskostenerstattungen

Erstattungsberechtigte Bereiche:		Summe:	30.310 €				
Produkt	Betrag	Produkt	Betrag	Produkt	Betrag	Produkt	Betrag
01.10.10	7.580 €	01.40.10	1.890 €	01.40.20	1.890 €	01.50.10	6.310 €
Politische Steuerung und Verwaltungsführung		Rechnungsprüfung, Revision, Datenschutz		Controlling		Organisation	
01.60.10	12.640 €						
Finanzmanagement und Rechnungswesen							
Erstattungspflichtige Bereiche:		Summe:	30.310 €				
03.10.30	30.310 €						
Verbundschule							

Öffentliche Begegnungsstätte - Produkt 01.70.10

Für die Nutzung der öffentlichen Begegnungsstätte "Bürgerforum Bergischer Hof" werden den einzelnen Unterabschnitten der nutzenden der nutzenden Produktbereiche folgende Leistungsverrechnungen belastet:

<u>SUMME:</u>		29.300 €					
Produkt	Betrag	Produkt	Betrag	Produkt	Betrag	Produkt	Betrag
01.10.10	8.040 €	01.50.10	9.870 €	04.10.30	11.390 €		
Politische Steuerung und Verwaltungsführung		Organisation und zentrale Dienste		Zweckverbände			

Immobilienervice

Unterhaltung und Bewirtschaftung der Gebäude und Anlagen ist für fast alle Produktbereiche dem zentralen Servicedienst "Immobilienervice" übertragen. Die dort dafür erbrachten Leistungen werden den die Objekte nutzenden Produktbereichen mit folgenden Leistungsverrechnungen zugerechnet.

SUMME: 5.834.200 €

Produkt	Betrag €	Produkt	Betrag €	Produkt	Betrag €	Produkt	Betrag €
01.50.10 Organisation und zentrale Dienste	774.200 €	02.10.30 Feuer-, Zivil- und Katastrophenschutz	142.300 €	03.10.10 Grundschulen	646.000 €	03.10.30 Verbundschule	870.100 €
03.10.20 Schulen der Sekundarstufe <i>Hauptschule</i>	166.300 €	03.10.20 Schulen der Sekundarstufe <i>Realschule</i>	528.900 €	03.10.20.3 Schulen der Sekundarstufe <i>Gymnasium</i>	307.100 €	03.10.40 Übrige schulische Aufgaben	1.294.500 €
04.10.20 Stadtbücherei	63.600 €	05.20.10.3 Hilfe bei Wohnproblemen	92.400 €	05.20.20 Leistungen für Asylbewerber	158.700 €	06.10.10 Tagesbetreuung von Kindern und Spielplätze	574.900 €
08.10.10 Sportförderung	215.200 €						

Übersicht freiwillige Leistungen 2011/2012/2013 - 2016

Übersicht über die freiwilligen Leistungen

Vorbemerkungen:

Seit dem Haushaltsjahr 2008 sind die in dieser Übersicht aufgelisteten Leistungen der Stadt nur insoweit verändert worden, dass die in diesem Zeitraum zur Haushaltskonsolidierung aufgegebenen Leistungen und Förderungen nicht mehr benannt sind. Obwohl es zur Stärkung der örtlichen Gemeinschaft sowie auch zur Vermeidung künftiger Pflichtausgaben in manchem Einzelfall sinnvoll gewesen wäre, sind seitdem keine Ausgaben erfolgt, die als neue freiwillige Leistung zusätzlich in diese Übersicht aufzunehmen gewesen wären.

Bereits im vorjährigen Haushaltssicherungskonzept hat sich abgezeichnet, dass die aufsichtsbehördliche Anforderung aus den HSK-Prüfungen, diese Aufwendungen jährlich um 10% zu reduzieren, nicht mehr realisiert werden kann.

Dies ergibt sich insbesondere daraus, dass mit den Ausgaben in großen Teilbereich auch Maßnahmen und Arbeiten gefördert, unterstützt bzw. erbracht werden, die letztlich bewirken, dass der Stadt ansonsten entstehende pflichtige Leistungen in möglicherweise deutlich höherem Umfang vermieden werden. Teilweise sind die hier betroffenen Leistungen nach Einschätzung der zuständigen Fachbereiche auch gar keine echten freiwilligen Leistungen, sondern stellen Pflichtausgaben dar. Vor diesem Hintergrund ist eine weitere Kürzung dieser Leistungen nicht nur als unrealistisch anzusehen, sondern vor allem ohne Besorgung nachteiliger Entwicklungen in anderen Bereichen auch nicht mehr möglich.

Soweit die Leistungen nicht im Ergebnis tatsächlich doch Pflichtaufgaben darstellen, müssen die durch diese "freiwilligen" Leistungen vermiedenen bzw. eingesparten pflichtigen Aufwendungen unmittelbar gegengerechnet bzw. die bei Pflichtaufgaben erfolgten Kürzungen bzw. bewirkten Einsparungen entsprechend berücksichtigt werden.

Insofern ist die im letzten Jahr an dieser Stelle getroffene Aussage, dass der mit dem Haushaltsjahr 2012 erreichte Stand als das "Ende der Fahnenstange" angesehen werden muss, eindeutig zu bekräftigen.

Unter Bezugnahme auf die Vorgabe der alljährlichen Kürzungsvorgabe von 10% muss allerdings festgestellt werden, dass dieser vorgegebene Minderungswert in einzelnen Planungsjahren auch deutlich überschritten wird. Für den Zeitraum der um ein Jahr erweiterten mittelfristigen Ergebnisplanung ergibt sich dadurch eine durchschnittliche Kürzung der freiwilligen Leistungen von 8,0%/Jahr. Eine Grundlage dafür, auch aus aufsichtsbehördlicher Sicht die mit dem HSK 2012 erreichte Dotierung der "freiwilligen Leistungen" als Mindestbestand zu billigen und damit als Deckelung festzuschreiben.

Übersicht über die freiwilligen Leistungen

Kurzbemerkungen zu den Einzelpositionen:

Budget 05 - Fachbereich 1

- Die Aufwendungen für die Ehrung älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger sind seit 2011 dem Leistungsbereich "Seniorenarbeit" zugeordnet
- An der im HSK 2010 erfolgten Festschreibung des Wertes für Verfügungsmittel wird festgehalten.
- *Bei den Mitglieds- und Verbandsbeiträgen wird optimistisch davon ausgegangen, dass der hier festgeschriebene Haushaltsansatz über den gesamten Planungszeitraum tatsächlich eingehalten werden kann. Zu den wesentlichen hier heute noch verbliebenen Mitgliedschaften muss allerdings angemerkt werden, dass diese im Grunde keine wirklich 'freiwilligen' Beziehungen sind. Ohne die Inanspruchnahme von Leistungen und Angeboten des Städte- und Gemeindebundes, der Kommunalen Gemeinschaftsstelle und des Kommunalen Arbeitgeberverbandes würde manche Verwaltungsleistung zwangsläufig nur zu einem deutlich höheren Kostenaufwand erbracht werden können.*
- *Auch die noch als freiwillige Leistung aufgelisteten Mitgliedsbeiträge der Feuerwehr an die Kreiskameradschaftskasse sind nach Darstellung des verantwortlichen Fachbereiches eigentlich als pflichtiger Versicherungsbeitrag zu werten.*

Budget 06 - Fachbereich 2

- Nach der in 2011 zur Förderung der Neuorientierung und breiteren Aufstellung der Vereinsarbeit nochmals beschlossenen Zuschusserhöhung ist der Zuschuss auch in 2012 nochmals in dieser Höhe belassen und ab 2013 in der schon im HSK 2009 vorgegebenen, reduzierten Höhe ausgewiesen. Unterstützt wird hier die wichtige soziale Arbeit zur Förderung der Wiedereingliederung von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt.
- *Bei den Aufwendungen für die Förderung der Seniorenbetreuung handelt es sich nach der Einschätzung des Fachbereiches tatsächlich nicht um freiwillige Aufwendungen, sondern um die Erfüllung von "Pflichtaufgaben" nach SGB XII, wobei die Leistungen der hier geförderten Einrichtungen als Mindestumfang der in diesem Aufgabenfeld zu erbringenden Leistungen angesehen werden. Deshalb in der Höhe unverändert.*
- Nach der Zusammenfassung von "Seniorenbetreuung" und "Sonstige Zuschüssen" sowie der stufenweisen Reduzierung von 2010 bis 2014 wird hier seit 2011 auch der Aufwand für die Ehrungen anlässlich von z.B. Alters- und Ehejubiläen einbezogen.
- *Die Freiwilligkeit der Jugendarbeit in den Jugendzentren dürfte sich im Grunde ausschließlich auf die Teilnahme der Jugendlichen, also die Inanspruchnahme dieser Angebote beziehen. Die Vorhaltung selbst findet seine Grundlage im 3. AG-KJHG - KJFöG, wonach die Träger der öffentlichen Jugendhilfe zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit verpflichtet sind. Da die geförderten Einrichtungen eher Mindestangebote und keine zusätzlichen Leistungen darstellen müsste auch die Finanzierung eher Pflichtaufgabe, denn freiwillige Leistung sein.*
- Bei den Zuschüssen für Ferienfreizeiten ist der im Haushaltssicherungskonzept des Vorjahres ab 2012 ausgewiesene Zuschussbetrag zur Förderung der Ferienfreizeiten für Jugendliche unverändert beibehalten worden.

Übersicht über die freiwilligen Leistungen

- Der Zuschuss an den Kinderschutzbund ist entsprechend der abgeschlossenen Vereinbarung ausgewiesen.
- Die Aufgaben des außerschulischen Lernstandortes im Rahmen des KLU-Projektes werden seit 2011 durch die Schloss Eulenbroich gGmbH erbracht. Durch die später als geplant erfolgte Objektübernahme soll 2012 nochmals ein Defizitausgleich bis zu 10.000 € gewährt werden.
- Die durch die Objektkosten im Rahmen der Leistungsverrechnung 2012 erwartete Aufwandssteigerung beim Betrieb der Stadtbücherei ist in den Folgejahren wieder auszugleichen, um die ursprüngliche Zielvorgabe wieder zu erreichen.
- Aufgrund der zum 31.03.2011 erfolgten Auflösung des Zweckverbandes Musikschule Rösrath/Overath ist eine Verbandsumlage nicht mehr zu zahlen.
- Der Ansatz für die Städtepartnerschaften wird nach dem HSK-Beschluss 2011 unverändert fortgeschrieben.
- Für den Planansatz zur Durchführung von Kulturveranstaltungen der Stadt (Aufrechterhaltung eines Minimalangebotes) ist insbesondere zum Ausgleich der Kostensteigerungen eine Anhebung um 1.500 € auf 4.000 € je Jahr erfolgt.
- Bei den Sportstättennutzungen bleibt die Zielvorgabe, durch Beteiligung der nutzenden Vereine weitere Aufwandsreduzierungen zu erreichen. Durch Neuvergabe der (auch reduzierten) Reinigungsleistungen können bereits seit 2011 erhebliche Einsparungen realisiert werden. Die für 2012 im Rahmen der Leistungsverrechnung erwartete Aufwandssteigerung ist in den Folgejahren wieder auszugleichen.
- Die Zuschüsse an Sportvereine sollen nach dem HSK-Konsolidierungsbeschluss von 2010 dauerhaft unverändert bleiben.

Budget 08 - Fachbereich 4

- Zur Förderung des Umweltschutzes und hier insbesondere des Bereiches "Wahner Heide" sind unverändert die Mitgliedsbeiträge zu den drei sich diesem Thema verschriebenen Gemeinschaften ausgewiesen.
- *Die unveränderte Aufwandsentschädigung für den Denkmalbeauftragten sichert die erforderliche Fachberatung. Ohne diese kann die Pflichtaufgabe "Untere Denkmalbehörde" nicht wahrgenommen werden. Damit gehört auch diese Aufwandsentschädigung im Grunde nicht in diese Übersicht der "freiwilligen" Leistungen.*
- Die Reduzierung des an dieser Stelle ausgewiesenen Aufwandes für den ÖPNV ergibt sich durch die gestiegenen Anforderungen im Bereich der Schülerbeförderung aufgrund der Unterrichtsausdehnungen in den Nachmittag und die Vertragsneufassung mit dem Verkehrsunternehmen zur Mitte des Jahres 2012. Damit werden ab dem Schuljahr 2012/2013 faktisch nur noch die für den Schülertransport anfallenden Schulträgerleistungen und die zur Aufrechterhaltung der dafür erforderlichen Linienverkehre verbleibenden Kosten berechnet.
- Die für den Aufgabenbereich "Tourismus" ausgewiesenen Sach- und Geschäftsaufwendungen bleiben im gesamten Planungszeitraum ohne Veränderung. Die veranschlagten Beträge reichen lediglich für die Finanzierung der minimalsten Leistungen in diesem Bereich.

Doppischer Budgetplan 2012 / 2013

Übersicht über die freiwilligen Leistungen

Bezeichnung .. des Budgets .. <i>des Produktes / der Produktgruppe</i> .. der Aufwendung	Haushalts- Ansatz 2011	Planungs- jahr 2012	Planungs- jahr 2013	Planungs- jahr 2014	Planungs- jahr 2015	Planungs- jahr 2016
	1. Zeile = Planungsansätze					
	2. Zeile = Abweichung gegenüber dem Vorjahr					

05 - Fachbereich 1	18.100	18.100	18.100	18.100	18.100	18.100
	-1.500	-	-	-	-	-

01.10.10. Polit. Steuerung und Verwaltungsführung

Ehrungen, Jubiläen	-	-	-	-	-	-
543105	-1.000	-	-	-	-	-
Verfügungsmittel	600	600	600	600	600	600
549100	-	-	-	-	-	-

01.50.10 Organisation und zentrale Dienste

Mitglieds- und Verbandsbeiträge	14.500	14.500	14.500	14.500	14.500	14.500
544101	-500	-	-	-	-	-

02.10.30 Feuer-, Zivil- u. Katastrophenschutz

Mitgliedsbeiträge	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000
Anteil aus 544101*	-	-	-	-	-	-

* Kreiskameradschaftskasse und Feuerwehrverband

Doppischer Budgetplan 2012 / 2013

Übersicht über die freiwilligen Leistungen

Bezeichnung .. des Budgets .. <i>des Produktes / der Produktgruppe</i> .. der Aufwendung	Haushalts- Ansatz 2011	Planungs- jahr 2012	Planungs- jahr 2013	Planungs- jahr 2014	Planungs- jahr 2015	Planungs- jahr 2016
	1. Zeile = Planungsansätze					
	2. Zeile = Abweichung gegenüber dem Vorjahr					

06 - Fachbereich 2	293.200	242.500	232.700	232.000	227.000	227.000
Zwischensumme 1	1.700	-50.700	-9.800	-700	-5.000	-

05.10.20 Besondere soziale Bürgerdienste

Hilfe zur Arbeit	24.000	24.000	15.000	15.000	10.000	10.000
531802	9.000	-	-9.000	-	-5.000	-
Förderung Seniorenarbeit	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000
531800	-	-	-	-	-	-
Seniorenbetreuung / Zuschüsse	4.500	4.500	3.700	3.000	3.000	3.000
528100 / 531801	-1.000	-	-800	-700	-	-

06.10.40 Jugendarbeit

Zuschüsse Jugendzentren	203.700	158.000	158.000	158.000	158.000	158.000
531800	-6.300	-45.700	-	-	-	-
Zuschüsse Ferienfreizeiten	10.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
531801	-	-5.000	-	-	-	-
Zuschuss Dt. Kinderschutzbund	21.000	21.000	21.000	21.000	21.000	21.000
531701	-	-	-	-	-	-

Doppischer Budgetplan 2012 / 2013

Übersicht über die freiwilligen Leistungen

Bezeichnung .. des Budgets .. <i>des Produktes / der Produktgruppe</i> .. der Aufwendung	Haushalts- Ansatz 2011	Planungs- jahr 2012	Planungs- jahr 2013	Planungs- jahr 2014	Planungs- jahr 2015	Planungs- jahr 2016
	1. Zeile = Planungsansätze					
	2. Zeile = Abweichung gegenüber dem Vorjahr					

...noch

06 - Fachbereich 2	569.140	453.540	415.740	400.170	395.170	395.170
Zwischensumme 3	-146.800	-115.600	-37.800	-15.570	-5.000	-

03.10.10 Grundschulen

Schulkinderbetreuung	-	-	-	-	-	-
Saldo aus: 0.531700 und 0.40...	-18.000	-	-	-	-	-

03.10.40 übrige schulische Aufgaben

Außerschulischer Lernstandort KLU	20.000	10.000	-	-	-	-
531700	-	-10.000	-10.000	-	-	-

04.10.20 Stadtbücherei

Stadtbücherei	176.040	201.040	183.040	168.170	168.170	168.170
Produktsaldo	-790	25.000	-18.000	-14.870	-	-

04.10.30 Zweckverbände

Verbandsumlage Musikschule	79.900	-	-	-	-	-
531300	-129.710	-79.900	-	-	-	-

Doppischer Budgetplan 2012 / 2013

Übersicht über die freiwilligen Leistungen

Bezeichnung .. des Budgets .. <i>des Produktes / der Produktgruppe</i> .. der Aufwendung	Haushalts- Ansatz 2011	Planungs- jahr 2012	Planungs- jahr 2013	Planungs- jahr 2014	Planungs- jahr 2015	Planungs- jahr 2016
1. Zeile = Planungsansätze						
2. Zeile = Abweichung gegenüber dem Vorjahr						
...noch						
06 - Fachbereich 2	797.820	718.720	658.920	633.350	628.350	628.350
Gesamtsumme	-176.300	-79.100	-59.800	-25.570	-5.000	-

04.10.10 Kulturverwaltung, -förderung und Veranstaltungen

Städtepartnerschaften	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000
528101	-	-	-	-	-	-
Veranstaltungskosten Kulturprogramm	2.500	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000
528100	-	1.500	-	-	-	-

08.10.10 Sportförderung

Sportstättennutzung ohne Schulsport	213.180	248.180	226.180	216.180	216.180	216.180
Produktsaldo ohne 523500 u. 531701	-20.000	35.000	-22.000	-10.000	-	-
Zuschüsse Sportvereine	9.000	9.000	9.000	9.000	9.000	9.000
531701	500	-	-	-	-	-
Freibad	-	-	-	-	-	-
531500	-10.000	-	-	-	-	-

Doppischer Budgetplan 2012 / 2013

Übersicht über die freiwilligen Leistungen

Bezeichnung .. des Budgets .. <i>des Produktes / der Produktgruppe</i> .. der Aufwendung	Haushalts- Ansatz 2011	Planungs- jahr 2012	Planungs- jahr 2013	Planungs- jahr 2014	Planungs- jahr 2015	Planungs- jahr 2016
	1. Zeile = Planungsansätze					
	2. Zeile = Abweichung gegenüber dem Vorjahr					

08 - Fachbereich 4	102.900	52.400	4.900	4.900	4.900	4.900
Zwischensumme	-7.000	-50.500	-47.500	-	-	-

10.10.20 Denkmalschutz und Denkmalpflege

Ehrenamtliche Tätigkeit	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500
542100	-	-	-	-	-	-

14.10.10 Umweltschutz

Öffentlichkeitsarbeit Umweltschutz	500	500	500	500	500	500
Anteil aus 529100	-	-	-	-	-	-
Zuschuss Arbeitskreis Wahner Heide	2.900	2.900	2.900	2.900	2.900	2.900
531800	-	-	-	-	-	-

12.10.10 Verkehr

Förderungen ÖPNV-Maßnahmen	98.000	47.500	-	-	-	-
2.529101	-7.000	-50.500	-47.500	-	-	-

Doppischer Budgetplan 2012 / 2013

Übersicht über die freiwilligen Leistungen

Bezeichnung .. des Budgets .. <i>des Produktes / der Produktgruppe</i> .. der Aufwendung	Haushalts- Ansatz 2011	Planungs- jahr 2012	Planungs- jahr 2013	Planungs- jahr 2014	Planungs- jahr 2015	Planungs- jahr 2016
	1. Zeile = Planungsansätze					
	2. Zeile = Abweichung gegenüber dem Vorjahr					

...noch

08 - Fachbereich 4	104.900	54.400	6.900	6.900	6.900	6.900
Gesamtsumme	-7.000	-50.500	-47.500	-	-	-

15.10.10 Tourismus

Öffentlichkeitsarbeit	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
529100	-	-	-	-	-	-
Geschäftsaufwendungen	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
543100	-	-	-	-	-	-

Stadt Rösrath gesamt	920.820	791.220	683.920	658.350	653.350	653.350
Differenz (- Verbesserung; + Verschlechterung)	-184.800	-129.600	-107.300	-25.570	-5.000	-
Differenz (in %)	-16,1%	-14,1%	-13,6%	-3,7%	-0,8%	0,0%



Vorbemerkungen

zum Haushaltsbuch und den Budgetausweisungen

In Rösrath wurde bereits in der Kameralistik der Produkthaushalt auf freiwilliger Basis als wichtiger Bestandteil des Neuen Steuerungsmodells eingeführt. Der Produkthaushalt 2013/2013 basiert auf der Grundlage der seit 2005 in der Gemeindeordnung verankerten Regeln des Neuen Kommunalen Finanzmanagements.

Die hierzu ebenfalls geänderten Bestimmungen der Gemeindehaushaltsverordnung geben in § 4 vor, dass die Teilpläne des Haushaltsplanes **produktorientiert** sind.

In seiner Struktur gliedert sich der Haushaltsplan im NKF in den Ergebnisplan, den Finanzplan, die Teilpläne und das Haushaltssicherungskonzept, wenn ein solches aufzustellen ist.

Die Darstellung in den Plänen erfolgt durch die Zusammenfassung der Buchungsstellen in die verschiedenen Ertrags- und Aufwands-, Einzahlungs- und Auszahlungsarten, die für verschiedene Teilbereiche saldiert werden.

Im Ergebnisplan sind dies die Teilbereiche

- Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit
- Finanzergebnis
- Ordentliches Ergebnis
- Außerordentliches Ergebnis
- Jahresergebnis

Im Finanzplan werden ausgewiesen

- Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit
- Saldo aus Investitionstätigkeit
- Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag
- Saldo aus Finanzierungstätigkeit
- Liquide Mittel

Beim Aufbau der Planungsgrundlagen, also der Zuordnung der einzelnen Planungsstellen zu den einzelnen Produkten sowie Ertrags- und Aufwands- bzw. Einzahlungs- und Auszahlungsarten wurden für den Haushaltsplan 2012/2013 als Grundlage die Werte aus der Finanzplanung des Haushaltsplanes 2011 übernommen, jedoch an die individuellen Mittelanmeldungen der Fachbereiche angepasst.

Haushaltsbewirtschaftung Budgetbildung / Haushaltsvermerke

Grundsätzlich gelten die in der Gemeindehaushaltsverordnung aufgeführten Bewirtschaftungsgrundsätze:

§ 20

Grundsatz der Gesamtdeckung

Soweit in dieser Verordnung nichts anderes bestimmt ist, dienen

1. die Erträge insgesamt zur Deckung der Aufwendungen,
2. die Einzahlungen für laufende Verwaltungstätigkeit insgesamt zur Deckung der Auszahlungen für laufende Verwaltungstätigkeit,
3. die Zahlungsüberschüsse aus laufender Verwaltungstätigkeit und die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit sowie die Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten insgesamt zur Deckung der Auszahlungen für die Investitionstätigkeit.

§ 21

Bildung von Budgets

(1) Zur flexiblen Haushaltsbewirtschaftung können Erträge und Aufwendungen zu Budgets verbunden werden. In den Budgets sind die Summen der Erträge und die Summen der Aufwendungen für die Haushaltsführung verbindlich. Die Sätze 1 und 2 gelten auch für Einzahlungen und Auszahlungen für Investitionen.

(2) Es kann bestimmt werden, dass Mehrerträge bestimmte Ermächtigungen für Aufwendungen erhöhen und Mindererträge bestimmte Ermächtigungen für Aufwendungen vermindern. Das Gleiche gilt für Mehreinzahlungen und Mindereinzahlungen für Investitionen. Die Mehraufwendungen oder Mehrauszahlungen gelten nicht als überplanmäßige Aufwendungen oder Auszahlungen.

(3) Die Bewirtschaftung der Budgets darf nicht zu einer Minderung des Saldos aus laufender Verwaltungstätigkeit nach § 3 Abs. 2 Nr. 1 führen.

Budgetbildung im Haushalt 2012/2013:

Im **Haushaltsplan der Stadt Rösrath für das Haushaltsjahr 2012/2013** ist die bereits in den vergangenen Haushalten praktizierte Budgetbildung unverändert beibehalten worden.

Die wesentlichen, für die gesamten Haushaltsbereiche geltenden Haushaltsvermerke, nämlich die grundsätzliche Deckungsfähigkeit der Aufwendungen in den gebildeten Budgets, sind in § 8 der Haushaltssatzung ausgewiesen.

Für die nachgenannten Aufwands- bzw. Auszahlungsgruppen gelten folgende von der Haushaltssatzung abweichende Regelungen.

• Personal- und Versorgungsaufwendungen

(Kontengruppen 50 und 51) der einzelnen Produkte werden von der Deckungsfähigkeit nach § 9 der Haushaltssatzung ausgenommen und zu einem Budget gem. § 21 GemHVO zusammengefasst. Dementsprechend werden dazu die jeweiligen Auszahlungen (Kontengruppen 70 und 71) zu einem Budget zusammengefasst.

• Leistungen der Stadtwerke

(Konten 5235) sind abweichend von § 9 der Haushaltssatzung gegenüber anderer Konten desselben Budgets nur deckungsberechtigt, nicht deckungspflichtig. Die Aufwendungen dieser Konten sind innerhalb eines Budgets untereinander gegenseitig deckungsfähig. Analog werden dazu die jeweiligen Auszahlungen (Konten 7235) zu einem Budget zusammengefasst.

• Transferaufwendungen

(Zuweisungen und Zuschüsse -> Kontenarten 531 bis 533) sowie die analogen Transfersauszahlungen (Kontenarten 731 bis 733) sind innerhalb eines Budgets untereinander gegenseitig deckungsfähig.

Doppischer Budgetplan 2012/2013

• Abschreibungen

(Kontengruppen 57) der einzelnen Produkte werden von der Deckungsfähigkeit nach § 9 der Haushaltssatzung ausgenommen und zu einem Budget gem. § 21 GemHVO zusammengefasst.

• Interne Verrechnungen

Bei den Internen Verrechnungen und Kostenerstattungen sind die Verrechnungswerte der Kontengruppe 58 jeweils untereinander gegenseitig deckungsfähig.

• Sach- und Dienstleistungen/Transferaufwendungen

Bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und/bzw. Transferaufwendungen werden die Mittel der aus dem Vorjahr übertragenen Ermächtigungen nicht in die Budgetbildungen einbezogen. Ermächtigungen aus dem Vorjahr sind im Ergebnisplan ausschließlich in den Fällen vorgetragen, die im Haushaltsjahr 2008 noch dem Vermögenshaushalt zugeordnet waren und für die durch die Umstellung auf NKF eine Haushaltsrestbildung nicht mehr möglich war. Diese Mittel bleiben daher ausschließlich für die betroffenen Maßnahmen (Brand-schutzmaßnahmen Schulen und Sanierung PCB-Belastung Gymnasium) verfügbar und sind von der Deckungsfähigkeit ausgeschlossen.

Konkrete Deckungsvermerke:

Grundsätzlich berechtigen zweckgebundene Mehrerträge für die entsprechenden Mehraufwendungen. Analog gilt dies für die jeweiligen Ein- und Auszahlungskonten

Insbesondere gilt dies bei den in nachstehender Übersicht genannten Erträgen für die zugeordneten Aufwendungen.

A	Mehrerträge bei
B	berechtigen zu Mehraufwendungen bei

A	01.70.10.	448700	Erträge aus Kostenerstattungen von privaten Unternehmen
A	01.70.10	441110	Erstattungen für Gebäudepflege

B	01.70.10	524104	Aufwendungen für Gebäudepflege
---	----------	--------	--------------------------------

A	01.70.10.	446100	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte
B	01.70.10.	543100	Geschäftsaufwendungen

A	01.70.10	459100	Sonstige ordentliche Erträge
B	01.70.10	521101	Unterhaltungsmaßnahmen

A	02.20.10	431100	Verwaltungsgebühren
B	02.20.10	543100	Bundspersonalausweise, Reisepässe

A	03.10.10.X	44	Kopiergeld/Verkaufserlöse Grundschulen
B	03.10.10.X	52 & 54	Selbstbewirtschaftung Aufwendungen

A	03.10.20.X	44	Kopiergeld/Verkaufserlöse Sek. I und II
B	03.10.20.X	52 & 54	Selbstbewirtschaftung Aufwendungen

A	03.10.40.1	414100	Landeszuweisung Schulfahrten
B	03.10.40.1	527900	Weiterleitung Zuweisung

A	04.10.10.	446100	Städtepartnerschaften
B	04.10.10.	528101	Städtepartnerschaften

A	04.10.10.	432100	Entgelte Kulturprogramm
B	04.10.10.	528100	Veranstaltungskosten Kulturprogramm

A	05.10.10.2	421103	Unterhaltsbeiträge
B	05.10.10.2	523103	Landesanteil Unterhaltsbeiträge

A	06.10.10	414202	Zuweisungen (Familienzentrum)
B	06.10.10	528102	Aufwendungen sonst. Sachleistungen

A	06.10.10	414700	Rückflüsse Betriebskostenzuschüsse
B	06.10.10	448200	Betriebskostenzuschüsse

A	09.10.10/1508	682100	Einzahlungen Umlegung
B	09.10.10/1508	782100	Auszahlungen Umlegung

A	12.10.10.2	448200	Zuschuss ÖPNV
B	12.10.10.2	529100	Anruf Sammeltaxi Zuschuss Linie 481

A	16.10.10.2	461	Zinserträge
B	16.10.10.2	551	Zinsaufwendungen

Haushaltssicherungskonzept

(Ausblick auf die künftigen Jahre)



Grundsätzliches:

In § 75 der Gemeindeordnung (GO NRW) ist vorgegeben, dass der Haushalt in jedem Jahr ausgeglichen sein muss. Und dies gilt auch dann als erfüllt, wenn der Fehlbetrag im Ergebnisplan durch Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt werden kann. Ist die Ausgleichsrücklage aufgezehrt, ist bei Nichteinhaltung bestimmter Grenzwerte ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen.

Die Anforderungen hieran sind in § 76 GO NRW (unter Berücksichtigung der Gesetzesänderung vom 24. Mai 2011) wie folgt festgeschrieben:

(1) Die Gemeinde hat zur Sicherung ihrer dauerhaften Leistungsfähigkeit ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen und darin den nächstmöglichen Zeitpunkt zu bestimmen, bis zu dem der Haushaltsausgleich wieder hergestellt ist, wenn bei der Aufstellung des Haushalts

1. durch Veränderungen der Haushaltswirtschaft innerhalb eines Haushaltsjahres der in der Schlussbilanz des Vorjahres auszuweisende Ansatz der allgemeinen Rücklage um mehr als ein Viertel verringert wird oder
2. in zwei aufeinander folgenden Haushaltsjahren geplant ist, den in der Schlussbilanz des Vorjahres auszuweisenden Ansatz der allgemeinen Rücklage jeweils um mehr als ein Zwanzigstel zu verringern oder
3. innerhalb des Zeitraumes der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung die allgemeine Rücklage aufgebraucht wird. Dies gilt entsprechend bei der Bestätigung über den Jahresabschluss gemäß § 95 Absatz 3.

(2) Das Haushaltssicherungskonzept dient dem Ziel, im Rahmen einer geordneten Haushaltswirtschaft die künftige, dauernde Leistungsfähigkeit der Gemeinde zu erreichen. Es bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Die Genehmigung soll nur erteilt werden, wenn aus dem Haushaltssicherungskonzept hervorgeht, dass spätestens im zehnten auf das Haushaltsjahr folgenden Jahr der Haushaltsausgleich nach § 75 Absatz 2 wieder erreicht wird. Im Einzelfall kann durch Genehmigung der Bezirksregierung auf der Grundlage eines individuellen Sanierungskonzeptes von diesem Konsolidierungszeitraum abgewichen werden. Die Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes kann unter Bedingungen und mit Auflagen erteilt werden.

Soweit in solches Haushaltssicherungskonzept nicht genehmigungsfähig ist, wenn also der Haushaltsausgleich nicht innerhalb der vorgegebenen Frist erreicht werden kann, gelten für die Haushaltswirtschaft ausnahmslos und dauerhaft für das gesamte Haushaltsjahr die Bestimmungen des § 82 GO NRW = Vorläufige Haushaltsführung (Nothaushalt).

Für die Prüfung von Haushaltssicherungskonzepten durch die Aufsichtsbehörden hat das Innenministerium Richtlinien erstellt, um eine einheitliche Vorgehensweise zu gewährleisten. Dieser Leitfaden „Maßnahmen und Verfahren zur Haushaltssicherung“ vom 06. März 2009 ist dementsprechend auch von den Kommunen bei Aufstellung und Vorlage der Haushaltssicherungskonzepte zu beachten.

Die Situation in Rösrath:

Bereits vor der Umstellung auf das Neue kommunale Finanzmanagement (NKF) war der Haushalt strukturell nicht mehr ausgeglichen. Nach zwei negativen Jahresabschlüssen musste 2005 das erste (genehmigungsfähige) Haushaltssicherungskonzept aufgestellt werden. Aber schon bei der Fortschreibung 2006 war die Genehmigungsfähigkeit nicht mehr gegeben. Rösrath war im Nothaushalt.

Obwohl sich die Haushaltsstruktur auch danach nicht geändert hat, konnte der Nothausalt 2008 verlassen werden, weil mit der NKF-Umstellung durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage die Fiktion des Haushaltsausgleiches gegeben war. Allerdings nur vorübergehend für dieses eine Jahr, denn weiter reichte die Ausgleichsrücklage nicht. Seit 2009 wird mit den ausgewiesenen Fehlbeträgen die Allgemeine Rücklage des Eigenkapitals in Anspruch genommen, und zwar jeweils über den zulässigen Schwellenwerten. Ebenso konnte in keinem der letzten drei Haushaltsjahre ein Haushaltsausgleich in der mittelfristigen Ergebnisplanung ein Haushaltsausgleich dargestellt werden.

Ergo keine Genehmigungsfähigkeit der Haushaltssicherungskonzepte und Handhabung der Haushaltswirtschaft im Nothaushalt.

Und diese Perspektive gilt unverändert auch für die vorliegenden Haushaltszahlen der Haushaltsjahre 2012 / 2013.

Im letzten Controlling- und Prognosebericht über die Entwicklung der Haushaltswirtschaft 2011 konnte zwar eine erfreuliche Verbesserung gegenüber den Werten des Haushaltsplanes festgestellt werden. Die Erholung bei den Gewerbesteuererträgen, eine Verbesserung des Einkommensteueranteiles, eine geringere Kreisumlage sowie deutliche Einsparungen bei den Liquiditätskreditzinsen sind die wesentlichen und ausschlaggebenden Faktoren für eine im Abschluss 2011 erwartete Haushaltsverbesserung von rd. 2,7 Mio. €.

Allerdings würde auch damit kein nachträglich genehmigungsfähiger Haushalt 2011 erreicht.

Und eine notwendige Steigerung dieser Entwicklung hat sich auch bei den Berechnungen der Erträge und Aufwendungen für die Haushaltsplanung 2012 / 2013 nicht ergeben.

Es ist zwar gelungen, die Steigerungsraten der Aufwendungen gegenüber den Vorjahreswerten (3,95% und 0,03%) in den Planungsjahren 2012 und 2013 mit 1,5%-Punkten und 1,7%-Punkten unter den Steigerungsraten der Erträge (5,46% und 1,72%) zu halten. Mit den ausgewiesenen Fehlbeträgen von 7.562.910 € (2012) und 8.515.490 € (2013) werden die Planungsergebnisse aber auf dem Niveau des Ergebnisses 2011 gehalten. Allerdings bleibt es auch bei den über dem zulässigen Schwellenwert (5%) liegenden Minderungen der Allgemeinen Rücklage.

Dieser Grenzwert wird sogar sehr deutlich überschritten und errechnet sich für das Haushaltsjahr 2012 mit 14,20% und für das Haushaltsjahr 2013 mit 18,6%. Wie in der Übersicht auf Seite 47 dargestellt steigert sich dieser Wert bis zum Ende der mittelfristigen Ergebnisplanung im Jahre 2015 sogar auf 21,39%.

Damit verbleibt es folglich unverändert bei der Pflicht zur Fortschreibung des pflichtigen Haushaltssicherungskonzeptes.

Aufgrund der Änderung in § 76 Abs. 2 GO NRW kann die bisher an eine Wiedererreichung des Haushaltsausgleiches innerhalb der mittelfristigen Ergebnisplanung (= bis zum 3. Folgejahr) geknüpfte Genehmigung eines Haushaltssicherungskonzeptes nunmehr erteilt werden, wenn der Haushaltsausgleich im zehnten auf das Haushaltsjahr folgenden Jahr wieder erreicht wird.

Um es gleich an dieser Stelle vorweg zu nehmen, diese Zielvorgabe wird insbesondere mit einer in mehreren Stufen vorgesehenen, aber deutlichen Anhebungen des Steuersatzes für die Grundsteuer B, einer Anhebung der Gewerbesteuer und den vorsichtig zurückhaltend kalkulierten Aufwendungen auch erreicht.

Doppischer Budgetplan 2012/2013

Fortschreibung der Ergebnisplanung für den nach § 76 Abs. 2 auf 10 Jahre erweiterten HSK-Zeitraum

Gesamtergebnisplan		Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Planungsjahr	Planungsjahr
Ertrags- und Aufwandsarten		2010	2011	Haushaltsjahr 2012	Haushaltsjahr 2013	2014	2015
1	+ Steuern und ähnlichen Abgaben	21.573.720,43	21.144.200	24.962.100	26.678.600	27.624.300	30.014.900
2	+ Zuwendungen und allgemeinen Umlagen	9.041.746,17	8.652.420	9.250.450	6.838.150	7.347.350	7.135.450
3	+ Sonstige Transfererträge	398.550,21	222.500	270.000	262.060	267.310	272.680
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.577.387,44	2.422.070	2.566.720	2.574.650	2.590.690	2.601.770
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	270.306,81	413.750	400.250	400.250	400.250	400.250
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	934.741,47	623.720	611.960	546.470	558.040	531.170
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	1.865.660,86	2.112.890	1.872.320	1.884.240	1.890.710	1.895.320
10	= Ordentliche Erträge	36.662.113,39	35.591.550	39.933.800	39.184.420	40.678.650	42.851.540
11	- Personalaufwendungen	7.094.842,38	7.897.820	8.075.950	8.104.250	8.129.750	8.089.560
12	- Versorgungsaufwendungen	-	-	502.400	507.210	510.150	518.370
13	- Sach- und Dienstleistungen	7.061.798,13	6.103.950	6.595.820	6.538.580	6.342.220	6.611.760
14	- Bilanzielle Abschreibungen	-	4.044.000	3.773.520	3.700.560	3.687.350	3.534.440
15	- Transferaufwendungen	24.152.407,91	23.234.120	24.255.950	24.570.050	25.223.310	25.746.130
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.861.677,24	2.236.610	2.416.070	2.314.960	2.294.470	2.336.850
17	= Ordentliche Aufwendungen	40.170.725,66	43.516.500	45.619.710	45.735.610	46.187.250	46.837.110
18	Ergebnis laufende Verwaltungstätigkeit	- 3.508.612,27	- 7.924.950	- 5.685.910	- 6.551.190	- 5.508.600	- 3.985.570
19	+ Finanzerträge	61.631,03	3.000	1.900	1.800	1.700	1.600
20	- Zinsen u. sonst. Finanzaufwendungen	1.127.142,66	1.877.800	1.878.900	1.966.100	2.136.800	2.335.400
21	Finanzergebnis	- 1.065.511,63	- 1.874.800	- 1.877.000	- 1.964.300	- 2.135.100	- 2.333.800
22	Ordentliches Ergebnis	- 4.574.123,90	- 9.799.750	- 7.562.910	- 8.515.490	- 7.643.700	- 6.319.370
23	+ Außerordentliche Erträge	-	-	-	-	-	-
24	- Außerordentliche Aufwendungen	-	-	-	-	-	-
25	= Außerordentliches Ergebnis	-	-	-	-	-	-
26	= Jahresergebnis	- 4.574.123,90	- 9.799.750	- 7.562.910	- 8.515.490	- 7.643.700	- 6.319.370

Doppischer Budgetplan 2012/2013

Fortschreibung der Ergebnisplanung für den nach § 76 Abs. 2 auf 10 Jahre erweiterten HSK-Zeitraum

Gesamtergebnisplan			Planungsjahr	Planungsjahr	Planungsjahr	Planungsjahr	Planungsjahr	Planungsjahr
Ertrags- und Aufwandsarten			2016	2017	2018	2019	2020	2021
1	+	Steuern und ähnlichen Abgaben	30.747.500	31.490.600	33.531.700	34.338.300	35.144.700	36.004.600
2	+	Zuwendungen und allgemeinen Umlagen	8.688.700	8.875.500	9.457.613	9.844.313	10.227.389	10.447.789
3	+	Sonstige Transfererträge	278.150	283.710	289.390	295.180	301.090	307.120
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.688.180	2.699.440	2.710.820	2.722.190	2.733.740	2.745.410
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	400.000	400.000	400.000	395.000	395.000	395.000
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	531.560	576.690	539.850	571.760	571.430	569.110
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	1.900.340	1.882.810	1.888.700	1.894.700	1.900.840	1.907.090
10	=	Ordentliche Erträge	45.234.430	46.208.750	48.818.073	50.061.443	51.274.189	52.376.119
11	-	Personalaufwendungen	8.186.820	8.191.320	8.208.840	8.216.440	8.352.660	8.407.660
12	-	Versorgungsaufwendungen	508.460	523.530	538.360	530.570	546.850	566.000
13	-	Sach- und Dienstleistungen	6.426.920	6.476.190	6.518.810	6.572.930	6.622.430	6.662.340
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	3.498.860	3.492.020	3.410.680	3.400.420	3.292.750	3.271.020
15	-	Transferaufwendungen	26.422.300	27.062.900	27.119.600	27.728.700	27.035.100	27.658.700
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.269.370	2.309.330	2.351.440	2.321.360	2.327.880	2.375.450
17	=	Ordentliche Aufwendungen	47.312.730	48.055.290	48.147.730	48.770.420	48.177.670	48.941.170
18		Ergebnis lfd. Verwaltungstätigkeit	- 2.078.300	- 1.846.540	670.343	1.291.023	3.096.519	3.434.949
19	+	Finanzerträge	1.500	1.400	1.300	1.200	1.100	1.100
20	-	Zinsen u. sonst. Finanzaufwendungen	2.491.400	2.669.700	2.822.200	3.018.300	3.218.400	3.462.700
21		Finanzergebnis	- 2.489.900	- 2.668.300	- 2.820.900	- 3.017.100	- 3.217.300	- 3.461.600
22		Ordentliches Ergebnis	- 4.568.200	- 4.514.840	- 2.150.557	- 1.726.077	- 120.781	- 26.651
23	+	Außerordentliche Erträge	-	-	-	-	-	-
24	-	Außerordentliche Aufwendungen	-	-	-	-	-	-
25	=	Außerordentliches Ergebnis	-	-	-	-	-	-
26	=	Jahresergebnis	- 4.568.200	- 4.514.840	- 2.150.557	- 1.726.077	- 120.781	- 26.651

Fazit:

Wie die vorstehend abgebildete Fortschreibung der Ergebnisplanung ausweist, wird in dem mit dem Doppelhaushalt 2012/2013 beschlossenen Haushaltssicherungskonzept für den danach folgenden Planungszeitraum die Wiedererreichung des Haushaltsausgleiches im Planungsjahr 2022 dargestellt. Damit ist die in der Änderung des § 76 Abs. 2 GO NRW enthaltene Zielvorgabe für die Genehmigungsfähigkeit erreicht.

Allerdings im Wesentlichen auch durch die bereits oben angesprochene deutliche Anhebung des Hebesatzes für die Grundsteuer B, der innerhalb des Gesamtplanungszeitraumes in insgesamt 3 Stufen bis auf 700 v. H. erhöht werden soll.

Handlungsrahmen

zur Genehmigung von Haushaltssicherungskonzepten:

(Prüfpunkte für ein HSK nach Ziffer 3.3 des Leitfadens)

1 Ergebnisplan

A) Aufwendungen allgemein

Nach den vorliegenden Orientierungsdaten (OD) ist bei den Aufwendungen ab dem Haushaltsjahr 2012 jeweils gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um durchgehend +1,0% bei den Personal- und Sachaufwendungen und um +3,0% bis +2,0% bei den Sozialtransferaufwendungen ausgewiesen. Durchschnittlich ergibt sich daraus eine jährliche Steigerung von 1,8% bzw. 1,5%. Bis zum Ende der mittelfristigen Ergebnisplanung ist danach, bezogen auf das Planjahr 2011 ein Anstieg der Aufwendungen bis auf 106,5% zu erwarten. Das vorliegende Haushaltssicherungskonzept unterschreitet diesen Wert um 0,5%-Punkte. Rein rechnerisch bedeutet dies eine Unterschreitung der Vorgabe nach den Orientierungsdaten um rd. 150.000 €.

Der Erlass zur Anwendung der Änderung des § 76 Abs. 2 GO NRW gibt vor, dass bei der weiteren Fortschreibung der Ergebnisplanung bis zum 10. Folgejahr die Vorgaben der Orientierungsdaten für das letzte Jahr des Orientierungsdatenzeitraumes zu Grunde zu legen sind.

Dies gilt lediglich nicht für die Fortschreibung der Kreisumlage, für die eine eigene Steigerungsrate nach dem Mittel der letzten zehn Jahre zu errechnen ist.

Auch für die Jahre nach der mittelfristigen Ergebnisplanung geht das Haushaltssicherungskonzept von einer deutlich zurückhaltenderen Entwicklung der Aufwendungen aus. Womit sich am Ende des Zehnjahreszeitraumes keine Steigerung von über 17%, sondern nur von 12,3% ergibt. In Summe errechnet sich daraus ein Wert von rd. 2,2 Mio. €.

Bei der Zielvorgabe der Dämpfung und Deckelung von Aufwendungen wird weiterhin das Thema „Kooperation mit anderen Kommunen“ zur Umsetzung von mittel- und langfristigen Kosteneinsparungen verstärkt in den Fokus der Verantwortlichen rücken. Rösrath hat dies für den Aufgabenbereich Rechnungsprüfung zwar bereits in der Kooperationsvereinbarung mit der Stadt Overath verwirklicht. Und mögliche weitere Kooperationen oder gemeinschaftliche Nutzungen von Anlagen und Einrichtungen sind kontinuierlich zum Gegenstand von Gesprächen z.B. mit der Stadt Overath, der Stadt Bergisch Gladbach, der Stadt Lohmar und dem Rhein-Bergischen Kreis gemacht worden.

Zu diesem Thema, dass auch kreisübergreifend in Angriff genommen wird, ist allerdings generell festzustellen, dass hier das Bewusstsein zur Notwendigkeit von Kooperationen noch als sehr zurückhaltend einzuschätzen ist.

B) Personalaufwendungen

Die Entwicklung der Personalkosten bzw. genauer deren Senkung ist seit vielen Jahren ständiges und wesentliches Thema bei der Haushaltskonsolidierung und daher auch als Daueraufgabe verstanden.

Die bereits im Rahmen der Konsolidierungsmaßnahmen zum HSK 2010 in den einzelnen Produkten angesprochenen Personaleinsparungen sind auch dementsprechend in der Vergangenheit umgesetzt worden bzw. werden in den Folgejahren noch umgesetzt. Die insbesondere im Haushalt 2010 erstmals dargestellten Konsolidierungsmaßnahmen betrafen auch verschiedene erst in den Folgejahren eingeplante Personalmaßnahmen, die auch dann erst ihre finanziellen Auswirkungen zeigen.

Verschiedene Organisationsänderungen wurden bereits umgesetzt, wie zum Beispiel die Auflösung eines Fachbereiches. Allerdings hat sich daraus ergeben, dass es weiterer Veränderungen zur Erreichung von Synergien und der in den folgenden Jahren eingeplanten Personalkostenreduzierungen bedarf. Deshalb sind insbesondere im laufenden Jahr Überlegungen aufgegriffen worden, den Verwaltungsaufbau grundlegend neu zu strukturieren. Natürlich vornehmlich mit dem Ziel der kontinuierlichen Verbesserung der Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger. In Anbetracht des Kostendrucks aber auch unter Prüfung der Notwendigkeit und/oder Neuordnung von Aufgaben. Ohne diese Überlegungen sind die im Personalentwicklungskonzept ausgewiesenen Reduzierungen des Personalbestandes nicht realisierbar. Grundsätzlich muss jedoch die Grundlage jedes Verwaltungshandelns sein, immer in quantitativer und qualitativer Hinsicht auch dauerhaft leistungsfähig zu bleiben.

Bei der Betrachtung der Personalaufwendungen in Verbindung mit der 1%igen Steigerungsrate der Orientierungsdaten fällt zunächst die 2,26%ige Steigerung von 2011 nach 2012 auf.

Dies ist zum Teil darin begründet, dass für das durch die Auflösung des Musikschulzweckverbandes aufzunehmende Personal in 2012 der gesamte Jahresbetrag einzurechnen ist.

Zum anderen wird es nicht möglich sein, die für 2012 erwartete Tarifierhöhung, die auch im Mittel deutlich über 1% liegen wird, in vollem Umfang durch Kosten einsparende Personalmaßnahmen/-situationen aufzufangen. In den Folgejahren werden die Steigerungen der Orientierungsdaten aufgrund der Maßnahmen der Personalentwicklungsplanung stets unterschritten.

Die in der Leitlinie im Einzelnen angesprochenen Fragestellungen und Vorgaben sind, wie sich auch aus den vorstehenden Ausführungen zur Änderung der Organisationsstruktur ergibt, bei Personalmaßnahmen schon bisher stets Gegenstand der Prüfungen und Umsetzungen gewesen. Insbesondere werden z.B. bei Stellenbesetzungen die sich aus der Rangfolge „Intern vor Extern“ ergebenden Folgewirkungen eingehend und vordringlich mit dem Ziel einer Einsparung gegenüber dem bisherigen Stellenbedarf geprüft. Bei dieser Überprüfung wird die Aufgabenstellung analysiert und untersucht, ob auf die Aufgabenerfüllung ganz oder teilweise verzichtet werden kann bzw. Standardabsenkungen möglich sind und ob eine Stellenbesetzung mit einer niedrigeren Besoldungs- oder Entgeltgruppe in Betracht kommt.

C) Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Auch bei diesem Aufwendungsbereich trifft die grundsätzliche Aussage unter A) wieder zu. Zwar wird die OD-Steigerungsrate aufgrund der dringend notwendigen Instandsetzungsarbeiten zur dauerhaften Minderung der Unterhaltungsaufwendungen im Haushaltsjahr 2012 deutlich überschritten. In der Gesamtfortschreibung bis zum Ende des Planungszeitraumes wird allerdings wieder ein um 1,3%-Punkte unter dem Orientierungsdatenwert liegende Steigerung vorgegeben.

Insbesondere im Hinblick auf die sich in Folge der energetischen Sanierungsmaßnahmen des Konjunkturpaketes II ergebenden Einsparungen bei den Energie- und Heizkosten wird die Erreichung dieser Vorgabe als realistisch eingeschätzt. Hinzu kommen auch die nachhaltigen, in den vergangenen Haushaltssicherungskonzepten dargestellten einzelnen Konsolidierungsmaßnahmen wie die Reduzierung der Aufwendungen im Bereich der Reinigungsleistungen um jährlich rd. 100.000 €.

D) Bilanzielle Abschreibungen

Die im Doppelhaushalt 2012 / 2013 neu berechneten Abschreibungswerte beruhen auf Werten des vorgelegten Entwurfes der Eröffnungsbilanz zum Stichtag 01.01.2008 sowie der durch die Feststellung der Gemeindeprüfungsanstalt notwendigen Neuberechnung der Sonderposten für Zuwendungen und Erschließungsbeiträge. Aus dieser erweiterten Sonderpostenermittlung wird eine Verminderung des Eigenkapitals von etwa 25 Mio. € erwartet. Allerdings ergibt sich damit aus der Auflösung dieser Sonderposten gegenüber den bisher geschätzten Ansätzen auch eine jährliche Haushaltsentlastung, die vorsichtig zunächst mit rd. 750.000 € berücksichtigt ist.

Die einschränkende Aussage „zunächst“ beruht darauf, dass die Nacherfassung von Berechnungsgrundlagen bzw. die Neubewertung der Sonderposten noch nicht abgeschlossen ist. Die sich durch die Anpassung einzelner Bilanzposten wird sich künftig vornehmlich auf die Ertragsseite auswirken – wie vorstehend bereits dargestellt. Eine Beeinflussung der Abschreibungsbelastungen ist nicht zu erwarten.

E) Transferaufwendungen

Nicht nur bei den freiwilligen, sondern auch bei den pflichtigen Transferaufwendungen gilt es, dauerhaft alle Möglichkeiten einer Reduzierung auszuschöpfen. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass hierzu auch Aufwandsarten gehören, die durch den engagierten Einsatz der Sachbearbeiter/innen in der täglichen Aufgabenerledigung nicht beeinflusst werden können.

Z. B. die Kreisumlage, die schon alleine fast 50% der Transferaufwendungen ausmacht. Zur Entwicklung der Kreisumlage wird im HSK-Planungszeitraum davon ausgegangen, dass die sich durch höhere Steuerkraftzahlen sowie die notwendige und erwartete Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung im Finanzausgleich ergebenden „Mitnahmeeffekte“ durch entsprechende Minderungen des Kreisumlagesatzes ausgeglichen werden. Trotz dieser in den Berechnungen der Planzahlen berücksichtigten Annahme liegt die für die Kreisumlage berücksichtigte Steigerung noch über der als Mittelwert berechneten Steigerungsrate nach dem Ministerialerlass zur Änderung des § 76 GO NRW.

Dennoch bleibt hier natürlich die zuvor getroffene Aussage zutreffend, dass diese Ausgabeposition seitens der Stadt Rösrath nicht wirklich beeinflusst werden kann.

Bezieht man hier auch noch die Betriebskostenzuschüsse für Kindertagesstätten (22%-Anteil) ein, ergeben sich schon rd. 70% dieser Aufwendungsart, die von der Stadt überhaupt nicht beeinflussbar sind.

Und auch die übrigen Transferaufwendungen sind nur sehr bedingt durch Maßnahmen und Aktivitäten der Stadt beeinflussbar. Wie beispielsweise die Leistungen im Bereich des Jugendamtes. Hier ist es Natur gemäß ungleich schwieriger, den Schwerpunkt bei Einzelfallentscheidungen auf die Minimierung der finanziellen Folgewirkungen für die Stadt zu legen. Dennoch gilt auch hier der Grundsatz, dass bei mehreren Alternativen möglichst der kostengünstigsten der Vorzug gegeben wird.

So zeigt die Auswertung des differenzierten Controllings, dass sich das Verhältnis der Vollzeitpflege zur Heimerziehung gegenüber früheren Zahlen zu Gunsten der Betreuung in familiennahen Hilfen verändert hat. Aus dem Blickwinkel der Kostenseite betrachtet, eine Entlastung der im Haushalt ausgewiesenen Aufwendungen.

Im Ergebnis wird vor diesem Hintergrund auch für den gesamten Planungszeitraum erwartet, dass die durch die Orientierungsdaten vorgegebene Steigerung bei den Sozialtransferaufwendungen von 3,0% bzw. 2,0% wie in den vergangenen Jahren stets unterschritten wird. Die Sicherung dieser Erwartung wird nicht zuletzt auch in der quantitativen, aber vor allem qualitativen Verbesserung der Betreuungsaktivitäten gesehen.

Einbezogen ist natürlich nicht nur die Leistungsentscheidung, sondern auch die Geltendmachung von Ersatz- und Erstattungsansprüchen.

Bei den sonstigen Transferleistungen betreffen die meisten vertraglichen Vereinbarungen die Gewährung von Zuschüsse zu laufenden Zwecken sozialer Einrichtungen und Maßnahmen. Also die Förderung und Unterstützung ehrenamtlicher Tätigkeiten, auf welche die Stadt auch zur Reduzierung von Haushaltsbelastungen zukünftig noch stärker angewiesen sein wird. Dennoch sind auch diese Leistungsvereinbarungen bei der Konsolidierungsaufgabe der Aufwandsreduzierung nicht ausgenommen.

Die Reduzierung der (anderen) Umlagen war dagegen schon in den vergangenen Jahren ein erklärtes Ziel der städtischen Einflussnahme auf die Aktivitäten und die Haushaltswirtschaft der Zweckverbände.

Schon bedingt durch die in den mittelfristigen Planungen der Zweckverbände zu erkennenden Kostensteigerungen bleibt dies auch aktuell und in den Folgejahren ein wichtiges Thema. Durch die im Vorjahr erfolgte Auflösung des Musikschulzweckverbandes ist ab dem Haushaltsjahr 2012 diese Verbandsumlage nicht mehr veranschlagt.

Wenn auch aufgrund der Auflösungsfolgewirkung nun Personalkosten anfallen, werden diese durch den vorgegebenen Einsatz dieser Beschäftigten zum großen Teil durch entsprechende Entgelte kompensiert, so dass sich im Ergebnis dauerhaft eine merkbare Haushaltsentlastung ergibt.

Eigenbetriebe und eigenbetriebsähnliche Einrichtungen werden in Rösrath nicht mehr geführt. Dementsprechend sind auch keine Verluste innerhalb des Haushaltes auszugleichen.

Insbesondere die so genannten kostenrechnenden Einrichtungen, welche früher als Regiebetrieb oder als Eigenbetrieb geführt wurden, sind heute im Kommunalunternehmen StadtWerke Rösrath AöR gebündelt. Sowohl bei der damaligen Unternehmensgründung, als auch bei der späteren Aufgabenerweiterung haben die Maßstäbe des § 109 Abs. 2 GO NRW Pate gestanden. Hier ist bis heute unverändert festzuhalten, dass durch die innerhalb des Kommunalunternehmens erfolgenden Verlustabdeckungen der defizitären Aufgabenbereiche ein bedeutender Beitrag zur Entlastung des städtischen Haushaltes geleistet wird. Diese Entlastung ist auch deutlich höher als sie sich aus der Gegenüberstellung von marktüblicher Verzinsung des Eigenkapitals und haushaltsmäßiger Übernahme der vorgenannten Verluste ergeben würde.

Soweit die Stadt im Zeitraum des Haushaltssicherungskonzeptes Aufwendungen für Beteiligungen erbringt, erfolgt dies in aller Regel durch Sachleistungen und/oder Personaleinsatz. Wie z. B. im Fall der Schloss Eulenbroich GmbH.

Wobei die wesentliche Finanzierung des Sach- und Personaleinsatzes regelmäßig über die Beteiligung Dritter durch Spenden erfolgt, also die geringste mögliche Belastung des Haushaltes bereits erreicht ist und oberstes Gebot bleibt.

F) Sonstige ordentliche Aufwendungen

Insgesamt gehen die Annahmen des Haushaltssicherungskonzeptes bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen davon aus, dass eine leichte Absenkung realisiert werden kann.

Im Bereich der sonstigen Personal- und Versorgungsaufwendungen gibt der Leitfaden zur Haushaltssicherung vor, dass diese auf die gegebenen gesetzlichen Leistungsverpflichtungen zu begrenzen sind. Dies wird beachtet.

Insbesondere für die Geschäftsausgaben behält die eingangs unter „Aufwendungen allgemein“ angesprochene Deckelung der Aufwendungen eine unverändert betonte Bedeutung. Dieser Aufwandsart sind diejenigen Positionen zugeordnet, bei denen die Fachbereiche bei den Bemühungen um Reduzierung ihrer Budgetbelastung zuerst und unmittelbar konkrete Entscheidungen treffen können. Wie sich dies auch in den Beschreibungen der insbesondere zu den Haushaltssicherungskonzepten 2010 und 2011 eingebrachten Konsolidierungsvorschlägen widerspiegelt.

Verfügungsmittel sind bereits auf einem Mindestwert eingefroren, Fraktionszuwendungen auf Grundlage der Konsolidierungsmaßnahmen 2011 reduziert. Gleiches gilt auch für viele der übrigen sonstigen Aufwendungen, wie z. B. für Aus- und Fortbildung. Hier durch den eingeführten Festbetrag pro Mitarbeiter eine Reduzierung des Gesamtaufwandes erreicht.

Allerdings darf die Reduzierung in diesem Bereich die dauerhaft notwendige Fortbildung und Qualifizierung der Mitarbeiter/innen nicht unmöglich machen oder zu einer für die Mitarbeiter/innen lästigen Angelegenheit herabstufen. Unqualifiziertes und nicht mit der aktuellen Rechtslage vertrautes Personal führt schnell eher zu Mehrkosten im laufenden Betrieb, denn zu einer wirtschaftlichen und sparsamen Aufgabenerledigung.

G) Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen

Mit den jährlichen Defiziten des strukturell nicht ausgeglichenen Haushaltes wächst auch stetig die im Haushalt auszuweisende Zinslast. Beim Gesamtschuldenstand, belegt die Stadt Rösrath zwar keinen „Spitzenplatz“, erkennt aber die Vermeidung einer (Netto)-Neuverschuldung für den Investitionsbereich als zwingend notwendige Vorgabe an. Die hierzu in den beiden vorigen HSK-Fortschreibungen mit den „Null - €- Kreditaufnahmen“ gesetzten Zeichen können allerdings im vorliegenden HSK nicht fortgesetzt werden. Dennoch bleiben die in den Jahren 2014 und 2015 ausgewiesenen Kreditaufnahmen deutlich unter der Vorgabe des Leitfadens: „Nettoneuverschuldung = Null minus ein Drittel“.

Auch bei den Liquiditätskrediten wird stets darauf geachtet, dass diese kontinuierlich auf das notwendigste Maß beschränkt bleiben, d. h. Guthaben auch zur Rückzahlung dieser Kredite genutzt werden.

H) Erträge allgemein

Die geplanten ordentlichen Erträge berücksichtigen einerseits die Orientierungsdaten des Innenministeriums für den Finanzplanungszeitraum bis 2015 und andererseits die Erfahrungswerte aus den örtlichen Haushaltsergebnissen der letzten Jahre unter Berücksichtigung der nach dem Erlass zu § 76 Abs. 2 GO NRW als Mittelwerte berechneten Steigerungsraten. Wobei die Orientierungsdaten sich lediglich auf die Steuern und ähnliche Abgaben sowie die Zuweisungen des Landes beziehen. Für die übrigen Erträge gilt ausschließlich eine eigene Einschätzung.

Vor allem bei denjenigen Ertragspositionen, auf deren Entwicklung der Stadt noch die Möglichkeit einer unmittelbaren Einwirkung zufällt, ist die örtliche Situation die entsprechende Grundlage für die Bildung der Planansätze. Für die Schätzung bzw. Berechnung der örtlichen Steuern gilt dies auch für den über die mittelfristige Ergebnisplanung hinausgehenden Zeitraum.

Für die Berechnung der Steigerungsraten in dem auf 10 Jahre erweiterten Planungszeitraum gelten auch die bereits unter A) zu den Aufwendungen benannten Vorgaben.

Ebenso sind die Wechselwirkungen zwischen Steuerkraft, Gemeindefinanzausgleich und Umlagegrundlagen für jedes einzelne Jahr des Planungszeitraumes differenziert berechnet.

Entsprechend der Situation einer „Nothaushaltskommune“ ist hier auch berücksichtigt, dass in besonderer Weise darauf zu achten ist, alle denkbaren Ertragssteigerungen zu verwirklichen.

Einen Wert für die Entwicklung der Gesamterträge weisen die Orientierungsdaten nicht aus, so dass eine vergleichende Gesamtbetrachtung der konkreten Fortschreibung mit der Berechnung nach den Werten der Orientierungsdaten nicht möglich ist.

I) Steuern und ähnliche Abgaben

Die im Leitfaden für Nothaushaltskommunen vorgegebenen Mindesthöhen der Realsteuerhebesätze wurden bei Grundsteuer B und Gewerbesteuer bereits seit Jahren überschritten. Bei der Grundsteuer A mit der zum 01.01.2010 erfolgten Anhebung der Steuersätze. Deshalb ist auch für das Haushaltsjahr 2012 noch keine weitere Steueranhebung vorgeschlagen worden. Auch nicht für die Grundsteuer A, wofür der Mittelwert der Kommunen gleicher Größenklasse in NRW inzwischen wieder um 4%-Punkte über dem Steuersatz der Stadt Rösrath liegt. Bei dem geringen Aufkommen dieser Steuer (ca. 15.000 €) wird dies jedoch als tolerierbar angesehen

Für die Grundsteuer B ist ab dem Haushaltsjahr 2013 eine deutliche Anhebung des Hebesatzes (+ 60%-Punkte) und eine daraus resultierende Ertragssteigerung von jährlich rd. 600.000 € berücksichtigt.

Hintergrund ist hier im Wesentlichen der Vorschlag, die Straßenreinigungsleistung in die Steuer einzubeziehen und damit auf die Gebührenerhebung nach dem Straßenreinigungsgesetz zu verzichten. Dies wird bereits in Nachbarkommunen praktiziert. Die genannte Hebesatzanhebung entfällt mit einem Anteil von ca. 50%-Punkten auf die Abdeckung des Leistungsaufwandes für den Kehr- und Winterdienst und mit einem Anteil von 10%-Punkten auf eine reine Steuererhöhung zur Haushaltskonsolidierung.

Wesentlicher und für die Wiedererreichung des Haushaltsausgleiches von entscheidender Bedeutung sind die in den späteren Jahren vorgesehenen Steuererhöhungen. Wobei evtl. Anhebungen des Hebesatzes zur Grundsteuer A wegen des bereits weiter vorne angesprochenen geringen Aufkommens rechnerisch nicht berücksichtigt sind.

Um den Haushaltsausgleich wieder erreichen und die Erfüllung der notwendigen Leistungen in dem erforderlichen Umfang auch künftig leisten zu können ist nicht nur eine generelle Verbesserung der Finanzausstattung der Kommunen – insbesondere im Hinblick auf den Umfang und die Anforderungen der übertragenen Pflichtaufgaben – erforderlich. Notwendig und unumgänglich ist allerdings auch eine deutliche Stärkung des eigenen Finanzierungsbeitrages.

Beide Anforderungen bzw. zwingenden Voraussetzung sind bei den Ertragsberechnungen im HSK-Planungszeitraum berücksichtigt.

Bei der Haushaltsstruktur der Stadt Rösrath muss die Stärkung des eigenen Finanzierungsbeitrages im Schwerpunkt durch die Steigerung des Steuerertrages erbracht werden. Vornehmlich durch die Grundsteuer B. Deshalb werden nach der bereits dargestellten Steuererhöhung des Planungsjahres 2013 in den Folgejahren des Haushaltssicherungskonzeptes zur Haushaltskonsolidierung zwei weitere Hebesatzanhebungen ausgewiesen. Die erste Anhebung ist am dem Planungsjahr 2015 berücksichtigt und sieht einen Steuerhebesatz von 580 v. H. vor, woraus sich eine jährliche Haushaltsverbesserung von rd. 1,02 Mio. € ergibt. Um den Haushaltsausgleich im Planungsjahr 2022 wieder zu erreichen, ist schon für das Planungsjahr 2018 eine weitere, noch stärkere Hebesatzanhebung auf den Wert von 700% mit einem jährlichen Mehrertrag von rd. 1,25 Mio. € erforderlich.

Aber auch die Gewerbesteuer muss neben der aus Gewerbeansiedlungen und Unternehmensentwicklungen erwarteten Ertragsentwicklung mit einem durch Hebesatzanhebung gesteigerten Aufkommen zur Erreichung des Haushaltsausgleiches beitragen. Dementsprechend ist schon ab dem Jahre 2015 eine Erhöhung des Hebesatzes von 445 v. H. auf 480 v. H. vorgesehen und mit einer Ertragssteigerung von jährlich rd. 410.000 € berücksichtigt.

Für die Vergnügungssteuer wird trotz der zum 01.01.2012 vorgesehenen Umstellung des Maßstabes bei der Besteuerung von Geldspielgeräten der bisherige Planansatz unverändert fortgeschrieben. Über die Höhe der dann für die Besteuerung maßgeblichen Einspielergebnisse

liegen keine ausreichenden Erkenntnisse für eine annähernd sichere Neuberechnung des Steuerertrages vor.

Eine Anhebung der Steuersätze für die Hundesteuer ist im Planungszeitraum nicht eingerechnet.

Einkommen- und Umsatzsteueranteile sind anhand der Abrechnungen für das erste Quartal und den vorläufigen Einschätzungen des Städte- und Gemeindebundes zur Regionalisierung des Ergebnisses der Maisteuerschätzung 2012 berechnet. Und danach entsprechend den oben dargelegten Steigerungswerten fortgeschrieben.

J) Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Diese Ertragsposition macht von den ordentlichen Erträgen einen Anteil rd. 8,8% aus. Der hieraus zu erwirtschaftende Beitrag zur Haushaltskonsolidierung kann folglich auch nur gering sein.

Und davon entfallen rd. 40% (bisher rd. 53%) auf die Elternbeiträge für Kindertagesstätten und OGATA. Die mögliche Steigerung dieser Erträge ist bereits nach dem Haushaltssicherungskonzept 2010 im Haushaltsjahr 2011 realisiert worden.

Entgelte und Kostenerstattungen für die Nutzung städtischer Unterkünfte sind hier eher als Information zu dieser Ertragsart gehörend denn als möglicher Lieferant eines Konsolidierungsbeitrages zu nennen.

Daneben verbleiben im Grunde nur noch knapp 30 % der Entgelte aus öffentlich-rechtlichen Leistungen, die im Rahmen des Vertretbaren für eine weitere Ertragssteigerung herangezogen werden können. Also die Benutzungsgebühren.

Trotz dieser hier zu beachtenden Einschränkungen und gegebenen Einengungen sind hier in den Konsolidierungsmaßnahmen auch Gebührenanhebungen ausgewiesen.

Als letzte Position dieser Ertragsarten sind die Konzessionsabgaben für Strom, Gas und Wasser zu nennen. Seit dem 01.01.2011 (Konzessionsvertrag Wasser mit der StadtWerke Rösrath AöR) sind für alle drei Versorgungsbereiche die jeweils höchstzulässigen Konzessionsabgaben vereinbart. Weitere Konsolidierungsbeiträge können bei diesen Abgaben nicht mehr von der Stadt selbst gestaltet werden. Ertragssteigerungen können sich lediglich noch aus Steigerungen der den Konzessionsabgaben zu Grunde liegenden Verbrauchszahlen ergeben.

Insbesondere bei der Wasserversorgung birgt die Einführung der Konzessionsabgabe allerdings auch die Gefahr, dass der „Schuss nach hinten losgeht“. Denn die damit verbundene starke Gebührenerhöhung hat im ersten Abrechnungsjahr 2011 zu einem deutlich reduzierten Wasserverkauf geführt. Womit der für die Zahlung der höchstmöglichen Konzessionsabgabe zu erwirtschaftende Mindestgewinn nicht mehr erreicht war. Folge für den städtischen Haushalt: Ein unter dem Planwert liegender Ertrag aus dieser Konzessionsabgabe. Bleibt für die Zukunft abzuwarten, ob der reduzierte Wasserverkauf 2011 tatsächlich ausschließlich der Preiserhöhung geschuldet oder eher auf die Witterungsverhältnisse zurückzuführen war. Da die für das Jahresergebnis der Stadtwerke negativere Ursache nicht ohne weiteres ausgeschlossen werden kann, geht die HSK-Planung vorsichtig von einer unterhalb der höchstmöglichen Konzessionsabgabe liegenden Ertrag aus.

K) Finanzerträge

Soweit bei den Erträgen aus Beteiligungen das Kommunalunternehmen StadtWerke Rösrath AöR angesprochen ist, wird auf die bereits unter ‚Transferaufwendungen‘ getroffene Aussage verwiesen.

Auch die weiteren Beteiligungen – wesentlich die Zweckverbände – sind bei der Erwirtschaftung von Erträgen unbeachtlich. Hier liegt die Zielrichtung eher bei der Aufwandsreduzierung; siehe auch hierzu unter ‚Transferaufwendungen‘.

Bei den die Planausweisung ausmachenden Erträgen handelt es sich fast ausschließlich um Zinsen für gewährte Arbeitgeber- und Wohnungsbaudarlehen.

L) Pflichtaufgaben (Pflichtige Leistungen)

Weitere konkretisierte Einzelmaßnahmen zur Kostenreduzierung auch bei den Pflichtaufgaben enthält diese Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes nicht. Daraus kann abgeleitet werden, dass die gesetzlichen Ansprüche auf kostengünstige Weise erfüllt werden. Dennoch ist hier – auch im Rückblick auf den letzten Prüfungsbericht der Gemeindeprüfungsanstalt – weiterhin kontinuierlich zu prüfen, ob hier z.B. durch Organisationsentwicklungsprozesse oder Geschäftsablaufoptimierungen oder auch Leistungsreduzierungen eine noch kostengünstigere, den gesetzlichen Anforderungen genügende Erfüllung dieser Pflichtaufgaben möglich ist.

In dieses Themenfeld gehört auch die interkommunale Zusammenarbeit mit dem Ziel, Kosten durch Zentralisierung und Bündelung von Aufgaben einzusparen. Umgesetzt ist seit langem die gemeinsame Rechnungsprüfung mit der Stadt Overath.

Mit der Stadt Overath wird hier derzeit über die Möglichkeiten der gemeinsamen Erledigung von Aufgaben und Arbeiten im Bereich der Feuerwehren diskutiert. Die grundsätzlich positiven und auch optimistischen Positionierungen sind dazu sowohl von den Vertretern der beiden Städte, als auch von den Verantwortlichen der Feuerwehren erklärt worden.

M) Freiwillige Aufgaben (Freiwillige Leistungen)

Hierzu wird sowohl auf die Vorbemerkungen, als auch auf die Kurzerläuterungen zu den einzelnen Aufgaben in der „Übersicht der freiwilligen Leistungen“ (Seiten 79 ff). des Haushaltsbuches 2012 / 2013 Bezug genommen.

Die weitere und differenziertere Darstellung der angesprochenen Effekte wird sich ggf. an dieser Stelle künftig auch aus den zu erstellenden Gesamtabschlüssen ergeben.

N) Ermächtigungsübertragungen

Die im Leitfaden Haushaltssicherung enthaltene Vorgabe zu Ermächtigungsübertragungen wird seit Aufstellung der Haushaltssicherungskonzepte unverändert strikt eingehalten. Im Ergebnisplan werden grundsätzlich keine Ermächtigungen in das Folgejahr übertragen. Die Ausnahme erfolgte hier lediglich bei alten, im kameralen Sinne als Investitionsmaßnahmen ausgewiesenen Planansätzen, die begonnen waren und im doppelischen Haushalt im Ergebnisplan dargestellt wurden. Die weitere, im Vortrag von 2010 nach 2011 bei Maßnahmen des Konjunkturpaketes praktizierte Ausnahme, wird sich im Abschluss des Jahres 2011 nicht wiederholen.

O) Kostenrechnende Einrichtungen

So genannte „Kostenrechnende Einrichtungen“ werden im Haushalt der Stadt nicht mehr geführt, da die hier angesprochenen Aufgabengebiete seit dem 01.01.2005 von dem Kommunalunternehmen Stadtwerke Rösrath AöR wahrgenommen werden.

P) Beteiligungen und Nachweis von Konsolidierungseffekten bei Ausgliederungen

Hierzu wird auf die bereits unter der Position F) Transferaufwendungen gemachten Ausführungen verwiesen.

2. Finanzplan

Die größten Investitionsmaßnahmen, das KLU-Projekt Haus Eulenboich und die Neugestaltung Bahnhof Rösrath sind mit umfassenden Fördermitteln finanziert. Eine Finanzierung mit Krediten erfolgte, wie bereits unter G) Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen angesprochen wurde, nur in geringem Umfang und in jedem Falle ohne Netto-Neuverschuldung. Da im Haushaltsjahr 2011 sowie in der zugehörigen mittelfristigen Finanzplanung 2012-2014 mit jeweils 0,00 € ausgewiesene Kreditaufnahme kann nicht in vollem Umfang fortgeschrieben werden.

Den notwendigen neuen Investitionsmaßnahmen im Bereich der Feuerwehr ist es geschuldet, dass in den Planungsjahren 2014 und 2015 Kreditfinanzierungen in einer Gesamthöhe von 722.000 € veranschlagt sind. Bei einem nach der HSK-Vorgabe „Nettoneuverschuldung = Null minus ein Drittel“ ggf. zulässigen Kreditrahmen von 1,1 Mio. €. Da die Prüfungen der insgesamt erforderlichen Baumaßnahmen im Bereich Feuerschutz frühestens Ende 2012 abgeschlossen sein werden, sind in der vorliegenden Finanzplanung möglicherweise noch zu geringe Investitionskosten berücksichtigt. In diesem Falle wird die nächste Fortschreibung unter Umständen die Ausweisung weiterer Kreditaufnahmen erfordern. Eine künftige Steigerung der bisher ermittelten eigenen Finanzierungsmöglichkeiten wird sich voraussichtlich nicht ergeben.

Die wenigen in der Finanzplanung ausgewiesenen Erlöse aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen (auszusondernde Feuerwehrfahrzeuge und einige Grundstücksverkäufe) sind bindend der Finanzierung dieser Feuerschutz-Investitionen zugeordnet. Wie sich bereits aus den Ausführungen zur (Nicht-)Ausschöpfung des zulässigen Kreditdeckels ergibt, werden diese Einzahlungen nicht „on Top“ zur Finanzierung weiterer Maßnahmen, sondern zur Minderung des Kreditbedarfs und damit zur Vermeidung von sich aus den Zinsaufwendungen ergebenden Folgekosten eingesetzt.

3. Bilanz

Grundsätzlich sind die sich in Ergebnis- und Finanzrechnung wiederfindenden Ergebnisse mit ihren entsprechenden Auswirkungen auf die Bilanz in den vorstehend erläuterten Positionen des Leitfadens bereits angesprochen. Zwar wird bei den unverändert ausgewiesenen hohen Defiziten keine Rückführung der Liquiditätskredite errichtet, aber im Ergebnis führt jede einzelne Konsolidierungsmaßnahme zumindest zur Minderung dieses Kreditbedarfes.

Die Reduzierung der längerfristigen Verbindlichkeiten aus den Investitionskrediten wird durch den Verzicht auf die Veranschlagung neuer Kredite bereits in mehreren Jahren in voller Höhe der Tilgungsleistungen erreicht.

Die Untersuchung und Prüfung der Möglichkeiten zur Veräußerung von Vermögen, das nicht oder nicht mehr für öffentliche Zwecke benötigt wird, ist ein ständiger Prozess in den zuständigen Fachbereichen.

4. Maßnahmen zur Umsetzung des HSK

Alle in den beiden letzten Fortschreibungen des Haushaltssicherungskonzeptes in den Jahren 2010 und 2011 ausgewiesenen Konsolidierungsmaßnahmen sind nachfolgend unter Angabe der dazu erwarteten Ergebnisverbesserungen dargestellt.

Weitere Maßnahmen sind im Haushaltsplan bei den jeweils betroffenen Produkten ausgewiesen und beschrieben. Dazu gehören auch die Fortschreibungen von bereits in Vorjahren benannten Konsolidierungsmaßnahmen.

Doppischer Budgetplan 2012/2013

Haushaltssicherungskonzepte - Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung

(mit den Haushaltssicherungskonzepten 2010 und 2011 beschlossen)

Lfd. Nr.	FB	Produkt	Bezeichnung der Maßnahme	Konsolidierungswert/Haushaltsentlastung/Mehrertrag in €					
				2010	2011	2012	2013	2014	2015
1	5	16.10.10	Anhebung der Realsteuerhebesätze	142.000	142.000	145.000	145.000	148.000	148.000
2	5	16.10.10	Einführung einer Konzessionsabgabe für die Wasserversorgung	0	270.000	270.000	270.000	270.000	270.000
3	GL	01.30.10	Verzicht auf Aktualisierungen des Rechtshandbuchs für Gleichstellungsbeauftragte und Fachzeitschriften	250	250	250	250	250	250
4	GL	01.30.10	Reduzierung der durchgeführten Veranstaltungen und/oder Vergrößerung der Wiederholungszeiträume	500	500	500	500	500	500
5	GL	01.30.10	Verzicht auf Teilnahme an Versammlungen der Arbeitsgemeinschaften	90	90	90	90	90	90
6	1	01.10.10	Reduzierung der Fraktionszuwendungen	0	2.500	4.320	4.320	4.320	4.320
7	1	01.10.10	Änderung der Dienstleistung für die Bestuhlung bei Rats- und Ausschusssitzungen	0	1.600	1.600	1.600	1.600	1.600
8	1	01.10.10	Verzicht auf die Wiederbesetzung einer Stelle - KW-Vermerk	0	0	11.800	14.200	14.200	14.200
9		01.10.10	Ehrungen anlässlich von Altersjubiläen	0	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
10		01.10.10	Weitere Reduzierung der Verfügungsmittel	300	300	300	300	300	300
11	1	01.50.10	Kündigung der Lieferverträge von Abonnements und Ergänzungslieferungen	0	1.020	1.020	1.020	1.020	1.020
12	1	01.50.10	Änderung des Boten- und Kurierdienstes	0	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000
13	1	01.50.10	Verringerung der Dienstfahrzeuge und Neuorganisation der Bereitstellungsregelungen	0	0	3.400	3.400	3.400	3.400
14	1	01.50.10	Änderung des Zustellverfahrens für die Einladungen von Rats- und Ausschusssitzungen	0	3.300	3.300	3.300	300	3.300
15	1	01.50.10	Verzicht auf die Wiederbesetzung einer Stelle - KW-Vermerk	0	0	370	4.700	4.700	4.700
16	1	01.50.10	Reduzierung der Telefonkosten durch Anbieterwechsel	0	1.600	2.600	2.600	2.600	2.600
17	1	01.50.10	Anhebung der pauschalen Kostenanteile für die private Nutzung dienstliche Telefonanschlüsse	0	100	100	100	100	100

Doppischer Budgetplan 2012/2013

Haushaltssicherungskonzepte - Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung

(mit den Haushaltssicherungskonzepten 2010 und 2011 beschlossen)

Lfd. Nr.	FB	Produkt	Bezeichnung der Maßnahme	Konsolidierungswert/Haushaltsentlastung/Mehrertrag in €					
				2010	2011	2012	2013	2014	2015
18	1	01.50.10	Kosteneinsparung durch Vertragsänderung für die TK-Anlage	2.160	6.470	6.470	6.470	6.470	6.470
19	1	01.50.10	Verzicht auf die Wiederbesetzung einer Stelle - KW-Vermerk	0	0	17.750	21.300	21.300	21.300
20	1	02.10.20	Verzicht auf die Wiederbesetzung einer Stelle	0	0	0	9.500	12.600	12.600
21	2	03.10.10	Änderung der Geschwisterkindbefreiung bei den Elternbeiträgen zur Offenen Ganztagschule	0	65.000	65.000	65.000	65.000	65.000
22	2	03.10.10	Verzicht auf die Wiederbesetzung einer Stelle	0	0	1.270	15.300	15.300	15.300
23	2	03.10.40	Einbeziehung der Fahrten für die KLU-Angebote in die Schülerbeförderung	0	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000
24	2	03.10.40	Verzicht auf die Wiederbesetzung einer Stelle	0	10.280	10.280	10.280	10.280	10.280
25	2	04.10.10	Reduzierung und Festschreibung des Budgets für die Förderung der Städtepartnerschaften	0	500	500	500	500	500
26	2	04.10.20	Schließung bzw. Änderung der Betreuung der Bücherei-Außenstelle in Forsbach	0	3.000	6.000	6.000	6.000	6.000
27	2	04.10.20	Änderung der Entgeltsatzung der Bücherei	0	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000
28	2	04.10.30	Auflösung des Musikschulzweckverbandes	0	120.000	130.000	130.000	13.000	130.000
29	2	05.10.20	Stufenweise Rücknahme des Förderzuschusses an den Verein Arbeit für Rösrath	9.000	-9.000	9.000	9.000	9.000	14.000
30	2	05.10.20	Zusammenfassung und Reduzierung von Zuschüssen und Einbeziehung der Aufwendungen für Altersjubiläen	3.700	4.700	4.700	5.500	6.200	6.200
31	2	06.10.10	Änderung der Geschwisterkindbefreiung bei den Elternbeiträgen für Kindertageseinrichtungen	0	90.000	90.000	90.000	90.000	90.000
32	2	06.10.20	Vermehrte Vermittlung von Kindern in familiennahe Unterbringungsformen	0	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000
33	2	06.10.30	Änderung der Geschwisterkindbefreiung bei den Elternbeiträgen für die Kindertagespflege	0	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
34	2	06.10.40	Anpassung der Betriebskostenzuschüsse Jugendarbeit	6.300	6.300	6.300	6.300	6.300	6.300

Doppischer Budgetplan 2012/2013

Haushaltssicherungskonzepte - Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung

(mit den Haushaltssicherungskonzepten 2010 und 2011 beschlossen)

Lfd. Nr.	FB	Produkt	Bezeichnung der Maßnahme	Konsolidierungswert/Haushaltsentlastung/Mehrertrag in €					
				2010	2011	2012	2013	2014	2015
35	2	08.10.10	Reduzierung des jährlichen Zuschusses für die Sportförderung	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
36	2	08.10.10	Streichung des Zuschusses an die StadtWerke Rösrath für den Betrieb des Freibades Hoffnungsthal	10.000	45.000	45.000	45.000	45.000	45.000
37	2	08.10.10	Verzicht auf Wiederbesetzung einer Stelle	9.000	10.200	10.200	10.200	10.200	10.200
38	4	09.10.10	Änderung der Gebührensatzung für Verwaltungsgebühren	0	0	2.000	2.000	2.000	2.000
39	4	09.10.10	Abschaltung der Brunnen auf öffentlichen Plätzen bzw. Betrieb über Sponsoring	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
40	4	15.10.10	Ausstieg aus der Kooperationsvereinbarung "Rund um Köln" bzw. Aussetzung der Organisationsbeteiligung	0	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000
41	6	01.70.10	Überprüfung der Einführung von Richttemperaturen in städtischen Gebäuden			noch nicht berechnet	noch nicht berechnet	noch nicht berechnet	noch nicht berechnet
42	6	01.70.10	Einführung eines Ressourcenverbrauchsmanagements in der Stadtverwaltung			noch nicht berechnet	noch nicht berechnet	noch nicht berechnet	noch nicht berechnet
43	6	01.70.10	Abmietung von Teilflächen der Büroräume in Hoffnungsthal-Mitte			noch nicht berechnet	noch nicht berechnet	noch nicht berechnet	noch nicht berechnet
44	6	01.70.10	Reduzierung der Flächen für die allgemeinbildenden Schulen (am Standort Freiherr-vom-Stein-Straße)	0	-20.000	9.000	9.000	9.000	9.000
45	6	01.70.10	Reduzierung der Reinigungsstandards in den kommunalen Liegenschaften			noch nicht berechnet	noch nicht berechnet	noch nicht berechnet	noch nicht berechnet
46	6	01.70.10	Verzicht auf die Wiederbesetzung einer Stelle	4.400	17.800	17.800	17.800	17.800	17.800

Wie die vorliegende Finanzplanung mit den weiterhin notwendigen Ausweisungen hoher Fehlbeträge belegt, reichen alle bisher genannten Maßnahmen natürlich nicht aus, die Defizite abzubauen und den Haushaltsausgleich wieder herzustellen.

Woraus für die Zukunft folgt, dass es auch bei einer - auf Landes- und Bundesebene eingeforderten und erforderlichen - deutlichen Verbesserung der kommunalen Finanzierungsstrukturen erforderlich bleiben wird, auch selbst vor Ort, und auch auf der Ausgabenseite noch viel deutlichere, harte und schmerzhaft Konsolidierungsmaßnahmen zu entscheiden und umzusetzen. Und dies gilt nicht nur für die Stadt Rösrath

Sonst ist die immer noch so gefühlte große Entfernung bis „Griechenland“ tatsächlich doch viel kleiner.

Für Nothaushaltskommunen (= nicht genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept) ist ein vorlagepflichtiger Bestandteil des Haushaltssicherungskonzeptes die

Auch wenn in der vorliegenden Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes die Wiedererreichung des Haushaltsausgleiches dargestellt und somit die in § 76 Abs. 2 GO NRW formulierte Genehmigungsfähigkeit gegeben ist, sind die nachfolgenden Dringlichkeitslisten als Bestandteil des HSK 2012-2022 mit beschlossen worden.

Dringlichkeitsliste: Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen der HSK - Kommunen nach § 82 GO NRW

Haushaltsjahre 2012 / 2013

Diese nachfolgend mit einem Auszug aus dem Leitfaden "Maßnahmen zur Haushaltssicherung" erläuterte Prioritätenliste der Investitionsmaßnahmen ist grundsätzlich jahresbezogen aufzustellen. Es sind somit nur diejenigen Investitionsmaßnahmen zu erfassen, für die in dem jeweiligen Haushaltsjahr ein Planansatz vorgesehen ist und dementsprechend dafür eine Finanzierung nachgewiesen werden muss..

Demzufolge ist für den Doppelhaushalt 2012 / 2013 für jedes Haushaltsjahr eine eigene Dringlichkeitsliste erstellt.

Auszug aus dem:

Leitfaden des Innenministeriums vom 06. März 2009 "Maßnahmen und Verfahren zur Haushaltssicherung"

(Nothaushaltsrecht nach § 82 GO NRW)

4 Vorläufige Haushaltsführung bei nicht genehmigten Haushaltssicherungskonzept

4.1 Grundsätze:

Der im Entwurf aufgesellte Haushaltsplan der Gemeinde bleibt zwar in der Zeit der vorläufigen Haushaltsführung die haushaltswirtschaftliche Leitlinie für Rat und Verwaltung und hat auch weiterhin eine unverzichtbare Funktion als buchungstechnische Grundlage. gleichwohl sind die Vorschriften über die vorläufige Haushaltsführung in diesen Fällen die alleinige rechtliche Grundlage der Haushaltsführung, da die Haushaltssatzung mangels öffentlicher Bekanntmachung nicht wirksam ist (es sich in diesem Sinne um einen "nicht rechtsgültigen Haushalt" handelt).

Die folgenden Vorgaben orientieren sich einerseits an der Notwendigkeit, den unabweisbar erforderlichen Konsolidierungskurs in Gemeinden ohne ein genehmigtes HSK nachhaltig zu fordern und zu fördern. Andererseits liegt ihnen die Erkenntnis zugrunde, dass die Kommunalaufsicht Gemeinden, die sich über einen längeren Zeitraum - unter Umständen mehrerer Jahre - in der vorläufigen Haushaltsführung bewegen, mit der strikten Durchsetzung des rechtlichen Rahmens, den die GO bietet, nicht in jedem Fall gerecht werden kann.

Vor diesem Hintergrund hat die Kommunalaufsicht die Möglichkeit, Handlungen von Gemeinden ohne genehmigtes Haushaltssicherungskonzept, die sich innerhalb des im folgenden abgesteckten Rahmen bewegen, nicht zu beanstanden. Zugleich bildet dieser Rahmen aber die äußerste Grenze des kommunalaufsichtlich Hinnehmbaren. Wird diese Grenze überschritten, müssen die verantwortlichen kommunalen Entscheidungsträger - im Einzelfall bis zu disziplinar-, schadensersatz- oder gar strafrechtlichen Folgen - erwarten.

4.5 Aufnahme von Krediten für Investitionen

§ 82 Abs. 3 Nr. 2 GO ist die rechtliche Grundlage dafür, dass die Aufsichtsbehörde den Gemeinden in der vorläufigen Haushaltsführung eine Aufnahme von Krediten für Investitionen über den Rahmen der Absätze 1 und 2 hinaus genehmigen kann.

Die Grenzen für eine Genehmigung sind allerdings eng gesteckt. Die restriktiven Bedingungen für die Durchführung von Investitionsmaßnahmen in der vorläufigen Haushaltsführung haben im alten wie im neuen Recht einen gemeinsamen Grundgedanken: Mit Investitionsentscheidungen sind in der Regel langfristig wirkende Belastungen der Haushaltsführung nicht nur durch die Investition selbst, sondern auch durch Folgekosten (Betriebskosten in Form von Personal- und Sachaufwand) verbunden, die nicht selten das Investitionsvolumen überschreiten. Deshalb sind solche Belastungen in der dauerhaften vorläufigen Haushaltsführung nur in engen Grenzen zulässig. Da im NKF Vermögenswerte abzuschreiben sind, belastet der Aufwand für Abschreibungen den Haushaltsausgleich teilweise (über die bisherigen Tilgungen hinausgehend) noch zusätzlich, auch dann, wenn keine Kreditaufnahmen in einem Haushaltsjahr vorgesehen sind.

4.5.1 Die Erteilung der Genehmigung anhand von Prioritätenlisten

Eine Genehmigung setzt gemäß § 82 Abs. 2 S. 2 GO voraus, dass die Gemeinden dem Antrag auf Genehmigung eine nach Dringlichkeit geordnete Aufstellung der vorgesehenen unaufschiebbaren Investitionen beifügen. Gemäß § 82 Abs. 3 Nr. 2 GO kann der in Abs. 2 festgelegte Kreditaufnahmerahmen mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde - ggf. unter Bedingungen und mit Auflagen - überschritten werden, wenn das Verbot der Kreditaufnahme andernfalls zu einem nicht auflösbaren Konflikt zwischen verschiedenen gleichrangigen Rechtspflichten der Gemeinde führen würde. § 82 Abs. 3 Nr. 2 GO ist somit die Grundsgrundlage für die Genehmigung von Krediten in der vorläufigen Haushaltsführung bei nicht genehmigtem HSK über die in Abs. 2 Abs. 2 S. 1 bestimmte Grenze hinaus.

Da § 82 Abs. 3 Nr. 2 GO "ergänzend zu den Regelungen der Absätze 1 und 2" gilt, können die Aufsichtsbehörden von den Gemeinden bei der Kreditgenehmigung nach Abs. 3 Nr. 2 entsprechend der Vorgabe in Abs. 2 S. 2 verlangen, dass dem Antrag auf Genehmigung ebenfalls eine nach Dringlichkeit geordnete Aufstellung der vorgesehenen unaufschiebbaren Investitionen beizufügen ist.

Bei diesem anhand von "Investitions-Dringlichkeitslisten" durchzuführenden Genehmigungsverfahren für Investitionskredite sind folgende Punkte (4.5.2 bis 4.5.5) zu beachten.

4.5.2 Zulässige Höhe der Kredite für Investitionen

In § 82 Abs. 3 Nr. 2 GO wird keine Obergrenze für die genehmigungsfähige Kreditaufnahme bestimmt. Die Zustimmung kann aber nur im Rahmen einer angemessenen Begrenzung der Kreditaufnahme ("Kreditaufnahmerahmen") erfolgen. Die Berechnung des Kreditaufnahmerahmens ist in diesem Leitfaden festgelegt, um eine für die Gemeinden landesweit einheitliche Handhabung durch die Aufsichtsbehörden sicherzustellen.

Dabei werden rentierliche sowie teil- und unrentierliche Investitionen unterschieden. "Rentierliche" im hier gemeinten Sinne sind nur solche Investitionen, die im Wesentlichen durch Gebühren und Beiträge refinanziert werden. Der Unterscheidung zwischen "rentierlichen" und "teil-" bzw. "unrentierlichen" Investitionen liegt keine betriebswirtschaftliche Definition dieser Begriffe zugrunde. Sie dient vielmehr einer einfachen Abgrenzung der Investitionstätigkeit, die für Gemeinden und Aufsichtsbehörden leicht zu handhaben ist. Ziel ist eine Verfahrensvereinfachung und pauschale Zuordnung von Maßnahmen, die es den Gemeinden in vorläufiger Haushaltsführung gestattet, Investitionsvorhaben in den definierten Aufgabenbereichen durch die Aufnahme von Krediten für Investitionen bestreiten zu können, ohne dass diese auf den Kreditaufnahmerahmen angerechnet werden.

Im Ergebnis ist der Grundsatz zu beachten, dass eine Neuverschuldung (Kreditaufnahme für Investitionen) für die teil- und unrentierlichen Eigenanteile (Investitionsauszahlungen) eines Haushaltsjahres unzulässig ist.

Für Kreditaufnahmen der Eigenbetriebe und der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen gilt dieser Grundsatz in gleicher Weise, so lange sich die Gemeinde wegen eines nicht genehmigten HSK in vorläufiger Haushaltsführung befindet.

....

4.5.4 Investitions-Dringlichkeitslisten

Die Gemeinde hat ihrem Antrag zwei Dringlichkeitslisten, eine Dringlichkeitsliste A und eine Dringlichkeitsliste B beizufügen. Die Aufstellung der Dringlichkeitslisten erfolgt in der Verantwortung der Gemeinde nach dem als Anlage beigefügten Muster.

In die Dringlichkeitsliste A sind die rentierlichen Investitionsmaßnahmen aufzunehmen. In die Dringlichkeitsliste B sind die teil- und unrentierlichen Investitionsmaßnahmen aufzunehmen.

Die Dringlichkeitslisten sind unter Beachtung des Bruttonprinzips und auf der Grundlage der jahresbezogenen, investiven Auszahlungen zu führen.

[rentierliche Investitionsmaßnahmen im dargelegten Sinne sind von der Stadt Rösrath nicht vorgesehen, deshalb keine Dringlichkeitsliste A]

Dringlichkeitsliste B

Die teil- und unrentierlichen Investitionsmaßnahmen der Dringlichkeitsliste B sind in drei Kategorien zu unterteilen und innerhalb der Unterteilung zu ordnen. Diese Kategorien geben eine Rangfolge der "Unabweisbarkeit" von Investitionsauszahlungen wieder. Dabei sind folgende Aspekte zu berücksichtigen:

- : die Wirkungen für die künftige Entwicklung der Haushalts- und Finanzwirtschaft,
- : die betriebswirtschaftlichen Folgekosten und
- : die Auswirkungen auf die Entwicklung der Ertragslage und die Eigenkapitalausstattung der Gemeinde.

Für die Dringlichkeitsliste B gelten folgende Kategorien: [siehe im Kopf der Dringlichkeitsliste]

Doppischer Budgetplan 2012/2013

Dringlichkeitsliste: Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen der HSK - Kommunen nach § 82 GO NRW für das Haushaltsjahr 2012 ¹⁾

- Kategorie 1:** Auszahlungen für Investitionsmaßnahmen, die im Rahmen der Erfüllung von gesetzlichen Pflichtaufgaben notwendig sind (gesetzliche Verpflichtungen, aus denen sich der Zwang zum Handeln ergibt, z.B.: Verkehrssicherungsmaßnahmen, Schulbau).
- Kategorie 2:** Auszahlungen für dringend notwendige Investitionsmaßnahmen zum Erhalt und zur Sicherung der kommunalen Vermögenssubstanz, wenn der Verzicht oder ein zeitlicher Aufschub eindeutig unwirtschaftlich wäre.
- Kategorie 3:** Weitere Auszahlungen für Investitionsmaßnahmen, für die Fördermittel der EU, des Bundes oder des Landes bewilligt wurden oder sicher ist, dass sie bewilligt werden.

Lfd. Nr.	Priorität	Kategorie	Produkt-gruppe/ Finanzstelle	Investitionsmaßnahmen konkrete Bezeichnung	Investitions- auszahlungen		Förderung Bewilligung und Auszahlung im laufenden HH-Jahr			ggf. Beteiligung durch Dritte (im lfd. Jahr)	Eigenanteil der Gemeinde (GV) ^{2) 3)}		
					insgesamt (xx bis 2016)	Anteil 2012	erteilte ^{x)} Bewilligung	erwartete Bewilligung	(erwartete) Auszahlung		Vorjahre	lfd. Hj.	Folgejahr/e (bis 2016)
0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
-							^{x)} = bis einschließlich 2011						
1	1	1	12.10.10.1/3001.785200	H'thaler Str. (2.BA) - Straßenbau	562.800	225.000				0	200.000	225.000	-268.800
2	1	2	01.70.20.0/4464.785101	Ausbau Kita Höhenweg (U3)	145.000	130.400		122.400	122.400		14.600	8.000	0
3	1	3	01.70.20.0/4464.785100	Ausbau Kita Branderstraße (U3)	144.200	127.000		122.400	122.400		17.200	4.600	0
4	1	3	06.10.10/4464.783101	Einrichtungen KiTas (U 3)	112.000	50.400		50.400	50.400		11.200	0	0
5	1	1	12.10.10.1/1003.785200	Stuppheide Erschließung B-Plan 20	470.067	110.300					359.767	110.300	-25.600
6	1	3	06.10.10/4464.781800	Zuschüsse Kindertagesstätten	986.500	203.300	626.600	203.300	203.300		0	0	156.600
7	2	2	03.10.10.0/4210.783100	Grundschulen Einrichtungsgegenst.	109.639	16.310					26.529	16.310	66.800
8	2	2	03.10.20.1/4220.783100	GHS - Einrichtungsgegenstände	30.900	4.720					5.000	4.720	21.180
9	2	2	03.10.20.2/4230.783100	RS - Einrichtungsgegenstände	51.270	8.250					9.500	8.250	33.520
10	2	2	03.10.20.3/4240.783100	GYMN.- Einrichtungsgegenstände	90.290	14.990					15.100	14.990	60.200
11	2	2	03.10.30/4250.783100	Verbundschule - Einrichtungen	22.610	3.730					3.800	3.730	15.080
12	2	1	01.70.20.0/4211.785100	KGS Rösrath Umbau/Erw.	240.000	40.000					0	40.000	200.000
13	2	2	03.10.40.1/4200.783102	EDV-Ausstattungen Schulen	174.500	30.000					55.000	30.000	89.500
14	2	1	02.10.30/4130.783101	Feuerwehrfahrzeuge ⁴⁾	1.636.000	280.000	47.000	47.000	47.000		93.000	233.000	1.028.000
15	2	2	03.10.20.3/4240.783101	GYMN.- Fachraumausstattung	85.951	20.000					65.951	20.000	0
16	2	1	12.10.10.1/1020.785200	Buswendemöglichkeit Rambrücken	30.000	30.000		24.000	24.000	0	0	6.000	0
17	2	1	12.10.10.1/1030.785200	l.d.Schlämmen/Saniern. Sülzdam	165.000	15.000				0	0	15.000	150.000
18	2	2	01.70.20.1/0100.782100	Erwerb von Grundstücken	220.000	10.000					170.000	10.000	40.000

Doppischer Budgetplan 2012/2013

Dringlichkeitsliste: Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen der HSK - Kommunen nach § 82 GO NRW für das Haushaltsjahr 2012 ¹⁾

- Kategorie 1:** Auszahlungen für Investitionsmaßnahmen, die im Rahmen der Erfüllung von gesetzlichen Pflichtaufgaben notwendig sind (gesetzliche Verpflichtungen, aus denen sich der Zwang zum Handeln ergibt, z.B.: Verkehrssicherungsmaßnahmen, Schulbau).
- Kategorie 2:** Auszahlungen für dringend notwendige Investitionsmaßnahmen zum Erhalt und zur Sicherung der kommunalen Vermögenssubstanz, wenn der Verzicht oder ein zeitlicher Aufschub eindeutig unwirtschaftlich wäre.
- Kategorie 3:** Weitere Auszahlungen für Investitionsmaßnahmen, für die Fördermittel der EU, des Bundes oder des Landes bewilligt wurden oder sicher ist, dass sie bewilligt werden.

Lfd. Nr.	Priorität	Kategorie	Produkt-gruppe/ Finanzstelle	Investitionsmaßnahmen konkrete Bezeichnung	Investitions- auszahlungen		Förderung Bewilligung und Auszahlung im laufenden HH-Jahr			ggf. Beteiligung durch Dritte (im lfd. Jahr)	Eigenanteil der Gemeinde (GV) ^{2) 3)}		
					insgesamt (xx bis 2016)	Anteil 2012	erteilte ^{x)} Bewilligung	erwartete Bewilligung	(erwartete) Auszahlung		Vorjahre	lfd. Hj.	Folgejahr/e (bis 2016)
0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
-							^{x)} = bis einschließlich 2011						
19	3	1	02.10.30/4130.783100	Feuerwehr Ausrüstungsgegenst.	272.100	40.000					30.000	40.000	202.100
20	3	2	06.10.10/4464.783100	Kindertagesstätten - Einrichtungen	44.235	6.400					11.935	6.400	25.900
21	3	2	01.70.20.0/4460.783100	Spielgeräte	55.000	30.000					5.000	30.000	20.000
22	3	2	08.10.10/4260.78310	Ausstattungen Sporthallen	6.000	1.500					0	1.500	4.500
23	3	1	xx.xx.xx/4000.783200	Geringwertige Wirtschaftsgüter	163.800	28.300					29.300	28.300	106.200
24	4	1	12.10.10.1/2013.785200	Rotdornallee - 1. BA	735.000	42.000				0	42.000	42.000	153.100
25	4	1	12.10.10.1/1034.781500	Jahnstraße Straßenentw.-Anteil	50.000	50.000				0	0	50.000	0
26	4	1	12.10.10.1/1034.785200	Jahnstraße	170.000	20.000				0	0	20.000	-9.800
27	4	1	12.10.10.1/2006.781500	Kreuzburg Straßenentw.-Anteil	100.000	100.000				0	0	100.000	0
28	4	1	12.10.10.1/1502.785200	Vermessungen Straßenausbau	144.500	14.500					130.000	14.500	0
29	4	2	01.50.10/4100.783100	Büroausstattung/Dienstfahrzeuge	114.000	31.000					18.000	31.000	65.000
30	4	2	01.50.10/4100.783102	EDV-techn. Ausstattung	366.200	36.300					188.900	36.300	141.000
31	4	2	01.70.10/4100.783100	Vermögenserwerb Liegenschaften	26.000	21.000					1.000	21.000	4.000
32	4	2	01.70.10/4100.783101	Vermögenserwerb Unterkünfte	6.000	1.000					1.000	1.000	4.000
33	4	2	13.10.10/4100.783100	Vermögenserwerb Grün-/Waldfl.	12.000	2.000					2.000	2.000	8.000
34	4	2	12.10.10.1/1500.782100	Grunderwerb Straßenland	421.178	60.000					121.178	60.000	240.000

Doppischer Budgetplan 2012/2013

Dringlichkeitsliste: Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen der HSK - Kommunen nach § 82 GO NRW für das Haushaltsjahr 2012 ¹⁾

Kategorie 1: Auszahlungen für Investitionsmaßnahmen, die im Rahmen der Erfüllung von gesetzlichen Pflichtaufgaben notwendig sind (gesetzliche Verpflichtungen, aus denen sich der Zwang zum Handeln ergibt, z.B. Verkehrssicherungsmaßnahmen, Schulbau).

Kategorie 2: Auszahlungen für dringend notwendige Investitionsmaßnahmen zum Erhalt und zur Sicherung der kommunalen Vermögenssubstanz, wenn der Verzicht oder ein zeitlicher Aufschub eindeutig unwirtschaftlich wäre.

Kategorie 3: Weitere Auszahlungen für Investitionsmaßnahmen, für die Fördermittel der EU, des Bundes oder des Landes bewilligt wurden oder sicher ist, dass sie bewilligt werden.

Lfd. Nr.	Priorität	Kategorie	Produkt-gruppe/ Finanzstelle	Investitionsmaßnahmen konkrete Bezeichnung	Investitions- auszahlungen		Förderung Bewilligung und Auszahlung im laufenden HH-Jahr			ggf. Beteiligung durch Dritte (im lfd. Jahr)	Eigenanteil der Gemeinde (GV) ^{2) 3)}		
					insgesamt (xx bis 2016)	Anteil 2012	erteilte ^{x)} Bewilligung	erwartete Bewilligung	(erwartete) Auszahlung		Vorjahre	lfd. Hj.	Folgejahr/e (bis 2016)
0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
-							¹⁾ = bis einschließlich 2011						
35	4	2	12.10.10.1/1036.781500	Parkplatz Jahnstraße	250.000	25.000				0	0	25.000	225.000
36	5	1	12.10.10.1/1023.785200	An der Foche	585.000	50.000				0	50.000	50.000	31.400
37	5	1	12.10.10.1/1024.785200	Goethestraße	180.500	15.500				0	15.500	15.500	24.800
38	5	3	13.10.20/5000.785200	Ausgleichsmaßnahmen B-Pläne	38.500	13.500					10.000	13.500	15.000
39	5	2	01.70.30/0100.782100	Grunderwerb zur Entwicklung	380.000	70.000					50.000	70.000	260.000
40	5	2	12.10.10.1/1501.785200	Bodenuntersuchungen	30.000	5.000					5.000	5.000	20.000
41	5	2	12.10.10.1/1505.781100	Kostenbeteilig. Maßnahmen LVR	137.000	97.000					10.000	97.000	30.000
42	5	2	01.70.20.2/4562.785100	Lagerraum Sportanlage Fr.-v.-Stein	15.000	15.000				7.500	0	7.500	0
43	5	1	02.10.30/4140.783100	Sirenenanlagen	168.000	83.000					0	83.000	85.000
44	5	3	12.10.10.1/1028.785200	Rad-Gehweg Bahntrasse Stuppheide	250.000	10.000				0	0	10.000	79.000
45				Verschiedene Erschließungsanlagen	1.275.000	0				596.800	1.275.000	-596.800	0
46	-			Sportpauschale	0	0	0	74.000	74.000		0	-74.000	-74.000
47	-			Anteil Schulpauschale ⁵⁾	0	0	0	400.000	400.000		0	-400.000	-780.000
48	-	alle		Allgem. Investitionspauschale	0	0	0	615.000	615.000		0	-615.000	-1.221.300
Summen:					11.271.740	2.187.400	673.600	1.658.500	1.658.500	604.300	3.042.460	-75.400	1.275.380

1) = Enthalten sind ausschließlich Maßnahmen, für die im Haushaltsjahr 2012 ein Ansatz und/oder eine Verpflichtungsermächtigung ausgewiesen ist

2) = in Spalte 12 sind von den Fördermitteln (Spalten 7-9) nur die Werte der Spalte 9 (erwartete Zahlung) berücksichtigt.

3) = in Spalte 13 sind auch die - in der Übersicht nicht ausgewiesenen - in Folgejahren erwarteten Förderungen (Auszahlungen) und Beteiligungen Dritter (z.B. Erschließungsbeiträge) berücksichtigt.

4) = Unmittelbare Zuordnung der Feuerschutzpauschale mit dem Ansatzwert von 47.000 €.

5) = Schulpauschale insgesamt geplant mit = 830.000 €. Davon sind 400.000 € dem Finanzplan zugeordnet, der übrige Teilbetrag dem Ergebnisplan.

Zur Vermeidung der differenzierten Zuordnung zu den Maßnahmen im Bereich Schulen, hier in einer Summe ausgewiesen.

xx = bei Baumaßnahmen = vom Maßnahme-Beginn bis 2016; bei sonstigen Vermögensgegenständen = nur 'Planungszeitraum', also 2011 (Erm. + Ansatz) bis 2016.

Doppischer Budgetplan 2012/2013

Dringlichkeitsliste: Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen der HSK - Kommunen nach § 82 GO NRW für das Haushaltsjahr 2013 ¹⁾

Kategorie 1: Auszahlungen für Investitionsmaßnahmen, die im Rahmen der Erfüllung von gesetzlichen Pflichtaufgaben notwendig sind (gesetzliche Verpflichtungen, aus denen sich der Zwang zum Handeln ergibt, z.B.: Verkehrssicherungsmaßnahmen, Schulbau).

Kategorie 2: Auszahlungen für dringend notwendige Investitionsmaßnahmen zum Erhalt und zur Sicherung der kommunalen Vermögenssubstanz, wenn der Verzicht oder ein zeitlicher Aufschub eindeutig unwirtschaftlich wäre.

Kategorie 3: Weitere Auszahlungen für Investitionsmaßnahmen, für die Fördermittel der EU, des Bundes oder des Landes bewilligt wurden oder sicher ist, dass sie bewilligt werden.

Lfd. Nr.	Priorität	Kategorie	Produkt-gruppe/ Finanzstelle	Investitionsmaßnahmen konkrete Bezeichnung	Investitions- auszahlungen		Förderung Bewilligung und Auszahlung im laufenden HH-Jahr			ggf. Beteiligung durch Dritte (im lfd. Jahr)	Eigenanteil der Gemeinde (GV) 2) 3)		
					insgesamt (xx bis 2016)	Anteil 2013	erteilte ^{x)} Bewilligung	erwartete Bewilligung	(erwartete) Auszahlung		Vorjahre	lfd. Hj.	Folgejahr/e (bis 2016)
0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
-							^{x)} = bis einschließlich 2012 - für 2012 sind die Ansatzwerte berücksichtigt						
1	1	3	06.10.10/4464.783101	Einrichtungen KiTas (U 3)	100.800	50.400	50.400	50.400	50.400		0	0	0
2	1	3	06.10.10/4464.781800	Zuschüsse Kindertagesstätten	359.900	156.600	203.300	156.600	156.600		0	0	0
3	1	2	01.70.20.0/4132.785100	Feuerwehrgebäude Forsbach	1.227.100	234.000					25.000	234.000	968.100
4	1	1	12.10.10.1/3001.785200	H'thaler Str. (2.BA) - Straßenbau	562.800	137.800				306.900	425.000	-169.100	-99.700
5	2	2	03.10.10.0/4210.783100	Grundschulen Einrichtungsgenst.	83.110	16.700					16.310	16.700	50.100
6	2	2	03.10.20.1/4220.783100	GHS - Einrichtungsgegenstände	25.900	6.200					4.720	6.200	14.980
7	2	2	03.10.20.2/4230.783100	RS - Einrichtungsgegenstände	41.770	8.300					8.250	8.300	25.220
8	2	2	03.10.20.3/4240.783100	GYMN.- Einrichtungsgegenstände	75.190	14.500					14.990	14.500	45.700
9	2	2	03.10.30/4250.783100	Verbundschule - Einrichtungen	18.810	3.700					3.730	3.700	11.380
10	2	2	03.10.40.1/4200.783102	EDV-Ausstattungen Schulen	119.500	20.000					30.000	20.000	69.500
11	2	1	12.10.10.1/2013.785200	Rotdornallee - 1. BA	735.000	108.000				284.500	84.000	-176.500	329.600
12	2	1	02.10.30/4130.783101	Feuerwehrfahrzeuge ⁴⁾	1.496.000	175.000	47.000	47.000	47.000		233.000	128.000	900.000
13	2	2	01.70.20.1/0100.782100	Erwerb von Grundstücken	50.000	10.000					10.000	10.000	30.000
14	2	1	12.10.10.1/1030.785200	l.d.Schlämmen/Saniern. Sülzdam	165.000	150.000					15.000	150.000	0

Doppischer Budgetplan 2012/2013

Dringlichkeitsliste: Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen der HSK - Kommunen nach § 82 GO NRW für das Haushaltsjahr 2013 ¹⁾

Kategorie 1: Auszahlungen für Investitionsmaßnahmen, die im Rahmen der Erfüllung von gesetzlichen Pflichtaufgaben notwendig sind (gesetzliche Verpflichtungen, aus denen sich der Zwang zum Handeln ergibt, z.B.: Verkehrssicherungsmaßnahmen, Schulbau).

Kategorie 2: Auszahlungen für dringend notwendige Investitionsmaßnahmen zum Erhalt und zur Sicherung der kommunalen Vermögenssubstanz, wenn der Verzicht oder ein zeitlicher Aufschub eindeutig unwirtschaftliche wäre.

Kategorie 3: Weitere Auszahlungen für Investitionsmaßnahmen, für die Fördermittel der EU, des Bundes oder des Landes bewilligt wurden oder sicher ist, dass sie bewilligt werden.

Lfd. Nr.	Priorität	Kategorie	Produkt-gruppe/ Finanzstelle	Investitionsmaßnahmen konkrete Bezeichnung	Investitions- auszahlungen		Förderung Bewilligung und Auszahlung im laufenden HH-Jahr			ggf. Beteiligung durch Dritte (im lfd. Jahr)	Eigenanteil der Gemeinde (GV) 2) 3)		
					insgesamt (xx bis 2016)	Anteil 2013	erteilte ^{x)} Bewilligung	erwartete Bewilligung	(erwartete) Auszahlung		Vorjahre	lfd. Hj.	Folgejahr/e (bis 2016)
0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
-							^{x)} = bis einschließlich 2012 - für 2012 sind die Ansatzwerte berücksichtigt						
15	2	2	12.10.10.1/1036.785200	Parkplatz Jahnstraße	250.000	225.000					25.000	225.000	0
16	3	1	02.10.30/4130.783100	Feuerwehr Ausrüstungsgegenst.	242.100	92.100					40.000	92.100	110.000
17	3	2	06.10.10/4464.783100	Kindertagesstätten - Einrichtungen	32.300	6.400					6.400	6.400	19.500
18	3	2	01.70.20.0/4460.783100	Spielgeräte	50.000	5.000					30.000	5.000	15.000
19	3	2	08.10.10/4260.78310	Ausstattungen Sporthallen	6.000	1.000					1.500	1.000	3.500
20	3	1	xx.xx.xx/4000.783200	Geringwertige Wirtschaftsgüter	134.500	26.800					28.300	26.800	79.400
21	3	2	01.70.20.2/4240.785101	BHKW - Versorgung Sporth. Gymn.	76.500	76.500					0	76.500	0
22	4	2	01.50.10/4100.783100	Büroausstattung/Dienstfahrzeuge	96.000	25.000					31.000	25.000	40.000
23	4	2	01.70.10/4100.783100	Vermögenserwerb Liegenschaften	25.000	1.000					21.000	1.000	3.000
24	4	2	01.70.10/4100.783101	Vermögenserwerb Unterkünfte	5.000	1.000					1.000	1.000	3.000
25	4	2	13.10.10/4100.783100	Vermögenserwerb Grün-/Waldfl.	10.000	2.000					2.000	2.000	6.000
26	4	2	01.50.10/4100.783102	EDV-techn. Ausstattung	177.300	31.000					36.300	31.000	110.000
27	4	2	12.10.10.1/1500.782100	Grunderwerb Straßenland	300.000	60.000					60.000	60.000	180.000
28	4	1	12.10.10.1/1023.785200	An der Foche	585.000	143.000					100.000	143.000	-111.600
29	4	1	12.10.10.1/1024.785200	Goethestraße	180.500	149.500				0	31.000	149.500	-124.700
30	4	1	12.10.10.1/2020.781500	Hover Weg Straßenentw.-Anteil	116.000	116.000					0	116.000	0
31	4	1	12.10.10.1/1034.785200	Jahnstraße	170.000	150.000				127.900	20.000	22.100	-31.900

Doppischer Budgetplan 2012/2013

Dringlichkeitsliste: Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen der HSK - Kommunen nach § 82 GO NRW für das Haushaltsjahr 2013 ¹⁾

- Kategorie 1:** Auszahlungen für Investitionsmaßnahmen, die im Rahmen der Erfüllung von gesetzlichen Pflichtaufgaben notwendig sind (gesetzliche Verpflichtungen, aus denen sich der Zwang zum Handeln ergibt, z.B.: Verkehrssicherungsmaßnahmen, Schulbau).
- Kategorie 2:** Auszahlungen für dringend notwendige Investitionsmaßnahmen zum Erhalt und zur Sicherung der kommunalen Vermögenssubstanz, wenn der Verzicht oder ein zeitlicher Aufschub eindeutig unwirtschaftlich wäre.
- Kategorie 3:** Weitere Auszahlungen für Investitionsmaßnahmen, für die Fördermittel der EU, des Bundes oder des Landes bewilligt wurden oder sicher ist, dass sie bewilligt werden.

Lfd. Nr.	Priorität	Kategorie	Produkt-gruppe/ Finanzstelle	Investitionsmaßnahmen konkrete Bezeichnung	Investitions- auszahlungen		Förderung Bewilligung und Auszahlung im laufenden HH-Jahr			ggf. Beteiligung durch Dritte (im lfd. Jahr)	Eigenanteil der Gemeinde (GV) 2) 3)		
					insgesamt (xx bis 2016)	Anteil 2013	erteilte ^{x)} Bewilligung	erwartete Bewilligung	(erwartete) Auszahlung		Vorjahre	lfd. Hj.	Folgejahr/e (bis 2016)
0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
-							^{x)} = bis einschließlich 2012 - für 2012 sind die Ansatzwerte berücksichtigt						
32	4	3	12.10.10.1/1028.785200	Rad-Gehweg Bahntrasse Stuppheide	250.000	240.000		161.000	161.000		10.000	79.000	0
33	5	2	01.70.30/0100.782100	Grunderwerb zur Entwicklung	330.000	70.000					70.000	70.000	190.000
34	5	2	12.10.10.1/1501.785200	Bodenuntersuchungen	25.000	5.000					5.000	5.000	15.000
35	5	2	12.10.10.1/1505.781100	Kostenbeteilig. Maßnahmen LVR	137.000	5.000					107.000	5.000	25.000
36	5	3	13.10.20/5000.785200	Ausgleichsmaßnahmen B-Pläne	28.500	5.000					13.500	5.000	10.000
37	5	1	12.10.10.1/2023.781500	Bergstraße Straßenentw.-Anteil	100.000	100.000					0	100.000	0
38				Verschiedene Erschließungsanlagen						18.500	0	-18.500	0
39	-			Sportpauschale			0	74.000	74.000		0	-74.000	-222.000
40	-			Anteil Schulpauschale ⁵⁾			0	400.000	400.000		0	-400.000	-1.200.000
41	-	alle		Allgem. Investitionspauschale			0	620.000	620.000		0	-620.000	-325.400
Summen:					8.387.580	2.627.500	300.700	1.509.000	1.509.000	737.800	1.509.000	380.700	1.138.680

1) = Enthalten sind ausschließlich Maßnahmen, für die im Haushaltsjahr 2013 ein Ansatz und/oder eine Verpflichtungsermächtigung ausgewiesen ist

2) = in Spalte 12 sind von den Fördermitteln (Spalten 7-9) nur die Werte der Spalte 9 (erwartete Zahlung) berücksichtigt

3) = in Spalte 13 sind auch die - in der Übersicht nicht ausgewiesenen - in Folgejahren erwarteten Förderungen (Auszahlungen) und Beteiligungen Dritter (z.B. Erschließungsbeiträge) berücksichtigt

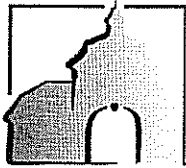
4) = Unmittelbare Zuordnung der Feuerschutzpauschale mit dem Ansatzwert von 47.000 €.

5) = Schulpauschale insgesamt geplant mit = 630.000 €. Davon sind 400.000 € dem Finanzplan zugeordnet, der übrige Teilbetrag dem Ergebnisplan.

Zur Vermeidung der differenzierten Zuordnung zu den Maßnahmen im Bereich Schulen, hier in einer Summe ausgewiesen.

xx = bei Baumaßnahmen = vom Maßnahme-Beginn bis 2016; bei sonstigen Vermögensgegenständen = nur 'Planungszeitraum', also 2012 (Erm. + Ansatz) bis 2016.

Da der mögliche Vortrag von Ermächtigungen für das Haushaltsjahr 2012 heute noch nicht berücksichtigt werden kann, sind hier für dieses Jahr die reinen Planansätze einbezogen.



Stadt Rösrath

Gesamtplandaten

ERGEBNISPLAN

	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013
<u>Laufende Verwaltungstätigkeit</u>				
Erträge	36.662.113,39	35.591.550	39.933.800	39.184.420
Aufwendungen	40.170.725,66	43.516.500	45.619.710	45.735.610
Ergebnis	-3.508.612,27	-7.924.950	-5.685.910	-6.551.190
<u>Finanzierungstätigkeit</u>				
Finanzerträge	61.631,03	3.000	1.900	1.800
Finanzaufwendungen	1.127.142,66	1.877.800	1.878.900	1.966.100
Finanzergebnis	-1.065.511,63	-1.874.800	-1.877.000	-1.964.300
Ordentliches Ergebnis	-4.574.123,90	-9.799.750	-7.562.910	-8.515.490
<u>Außerordentliche Betriebsvorgänge</u>				
Erträge	-	0	0	0
Aufwendungen	-	0	0	0
Außerord. Ergebnis	-	0	0	0
Jahresergebnis	-4.574.123,90	-9.799.750	-7.562.910	-8.515.490

FINANZPLAN

	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013
<u>Laufende Verwaltungstätigkeit</u>				
Einzahlungen	49.912.845,27	34.750.850	38.396.300	37.646.820
Auszahlungen	54.104.495,45	41.592.600	44.791.300	44.106.470
Ergebnis	-4.191.650,18	-6.841.750	-6.395.000	-6.459.650
<u>Investitionstätigkeit</u>				
Einzahlungen	4.056.287,88	2.929.900	2.433.200	2.620.000
Auszahlungen	5.259.927,91	3.891.200	2.187.400	2.627.500
Saldo	-1.203.640,03	-961.300	245.800	-7.500
Finanzmittelergebnis	-5.395.290,21	-7.803.050	-6.149.200	-6.467.150
<u>Finanzierungstätigkeit</u>				
Darlehensaufnahme	70.491.217,42	1.300	1.300	1.300
Darlehensstilgung	65.442.864,81	735.000	775.000	790.000
Saldo	5.048.352,61	-733.700	-773.700	-788.700
Jahresergebnis	-346.938	-8.536.750	-6.922.900	-7.255.850

Doppischer Produktplan 2012

Gesamthaushalt

<u>Ergebnisplan</u>	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
Ertrags- und Aufwandsarten							
1 Steuern und ähnliche Abgaben	21.573.720,43	21.144.200	24.962.100	26.678.600	27.624.300	30.014.900	30.747.500
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	9.041.746,17	8.652.420	9.250.450	6.838.150	7.347.350	7.135.450	8.688.700
3 + Sonstige Transfererträge	398.550,21	222.500	270.000	262.060	267.310	272.680	278.150
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.577.387,44	2.422.070	2.566.720	2.574.650	2.590.690	2.601.770	2.688.180
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	270.306,81	413.750	400.250	400.250	400.250	400.250	400.000
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	934.741,47	623.720	611.960	546.470	558.040	531.170	531.560
7 + Sonstige ordentliche Erträge	1.865.660,86	2.112.890	1.872.320	1.884.240	1.890.710	1.895.320	1.900.340
10 = Ordentliche Erträge	36.662.113,39	35.591.550	39.933.800	39.184.420	40.678.650	42.851.540	45.234.430
11 - Personalaufwendungen	7.094.842,38	7.897.820	8.075.950	8.104.250	8.129.750	8.089.560	8.186.820
12 - Versorgungsaufwendungen	0,00	0	502.400	507.210	510.150	518.370	508.460
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	7.061.798,13	6.103.950	6.595.820	6.538.580	6.342.220	6.611.760	6.426.920
14 - Bilanzielle Abschreibungen	0,00	4.044.000	3.773.520	3.700.560	3.687.350	3.534.440	3.498.860
15 - Transferaufwendungen	24.152.407,91	23.234.120	24.255.950	24.570.050	25.223.310	25.746.130	26.422.300
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.861.677,24	2.236.610	2.416.070	2.314.960	2.294.470	2.336.850	2.269.370
17 = Ordentliche Aufwendungen	40.170.725,66	43.516.500	45.619.710	45.735.610	46.187.250	46.837.110	47.312.730
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-3.508.612,27	-7.924.950	-5.685.910	-6.551.190	-5.508.600	-3.985.570	-2.078.300
19 + Finanzerträge	61.631,03	3.000	1.900	1.800	1.700	1.600	1.500
20 - Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	1.127.142,66	1.877.800	1.878.900	1.966.100	2.136.800	2.335.400	2.491.400
21 = Finanzergebnis	-1.065.511,63	-1.874.800	-1.877.000	-1.964.300	-2.135.100	-2.333.800	-2.489.900
22 = Ordentliches Ergebnis	-4.574.123,90	-9.799.750	-7.562.910	-8.515.490	-7.643.700	-6.319.370	-4.568.200
25 = Außerordentliches Ergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Jahresergebnis	-4.574.123,90	-9.799.750	-7.562.910	-8.515.490	-7.643.700	-6.319.370	-4.568.200

Doppischer Produktplan 2012

Gesamthaushalt

<u>Finanzplan</u>	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
Ein- und Auszahlungsarten							
1 Steuern und ähnliche Abgaben	21.936.556,59	21.144.200	24.962.100	26.678.600	27.624.300	30.014.900	30.747.500
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	9.517.581,36	8.199.920	8.155.050	5.742.750	6.251.950	6.040.050	7.593.300
3 + Sonstige Transfereinzahlungen	12.543.845,48	222.500	270.000	262.060	267.310	272.680	278.150
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.621.885,23	2.249.570	2.123.220	2.131.150	2.147.190	2.158.270	2.244.680
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	275.715,63	413.750	400.250	400.250	400.250	400.250	400.000
6 + Kostenerstattungen, Kostenumlagen	1.092.984,71	623.720	611.960	546.470	558.040	531.170	531.560
7 + Sonstige Einzahlungen	1.884.905,59	1.894.190	1.871.820	1.883.740	1.890.210	1.894.820	1.899.840
8 + Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	39.370,68	3.000	1.900	1.800	1.700	1.600	1.500
9 = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	49.912.845,27	34.750.850	38.396.300	37.646.820	39.140.950	41.313.740	43.696.530
10 - Personalauszahlungen	7.096.488,39	7.423.520	7.572.350	7.572.350	7.647.050	7.722.560	7.798.720
11 - Versorgungsauszahlungen	745.118,94	681.600	1.098.910	1.109.430	1.118.100	1.132.120	1.128.070
12 - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	6.826.297,43	6.103.950	7.534.120	6.538.580	6.342.090	6.611.050	6.424.360
13 - Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	1.364.661,22	1.877.800	1.878.900	1.966.100	2.136.800	2.335.400	2.491.400
14 - Transferauszahlungen	36.211.162,29	23.269.120	24.290.950	24.605.050	25.258.310	25.781.130	26.457.300
15 - Sonstige Auszahlungen	1.860.767,18	2.236.610	2.416.070	2.314.960	2.294.470	2.336.850	2.269.370
16 = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	54.104.495,45	41.592.600	44.791.300	44.106.470	44.796.820	45.919.110	46.569.220
17 Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-4.191.650,18	-6.841.750	-6.395.000	-6.459.650	-5.655.870	-4.605.370	-2.872.690
18 + Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	3.448.298,47	2.189.000	1.763.300	1.509.000	1.146.000	1.151.000	1.156.000
19 + Veräußerung von Sachanlagen	234.136,52	7.000	7.000	300.000	100.000	3.000	3.000
21 + Beiträge u.ä. Entgelte	367.301,80	728.000	658.800	807.800	654.400	443.200	185.400
22 + Sonstige Investitionseinzahlungen	6.551,09	5.900	4.100	3.200	3.000	2.400	2.200
23 = Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	4.056.287,88	2.929.900	2.433.200	2.620.000	1.903.400	1.599.600	1.346.600
24 - Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	34.598,37	270.000	140.000	140.000	140.000	140.000	120.000
25 - Baumaßnahmen	4.319.306,32	1.892.300	888.200	1.623.800	1.456.000	968.100	568.320
26 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	391.352,11	644.000	708.900	486.100	780.400	584.500	371.280
28 - Aktivierbare Zuwendungen	514.671,11	1.084.900	450.300	377.600	5.000	10.000	210.000
30 = Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	5.259.927,91	3.891.200	2.187.400	2.627.500	2.381.400	1.702.600	1.269.600
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	-1.203.640,03	-961.300	245.800	-7.500	-478.000	-103.000	77.000
32 = Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag	-5.395.290,21	-7.803.050	-6.149.200	-6.467.150	-6.133.870	-4.708.370	-2.795.690
33 + Aufnahme u. Rückflüsse von Darlehen	70.491.217,42	1.300	1.300	1.300	548.400	176.400	1.500
34 - Tilgung u. Gewährung von Darlehen	65.442.864,81	735.000	775.000	790.000	830.000	822.000	550.000
35 = Saldo aus Finanzierungstätigkeit	5.048.352,61	-733.700	-773.700	-788.700	-281.600	-645.600	-548.500

Doppischer Produktplan 2012

Gesamthaushalt

<u>Finanzplan</u>	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
Ein- und Auszahlungsarten							
36 = Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln	-346.937,60	-8.536.750	-6.922.900	-7.255.850	-6.415.470	-5.353.970	-3.344.190
37 + Anfangsbestand an Finanzmitteln	0,00	1.482.260	-7.054.490	-16.289.478	-23.514.054	-32.510.729	-42.605.278
38 = Liquide Mittel	-346.937,60	-7.054.490	-13.977.390	-23.545.328	-29.929.524	-37.864.699	-45.949.468

Gliederung des örtlichen Haushaltsplans Gliederungsvarianten

1. Gliederung nach Produktbereichen

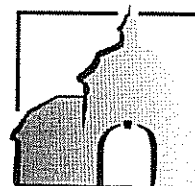
Der kommunale Haushaltsplan ist in produktorientierte Teilpläne nach folgenden verbindlichen Produktbereichen und in der ausgewiesenen Reiheneinanderfolge zu gliedern:

Produktbereiche					
01	Innere Verwaltung	07	Gesundheitsdienste	13	Natur- und Landschaftspflege
02	Sicherheit und Ordnung	08	Sportförderung	14	Umweltschutz
03	Schulträgeraufgaben	09	Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen	15	Wirtschaft und Tourismus
04	Kultur und Wissenschaft	10	Bauen und Wohnen	16	Allgemeine Finanzwirtschaft
05	Soziale Leistungen	11	Ver- und Entsorgung	17	Stiftungen
06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	12	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV		

Innerhalb der Grenzen dieser Produktbereiche können Teilpläne auch nach Produktgruppen oder nach Produkten aufgestellt werden. Es bleibt dabei jeder Gemeinde überlassen, ob sie im Haushaltsplan lediglich eine weitere Gliederungsebene darstellen (Produktgruppen) oder tiefer untergliedern (Produkte) will. Teilpläne unterhalb der Produktbereichsebene können auch nach örtlichen Verantwortungsbereichen aufgestellt werden. Auch diese Teilpläne können in Produktgruppen oder Produkte untergliedert werden.

Die Aufzählung der Produktbereiche folgt der Abstimmung der Länder, erleichtert die Sortierung der Produktbereiche sowie die Zuordnung der Produktgruppen und Produkte zu den Produktbereichen.

Nach § 4 Abs. 2 GemHVO sind für diese verbindlichen Produktbereiche jeweils Teilergebnispläne und Teilfinanzpläne zu erstellen und den nach Produktbereichen, Produkten oder Budgetbereichen (siehe Stadt Rösrath) aufgestellten Teilplänen voranzustellen.



PRODUKTBEREICHE

Doppischer Produktplan 2012

Produktbereich	01	Innere Verwaltung					
Teilergebnisplan							
Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	792.952,44	328.000	944.900	944.900	944.900	944.900	944.900
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	393,60	200	200	200	210	220	230
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	216.221,53	274.500	263.500	263.500	263.500	263.500	263.500
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	197.651,70	188.380	162.340	90.350	91.090	91.860	92.630
7 + Sonstige ordentliche Erträge	216.696,33	403.210	188.500	193.310	197.130	201.030	205.010
10 = Ordentliche Erträge	1.423.915,60	1.194.290	1.559.440	1.492.260	1.496.830	1.501.510	1.506.270
11 - Personalaufwendungen	2.859.822,34	3.391.410	3.544.190	3.572.490	3.553.490	3.468.300	3.520.170
12 - Versorgungsaufwendungen	0,00	0	502.400	507.210	510.150	518.370	508.460
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.205.384,42	3.163.050	3.509.540	3.483.590	3.254.850	3.505.030	3.292.110
14 - Bilanzielle Abschreibungen	0,00	1.564.630	1.545.900	1.542.300	1.535.260	1.487.200	1.480.600
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.156.346,05	1.451.270	1.493.220	1.414.520	1.375.440	1.446.640	1.377.860
17 = Ordentliche Aufwendungen	8.221.552,81	9.570.360	10.595.250	10.520.110	10.229.190	10.425.540	10.179.200
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-6.797.637,21	-8.376.070	-9.035.810	-9.027.850	-8.732.360	-8.924.030	-8.672.930
19 + Finanzerträge	3.323,47	3.000	1.900	1.800	1.700	1.600	1.500
20 - Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6.046,44	6.300	0	0	0	0	0
21 = Finanzergebnis	-2.722,97	-3.300	1.900	1.800	1.700	1.600	1.500
22 = Ordentliches Ergebnis	-6.800.360,18	-8.379.370	-9.033.910	-9.026.050	-8.730.660	-8.922.430	-8.671.430
25 = Außerordentliches Ergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -	-6.800.360,18	-8.379.370	-9.033.910	-9.026.050	-8.730.660	-8.922.430	-8.671.430
27 + Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	6.836.595	7.222.810	7.311.840	7.103.500	7.294.160	6.875.470
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	1.286.790	1.231.200	1.245.610	1.220.550	1.248.530	1.195.660
29 = Ergebnis	-6.800.360,18	-2.829.565	-3.042.300	-2.959.820	-2.847.710	-2.876.800	-2.991.620

Doppischer Produktplan 2012

Produktbereich	01	Innere Verwaltung							
<u>Teilfinanzplan - Zahlungsübersicht</u>									
Ein- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Verpfl. - Ermächtigung	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016	
Investitionstätigkeit									
Einzahlungen									
18 + Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	2.263.820,18	122.400	349.600	0	0	0	0	0	
19 + Veräußerung von Sachanlagen	152.840,52	0	0	300.000	0	100.000	0	0	
22 + Sonstige Investitionseinzahlungen	6.551,09	5.900	4.100	3.200	0	3.000	2.400	2.200	
23 = Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	2.423.211,79	128.300	353.700	303.200	0	103.000	2.400	2.200	
Auszahlungen									
24 - Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	220.000	80.000	80.000	0	80.000	80.000	60.000	
25 - Baumaßnahmen	3.216.305,27	941.500	312.400	310.500	1.202.100	855.000	513.100	400.000	
26 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	60.733,46	221.000	128.800	71.500	0	61.500	71.500	66.000	
30 = Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	3.277.038,73	1.382.500	521.200	462.000	1.202.100	996.500	664.600	526.000	
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	-853.826,94	-1.254.200	-167.500	-158.800	-1.202.100	-893.500	-662.200	-523.800	

Doppischer Produktplan 2012

Produktbereich	02	Sicherheit und Ordnung					
<u>Teilergebnisplan</u>							
Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	28.000	23.600	23.600	23.600	23.600	23.600
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	286.211,23	224.740	290.640	292.880	298.570	301.580	304.630
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	3.948,03	14.100	13.100	13.100	13.100	13.100	13.100
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	27.892,13	7.370	22.680	26.740	35.810	6.880	6.950
7 + Sonstige ordentliche Erträge	72.583,84	68.380	69.820	71.930	73.380	74.880	76.410
10 = Ordentliche Erträge	390.635,23	342.590	419.840	428.250	444.460	420.040	424.690
11 - Personalaufwendungen	593.611,70	621.590	645.490	645.490	651.790	658.160	664.580
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	138.084,90	145.680	155.650	150.220	156.270	147.190	147.960
14 - Bilanzielle Abschreibungen	0,00	150.600	169.700	111.900	111.900	111.600	95.900
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	292.350,92	292.690	409.990	397.480	413.370	381.650	379.950
17 = Ordentliche Aufwendungen	1.024.047,52	1.210.560	1.380.830	1.305.090	1.333.330	1.298.600	1.288.390
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-633.412,29	-867.970	-960.990	-876.840	-888.870	-878.560	-863.700
21 = Finanzergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
22 = Ordentliches Ergebnis	-633.412,29	-867.970	-960.990	-876.840	-888.870	-878.560	-863.700
25 = Außerordentliches Ergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -	-633.412,29	-867.970	-960.990	-876.840	-888.870	-878.560	-863.700
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	266.695	299.060	302.530	298.720	304.610	295.630
29 = Ergebnis	-633.412,29	-1.134.665	-1.260.050	-1.179.370	-1.187.590	-1.183.170	-1.159.330

Doppischer Produktplan 2012

Produktbereich	02	Sicherheit und Ordnung							
<u>Teilfinanzplan - Zahlungsübersicht</u>		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Verpfl.- Ermächtigung	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
Ein- und Auszahlungsarten									
Investitionstätigkeit									
Einzahlungen									
18 + Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen		47.159,93	47.000	47.000	47.000	0	47.000	47.000	47.000
19 + Veräußerung von Sachanlagen		11.325,00	7.000	7.000	0	0	0	3.000	3.000
23 = Einzahlungen aus Investitionstätigkeit		58.484,93	54.000	54.000	47.000	0	47.000	50.000	50.000
Auszahlungen									
26 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen		229.611,00	260.000	410.000	274.100	0	629.300	414.200	216.000
28 - Aktivierbare Zuwendungen		0,00	0	0	0	0	0	0	200.000
30 = Auszahlungen aus Investitionstätigkeit		229.611,00	260.000	410.000	274.100	0	629.300	414.200	416.000
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit		-171.126,07	-206.000	-356.000	-227.100	0	-582.300	-364.200	-366.000

Doppischer Produktplan 2012

Produktbereich	03	Schulträgeraufgaben					
Teilergebnisplan							
Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	320.301,30	368.820	423.630	423.630	423.630	423.630	424.300
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	244.255,00	274.000	335.000	335.000	338.350	341.750	345.180
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	3.277,70	0	0	0	0	0	0
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	147.260,06	98.200	110.700	110.700	110.700	110.700	100.000
10 = Ordentliche Erträge	715.094,06	741.020	869.330	869.330	872.680	876.080	869.480
11 - Personalaufwendungen	462.819,24	465.660	422.300	422.300	426.360	430.450	434.580
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	318.728,93	391.130	385.980	408.080	413.440	418.810	419.660
14 - Bilanzielle Abschreibungen	0,00	155.970	208.520	201.960	198.990	99.740	89.760
15 - Transferaufwendungen	1.369.211,11	1.434.200	1.497.400	1.504.750	1.515.290	1.525.910	1.536.640
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	328.356,21	343.280	359.230	363.380	365.780	368.230	370.710
17 = Ordentliche Aufwendungen	2.479.115,49	2.790.240	2.873.430	2.900.470	2.919.860	2.843.140	2.851.350
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-1.764.021,43	-2.049.220	-2.004.100	-2.031.140	-2.047.180	-1.967.060	-1.981.870
21 = Finanzergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
22 = Ordentliches Ergebnis	-1.764.021,43	-2.049.220	-2.004.100	-2.031.140	-2.047.180	-1.967.060	-1.981.870
25 = Außerordentliches Ergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -	-1.764.021,43	-2.049.220	-2.004.100	-2.031.140	-2.047.180	-1.967.060	-1.981.870
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	4.028.000	3.979.160	4.030.230	3.886.720	4.004.020	3.722.920
29 = Ergebnis	-1.764.021,43	-6.077.220	-5.983.260	-6.061.370	-5.933.900	-5.971.080	-5.704.790

Doppischer Produktplan 2012

Produktbereich	03	Schulträgeraufgaben							
<u>Teilfinanzplan - Zahlungsübersicht</u>		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Verpfl. - Ermächtigung	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
Ein- und Auszahlungsarten									
Investitionstätigkeit									
Einzahlungen									
23 = Einzahlungen aus Investitionstätigkeit		0,00	0	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen									
26 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen		91.348,20	94.100	104.000	75.400	0	75.000	84.700	75.180
30 = Auszahlungen aus Investitionstätigkeit		91.348,20	94.100	104.000	75.400	0	75.000	84.700	75.180
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit		-91.348,20	-94.100	-104.000	-75.400	0	-75.000	-84.700	-75.180

Doppischer Produktplan 2012

Produktbereich	04	Kultur- u. Wissenschaft						
Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz	Ansatz	Planungsjahr	Planungsjahr	Planungsjahr
Ertrags- und Aufwandsarten				Haushaltsjahr	Haushaltsjahr	2014	2015	2016
				2012	2013			
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen		9.532,63	0	0	0	0	0	0
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte		12.878,11	14.110	15.200	15.200	15.200	15.200	15.000
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte		0,00	97.500	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
10 = Ordentliche Erträge		22.410,74	111.610	115.200	115.200	115.200	115.200	115.000
11 - Personalaufwendungen		148.505,52	290.500	318.420	318.420	321.520	324.670	327.850
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		24.733,00	35.340	62.340	62.490	65.520	72.450	72.480
15 - Transferaufwendungen		297.283,43	127.300	99.900	99.900	120.890	141.890	142.900
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen		7.714,70	6.360	6.360	6.390	6.370	6.370	6.370
17 = Ordentliche Aufwendungen		478.236,65	459.500	487.020	487.200	514.300	545.380	549.600
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		-455.825,91	-347.890	-371.820	-372.000	-399.100	-430.180	-434.600
21 = Finanzergebnis		0,00	0	0	0	0	0	0
22 = Ordentliches Ergebnis		-455.825,91	-347.890	-371.820	-372.000	-399.100	-430.180	-434.600
25 = Außerordentliches Ergebnis		0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -		-455.825,91	-347.890	-371.820	-372.000	-399.100	-430.180	-434.600
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen		0,00	61.580	79.730	80.680	78.230	80.180	75.530
29 = Ergebnis		-455.825,91	-409.470	-451.550	-452.680	-477.330	-510.360	-510.130

Doppischer Produktplan 2012

Produktbereich		Kultur- u. Wissenschaft							
04									
Teilfinanzplan - Zahlungsübersicht		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz	Ansatz	Verpfl.-	Planungsjahr	Planungsjahr	Planungsjahr
Ein- und Auszahlungsarten				Haushaltsjahr	Haushaltsjahr	Ermächtigung	2014	2015	2016
				2012	2013				
Investitionstätigkeit									
Einzahlungen									
23 = Einzahlungen aus Investitionstätigkeit		0,00	0	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen									
26 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen		333,20	2.000	2.000	2.000	0	1.300	1.300	1.300
30 = Auszahlungen aus Investitionstätigkeit		333,20	2.000	2.000	2.000	0	1.300	1.300	1.300
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit		-333,20	-2.000	-2.000	-2.000	0	-1.300	-1.300	-1.300

Doppischer Produktplan 2012

Produktbereich	05	Soziale Leistungen						
<u>Teilergebnisplan</u>		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz	Ansatz	Planungsjahr	Planungsjahr	Planungsjahr
Ertrags- und Aufwandsarten				Haushaltsjahr	Haushaltsjahr	2014	2015	2016
				2012	2013			
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen		46.362,00	40.000	40.000	30.000	25.000	25.000	25.000
3 + Sonstige Transfererträge		149.703,02	39.000	30.500	30.000	30.600	31.220	31.850
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte		129.560,60	111.020	125.120	125.180	126.460	127.740	129.030
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen		385.148,46	199.000	185.660	188.030	189.560	191.110	194.870
7 + Sonstige ordentliche Erträge		943,15	0	0	0	0	0	0
10 = Ordentliche Erträge		711.717,23	389.020	381.280	373.210	371.620	375.070	380.750
11 - Personalaufwendungen		501.892,75	411.460	426.070	426.070	430.220	434.410	438.640
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		33.892,95	35.750	33.750	34.130	34.240	34.350	34.460
15 - Transferaufwendungen		514.448,83	526.500	596.500	591.500	594.700	598.670	602.720
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen		8.451,36	14.400	14.400	14.430	14.460	14.510	14.560
17 = Ordentliche Aufwendungen		1.058.685,89	988.110	1.070.720	1.066.130	1.073.620	1.081.940	1.090.380
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		-346.968,66	-599.090	-689.440	-692.920	-702.000	-706.870	-709.630
21 = Finanzergebnis		0,00	0	0	0	0	0	0
22 = Ordentliches Ergebnis		-346.968,66	-599.090	-689.440	-692.920	-702.000	-706.870	-709.630
25 = Außerordentliches Ergebnis		0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -		-346.968,66	-599.090	-689.440	-692.920	-702.000	-706.870	-709.630
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen		0,00	272.730	370.600	374.890	366.600	375.420	358.050
29 = Ergebnis		-346.968,66	-871.820	-1.060.040	-1.067.810	-1.068.600	-1.082.290	-1.067.680

Doppischer Budgetplan 2012 / 2013

Produktbereich		05	Soziale Leistungen					
Teilfinanzplan - Zahlungsübersicht		Ergebnis 2008	Ansatz 2009	Ansatz Haushaltsjahr 2011	Verpfl.- Ermächtigung	Planungsjahr 2012	Planungsjahr 2013	Planungsjahr 2014
Ein- und Auszahlungsarten								
Investitionstätigkeit								
Einzahlungen								
23 = Einzahlungen aus Investitionstätigkeit		0,00	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen								
30 = Auszahlungen aus Investitionstätigkeit		0,00	0	0	0	0	0	0
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit		0,00	0	0	0	0	0	0

Doppischer Produktplan 2012

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend-u. Familienhilfe						
Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz	Ansatz	Planungsjahr	Planungsjahr	Planungsjahr
Ertrags- und Aufwandsarten				Haushaltsjahr 2012	Haushaltsjahr 2013	2014	2015	2016
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen		2.214.403,83	2.246.400	2.768.720	2.848.920	2.889.920	2.931.520	2.973.500
3 + Sonstige Transfererträge		248.847,19	183.500	239.500	232.060	236.710	241.460	246.300
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte		1.342.449,73	1.373.400	1.100.000	1.100.000	1.100.750	1.101.510	1.177.280
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte		360,00	0	0	0	0	0	0
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen		130.452,71	104.200	103.200	103.200	103.240	103.280	109.470
10 = Ordentliche Erträge		3.936.513,46	3.907.500	4.211.420	4.284.180	4.330.620	4.377.770	4.506.550
11 - Personalaufwendungen		1.564.883,70	1.658.240	1.664.920	1.664.920	1.681.520	1.698.290	1.715.210
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		224.538,84	211.770	215.260	215.370	216.830	218.290	219.770
14 - Bilanzielle Abschreibungen		0,00	21.400	17.400	14.400	14.200	8.900	6.600
15 - Transferaufwendungen		8.612.659,32	8.600.820	9.101.950	9.201.300	9.327.810	9.456.300	9.586.810
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen		18.211,82	25.780	26.450	25.930	25.960	26.030	26.100
17 = Ordentliche Aufwendungen		10.420.293,68	10.518.010	11.025.980	11.121.920	11.266.320	11.407.810	11.554.490
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		-6.483.780,22	-6.610.510	-6.814.560	-6.837.740	-6.935.700	-7.030.040	-7.047.940
21 = Finanzergebnis		0,00	0	0	0	0	0	0
22 = Ordentliches Ergebnis		-6.483.780,22	-6.610.510	-6.814.560	-6.837.740	-6.935.700	-7.030.040	-7.047.940
25 = Außerordentliches Ergebnis		0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -		-6.483.780,22	-6.610.510	-6.814.560	-6.837.740	-6.935.700	-7.030.040	-7.047.940
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen		0,00	512.160	723.980	732.880	712.490	731.420	690.360
29 = Ergebnis		-6.483.780,22	-7.122.670	-7.538.540	-7.570.620	-7.648.190	-7.761.460	-7.738.300

Doppischer Produktplan 2012

Produktbereich		Kinder-, Jugend-u. Familienhilfe							
06									
<u>Teilfinanzplan - Zahlungsübersicht</u>		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz	Ansatz	Verpfl.-	Planungsjahr	Planungsjahr	Planungsjahr
Ein- und Auszahlungsarten				Haushaltsjahr	Haushaltsjahr	Ermächtigung	2014	2015	2016
				2012	2013				
Investitionstätigkeit									
Einzahlungen									
18 + Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen		330.254,00	677.000	253.700	207.000	0	0	0	0
23 = Einzahlungen aus Investitionstätigkeit		330.254,00	677.000	253.700	207.000	0	0	0	0
Auszahlungen									
26 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen		9.057,50	62.100	57.300	57.300	0	7.000	7.000	7.000
28 - Aktivierbare Zuwendungen		117.700,00	626.600	203.300	156.600	0	0	0	0
30 = Auszahlungen aus Investitionstätigkeit		126.757,50	688.700	260.600	213.900	0	7.000	7.000	7.000
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit		203.496,50	-11.700	-6.900	-6.900	0	-7.000	-7.000	-7.000

Doppischer Produktplan 2012

Produktbereich	08	Sportförderung						
<u>Teilergebnisplan</u>		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz	Ansatz	Planungsjahr	Planungsjahr	Planungsjahr
Ertrags- und Aufwandsarten				Haushaltsjahr 2012	Haushaltsjahr 2013	2014	2015	2016
10 = Ordentliche Erträge		0,00	0	0	0	0	0	0
11 - Personalaufwendungen		10.620,52	9.280	9.890	9.890	9.970	10.050	10.130
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		3.577,43	5.530	5.570	5.610	5.650	5.690	5.740
15 - Transferaufwendungen		43.499,99	9.000	9.000	9.000	9.000	9.000	9.000
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen		160,27	1.980	1.980	1.980	1.970	1.970	1.970
17 = Ordentliche Aufwendungen		57.858,21	25.790	26.440	26.480	26.590	26.710	26.840
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		-57.858,21	-25.790	-26.440	-26.480	-26.590	-26.710	-26.840
21 = Finanzergebnis		0,00	0	0	0	0	0	0
22 = Ordentliches Ergebnis		-57.858,21	-25.790	-26.440	-26.480	-26.590	-26.710	-26.840
25 = Außerordentliches Ergebnis		0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -		-57.858,21	-25.790	-26.440	-26.480	-26.590	-26.710	-26.840
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen		0,00	110.880	224.670	227.460	219.460	226.060	210.160
29 = Ergebnis		-57.858,21	-136.670	-251.110	-253.940	-246.050	-252.770	-237.000

Doppischer Produktplan 2012

Produktbereich	08	Sportförderung							
<u>Teilfinanzplan - Zahlungsübersicht</u>		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Verpfl.- Ermächtigung	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
Ein- und Auszahlungsarten									
Investitionstätigkeit									
Einzahlungen									
23 = Einzahlungen aus Investitionstätigkeit		0,00	0	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen									
26 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen		0,00	0	2.000	1.000	0	1.500	1.000	1.000
30 = Auszahlungen aus Investitionstätigkeit		0,00	0	2.000	1.000	0	1.500	1.000	1.000
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit		0,00	0	-2.000	-1.000	0	-1.500	-1.000	-1.000

Doppischer Produktplan 2012

Produktbereich	09	Räuml. Planung u. Entwicklung, Geoinformationen						
<u>Teilergebnisplan</u>		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
Ertrags- und Aufwandsarten								
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte		8.092,70	5.300	5.400	5.500	5.610	5.670	5.730
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen		7.361,40	7.050	7.100	7.150	7.230	7.310	7.390
10 = Ordentliche Erträge		15.454,10	12.350	12.500	12.650	12.840	12.980	13.120
11 - Personalaufwendungen		183.339,54	194.750	202.580	202.580	204.580	206.590	208.620
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		0,00	220	220	220	220	220	220
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen		12.976,49	61.700	61.850	46.210	46.410	46.620	46.830
17 = Ordentliche Aufwendungen		196.316,03	256.670	264.650	249.010	251.210	253.430	255.670
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		-180.861,93	-244.320	-252.150	-236.360	-238.370	-240.450	-242.550
21 = Finanzergebnis		0,00	0	0	0	0	0	0
22 = Ordentliches Ergebnis		-180.861,93	-244.320	-252.150	-236.360	-238.370	-240.450	-242.550
25 = Außerordentliches Ergebnis		0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -		-180.861,93	-244.320	-252.150	-236.360	-238.370	-240.450	-242.550
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen		0,00	120.610	129.040	130.330	131.630	132.940	134.270
29 = Ergebnis		-180.861,93	-364.930	-381.190	-366.690	-370.000	-373.390	-376.820

Doppischer Produktplan 2012

Produktbereich	09	Räuml. Planung u. Entwicklung, Geoinformationen							
<u>Teilfinanzplan - Zahlungsübersicht</u>		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Verpfl. - Ermächtigung	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
Ein- und Auszahlungsarten									
Investitionstätigkeit									
Einzahlungen									
23 = Einzahlungen aus Investitionstätigkeit		0,00	0	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen									
26 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen		0,00	300	300	300	0	300	300	300
30 = Auszahlungen aus Investitionstätigkeit		0,00	300	300	300	0	300	300	300
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit		0,00	-300	-300	-300	0	-300	-300	-300

Doppischer Produktplan 2012

Produktbereich	10	Bauen und Wohnen					
<u>Teilergebnisplan</u>							
Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	496.510,80	220.000	225.000	230.000	234.600	236.950	239.320
7 + Sonstige ordentliche Erträge	48.901,55	10.000	10.000	10.000	10.200	10.410	10.620
10 = Ordentliche Erträge	545.412,35	230.000	235.000	240.000	244.800	247.360	249.940
11 - Personalaufwendungen	331.405,27	353.590	358.430	358.430	361.970	365.560	369.170
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	12.776,09	23.540	23.660	23.780	23.900	24.020	24.140
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	10.882,60	18.750	18.830	18.890	18.950	19.030	19.110
17 = Ordentliche Aufwendungen	355.063,96	395.880	400.920	401.100	404.820	408.610	412.420
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	190.348,39	-165.880	-165.920	-161.100	-160.020	-161.250	-162.480
21 = Finanzergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
22 = Ordentliches Ergebnis	190.348,39	-165.880	-165.920	-161.100	-160.020	-161.250	-162.480
25 = Außerordentliches Ergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -	190.348,39	-165.880	-165.920	-161.100	-160.020	-161.250	-162.480
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	27.570	27.850	28.130	28.410	28.690	28.980
29 = Ergebnis	190.348,39	-193.450	-193.770	-189.230	-188.430	-189.940	-191.460

Doppischer Budgetplan 2012 / 2013

Produktbereich		10	Bauen und Wohnen					
Teilfinanzplan - Zahlungsübersicht		Ergebnis 2008	Ansatz 2009	Ansatz Haushaltsjahr 2011	Verpfl.- Ermächtigung	Planungsjahr 2012	Planungsjahr 2013	Planungsjahr 2014
Ein- und Auszahlungsarten								
Investitionstätigkeit								
Einzahlungen								
23 = Einzahlungen aus Investitionstätigkeit		0,00	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen								
30 = Auszahlungen aus Investitionstätigkeit		0,00	0	0	0	0	0	0
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit		0,00	0	0	0	0	0	0

Doppischer Produktplan 2012

Produktbereich	12	Verkehrsflächen- u. Anlagen, ÖPNV						
<u>Teilergebnisplan</u>		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz	Ansatz	Planungsjahr	Planungsjahr	Planungsjahr
Ertrags- und Aufwandsarten				Haushaltsjahr 2012	Haushaltsjahr 2013	2014	2015	2016
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen		222.411,42	81.200	111.600	111.600	111.600	111.600	111.600
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte		49.535,67	191.730	462.660	463.190	463.440	463.650	463.860
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte		12.195,88	7.650	3.650	3.650	3.650	3.650	3.400
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen		30.324,02	11.000	15.000	15.000	15.040	14.590	14.740
7 + Sonstige ordentliche Erträge		10.481,00	0	0	0	0	0	0
10 = Ordentliche Erträge		324.947,99	291.580	592.910	593.440	593.730	593.490	593.600
11 - Personalaufwendungen		304.696,06	334.690	342.990	342.990	346.370	349.790	353.250
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		1.988.305,88	1.967.420	2.071.970	2.018.510	2.033.370	2.047.370	2.072.520
14 - Bilanzielle Abschreibungen		0,00	2.151.400	1.832.000	1.830.000	1.827.000	1.827.000	1.826.000
15 - Transferaufwendungen		248.358,14	262.000	262.000	574.400	577.020	579.660	582.320
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen		17.677,24	17.750	21.130	23.120	23.150	23.190	23.300
17 = Ordentliche Aufwendungen		2.559.037,32	4.733.260	4.530.090	4.789.020	4.806.910	4.827.010	4.857.390
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		-2.234.089,33	-4.441.680	-3.937.180	-4.195.580	-4.213.180	-4.233.520	-4.263.790
20 - Zinsen und ähnliche Aufwendungen		12.372,00	12.800	13.000	13.000	13.500	13.700	13.900
21 = Finanzergebnis		-12.372,00	-12.800	-13.000	-13.000	-13.500	-13.700	-13.900
22 = Ordentliches Ergebnis		-2.246.461,33	-4.454.480	-3.950.180	-4.208.580	-4.226.680	-4.247.220	-4.277.690
25 = Außerordentliches Ergebnis		0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -		-2.246.461,33	-4.454.480	-3.950.180	-4.208.580	-4.226.680	-4.247.220	-4.277.690
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen		0,00	124.270	131.950	133.270	134.600	135.940	137.300
29 = Ergebnis		-2.246.461,33	-4.578.750	-4.082.130	-4.341.850	-4.361.280	-4.383.160	-4.414.990

Doppischer Produktplan 2012

Produktbereich	12	Verkehrsflächen- u. Anlagen, ÖPNV							
Teilfinanzplan - Zahlungsübersicht		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Verpfl.- Ermächtigung	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
Ein- und Auszahlungsarten									
Investitionstätigkeit									
Einzahlungen									
18 + Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen		98.622,83	319.600	24.000	161.000	0	0	0	0
19 + Veräußerung von Sachanlagen		64.971,00	0	0	0	0	0	0	0
21 + Beiträge u.ä. Entgelte		349.499,65	728.000	596.800	807.800	0	654.400	443.200	185.400
23 = Einzahlungen aus Investitionstätigkeit		513.093,48	1.047.600	620.800	968.800	0	654.400	443.200	185.400
Auszahlungen									
24 - Erwerb von Grundstücken und Gebäuden		34.598,37	50.000	60.000	60.000	0	60.000	60.000	60.000
25 - Baumaßnahmen		1.101.639,64	940.800	562.300	1.308.300	878.800	596.000	450.000	168.320
26 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen		0,00	500	500	500	0	500	500	500
28 - Aktivierbare Zuwendungen		396.971,11	458.300	247.000	221.000	0	5.000	10.000	10.000
30 = Auszahlungen aus Investitionstätigkeit		1.533.209,12	1.449.600	869.800	1.589.800	878.800	661.500	520.500	238.820
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit		-1.020.115,64	-402.000	-249.000	-621.000	-878.800	-7.100	-77.300	-53.420

Doppischer Produktplan 2012

Produktbereich	13	Öffentl. Grün- und Waldflächen					
Teilergebnisplan	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
Ertrags- und Aufwandsarten							
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	4.072,55	0	0	0	0	0	0
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	34.107,87	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
10 = Ordentliche Erträge	38.180,42	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
11 - Personalaufwendungen	51.901,09	81.370	59.570	59.570	60.110	60.670	61.230
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	100.772,43	113.260	120.020	124.880	126.150	126.510	126.020
15 - Transferaufwendungen	50.000,00	50.000	50.000	50.000	50.500	51.000	51.510
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.026,97	50	40	40	30	30	30
17 = Ordentliche Aufwendungen	203.700,49	244.680	229.630	234.490	236.790	238.210	238.790
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-165.520,07	-224.680	-209.630	-214.490	-216.790	-218.210	-218.790
21 = Finanzergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
22 = Ordentliches Ergebnis	-165.520,07	-224.680	-209.630	-214.490	-216.790	-218.210	-218.790
25 = Außerordentliches Ergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -	-165.520,07	-224.680	-209.630	-214.490	-216.790	-218.210	-218.790
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	13.500	13.640	13.780	13.920	14.060	14.200
29 = Ergebnis	-165.520,07	-238.180	-223.270	-228.270	-230.710	-232.270	-232.990

Doppischer Produktplan 2012

Produktbereich 13		Öffentl. Grün- und Waldflächen							
Teilfinanzplan - Zahlungsübersicht		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Verpfl.- Ermächtigung	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
Ein- und Auszahlungsarten									
Investitionstätigkeit									
Einzahlungen									
18 + Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen		25.427,45	0	0	0	0	0	0	0
19 + Veräußerung von Sachanlagen		5.000,00	0	0	0	0	0	0	0
21 + Beiträge u.ä. Entgelte		17.802,15	0	62.000	0	0	0	0	0
23 = Einzahlungen aus Investitionstätigkeit		48.229,60	0	62.000	0	0	0	0	0
Auszahlungen									
25 - Baumaßnahmen		1.361,41	10.000	13.500	5.000	0	5.000	5.000	0
26 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen		268,75	4.000	4.000	4.000	0	4.000	4.000	4.000
30 = Auszahlungen aus Investitionstätigkeit		1.630,16	14.000	17.500	9.000	0	9.000	9.000	4.000
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit		46.599,44	-14.000	44.500	-9.000	0	-9.000	-9.000	-4.000

Doppischer Produktplan 2012

Produktbereich	14	Umweltschutz						
<u>Teilergebnisplan</u>		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz	Ansatz	Planungsjahr	Planungsjahr	Planungsjahr
Ertrags- und Aufwandsarten				Haushaltsjahr 2012	Haushaltsjahr 2013	2014	2015	2016
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen		8.650,99	8.520	5.280	5.300	5.370	5.440	5.510
10 = Ordentliche Erträge		8.650,99	8.520	5.280	5.300	5.370	5.440	5.510
11 - Personalaufwendungen		70.599,80	74.000	68.440	68.440	69.100	69.770	70.440
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		11.003,26	10.260	10.860	10.700	10.780	10.830	10.840
15 - Transferaufwendungen		108.605,00	112.900	112.900	112.900	112.900	112.900	112.900
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen		7.281,30	1.600	1.590	1.590	1.580	1.580	1.580
17 = Ordentliche Aufwendungen		197.489,36	198.760	193.790	193.630	194.360	195.080	195.760
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		-188.838,37	-190.240	-188.510	-188.330	-188.990	-189.640	-190.250
21 = Finanzergebnis		0,00	0	0	0	0	0	0
22 = Ordentliches Ergebnis		-188.838,37	-190.240	-188.510	-188.330	-188.990	-189.640	-190.250
25 = Außerordentliches Ergebnis		0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -		-188.838,37	-190.240	-188.510	-188.330	-188.990	-189.640	-190.250
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen		0,00	11.810	11.930	12.050	12.170	12.290	12.410
29 = Ergebnis		-188.838,37	-202.050	-200.440	-200.380	-201.160	-201.930	-202.660

Doppischer Produktplan 2012

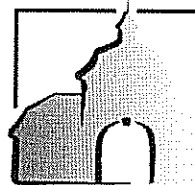
Produktbereich	15	Wirtschaft und Tourismus						
<u>Teilergebnisplan</u>		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
Ertrags- und Aufwandsarten								
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte		7.500,00	7.570	7.500	7.500	7.500	7.500	7.920
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte		195,80	0	0	0	0	0	0
10 = Ordentliche Erträge		7.695,80	7.570	7.500	7.500	7.500	7.500	7.920
11 - Personalaufwendungen		10.744,85	11.280	12.660	12.660	12.750	12.850	12.950
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		0,00	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen		241,31	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
17 = Ordentliche Aufwendungen		10.986,16	13.280	14.660	14.660	14.750	14.850	14.950
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		-3.290,36	-5.710	-7.160	-7.160	-7.250	-7.350	-7.030
21 = Finanzergebnis		0,00	0	0	0	0	0	0
22 = Ordentliches Ergebnis		-3.290,36	-5.710	-7.160	-7.160	-7.250	-7.350	-7.030
25 = Außerordentliches Ergebnis		0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -		-3.290,36	-5.710	-7.160	-7.160	-7.250	-7.350	-7.030
29 = Ergebnis		-3.290,36	-5.710	-7.160	-7.160	-7.250	-7.350	-7.030

Doppischer Produktplan 2012

Produktbereich		Allgemeine Finanzwirtschaft						
16								
Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
Ertrags- und Aufwandsarten								
1	Steuern und ähnliche Abgaben	21.573.720,43	21.144.200	24.962.100	26.678.600	27.624.300	30.014.900	30.747.500
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	5.431.710,00	5.560.000	4.938.000	2.455.500	2.928.700	2.675.200	4.185.800
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	1.516.054,99	1.631.300	1.604.000	1.609.000	1.610.000	1.609.000	1.608.300
10	= Ordentliche Erträge	28.521.485,42	28.335.500	31.504.100	30.743.100	32.163.000	34.299.100	36.541.600
15	- Transferaufwendungen	12.908.342,09	12.111.400	12.526.300	12.426.300	12.915.200	13.270.800	13.797.500
17	= Ordentliche Aufwendungen	12.908.342,09	12.111.400	12.526.300	12.426.300	12.915.200	13.270.800	13.797.500
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	15.613.143,33	16.224.100	18.977.800	18.316.800	19.247.800	21.028.300	22.744.100
19	+ Finanzerträge	58.307,56	0	0	0	0	0	0
20	- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.108.724,22	1.858.700	1.865.900	1.953.100	2.123.300	2.321.700	2.477.500
21	= Finanzergebnis	-1.050.416,66	-1.858.700	-1.865.900	-1.953.100	-2.123.300	-2.321.700	-2.477.500
22	= Ordentliches Ergebnis	14.562.726,67	14.365.400	17.111.900	16.363.700	17.124.500	18.706.600	20.266.600
25	= Außerordentliches Ergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -	14.562.726,67	14.365.400	17.111.900	16.363.700	17.124.500	18.706.600	20.266.600
29	= Ergebnis	14.562.726,67	14.365.400	17.111.900	16.363.700	17.124.500	18.706.600	20.266.600

Doppischer Produktplan 2012

Produktbereich	16	Allgemeine Finanzwirtschaft							
<u>Teilfinanzplan - Zahlungsübersicht</u>		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Verpfl. - Ermächtigung	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
Ein- und Auszahlungsarten									
Investitionstätigkeit									
Einzahlungen									
18 + Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen		683.014,08	1.023.000	1.089.000	1.094.000	0	1.099.000	1.104.000	1.109.000
23 = Einzahlungen aus Investitionstätigkeit		683.014,08	1.023.000	1.089.000	1.094.000	0	1.099.000	1.104.000	1.109.000
Auszahlungen									
30 = Auszahlungen aus Investitionstätigkeit		0,00	0	0	0	0	0	0	0
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit		683.014,08	1.023.000	1.089.000	1.094.000	0	1.099.000	1.104.000	1.109.000



Budget 01

Allgemeine Finanzwirtschaft

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	01	Allgemeine Finanzwirtschaft
Produktbereich	16	Allgemeine Finanzwirtschaft
Produktgruppe	16.10	Allgemeine Finanzwirtschaft
Produkt	16.10.10	Allgemeine Finanzwirtschaft

Beschreibung

Das Produkt Allgemeine Finanzwirtschaft umfasst alle Steuerarten, die von Unternehmern, Bürgerinnen und Bürgern an die Stadt zu entrichten sind (insb. Grundsteuern und Gewerbesteuer), die verschiedenen Ein- und Auszahlungen, Investitionszuschüssen, im Rahmen des Gemeindefinanzausgleichs sowie die Abbildung der Kredite und Zinsen.

Auftrag

Gemeindefinanzierungsgesetz, Gemeindeordnung, Gemeindefinanzierungsgesetz, Kommunalabgabengesetz, Grundsteuergesetz, Gewerbesteuergesetz, Abgabenordnung, Bewertungsgesetz

Zielgruppe

Verwaltung, Bürger, Rat und Gremien

Ziele

Sicherstellung der Finanzkraft. Optimierung der Finanzierungstätigkeiten

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	01	Allgemeine Finanzwirtschaft
---------------	----	-----------------------------

Produktbereich	16	Allgemeine Finanzwirtschaft
Produktgruppe	16.10	Allgemeine Finanzwirtschaft
Produkt	16.10.10	Allgemeine Finanzwirtschaft

Erläuterungen

Steuern und ähnliche Abgaben umfassen alle verschiedenen Steuerarten und Steueranteile, die angelehnt an die Modellrechnungen des GFG und die Orientierungsdaten sowie unter Bezug der aktuellen Entwicklungen der örtlichen Gegebenheiten fortgeschrieben wurden.

Die Entwicklung dieser relevanten und zur Deckung des Gesamthaushaltes erforderlichen Erträge stellen sich im Detail wie folgt dar:

Bezeichnung	vorl. Rechnungs- ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013
Grundsteuer A	17.925,07	17.500	15.000	15.000
Grundsteuer B	4.081.262,24	4.100.000	4.182.000	4.848.700
Gewerbsteuer	3.851.648,95	3.800.000	5.180.000	5.413.000
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	11.259.753,00	11.000.000	13.200.000	13.976.000
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	675.832,00	683.700	700.000	712.000
Vergnügungssteuer	108.480,00	52.000	100.000	100.000
Hundesteuer	144.512,17	143.000	143.000	143.000
Leistungen nach dem Familienleistungsausgleich	1.434.307,00	1.300.000	1.442.100	1.470.900

Die Schlüsselzuweisungen des Landes (2012: 4.424.000 € inkl. einer einmaligen Abmilderungshilfe in Höhe von 1.497.312 € €; 2013: 2.025.500 €) werden unter **Zuwendungen und allgemeine Umlagen** prognostiziert. Darüber hinaus ist hier ein Anteil der Schulpauschale veranschlagt, der für konsumtive Zwecke verwendet wird.

Die Konzessionsabgaben der RWE AG und RheinEnergie AG summieren sich unter den **Sonstigen ordentlichen Erträgen**.

Die **Transferaufwendungen** beinhalten die Gewerbesteuerumlage, den Finanzierungsbeitrag Fonds Deutsche Einheit sowie die Kreisumlage.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen fallen für die Investitions- und Liquiditätskredite an.

Erläuterungen zur Investitionstätigkeit

Im investiven Teil des Teilfinanzplanes sind die Investitionspauschalen nach dem GFG NRW unter **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit** zu veranschlagen.

Erläuterungen zur Finanzierungstätigkeit

Die Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit sind nur im Gesamtfinanzplan dargestellt. Sie setzen sich für den Bereich der Allgemeinen Finanzwirtschaft wie folgt zusammen:

Zur Finanzierung der Investitionen ist in der Haushaltssatzung kein Betrag für die **Aufnahme von Krediten** veranschlagt.

Für die **Tilgung von Krediten** sind im Haushaltsjahr 2012 insgesamt 775.000 und in 2013 insgesamt 790.000 € erforderlich.

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1 01 Allgemeine Finanzwirtschaft

Produktbereich 16 Allgemeine Finanzwirtschaft
Produktgruppe 16.10 Allgemeine Finanzwirtschaft
Produkt 16.10.10 Allgemeine Finanzwirtschaft

Haushaltssicherungskonzept - Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung - Bedingungen, Maßgaben und Auswirkungen

Nr.	Bereich	Konkrete Maßnahmenbeschreibung	Notwendige Verfahrensschritte	Mögliche Auswirkungen
-----	---------	--------------------------------	-------------------------------	-----------------------

1	Steuern und ähnliche Abgaben Realsteuern		Anhebung der Realsteuersätze		Beschluss durch den Stadtrat			
	Erläuterungen:							
	Der Planentwurf berücksichtigt für das Jahr 2012 die auch in der Vorlage zur Hebesatzsatzung 2012 vorgeschlagenen bisherigen Steuersätze. In 2013 ist die Einbeziehung der Straßenreinigung in die Grundsteuer B vorgesehen. Bei dieser Gelegenheit ist außer der Abdeckung des Kostenaufwandes für die Straßenreinigung auch eine Steueranhebung von etwa 10 %-Punkten eingerechnet. 2015 ist der Hebesatz der Grundsteuer B i.H.v. 580 % vorgesehen.							
	Maximal erzielbarer Haushaltseffekt/Jahr - Konkrete Auswirkungen auf die Haushalts- und mittelfristige Ergebnisplanung							
	Planungsjahr:	Max.Wert/Jahr	2012	2013	2014	2015	in der vorliegenden Haushaltsplanung bereits berücksichtigt:	
	Konsolidierungswert	100.000 €	0 €	100.000 €	100.000 €	1.135.900 €		
Bisheriger Wert	-	4.182.000 €	4.748.700 €	4.818.000 €	4.863.500 €	Ja	Nein	
Neuer Wert	-	4.182.000 €	4.848.700 €	4.918.000 €	5.999.400 €	X		

	Sonstige ordentliche Erträge Konzessionsabgabe	Einführung einer Konzessionsabgabe für die Wasserversorgung	Abschluss eines Konzessionsvertrages mit der StadtWerke Rösrath AöR	Notwendige Erhöhung der Wasserge- bühren; dadurch auch Mehrbelastung des Haushaltes				
	<u>Erläuterungen:</u> ... aus dem HSK 2010							
2	Die Einführung der „Konzessionsabgabe Wasser“ wurde konkret beschlossen und der Konzessionsvertrag mit den Stadtwerken Rösrath AöR mit Wirkung vom 01.01.2011 abgeschlossen. Die Stadtwerke haben in 2011 entsprechende Abschläge in Höhe des Konsolidierungswertes von 270.000 € gezahlt. Ob dieser gerechnete Betrag der Konzessionsabgabe tatsächlich auch abgerechnet werden kann, hängt vom Ergebnis des Jahresabschlusses der Stadtwerke für den Betriebszweig Wasserversorgung ab.							
	Maximal erzielbarer Haushaltseffekt/Jahr - Konkrete Auswirkungen auf die Haushalts- und mittelfristige Ergebnisplanung							
	Planungsjahr:	Max.Wert/Jahr	2011	2012	2013	2014	in der vorliegenden Haushaltsplanung	
	Konsolidierungswert	270.000 €	(270.000 €)	(270.000 €)	(270.000 €)	(270.000 €)	bereits berücksichtigt:	
	Bisheriger Wert	-	270.000 €	270.000 €	270.000 €	270.000 €	Ja	Nein
	Neuer Wert	-	270.000 €	270.000 €	270.000 €	270.000 €	X	

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1 01 Allgemeine Finanzwirtschaft

Produktbereich 16 Allgemeine Finanzwirtschaft

Produktgruppe 16.10 Allgemeine Finanzwirtschaft

Produkt 16.10.10 Allgemeine Finanzwirtschaft

Teilergebnisplan

Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
1 Steuern und ähnliche Abgaben	21.573.720,43	21.144.200	24.962.100	26.678.600	27.624.300	30.014.900	30.747.500
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	5.431.710,00	5.560.000	4.938.000	2.455.500	2.928.700	2.675.200	4.185.800
7 + Sonstige ordentliche Erträge	1.516.054,99	1.631.300	1.604.000	1.609.000	1.610.000	1.609.000	1.608.300
10 = Ordentliche Erträge	28.521.485,42	28.335.500	31.504.100	30.743.100	32.163.000	34.299.100	36.541.600
15 - Transferaufwendungen	12.908.342,09	12.111.400	12.526.300	12.426.300	12.915.200	13.270.800	13.797.500
17 = Ordentliche Aufwendungen	12.908.342,09	12.111.400	12.526.300	12.426.300	12.915.200	13.270.800	13.797.500
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	15.613.143,33	16.224.100	18.977.800	18.316.800	19.247.800	21.028.300	22.744.100
19 + Finanzerträge	58.307,56	0	0	0	0	0	0
20 - Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.108.724,22	1.858.700	1.865.900	1.953.100	2.123.300	2.321.700	2.477.500
21 = Finanzergebnis	-1.050.416,66	-1.858.700	-1.865.900	-1.953.100	-2.123.300	-2.321.700	-2.477.500
22 = Ordentliches Ergebnis	14.562.726,67	14.365.400	17.111.900	16.363.700	17.124.500	18.706.600	20.266.600
25 = Außerordentliches Ergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -	14.562.726,67	14.365.400	17.111.900	16.363.700	17.124.500	18.706.600	20.266.600
29 = Ergebnis	14.562.726,67	14.365.400	17.111.900	16.363.700	17.124.500	18.706.600	20.266.600

Doppischer Budgetplan 2012

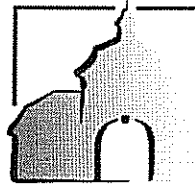
Budgetebene 1	01	Allgemeine Finanzwirtschaft
Produktbereich	16	Allgemeine Finanzwirtschaft
Produktgruppe	16.10	Allgemeine Finanzwirtschaft
Produkt	16.10.10	Allgemeine Finanzwirtschaft

<u>Teilfinanzplan - Zahlungsübersicht</u>		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Verpfl.- Ermächtigung	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
Ein- und Auszahlungsarten									
Investitionstätigkeit									
Einzahlungen									
18 + Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen		683.014,08	1.023.000	1.089.000	1.094.000	0	1.099.000	1.104.000	1.109.000
23 = Einzahlungen aus Investitionstätigkeit		683.014,08	1.023.000	1.089.000	1.094.000	0	1.099.000	1.104.000	1.109.000
Auszahlungen									
30 = Auszahlungen aus Investitionstätigkeit		0,00	0	0	0	0	0	0	0
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit		683.014,08	1.023.000	1.089.000	1.094.000	0	1.099.000	1.104.000	1.109.000

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	01	Allgemeine Finanzwirtschaft
Produktbereich	16	Allgemeine Finanzwirtschaft
Produktgruppe	16.10	Allgemeine Finanzwirtschaft
Produkt	16.10.10	Allgemeine Finanzwirtschaft

<u>Teilfinanzplan - einzelne Investitionsmaßnahmen</u>	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Verpfl.- Ermächtigung	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016	Bisher bereitgestellt
Investitionsmaßnahmen oberhalb der Wertgrenze									
8100 GFG NRW Investitionspauschalen									
18 + Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	683.014,08	1.023.000	1.089.000	1.094.000	0	1.099.000	1.104.000	1.109.000	711.149
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	683.014,08	1.023.000	1.089.000	1.094.000	0	1.099.000	1.104.000	1.109.000	711.149
9000 Kredite/Darlehen									
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0



BUDGET 02

Personalvertretung

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	02	Personalvertretung
----------------------	-----------	---------------------------

Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	01.20	Personalvertretung
Produkt	01.20.10	Personalvertretung

Beschreibung

Mitbestimmung und -wirkung bei Personal- und Organisationsentscheidungen Durchführung von Personalversammlungen Beratung/Hilfe bei Einzelfällen, Ausrichtung von Personalgemeinschaftsveranstaltungen

Auftrag

Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG) Allgemeines Gleichstellungsgesetz (AGG)

Zielgruppe

Tariflich Beschäftigte und Beamte

Ziele

Schutz und Förderung der Interessen der Mitarbeiter der Stadtverwaltung Rösrath

Messzahlen

	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012
Mitarbeiter gesamt	Anzahl	187	188	191
Beamte	Anzahl	33	33	33
Beschäftigte	Anzahl	146	141	146
Dienstkräfte in der Probe- oder Ausbildungszeit	Anzahl	14	8	12
Beschäftigte der Stadtwerke Rösrath	Anzahl	62	63	64

Erläuterungen

Es entstehen Aufwendungen für

- Büromaterial, Bücher/Ergänzungslieferungen etc.
- Fortbildung der Personalratsmitglieder
- Anteilige Personalkosten für die Freistellung des Personalratsvorsitzenden

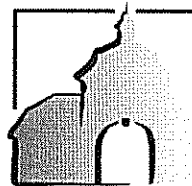
In 2012 besteht ein erhöhter Bedarf aufgrund der anstehenden Personalratswahl sowie der Verabschiedung des neuen LPVGs.

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1 02 Personalvertretung

Produktbereich 01 Innere Verwaltung
 Produktgruppe 01.20 Personalvertretung
 Produkt 01.20.10 Personalvertretung

Teilergebnisplan	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
Ertrags- und Aufwandsarten							
10 = Ordentliche Erträge	0,00	0	0	0	0	0	0
11 - Personalaufwendungen	14.491,37	14.990	15.340	15.340	15.470	15.610	15.750
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	200	150	200	200	200	200
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.104,66	2.000	2.290	1.990	1.980	1.980	1.980
17 = Ordentliche Aufwendungen	16.596,03	17.190	17.780	17.530	17.650	17.790	17.930
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-16.596,03	-17.190	-17.780	-17.530	-17.650	-17.790	-17.930
21 = Finanzergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
22 = Ordentliches Ergebnis	-16.596,03	-17.190	-17.780	-17.530	-17.650	-17.790	-17.930
25 = Außerordentliches Ergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -	-16.596,03	-17.190	-17.780	-17.530	-17.650	-17.790	-17.930
29 = Ergebnis	-16.596,03	-17.190	-17.780	-17.530	-17.650	-17.790	-17.930



BUDGET 03

Gleichstellung

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	03	Gleichstellung
----------------------	-----------	-----------------------

Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	01.30	Gleichstellung
Produkt	01.30.10	Gleichstellung

Beschreibung

-Betreuung der Beschäftigten, - Tatsächliche Umsetzung der Gleichstellung von Mann und Frau; - Mitwirkung bei der Ausführung aller Vorschriften und Maßnahmen, die Auswirkungen auf die Gleichstellung von Frau und Mann haben oder haben können; - unterschiedliche Anzahl von Stellenausschreibungen und Vorstellungsgesprächen im Jahr, - Gleichberechtigtes Mitglied von Beurteilungsbesprechungen; - Maßnahmen zur Frauenförderung - u.a. Mitwirkung bei der Aufstellung und Änderung des Frauenförderplans; - Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf, Karriere und Familie; - Beratung und Unterstützung der Beschäftigten in Fragen der Gleichstellung; - Umsetzung der sprachlichen Gleichbehandlung von Frauen und Männern; - Öffentlichkeitsarbeit durch Organisation und Mitwirkung bei Veranstaltungen und Herausgabe von Informationen; - Netzwerkarbeit; - Teilnahme an Stadtrat-, Hauptausschuss- und ggf. Sozialausschusssitzungen; Teilnahme am Leitungszirkel der Stadtverwaltung Rösrath, - Mitglied in diversen externen Gremien (Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauenberatungs- und Gleichstellungsstellen, Runder Tisch gegen häusliche Gewalt, Sitzungen der Gleichstellungsbeauftragten des Rheinisch-Bergischen-Kreises,...)

Auftrag

Landesgleichstellungsgesetz, Dienstanweisung für die Gleichstellungsbeauftragte, Allgemeines Gleichstellungsgesetz, Gemeindeordnung

Zielgruppe

Alle Beschäftigten der Stadtverwaltung
Bürgerinnen und Bürger im Stadtgebiet

Ziele

- Verwirklichung des Grundrechts der Gleichberechtigung von Frauen und Männern
- bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- Einbindung der Gleichstellungsbeauftragten bei allen personalwirtschaftlichen, sozialen und organisatorischen Maßnahmen, die Auswirkung auf die gesellschaftliche Stellung der Frau haben oder haben können.
- Frauenförderung
- sprachliche Gleichbehandlung

Personal

0,5 Stellen Entgeltgruppe 9

Messzahlen

	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012
Mitarbeiter (gesamt)	Anzahl	187	188	191
Beamte	Anzahl	33	33	33
Beschäftigte	Anzahl	146	141	146
Dienstkräfte in der Probe- und Ausbildungszeit	Anzahl	14	8	12
Beschäftigte der Stadtwerke Rösrath	Anzahl	62	63	64
(interne) Projekte der Gleichstellungsarbeit	Anzahl	6	4	5
Teilnahme an Sitzungen (intern)	Anzahl	15	17	17
Teilnahme an Sitzungen/ Konferenzen (extern)	Anzahl	11	6	10
interne Arbeit & Beteiligungen, incl. Stellungnahmen	Anzahl	65	57	70
Öffentlichkeitsarbeit	Anzahl	20	10	15
Teilnahme an Fortbildungen	Anzahl	5	3	5

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	03	Gleichstellung
Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	01.30	Gleichstellung
Produkt	01.30.10	Gleichstellung

Erläuterungen

Sonstige ordentliche Aufwendungen

Geschäftsaufwendungen

- Teilnahme an überregionalen und kreisweiten Gremien

Bundeskonzferenz 2012 in Düsseldorf.

Veranschlagte Kosten **150,-€** (Teilnahme- und Reisekosten).

Aufgrund des Veranstaltungsortes entfallen für 2012 veranschlagte

Übernachungskosten in Höhe von 250,- € **!Einsparung!**

Alle 1,5 Jahre findet die Bundeskonferenz kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsbeauftragten statt.

Mit einer Erhöhung der Kosten wird nicht gerechnet. In der mittelfristigen Planung ist der Ansatz von 400,- € in den Jahren 2013 und 2015 zu berücksichtigen.

LAG, ca. 4-5x jährlich finden Treffen der Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen NRW statt. Nach Abwägung der Tagesordnung in Bezug auf die Entfernung des Veranstaltungsortes Teilnahme an max. 3 Sitzungen/ Jahr.

Veranschlagte Kosten hierfür: **180,-€/a**

Einsparung: ca. 120,-€/a

Sitzungen der Gleichstellungsbeauftragten des Rheinisch-Bergischen Kreis finden etwa 8x jährlich statt. Veranschlagte Kosten: **60,-€/a** (Fahrtkosten für ca. 200km).

AG „Runder Tisch gegen häusliche Gewalt“

Seit 2011 hat sich die Arbeit des Runden Tisches intensiviert.

Die Arbeitsgemeinschaft trifft sich nun ca. 6x jährlich.

Veranschlagte Kosten: **45,- €/a** (Fahrtkosten für ca. 135km)

- Öffentlichkeitsarbeit, wie die jährliche Veranstaltung zum intern. Frauentag, kreisweite Aktionen, Girl's Day und Neue Wege für Jungs, Ratsfrauentreffen, frauenhistorischer Stadtrundgang, Herausgabe von Broschüren/Informationsschriften, Netzwerkarbeit

Veranschlagte Kosten: **550,-€/a**

- **Interne Arbeit**, wie z.B. Beteiligung an einem Coaching-Seminar für einige weibliche Nachwuchsführungskräfte, Mitarbeiterinnenschulung und/oder -treffen, Führungskräfte Schulungsbeteiligung für Frauen, ... Umsetzung von Maßnahmen aus dem Frauenförderplan Fortbildung von Kolleginnen. Es ist beabsichtigt jährlich eine Inhouse - Fortbildung anzubieten.

Veranschlagte Kosten: **965 ,- €/a**

- **Sachkosten** - Zu den Sachkosten zählt die Anschaffung von Fachliteratur, Leistungen der Bundes- und/oder Landesarbeitsgemeinschaft, Materialkosten

Veranschlagte Kosten: **150,-€ /a**

- Entwicklung und Begleitung entstehender sowie bestehender lokaler Netzwerke - angedacht ist die Entwicklung und Planung eines Runden Tisch für Alleinerziehende in den nächsten fünf Jahren- ;

- Netzwerkarbeit mit anderen Organisationen, wie Frauenberatungsstelle, Pro Familia, Caritas, DKSB,...

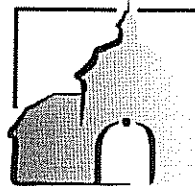
Aufwendungen für Aus- und Fortbildung

- Aufwendungen zur eigenen Teilnahme an Fortbildungen zu Themen für die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten. Ein erhöhter Aufwand ist notwendig, da die Gleichstellungsarbeit eine Querschnittsaufgabe ist.

Veranschlagte Kosten für 2 Schulungen jährlich: ca. **460,-€/a**

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	03	Gleichstellung					
Produktbereich	01	Innere Verwaltung					
Produktgruppe	01.30	Gleichstellung					
Produkt	01.30.10	Gleichstellung					
Teilergebnisplan							
Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
10 = Ordentliche Erträge	0,00	0	0	0	0	0	0
11 - Personalaufwendungen	22.670,59	23.090	23.560	23.560	23.780	24.000	24.220
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.444,45	2.360	2.560	2.360	2.350	2.350	2.350
17 = Ordentliche Aufwendungen	24.115,04	25.450	26.120	25.920	26.130	26.350	26.570
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-24.115,04	-25.450	-26.120	-25.920	-26.130	-26.350	-26.570
21 = Finanzergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
22 = Ordentliches Ergebnis	-24.115,04	-25.450	-26.120	-25.920	-26.130	-26.350	-26.570
25 = Außerordentliches Ergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -	-24.115,04	-25.450	-26.120	-25.920	-26.130	-26.350	-26.570
29 = Ergebnis	-24.115,04	-25.450	-26.120	-25.920	-26.130	-26.350	-26.570



BUDGET 04

Rechnungsprüfung

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	04	Rechnungsprüfung						
Teilergebnisplan		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz	Ansatz	Planungsjahr	Planungsjahr	Planungsjahr
Ertrags- und Aufwandsarten				Haushaltsjahr	Haushaltsjahr	2014	2015	2016
				2012	2013			
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen		66.780,84	52.000	48.900	48.900	49.390	49.890	50.390
10 = Ordentliche Erträge		66.780,84	52.000	48.900	48.900	49.390	49.890	50.390
11 - Personalaufwendungen		144.341,76	126.740	100.860	100.860	101.840	102.820	103.810
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		0,00	1.020	1.020	1.020	1.020	1.020	1.020
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen		2.812,27	47.000	51.320	51.320	26.380	26.480	26.580
17 = Ordentliche Aufwendungen		147.154,03	174.760	153.200	153.200	129.240	130.320	131.410
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		-80.373,19	-122.760	-104.300	-104.300	-79.850	-80.430	-81.020
21 = Finanzergebnis		0,00	0	0	0	0	0	0
22 = Ordentliches Ergebnis		-80.373,19	-122.760	-104.300	-104.300	-79.850	-80.430	-81.020
25 = Außerordentliches Ergebnis		0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -		-80.373,19	-122.760	-104.300	-104.300	-79.850	-80.430	-81.020
27 + Erträge aus internen Leistungsbeziehungen		0,00	3.980	3.780	3.820	3.860	3.900	3.940
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen		0,00	47.450	50.400	50.920	51.440	51.960	52.480
29 = Ergebnis		-80.373,19	-166.230	-150.920	-151.400	-127.430	-128.490	-129.560

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	04	Rechnungsprüfung
Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	01.40	Rechnungsprüfung
Produkt	01.40.10	Rechnungsprüfung, Revision, RPA, Datenschutz

Beschreibung

Prüfung der Verwaltung einschließlich der Zweckverbände und Eigenbetriebe auf Rechtmäßigkeit, Ordnungsmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit sowie Beratung und Erstellung von Gutachten.
 Die Prüfung der Verwaltungsvorgänge wird anhand der Vorgaben der GO NRW, der GemHVO, der GemKVO, der LHO, der Rechnungsprüfungsordnung und der Dienstanweisung für die Rechnungsprüfung, sowie des Haushaltsplanes und der Bilanz anhand der jährlichen Prüfungsplanung durchgeführt.

Auftrag

GO NRW, GemHVO, LHO, Rechnungsprüfungsordnung, Haushaltsplan, Bilanz

Zielgruppe

Rat und Verwaltung

Ziele

Rechtmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit, Einhaltung des Haushaltsplanes

Kenn- u. Messzahlen

Prüfberichte nach Bedarf Prüfung Bilanz

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	04	Rechnungsprüfung
Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	01.40	Rechnungsprüfung
Produkt	01.40.10	Rechnungsprüfung, Revision, RPA, Datenschutz

Erläuterungen

Die Prüfung der Verwaltungsvorgänge wird nach den Vorgaben der GO NRW, der GemHVO, der GemKVO, der LHO, der Rechnungsprüfungsordnung und der Dienstanweisung für die Rechnungsprüfung sowie des Haushaltsplanes, des Jahresabschlusses und der Bilanz anhand der jährlichen Prüfungsplanung durchgeführt.

Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Der Ertrag entspricht der Kostenerstattung der Stadt Overath für die gemeinsame Rechnungsprüfung gemäß dem Kooperationsvertrag zur Interkommunalen Zusammenarbeit IKZ im Bereich der Rechnungsprüfung.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Sonstige ordentliche Aufwendungen

Aufwendungen für die geplanten externen Prüfungen der Jahresabschlüsse/Schlussbilanzen nach dem NKF.

Geschäftsaufwendungen (Literatur VOB, VOL, VOF, HGB, NKF usw., Informationen und Mitgliedsbeiträge der „Vereinigung der Leiter der Rechnungsprüfungsämter“ VERPA und „Institut der Rechnungsprüfer“ IDR) und Aufwendungen für Aus- und Fortbildung für die Mitarbeiter des Rechnungsprüfungsamtes aufgrund der Annahme von Erfahrungswerten.

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	04	Rechnungsprüfung						
Produktbereich	01	Innere Verwaltung						
Produktgruppe	01.40	Rechnungsprüfung						
Produkt	01.40.10	Rechnungsprüfung, Revision, RPA, Datenschutz						
Teilergebnisplan								
Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen		66.780,84	52.000	48.900	48.900	49.390	49.890	50.390
10 = Ordentliche Erträge		66.780,84	52.000	48.900	48.900	49.390	49.890	50.390
11 - Personalaufwendungen		97.757,74	89.490	77.130	77.130	77.880	78.630	79.390
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		0,00	770	770	770	770	770	770
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen		2.812,27	37.000	48.260	48.260	23.340	23.440	23.540
17 = Ordentliche Aufwendungen		100.570,01	127.260	126.160	126.160	101.990	102.840	103.700
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		-33.789,17	-75.260	-77.260	-77.260	-52.600	-52.950	-53.310
21 = Finanzergebnis		0,00	0	0	0	0	0	0
22 = Ordentliches Ergebnis		-33.789,17	-75.260	-77.260	-77.260	-52.600	-52.950	-53.310
25 = Außerordentliches Ergebnis		0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -		-33.789,17	-75.260	-77.260	-77.260	-52.600	-52.950	-53.310
27 + Erträge aus internen Leistungsbeziehungen		0,00	1.990	1.890	1.910	1.930	1.950	1.970
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen		0,00	23.725	25.200	25.460	25.720	25.980	26.240
29 = Ergebnis		-33.789,17	-96.995	-100.570	-100.810	-76.390	-76.980	-77.580

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	04	Rechnungsprüfung
----------------------	-----------	-------------------------

Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	01.40	Rechnungsprüfung
Produkt	01.40.20	Controlling

Beschreibung

Controlling umfasst die Gesamtheit der verwaltungsinternen Maßnahmen, die der Entscheidungsfindung dienen. Sie sollen Planungen optimieren, Alternativen aufzeigen, Wirtschaftlichkeit, Effizienz und Effektivität anstreben und ausreichende Ressourcen und Handlungsspielräume sichern. Das Bau-Investitions-Controlling BIC begleitet die laufenden Investitionen. Das zentrale Verwaltungs-Controlling und das Bau-Investitions-Controlling wird bedarfsweise entsprechend der Rechnungsprüfungsordnung angewendet.

Auftrag

GO NRW, Richtlinie BIC

Zielgruppe

Rat und Verwaltung

Ziele

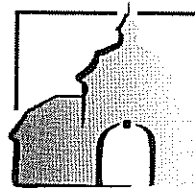
Rechtmäßigkeit, Zweckmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit, Effektivität, Effizienz

Kenn- u. Messzahlen

Berichte nach Bedarf Begleitung der einzelnen Verfahrensschritte der Investitionen

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	04	Rechnungsprüfung					
Produktbereich	01	Innere Verwaltung					
Produktgruppe	01.40	Rechnungsprüfung					
Produkt	01.40.20	Controlling					
Teilergebnisplan							
Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
10 = Ordentliche Erträge	0,00	0	0	0	0	0	0
11 - Personalaufwendungen	46.584,02	37.250	23.730	23.730	23.960	24.190	24.420
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	250	250	250	250	250	250
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	10.000	3.060	3.060	3.040	3.040	3.040
17 = Ordentliche Aufwendungen	46.584,02	47.500	27.040	27.040	27.250	27.480	27.710
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-46.584,02	-47.500	-27.040	-27.040	-27.250	-27.480	-27.710
21 = Finanzergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
22 = Ordentliches Ergebnis	-46.584,02	-47.500	-27.040	-27.040	-27.250	-27.480	-27.710
25 = Außerordentliches Ergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -	-46.584,02	-47.500	-27.040	-27.040	-27.250	-27.480	-27.710
27 + Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	1.990	1.890	1.910	1.930	1.950	1.970
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	23.725	25.200	25.460	25.720	25.980	26.240
29 = Ergebnis	-46.584,02	-69.235	-50.350	-50.590	-51.040	-51.510	-51.980



Budget 05

Fachbereich 1

Personal - Organisation - Zentrale Dienste - Ordnung

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	05	Fachbereich 1							
Teilergebnisplan			Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz	Ansatz	Planungsjahr	Planungsjahr	Planungsjahr
Ertrags- und Aufwandsarten					Haushaltsjahr	Haushaltsjahr	2014	2015	2016
					2012	2013			
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen			0,00	28.000	23.600	23.600	23.600	23.600	23.600
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			293.711,23	232.310	298.140	300.380	306.070	309.080	312.550
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte			6.514,75	14.100	13.100	13.100	13.100	13.100	13.100
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen			133.519,40	130.870	130.120	62.190	71.510	42.850	43.190
7 + Sonstige ordentliche Erträge			73.116,47	68.380	69.820	71.930	73.380	74.880	76.410
10 = Ordentliche Erträge			506.861,85	473.660	534.780	471.200	487.660	463.510	468.850
11 - Personalaufwendungen			1.775.016,72	1.821.910	1.918.040	1.918.040	1.936.980	1.956.130	1.975.420
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			182.184,85	216.780	210.250	201.320	207.740	199.030	200.170
14 - Bilanzielle Abschreibungen			0,00	270.400	278.600	218.200	211.160	196.800	174.500
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen			966.291,01	1.031.190	1.186.530	1.168.320	1.186.120	1.156.460	1.156.840
17 = Ordentliche Aufwendungen			2.923.492,58	3.340.280	3.593.420	3.505.880	3.542.000	3.508.420	3.506.930
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit			-2.416.630,73	-2.866.620	-3.058.640	-3.034.680	-3.054.340	-3.044.910	-3.038.080
21 = Finanzergebnis			0,00	0	0	0	0	0	0
22 = Ordentliches Ergebnis			-2.416.630,73	-2.866.620	-3.058.640	-3.034.680	-3.054.340	-3.044.910	-3.038.080
25 = Außerordentliches Ergebnis			0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -			-2.416.630,73	-2.866.620	-3.058.640	-3.034.680	-3.054.340	-3.044.910	-3.038.080
27 + Erträge aus internen Leistungsbeziehungen			0,00	1.290.035	1.342.890	1.356.350	1.369.940	1.383.630	1.397.470
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			0,00	1.284.185	1.260.790	1.275.960	1.244.360	1.275.480	1.210.840
29 = Ergebnis			-2.416.630,73	-2.860.770	-2.976.540	-2.954.290	-2.928.760	-2.936.760	-2.851.450

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	05	Fachbereich 1							
<u>Teilfinanzplan - Zahlungsübersicht</u>		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Verpfl.- Ermächtigung	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
Ein- und Auszahlungsarten									
Investitionstätigkeit									
Einzahlungen									
18 + Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen		47.159,93	47.000	47.000	47.000	0	47.000	47.000	47.000
19 + Veräußerung von Sachanlagen		11.325,00	7.000	7.000	0	0	0	3.000	3.000
23 = Einzahlungen aus Investitionstätigkeit		58.484,93	54.000	54.000	47.000	0	47.000	50.000	50.000
Auszahlungen									
26 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen		282.609,36	472.000	484.800	336.600	0	681.800	476.700	272.500
28 - Aktivierbare Zuwendungen		0,00	0	0	0	0	0	0	200.000
30 = Auszahlungen aus Investitionstätigkeit		282.609,36	472.000	484.800	336.600	0	681.800	476.700	472.500
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit		-224.124,43	-418.000	-430.800	-289.600	0	-634.800	-426.700	-422.500

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	05	Fachbereich 1
----------------------	-----------	----------------------

Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	01.10	Verwaltungsvorstand
Produkt	01.10.10	Pol. Steuerung u. Verwaltungsführung

Beschreibung

- Erlass und Änderung von Satzungen, Prüfung, Anwendung und Auslegung gesetzlicher Vorschriften - Organisation des Sitzungsdienstes (Einladungen, Niederschriften, Protokollführung, Sitzungsräume) - Abrechnung von Entschädigungen - Anregungen, Beschwerden, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide - amtliche Bekanntmachungen und Pressemitteilungen Aktualisierung und Pflege des Ratsinformationssystems für die Öffentlichkeit - Repräsentationen, Ehrungen und Empfänge - Betreuung Verwaltungsvorstand

Auftrag

Umsetzung der rechtlichen Vorgaben des kommunalen Verfassungsrechts, insbesondere der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW)

Zielgruppe

Bürgerinnen und Bürger, Rats- und Ausschussmitglieder, Verwaltung

Ziele

- Zeit- und fristgerechte Abwicklung von Beschlussvorlagen
- Information der Öffentlichkeit über die Rats- und Ausschussarbeit

Messzahlen

	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012
Ratsmitglieder, sachkundige Bürgerinnen und Bürger	Anzahl	46	46	46
Ratssitzungen	Anzahl	6	6	6
Ausschußsitzungen	Anzahl	40	40	40

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	05	Fachbereich 1
Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	01.10	Verwaltungsvorstand
Produkt	01.10.10	Pol. Steuerung u. Verwaltungsführung

Erläuterungen

16 - Sonstige Ordentliche Aufwendungen

Hierunter fallen sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen, d.h. der Aufwand für Aus- und Fortbildungsmaßnahmen, Reisekosten und ähnliches. Die Geschäftsaufwendungen beinhalten Kosten für Büromaterial, Fachliteratur usw.. Auch die Förderung ehrenamtlicher, politischer Tätigkeit ist in den Aufwendungen enthalten. Ebenso werden Aufwendungen für Repräsentationen, Alters- und Ehejubiläen, Ehrungen abgebildet.

Für die Durchführung von Rats- und Ausschussarbeit sind die Zuwendungen an die Fraktionen enthalten. Für die Versicherung von Ratsmitgliedern sowie für Lohn- und Verdienstaufälle fallen ebenfalls Kosten an.

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1 05 Fachbereich 1

Produktbereich 01 Innere Verwaltung
 Produktgruppe 01.10 Verwaltungsvorstand
 Produkt 01.10.10 Pol. Steuerung u. Verwaltungsführung

Haushaltssicherungskonzept - Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung - Bedingungen, Maßgaben und Auswirkungen

Nr.	Bereich	Konkrete Maßnahmenbeschreibung	Notwendige Verfahrensschritte	Mögliche Auswirkungen
-----	---------	--------------------------------	-------------------------------	-----------------------

1	Zentrale Dienste/ Rats- und Ausschussarbeit		Reduzierung der Fraktionszuwendungen				
	Erläuterungen: Eine Änderung ist in 2011 erfolgt.						
	Maximal erzielbarer Haushaltseffekt/Jahr - Konkrete Auswirkungen auf die Haushalts- und mittelfristige Ergebnisplanung						
	Planungsjahr:	Max.Wert/Jahr	2012	2013	2014	2015	in der vorliegenden Haushaltsplanung bereits berücksichtigt:
	Konsolidierungswert	4.320 €	4.320 €	4.320 €	4.320 €	4.320 €	
	Bisheriger Wert	-	21.600 €	21.600 €	21.600 €	21.600 €	Ja
Neuer Wert	-	17.280 €	17.280 €	17.280 €	17.280 €	X	

2	Rats- und Ausschussarbeit		Bestuhlung Stadtrat / Bestuhlung Ausschüsse		Auftragsvergabe an "Der Sommerberg" AWO			
	Erläuterungen: aus HSK 2010							
	Die Arbeiten werden durch "Der Sommerberg" AWO seit 2011 ausgeführt.							
	Maximal erzielbarer Haushaltseffekt/Jahr - Konkrete Auswirkungen auf die Haushalts- und mittelfristige Ergebnisplanung							
	Planungsjahr:	Max.Wert/Jahr	2012	2013	2014	2015	in der vorliegenden Haushaltsplanung	
	Konsolidierungswert	1.600 €	1.600 €	1.600 €	1.600 €	1.600 €	bereits berücksichtigt:	
Bisheriger Wert	-	5.100 €	5.100 €	5.100 €	5.100 €	Ja	Nein	
Neuer Wert	-	3.500 €	3.500 €	3.500 €	3.500 €	X		

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	05	Fachbereich 1
Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	01.10	Verwaltungsvorstand
Produkt	01.10.10	Pol. Steuerung u. Verwaltungsführung

Haushaltssicherungskonzept - Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung - Bedingungen, Maßgaben und Auswirkungen

Nr.	Bereich	Konkrete Maßnahmenbeschreibung	Notwendige Verfahrensschritte	Mögliche Auswirkungen				
3	Rats- und Ausschussdienst	Personalmaßnahme	Verzicht auf Wiederbesetzung					
	Erläuterungen: aus HSK 2010							
	ATZ; Ablauf der Freistellungsphase 02/2012; anteilige Kosten auch in Produktgruppe 01.50.10							
	Maximal erzielbarer Haushaltseffekt/Jahr - Konkrete Auswirkungen auf die Haushalts- und mittelfristige Ergebnisplanung							
	Planungsjahr:	Max.Wert/Jahr	2012	2013	2014	2015	in der vorliegenden Haushaltsplanung	
	Konsolidierungswert	14.200 €	11.833 €	14.200 €	14.200 €	14.200 €	bereits berücksichtigt:	
	Bisheriger Wert	-	14.200 €	14.200 €	14.200 €	14.200 €	Ja	Nein
Neuer Wert	-	2.367 €	0 €	0 €	0 €	X		

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	05	Fachbereich 1					
Produktbereich	01	Innere Verwaltung					
Produktgruppe	01.10	Verwaltungsvorstand					
Produkt	01.10.10	Pol. Steuerung u. Verwaltungsführung					
Teilergebnisplan							
Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
7 + Sonstige ordentliche Erträge	532,63	0	0	0	0	0	0
10 = Ordentliche Erträge	532,63	0	0	0	0	0	0
11 - Personalaufwendungen	418.137,70	448.020	455.500	455.500	460.030	464.610	469.220
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.210,00	100	100	100	100	100	100
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	271.727,83	301.260	302.140	302.140	302.190	302.250	302.310
17 = Ordentliche Aufwendungen	691.075,53	749.380	757.740	757.740	762.320	766.960	771.630
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-690.542,90	-749.380	-757.740	-757.740	-762.320	-766.960	-771.630
21 = Finanzergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
22 = Ordentliches Ergebnis	-690.542,90	-749.380	-757.740	-757.740	-762.320	-766.960	-771.630
25 = Außerordentliches Ergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -	-690.542,90	-749.380	-757.740	-757.740	-762.320	-766.960	-771.630
27 + Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	7.970	7.580	7.660	7.740	7.820	7.900
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	37.290	37.580	37.880	38.180	38.480	38.780
29 = Ergebnis	-690.542,90	-778.700	-787.740	-787.960	-792.760	-797.620	-802.510

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	05	Fachbereich 1
Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	01.50	Verw. Management/Organisation
Produkt	01.50.10	Organisation und zentrale Dienste

Beschreibung

- Organisation der Verwaltung (Zuständigkeiten der Fachbereiche und Ämter, Handlungsgrundsätze, Regelungen zum allgemeinen Dienstbetrieb und Geschäftsablauf, Organisationsberatungen, Organisationsuntersuchungen) - EDV-Dienstleistungen (Bereitstellung und Betrieb des zentralen Rechners, Benutzerservice, Beratung und Betrieb dezentraler Anwendungen, Anwenderbetreuung) - Zentrale Dienste (Post- und Botendienst, Telefondienste, Informationen von allgemeiner Bedeutung) - Servicedienste (Druckerei, zentrale Beschaffungen, Fuhrparkverwaltung und -management) - Archiv (historisches und Verwaltungsarchiv)

Auftrag

Gesetze, Dienstvereinbarungen, Beschlüsse des Verwaltungsvorstandes

Zielgruppe

Beschäftigte der Stadtverwaltung und - als Serviceleistung - der StadtWerke Rösrath

Ziele

ordnungsgemäßer Ablauf und dauerhafte Sicherstellung des Verwaltungsbetriebes

Kenn- u. Messzahlen

Für 191 Mitarbeiter der Stadtverwaltung Rösrath sind die Dienstleistungen zu erbringen. EDV-Dienstleistungen sowie die Tätigkeiten der Zentralen Dienste werden auch für die 64 Beschäftigten der StadtWerke Rösrath erbracht.

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	05	Fachbereich 1
Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	01.50	Verw. Management/Organisation
Produkt	01.50.10	Organisation und zentrale Dienste

Erläuterungen

Teilergebnisplan

5 - Privatrechtliche Leistungsentgelte

Bei den privatrechtlichen Leistungsentgelten handelt es sich um Erstattungen für Erbringung von Dienstleistungen (Kopien, Vervielfältigungen, Archivnutzung) gegenüber Dritten.

6 - Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um die Erstattung von Verwaltungskosten (VKE) durch die StadtWerke Rösrath (SWR). Die Stadt Rösrath erbringt Dienstleistungen für die SWR im Bereiche Personalservice und -betreuung, bei der Telefonvermittlung, bei der Postannahme, -verteilung und -weiterleitung. Auch Kurier- und Botendienste werden geleistet. Im Bereich der technikunterstützten Informationsverarbeitung ist die Stadt Rösrath im Wege von Daueraufträgen, z.B. für Domänen- und Mailserverarbeiten, und auf Grund von Einzelaufträgen tätig. Wg. Wegfall der Kassengeschäfte durch die Stadtverwaltung Rösrath reduzieren sich die abzurechnenden Leistungen.

Aufwendungen (Büromaterial, Vorhaltung eines Arbeitsplatzes) aus der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Stadt Overath (gemeinsames Rechnungsprüfungsamt) werden erstattet.

13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Hierin werden die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen durch Dritte erfasst. Insbesondere die Kosten für die Haltung von Dienstfahrzeugen der Stadtverwaltung (Leasingraten, Versicherungsbeiträge, Betriebskosten) werden erfasst. Ebenso sind Unterhaltungsmaßnahmen von Gebrauchsgegenständen (z.B. Frankiersystem, Zeitbewirtschaftungssystem, Megamat, Druck- und Kopiersysteme) infolge abgeschlossener Wartungsverträge in den Aufwendungen enthalten.

16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen

Es werden Aufwendungen erfasst, die der laufenden Verwaltungstätigkeit zugeordnet werden können. Veranschlagt sind sämtliche Aufwendungen für Dienst- und Schutzkleidung, Aus- und Fortbildungsmaßnahmen einschl. Reisekosten.

Die laufenden Geschäftsaufwendungen für Porto und Beschaffung von Büromaterial und Verbrauchsgütern werden ebenfalls abgebildet. Telekommunikationskosten und die Aufwendungen für die Vorhaltung der Telefonanlage fallen unter die sonstigen ordentlichen Aufwendungen.

Versicherungen (Haftpflicht-Versicherung, Eigenschaden-Versicherung, Unfall-Versicherung) sind ebenfalls veranschlagt.

Teilfinanzplan

26 - Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen (Ausstattungs-/Vermögensgegenstände)

In 2012 sind für die Neu- bzw. Ersatzbeschaffungen von Büromöbeln, teilweise aufgrund nachgewiesener gesundheitlicher Beeinträchtigungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie für die Erneuerung von Küchenmöbeln im Soziale Raum im 2. OG des Verwaltungsgebäudes „Ratshausplatz“ rd. 16.600 € geplant. Die dringend notwendige Maßnahme konnte 2011 nicht durchgeführt werden.

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	05	Fachbereich 1
Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	01.50	Verw. Management/Organisation
Produkt	01.50.10	Organisation und zentrale Dienste

Haushaltssicherungskonzept - Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung - Bedingungen, Maßgaben und Auswirkungen

Nr.	Bereich	Konkrete Maßnahmenbeschreibung	Notwendige Verfahrensschritte	Mögliche Auswirkungen				
1	Zentrale Dienste	Kündigung aller Schriften der Umlaufmappe						
	<u>Erläuterungen:</u> Soweit möglich, sind Maßnahmen in 2011 durchgeführt worden.							
	Maximal erzielbarer Haushaltseffekt/Jahr - Konkrete Auswirkungen auf die Haushalts- und mittelfristige Ergebnisplanung							
	Planungsjahr:	Max.Wert/Jahr	2012	2013	2014	2015	in der vorliegenden Haushaltsplanung bereits berücksichtigt:	
	Konsolidierungswert	1.020 €	1.020 €	1.020 €	1.020 €	1.020 €		
	Bisheriger Wert	-	34.900 €	34.900 €	34.900 €	34.900 €	Ja	Nein
	Neuer Wert	-	33.880 €	33.880 €	33.880 €	33.880 €	X	
2	Zentrale Dienste	Reduzierung Telefonkosten durch Anbieterwechsel	Anpassung / Kündigung von Verträgen					
	<u>Erläuterungen:</u>							
	Maximal erzielbarer Haushaltseffekt/Jahr - Konkrete Auswirkungen auf die Haushalts- und mittelfristige Ergebnisplanung							
	Planungsjahr:	Max.Wert/Jahr	2012	2013	2014	2015	in der vorliegenden Haushaltsplanung bereits berücksichtigt:	
	Konsolidierungswert	2.600 €	2.600 €	2.600 €	2.600 €	2.600 €		
	Bisheriger Wert	-	22.600 €	22.600 €	22.600 €	22.600 €	Ja	Nein
	Neuer Wert	-	20.000 €	20.000 €	20.000 €	20.000 €	x	

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1 05 Fachbereich 1

Produktbereich 01 Innere Verwaltung
 Produktgruppe 01.50 Verw. Management/Organisation
 Produkt 01.50.10 Organisation und zentrale Dienste

Haushaltssicherungskonzept - Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung - Bedingungen, Maßgaben und Auswirkungen

Nr.	Bereich	Konkrete Maßnahmenbeschreibung	Notwendige Verfahrensschritte	Mögliche Auswirkungen
-----	---------	--------------------------------	-------------------------------	-----------------------

3	Zentrale Dienste		Erhöhung der Anteilsbeträge für Privatgespräche		Vereinbarungen mit dem Verwaltungsvorstand			
	Erläuterungen:							
	Für die private Nutzung von dienstlich zur Verfügung gestellten Mobiltelefonanschlüssen werden pauschal vereinbarte Kostenanteile erstattet.							
	Maximal erzielbarer Haushaltseffekt/Jahr - Konkrete Auswirkungen auf die Haushalts- und mittelfristige Ergebnisplanung							
	Planungsjahr:	Max.Wert/Jahr	2012	2013	2014	2015	in der vorliegenden Haushaltsplanung	
	Konsolidierungswert	100 €	100 €	100 €	100 €	100 €	bereits berücksichtigt:	
Bisheriger Wert	-	2.542 €	2.542 €	2.542 €	2.542 €	Ja	Nein	
Neuer Wert	-	2.642 €	2.642 €	2.642 €	2.642 €	X		

4	Zentrale Dienste/ Rats- und Ausschussarbeit		Änderung des Zustellverfahrens für Sitzungseinladungen				
	<u>Erläuterungen:</u> Die Änderung ist im Jahr 2010 eingeführt worden.						
	Maximal erzielbarer Haushaltseffekt/Jahr - Konkrete Auswirkungen auf die Haushalts- und mittelfristige Ergebnisplanung						
	Planungsjahr:	Max.Wert/Jahr	2012	2013	2014	2015	in der vorliegenden Haushaltsplanung bereits berücksichtigt:
	Konsolidierungswert	3.300 €	3.300 €	3.300 €	3.300 €	3.300 €	
	Bisheriger Wert	-	4.800 €	4.800 €	4.800 €	4.800 €	Ja
Neuer Wert	-	1.500 €	1.500 €	1.500 €	1.500 €	X	

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	05	Fachbereich 1
Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	01.50	Verw. Management/Organisation
Produkt	01.50.10	Organisation und zentrale Dienste

Haushaltssicherungskonzept - Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung - Bedingungen, Maßgaben und Auswirkungen

Nr.	Bereich	Konkrete Maßnahmenbeschreibung		Notwendige Verfahrensschritte		Mögliche Auswirkungen	
5	Zentrale Dienste	Reduzierung Kosten für TK-Anlage		Vertragsverlängerung ab 09/2010			
	<u>Erläuterungen:</u>						
	Vertragsverlängerung mit gleichen Leistungen und kpl. Austausch der Endgeräte bei Reduzierung des mtl. Zu zahlenden Entgeltes hat in 2011 stattgefunden,						
	Maximal erzielbarer Haushaltseffekt/Jahr - Konkrete Auswirkungen auf die Haushalts- und mittelfristige Ergebnisplanung						
	Planungsjahr:	Max.Wert/Jahr	2012	2013	2014	2015	in der vorliegenden Haushaltsplanung bereits berücksichtigt:
	Konsolidierungswert	6.470 €	6.470 €	6.470 €	6.470 €	6.470 €	
Bisheriger Wert	-	28.680 €	28.680 €	28.680 €	28.680 €	Ja	Nein
Neuer Wert	-	22.210 €	22.210 €	22.210 €	22.210 €	x	
6	Organisation/Zentrale Dienste	Verringerung Dienstfahrzeuge		keine Koppelung an Dienststellen /			
	<u>Erläuterungen:</u>						
	auslaufende Leasingverträge werden nur z.T. erneuert; Bildung eines "Fahrzeugpools" für die gesamte Stadtverwaltung; für Mitarbeiter, die ihre Privat-Kfz. für Dienstreisen einsetzen, sind Reisekosten nach LRKG zu zahlen						
	Maximal erzielbarer Haushaltseffekt/Jahr - Konkrete Auswirkungen auf die Haushalts- und mittelfristige Ergebnisplanung						
	Planungsjahr:	Max.Wert/Jahr	2012	2013	2014	2015	in der vorliegenden Haushaltsplanung bereits berücksichtigt:
	Konsolidierungswert	3.000 €	3.000 €	3.000 €	3.000 €	3.000 €	
Bisheriger Wert	-	12.400 €	12.400 €	12.400 €	12.400 €	Ja	Nein
Neuer Wert	-	9.400 €	9.400 €	9.400 €	9.400 €	X	

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	05	Fachbereich 1
Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	01.50	Verw. Management/Organisation
Produkt	01.50.10	Organisation und zentrale Dienste

Haushaltssicherungskonzept - Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung - Bedingungen, Maßgaben und Auswirkungen

Nr.	Bereich	Konkrete Maßnahmenbeschreibung	Notwendige Verfahrensschritte	Mögliche Auswirkungen
-----	---------	--------------------------------	-------------------------------	-----------------------

7	Aufwand		Personalmaßnahme		Verzicht auf Wiederbesetzung			
	Erläuterungen:							
	ATZ; Ablauf der Freistellungsphase 02/2012; anteilige Kosten auch in Produktgruppe 01.10.10							
	Maximal erzielbarer Haushaltseffekt/Jahr - Konkrete Auswirkungen auf die Haushalts- und mittelfristige Ergebnisplanung							
	Planungsjahr:	Max.Wert/Jahr	2012	2013	2014	2015	in der vorliegenden Haushaltsplanung	
	Konsolidierungswert	21.300 €	17.750 €	21.300 €	21.300 €	21.300 €	bereits berücksichtigt:	
	Bisheriger Wert	-	21.300 €	21.300 €	21.300 €	21.300 €	Ja	Nein
Neuer Wert	-	3.550 €	0 €	0 €	0 €	X		

8	Aufwand		Personalmaßnahme		Verzicht auf Wiederbesetzung			
	<u>Erläuterungen:</u>							
	ATZ; Ablauf der Freistellungsphase 12/2012; anteilige Kosten auch in Produktgruppe 03.10.10							
	Maximal erzielbarer Haushaltseffekt/Jahr - Konkrete Auswirkungen auf die Haushalts- und mittelfristige Ergebnisplanung							
	Planungsjahr:	Max.Wert/Jahr	2012	201	2014	2015	in der vorliegenden Haushaltsplanung	
	Konsolidierungswert	4.740 €	375 €	4.740 €	4.740 €	4.740 €	bereits berücksichtigt:	
	Bisheriger Wert	-	4.740 €	4.740 €	4.740 €	4.740 €	Ja	Nein
	Neuer Wert	-	4.365 €	0 €	0 €	0 €	X	

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	05	Fachbereich 1					
Produktbereich	01	Innere Verwaltung					
Produktgruppe	01.50	Verw. Management/Organisation					
Produkt	01.50.10	Organisation und zentrale Dienste					
Teilergebnisplan							
Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	2.566,72	0	0	0	0	0	0
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	105.627,27	123.500	107.440	35.450	35.700	35.970	36.240
10 = Ordentliche Erträge	108.193,99	123.500	107.440	35.450	35.700	35.970	36.240
11 - Personalaufwendungen	438.387,61	431.570	436.930	436.930	441.270	445.660	450.080
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	42.889,95	71.000	54.500	51.000	51.370	51.740	52.110
14 - Bilanzielle Abschreibungen	0,00	119.800	108.900	106.300	99.260	85.200	78.600
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	389.640,60	427.440	459.200	453.500	455.410	457.400	459.410
17 = Ordentliche Aufwendungen	870.918,16	1.049.810	1.059.530	1.047.730	1.047.310	1.040.000	1.040.200
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-762.724,17	-926.310	-952.090	-1.012.280	-1.011.610	-1.004.030	-1.003.960
21 = Finanzergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
22 = Ordentliches Ergebnis	-762.724,17	-926.310	-952.090	-1.012.280	-1.011.610	-1.004.030	-1.003.960
25 = Außerordentliches Ergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -	-762.724,17	-926.310	-952.090	-1.012.280	-1.011.610	-1.004.030	-1.003.960
27 + Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	1.282.065	1.335.310	1.348.690	1.362.200	1.375.810	1.389.570
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	980.200	924.150	935.550	907.460	932.390	876.430
29 = Ergebnis	-762.724,17	-624.445	-540.930	-599.140	-556.870	-560.610	-490.820

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	05	Fachbereich 1								
Produktbereich	01	Innere Verwaltung								
Produktgruppe	01.50	Verw. Management/Organisation								
Produkt	01.50.10	Organisation und zentrale Dienste								
<u>Teilfinanzplan - Zahlungsübersicht</u>			Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Verpfl.- Ermächtigung	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
Ein- und Auszahlungsarten										
Investitionstätigkeit										
Einzahlungen										
23 = Einzahlungen aus Investitionstätigkeit			0,00	0	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen										
26 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen			52.998,36	212.000	74.800	62.500	0	52.500	62.500	56.500
30 = Auszahlungen aus Investitionstätigkeit			52.998,36	212.000	74.800	62.500	0	52.500	62.500	56.500
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit			-52.998,36	-212.000	-74.800	-62.500	0	-52.500	-62.500	-56.500

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	05	Fachbereich 1							
Produktbereich	01	Innere Verwaltung							
Produktgruppe	01.50	Verw. Management/Organisation							
Produkt	01.50.10	Organisation und zentrale Dienste							
<u>Teilfinanzplan - einzelne Investitionsmaßnahmen</u>									
Investitionsmaßnahmen oberhalb der Wertgrenze	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Verpfl.- Ermächtigung	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016	Bisher bereitgestellt
4000 Geringwertige Wirtschaftsgüter									
26 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	3.042,89	10.000	7.500	6.500	0	7.500	7.500	6.500	-1.153
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	-3.042,89	-10.000	-7.500	-6.500	0	-7.500	-7.500	-6.500	1.153
4100 Ausstattungs- /Vermögensgegenstände									
26 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	44.124,47	202.000	67.300	56.000	0	45.000	55.000	50.000	-25.345
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	-44.124,47	-202.000	-67.300	-56.000	0	-45.000	-55.000	-50.000	25.345
4101 EDV NKF									
26 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	5.831,00	0	0	0	0	0	0	0	0
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	-5.831,00	0	0	0	0	0	0	0	0

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	05	Fachbereich 1
Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	01.50	Verw. Management/Organisation
Produkt	01.50.20	Personalservice

Beschreibung

- Personalverwaltung (Stellenausschreibungen, Beteiligungsverfahren, Einstellungen, Besoldungs- und Gehaltszahlungen, Beihilfen, Kindergeldkasse, dienst- und arbeitsrechtliche Maßnahmen) - Personalentwicklung (Ausbildung, Weiterbildung, Beurteilungen) - Personalplanung (künftiger Personalbedarf, Stellenplan, Stellenbewertungen, Optimierung der Personalkosten) - Sicherheitstechnischer und arbeitsmedizinischer Dienst - Betreuung aller Beschäftigten der Stadtverwaltung und der StadtWerke Rösrath
 - Abwicklung des gesamten Personalservice für die StadtWerke Rösrath

Auftrag

Gesetze, Tarifverträge, Verordnungen, Richtlinien, Gemeindeordnung, Hauptsatzung, Ratsbeschlüsse

Zielgruppe

Alle Beschäftigte der Stadtverwaltung, Personalrat, Gleichstellungsbeauftragte, Stadtrat

Ziele

- Bereitstellung des erforderlichen Personals - besoldungs- und tarifgerechte Eingruppierung und Aufgabenzuweisung der Beschäftigten

Messzahlen

	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012
Mitarbeiter (gesamt)	Anzahl	187	188	191
Beamte	Anzahl	33	33	33
Beschäftigte	Anzahl	146	141	146
Dienstkräfte in der Probe- und Ausbildungszeit	Anzahl	14	8	12
Beschäftigte der Stadtwerke Rösrath	Anzahl	62	63	64

Erläuterungen

16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen

Hierunter fallen Aufwendungen für Aus- und Fortbildung der im Produkt tätigen Mitarbeiter und insbesondere die Auszubildenden sowie allgemeine Geschäftsausgaben für den laufenden Betrieb.

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1 05 Fachbereich 1

Produktbereich 01 Innere Verwaltung
 Produktgruppe 01.50 Verw. Management/Organisation
 Produkt 01.50.20 Personalservice

<u>Teilergebnisplan</u>	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
Ertrags- und Aufwandsarten							
10 = Ordentliche Erträge	0,00	0	0	0	0	0	0
11 - Personalaufwendungen	324.292,76	320.090	379.440	379.440	383.210	387.020	390.860
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	12.571,66	9.800	15.200	15.200	15.150	15.160	15.170
17 = Ordentliche Aufwendungen	336.864,42	329.890	394.640	394.640	398.360	402.180	406.030
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-336.864,42	-329.890	-394.640	-394.640	-398.360	-402.180	-406.030
21 = Finanzergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
22 = Ordentliches Ergebnis	-336.864,42	-329.890	-394.640	-394.640	-398.360	-402.180	-406.030
25 = Außerordentliches Ergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -	-336.864,42	-329.890	-394.640	-394.640	-398.360	-402.180	-406.030
29 = Ergebnis	-336.864,42	-329.890	-394.640	-394.640	-398.360	-402.180	-406.030

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	05	Fachbereich 1
Produktbereich	02	Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	02.10	Sicherheit und Ordnung
Produkt	02.10.10	Schutz von Leben u. Gesundheit

Beschreibung

Hier werden Aufgaben zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung wahrgenommen. Hierzu zählen insbesondere: allgemeine Gefahrenabwehr, Einleitung und Durchführung von Ordnungswidrigkeitenverfahren und die in diesem Zusammenhang anfallenden Verwaltungs-/Bußgeldverfahren bis hin zu gerichtlichen Entscheidung, Erlaubnisse für besondere Veranstaltungen, Gestattungen, Marktfestsetzungen, verkaufsoffene Sonntage, Wochenmärkte, traditionelle Feste und sonstige Veranstaltungen.

Auftrag

OBG, Ordnungswidrigkeitengesetz, Landeshundegesetz, Sonn- und Feiertagsgesetz, Psych KG, JuSchG, OBV, Tierseuchengesetz, Tierische Nebenprodukt-Beseitigungsgesetz, LImSchG, BestG, SprengG, IfSchG, KrW/AbfG, LÖG, NiSchG

Zielgruppe

Alle Bürger und Einwohner der Stadt Rösrath

Ziele

Zahl der ordnungs- und gefahrenabwehrrechtlichen Verfahren durch vorausschauende und rechtzeitige Überwachung und persönliche Ansprache der Betroffenen/Beteiligten zu reduzieren

Messzahlen

	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012
ordnungsbehördliche Bestattungen	Anzahl	5	5	5
Zwangseinweisungen	Anzahl	6	6	6

Erläuterungen

Erträge aus Gebühren für Dienstleistungen des Ordnungsamtes und der örtlichen Straßenverkehrsbehörde (verkehrsrechtliche Anordnungen, Genehmigungen, etc.). Kostenersatz von Erstattungspflichtigen für Maßnahmen des Ordnungsamtes.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Rahmen der Durchführung von ordnungsbehördlichen Maßnahmen (Bestattungen, Fundsachen, etc.). Erstattungen an die SWR, sowie **sonstige ordentliche Aufwendungen** für Aus- und Fortbildung, Reisekosten und Geschäftsaufwendungen.

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	05	Fachbereich 1					
Produktbereich	02	Sicherheit und Ordnung					
Produktgruppe	02.10	Sicherheit und Ordnung					
Produkt	02.10.10	Schutz von Leben u. Gesundheit					
Teilergebnisplan							
Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	38.752,56	25.540	26.040	26.550	27.090	27.370	27.650
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	2.047,03	10.100	8.100	8.100	8.100	8.100	8.100
7 + Sonstige ordentliche Erträge	1.388,00	0	0	0	0	0	0
10 = Ordentliche Erträge	42.187,59	35.640	34.140	34.650	35.190	35.470	35.750
11 - Personalaufwendungen	101.164,65	133.170	109.990	109.990	111.060	112.140	113.230
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	19.149,93	29.570	29.000	29.000	29.070	29.070	28.990
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	10.238,63	17.920	21.000	20.900	20.960	21.030	21.100
17 = Ordentliche Aufwendungen	130.553,21	180.660	159.990	159.890	161.090	162.240	163.320
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-88.365,62	-145.020	-125.850	-125.240	-125.900	-126.770	-127.570
21 = Finanzergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
22 = Ordentliches Ergebnis	-88.365,62	-145.020	-125.850	-125.240	-125.900	-126.770	-127.570
25 = Außerordentliches Ergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -	-88.365,62	-145.020	-125.850	-125.240	-125.900	-126.770	-127.570
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	88.055	92.990	93.920	94.860	95.800	96.760
29 = Ergebnis	-88.365,62	-233.075	-218.840	-219.160	-220.760	-222.570	-224.330

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	05	Fachbereich 1
---------------	----	---------------

Produktbereich	02	Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	02.10	Sicherheit und Ordnung
Produkt	02.10.20	Verkehrssicherheit

Beschreibung

Örtliche Straßenverkehrsbehörde, verkehrsregelnde und -lenkende Maßnahmen, Überwachung der Straßenverkehrssicherheit, Genehmigung von Sondernutzungen, Genehmigungen und Anordnung von Verkehrszeichen, Entfernen von Kraftfahrzeugen aus dem öffentlichen Verkehrsraum sowie sämtliche Maßnahmen zur Gefahrenabwehr. Überwachung des ruhenden Verkehrs. Durchführung von Verkehrsschauen und Bahnschauen.

Auftrag

StVG, StVO, OWiG, StrWG NW, Ortsrecht, StrVZO, LabfG, KrW-/AbfG

Zielgruppe

Verkehrsteilnehmer und Einwohner im Stadtgebiet

Ziele

Die Sicherheit und Leichtigkeit im Straßenverkehr gewährleisten und die ständige Verbesserung durch intensive Zusammenarbeit mit Polizei, gemeindlichen und übergeordneten Dienststellen gewährleisten.

Kenn- u. Messzahlen

- Anzahl der Bußgelder

Messzahlen

	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012
Anzahl der Sondernutzungen	Anzahl	175	170	175
Anzahl der verkehrsrechtlichen Anordnungen	Anzahl	417	420	420
Anzahl der Verwarnungen (inkl. Bußgelder und Kostenbescheide)	Anzahl	5.247	5.200	5.200

Erläuterungen

Leistungsentgelte für Sondernutzungen und Einnahmen aus Buß- und Verwarngeldern.

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	05	Fachbereich 1
---------------	----	---------------

Produktbereich	02	Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	02.10	Sicherheit und Ordnung
Produkt	02.10.20	Verkehrssicherheit

Haushaltssicherungskonzept - Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung - Bedingungen, Maßgaben und Auswirkungen

Nr.	Bereich	Konkrete Maßnahmenbeschreibung	Notwendige Verfahrensschritte	Mögliche Auswirkungen
-----	---------	--------------------------------	-------------------------------	-----------------------

1	Überwachung ruhender Verkehr		Personalmaßnahme		Verzicht auf Wiederbesetzung		Einbußen bei Quantität und Qualität sind nicht auszuschließen.	
	Erläuterungen:							
	ATZ; Ablauf der Freistellungsphase 08/2013							
	Maximal erzielbarer Haushaltseffekt/Jahr - Konkrete Auswirkungen auf die Haushalts- und mittelfristige Ergebnisplanung							
	Planungsjahr:	Max.Wert/Jahr	2012	2013	2014	2015	in der vorliegenden Haushaltsplanung	
	Konsolidierungswert	12.600 €	0 €	9.500 €	12.600 €	12.600 €	bereits berücksichtigt:	
Bisheriger Wert	-	12.600 €	12.600 €	12.600 €	12.600 €	Ja	Nein	
Neuer Wert	-	12.600 €	3.100 €	0 €	0 €	x		

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1 05 Fachbereich 1

Produktbereich 02 Sicherheit und Ordnung
 Produktgruppe 02.10 Sicherheit und Ordnung
 Produkt 02.10.20 Verkehrssicherheit

<u>Teilergebnisplan</u>	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
Ertrags- und Aufwandsarten							
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	17.990,04	11.020	11.240	11.460	11.690	11.810	11.930
7 + Sonstige ordentliche Erträge	66.837,60	67.880	69.220	70.930	72.360	73.820	75.310
10 = Ordentliche Erträge	84.827,64	78.900	80.460	82.390	84.050	85.630	87.240
11 - Personalaufwendungen	131.066,16	112.170	146.790	146.790	148.230	149.700	151.180
17 = Ordentliche Aufwendungen	131.066,16	112.170	146.790	146.790	148.230	149.700	151.180
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-46.238,52	-33.270	-66.330	-64.400	-64.180	-64.070	-63.940
21 = Finanzergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
22 = Ordentliches Ergebnis	-46.238,52	-33.270	-66.330	-64.400	-64.180	-64.070	-63.940
25 = Außerordentliches Ergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -	-46.238,52	-33.270	-66.330	-64.400	-64.180	-64.070	-63.940
29 = Ergebnis	-46.238,52	-33.270	-66.330	-64.400	-64.180	-64.070	-63.940

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	05	Fachbereich 1
Produktbereich	02	Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	02.10	Sicherheit und Ordnung
Produkt	02.10.30	Feuer-, Zivil- u. Katastrophenschutz

Beschreibung

Die Gefahrenabwehr bei Bränden, Hilfeleistungen und Katastrophen wird durch die ehrenamtlich tätigen Feuerwehr sichergestellt. Unterhaltung und Sicherstellung einer leistungsfähigen Feuerwehr, vorbeugender Brandschutz, Hilfe bei Bränden, Unfällen und öffentlichen Notständen.

Auftrag

Gesetz über den Feuerschutz und die Hilfeleistung (FSHG), Feuerwehrdienstvorschriften (FwDV), UVV-Feuerwehren, BauO NRW, örtliche Satzungen; Marketingkonzept zur Mitgliedergewinnung und Nachwuchsförderung bei der Feuerwehr Rösrath.

Zielgruppe

Gefährdete Personen und die Eigentümer von durch Bränden gefährdete Tiere, Gegenstände und Immobilien sowie die Allgemeinheit unter dem Aspekt des Umweltschutzes und des Schutzes von Kulturgütern.

Ziele

Feuer- und Katastrophenschutz sowie Hilfeleistungen werden unter Beibehaltung der bisher erreichten Standards, sowohl in Hinsicht auf die Personalstärke als auch den Fahrzeugbestand sichergestellt. Die Einhaltung vorgegebener Hilfsfristen ist bei allen Einsätzen anzustreben.

Kenn- u. Messzahlen

- Anzahl der Einsätze
- Anzahl der Mitglieder
- Anzahl der Übungen

Erläuterungen

Erträge aus Benutzungsgebühren und Kostenerstattungen des Landes.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, wie Haltung von Fahrzeugen, Alarm- und Fernsprechanlagen, sächliche Ausrüstung usw.

Ordentliche Aufwendungen für Dienst- und Schutzkleidung, Aus- und Fortbildung, erhöhte (erstmalige) Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Umsetzung des Konzeptes zur Mitgliedergewinnung und Nachwuchsförderung bei der Feuerwehr, Geschäftsaufwendungen.

Enthalten sind weiterhin die Investitionskosten für bewegliches Anlagevermögen, hier insbesondere die Kosten für die Beschaffung eines HLF 10/6 für die Löschgruppe Forsbach und die Kosten für die Alarmierung der Bevölkerung (erste Ausbaustufe der Sirenenalarmierung). Die Umsetzung der ersten Ausbaustufe war für das Jahr 2011 geplant, musste aber wg. Klärungsbedarf (mit dem Rhein.-Berg. Kreis und den übrigen kreisangehörigen Kommunen) verschoben werden.

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1 05 Fachbereich 1

Produktbereich 02 Sicherheit und Ordnung
 Produktgruppe 02.10 Sicherheit und Ordnung
 Produkt 02.10.30 Feuer-, Zivil- u. Katastrophenschutz

<u>Teilergebnisplan</u>							
Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	28.000	23.600	23.600	23.600	23.600	23.600
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	23.915,29	18.180	18.360	18.540	18.730	18.920	19.110
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	12.298,23	7.370	6.680	6.740	6.810	6.880	6.950
7 + Sonstige ordentliche Erträge	1.649,24	0	0	0	0	0	0
10 = Ordentliche Erträge	37.862,76	55.550	50.640	50.880	51.140	51.400	51.660
11 - Personalaufwendungen	55.747,00	53.550	60.580	60.580	61.160	61.750	62.340
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	86.570,67	83.010	88.650	84.220	85.040	85.800	86.490
14 - Bilanzielle Abschreibungen	0,00	150.600	169.700	111.900	111.900	111.600	95.900
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	161.278,93	181.470	201.090	191.130	191.180	191.570	188.980
17 = Ordentliche Aufwendungen	303.596,60	468.630	520.020	447.830	449.280	450.720	433.710
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-265.733,84	-413.080	-469.380	-396.950	-398.140	-399.320	-382.050
21 = Finanzergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
22 = Ordentliches Ergebnis	-265.733,84	-413.080	-469.380	-396.950	-398.140	-399.320	-382.050
25 = Außerordentliches Ergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -	-265.733,84	-413.080	-469.380	-396.950	-398.140	-399.320	-382.050
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	115.500	142.300	144.200	138.800	143.100	132.500
29 = Ergebnis	-265.733,84	-528.580	-611.680	-541.150	-536.940	-542.420	-514.550

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1 05 Fachbereich 1

Produktbereich 02 Sicherheit und Ordnung
 Produktgruppe 02.10 Sicherheit und Ordnung
 Produkt 02.10.30 Feuer-, Zivil- u. Katastrophenschutz

<u>Teilfinanzplan - Zahlungsübersicht</u>		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Verpfl.- Ermächtigung	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
Ein- und Auszahlungsarten									
Investitionstätigkeit									
Einzahlungen									
18 + Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen		47.159,93	47.000	47.000	47.000	0	47.000	47.000	47.000
19 + Veräußerung von Sachanlagen		11.325,00	7.000	7.000	0	0	0	3.000	3.000
23 = Einzahlungen aus Investitionstätigkeit		58.484,93	54.000	54.000	47.000	0	47.000	50.000	50.000
Auszahlungen									
26 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen		229.611,00	260.000	410.000	274.100	0	629.300	414.200	216.000
28 - Aktivierbare Zuwendungen		0,00	0	0	0	0	0	0	200.000
30 = Auszahlungen aus Investitionstätigkeit		229.611,00	260.000	410.000	274.100	0	629.300	414.200	416.000
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit		-171.126,07	-206.000	-356.000	-227.100	0	-582.300	-364.200	-366.000

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	05	Fachbereich 1
Produktbereich	02	Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	02.10	Sicherheit und Ordnung
Produkt	02.10.30	Feuer-, Zivil- u. Katastrophenschutz

<u>Teilfinanzplan - einzelne Investitionsmaßnahmen</u>	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Verpfl.- Ermächtigung	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016	Bisher bereitgestellt
Investitionsmaßnahmen oberhalb der Wertgrenze									
4000 Geringwertige Wirtschaftsgüter									
26 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	6.632,20	7.000	7.000	7.000	0	7.500	8.000	8.000	-4.065
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	-6.632,20	-7.000	-7.000	-7.000	0	-7.500	-8.000	-8.000	4.065
4130 Feuerwehrfahrzeuge /-ausrüstung									
18 + Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	47.159,93	47.000	47.000	47.000	0	47.000	47.000	47.000	47.610
19 + Veräußerung von Sachanlagen	11.325,00	7.000	7.000	0	0	0	3.000	3.000	0
26 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	222.978,80	170.000	320.000	267.100	0	536.800	406.200	208.000	-115.101
28 - Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0	0	0	0	0	0	200.000	0
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	-164.493,87	-116.000	-266.000	-220.100	0	-489.800	-356.200	-358.000	162.711
4140 Sirenenanlagen									
26 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	83.000	83.000	0	0	85.000	0	0	0
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	0,00	-83.000	-83.000	0	0	-85.000	0	0	0

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	05	Fachbereich 1
---------------	----	---------------

Produktbereich	02	Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	02.10	Sicherheit und Ordnung
Produkt	02.10.40	Gewerbeüberwachung

Beschreibung

Bearbeitung der Angelegenheiten erlaubnisfreier und erlaubnispflichtiger Betriebe; Gaststättenangelegenheiten; Führung und Pflege Gewerberegister, Auskünfte Gewerberegister; Erlaubnisse für besondere Veranstaltungen, Gestattungen, Marktfestsetzungen, verkaufsoffene Sonntage, Wochenmarkt, Ordnungswidrigkeits- und Verwaltungsverfahren.

Auftrag

Umsetzung Bundes- und Landesgesetze sowie Nebengesetze

Zielgruppe

Gewerbetreibende und Verbraucher, Auskunftssuchende, Behörden und Institutionen

Ziele

Größtmögliche Einhaltung und Durchsetzung der gewerberechtlichen Vorschriften einschl. der Nebengesetze (z. B. Landesimmissionsschutzgesetz, Jugendschutzgesetz); Unterstützung der Gewerbetreibenden.

Messzahlen

	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012
Gewerbeanmeldungen	Anzahl	203	205	180
Gewerbeummeldungen	Anzahl	91	69	117
Gewerbeabmeldungen	Anzahl	312	163	325
Gaststättenerlaubnisse	Anzahl	9	10	6
Gestattungen	Anzahl	62	70	70

Erläuterungen

Erträge aus Gewerbean- und ummeldungen; Gewerbeabmeldungen sind gebührenfrei. Konzessionierung von Gaststätten. Die Allgemeine Verwaltungsgebührenordnung für das Land NRW ist geändert worden. Dies führt zu einer drastischen Senkung der Einnahmen.

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1 05 Fachbereich 1

Produktbereich 02 Sicherheit und Ordnung
 Produktgruppe 02.10 Sicherheit und Ordnung
 Produkt 02.10.40 Gewerbeüberwachung

Teilergebnisplan							
Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	24.315,02	20.000	13.000	13.000	13.260	13.400	13.540
7 + Sonstige ordentliche Erträge	2.582,00	0	500	500	510	530	550
10 = Ordentliche Erträge	26.897,02	20.000	13.500	13.500	13.770	13.930	14.090
11 - Personalaufwendungen	28.765,09	31.530	33.350	33.350	33.680	34.010	34.340
17 = Ordentliche Aufwendungen	28.765,09	31.530	33.350	33.350	33.680	34.010	34.340
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-1.868,07	-11.530	-19.850	-19.850	-19.910	-20.080	-20.250
21 = Finanzergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
22 = Ordentliches Ergebnis	-1.868,07	-11.530	-19.850	-19.850	-19.910	-20.080	-20.250
25 = Außerordentliches Ergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -	-1.868,07	-11.530	-19.850	-19.850	-19.910	-20.080	-20.250
29 = Ergebnis	-1.868,07	-11.530	-19.850	-19.850	-19.910	-20.080	-20.250

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	05	Fachbereich 1
Produktbereich	02	Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	02.20	Einwohnermeldewesen
Produkt	02.20.10	Meldeangelegenheiten

Beschreibung

- Verarbeitung aller melderechtlich und passrechtlich relevanten Vorgänge, Beratung der Pass- und Meldepflichtigen, Ausstellen / Beantragen von Bescheinigungen, Auskünften etc. - Bearbeitung aller KFZ-Zulassungsangelegenheiten - Annahme und Vorprüfung von Anträgen auf Aufenthaltserlaubnissen ausländischer Bürger und Führerscheinanträgen - Führen des Fundbüros - Ausfertigung von Schwerbehinderten-Parkausweisen, Verlängerung von Schwerbehindertenausweisen - Ausfertigung von Untersuchungsberechtigungsscheinen - Ausfertigung von Fischereischeinen, Annahme von Hundean-/abmeldungen, Ausgabe von Hundemarken - zentrale Anlaufstelle für Bürger - Erstellen von Statistiken für andere Fachbereiche und Institutionen

Auftrag

Pass- und Personalausweisgesetz incl. Verordnungen und Ausführungsgesetze, Meldegesezte, Fahrzeugzulassungsverordnung, Straßenverkehrszulassungsverordnung, Straßenverkehrsordnung, Einkommensteuergesetz incl. Verordnungen und Hinweisen, Abgabenordnung, Bundeszentralregistergesetz, Verwaltungsverfahrensgesetz, Landesfischereigesetz, Verwaltungsgebührenordnung, Verwaltungsvollstreckungsgesetz, Jugendarbeitsschutzgesetz, Wehrpflichtgesetz, div. Erlasse und Verordnungen, Arbeitsanweisungen der Ausländerbehörde RBK, der Führerscheinstelle RBK, des Versorgungsamtes, Satzungen der Stadt Rösrath

Zielgruppe

- Bürger der Stadt Rösrath
- andere Behörden
- andere Fachbereiche
- Anfragende

Ziele

Registrierung der Einwohner zu Feststellung und Nachweis der Identität und der Wohnung; Versorgung der Deutschen mit Personaldokumenten und benötigten amtlichen Bescheinigungen / Dokumenten; Versorgung der Einwohner mit Lohnsteuerkarten; Verwaltung der Fundsachen; Meldung der Wehrpflichtigen; Bereitstellen von Auskunft-, Beratungs- und weiteren Serviceleistungen als zentrale (örtliche) Anlaufstelle für die Einwohner; Bearbeitung von Zulassungsangelegenheiten als Außenstelle der Zulassungsstelle des RBK

Kenn- u. Messzahlen

Kosten und Einnahmen je Dokument (29,80 € Personalausweis, 59,00 € Reisepasse, 13,00 € Kinderreisepass), Bescheinigung, erbrachter Serviceleistung;

Messzahlen

	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012
Anzahl der Anmeldungen	Anzahl	1.692	1.513	1.500
Anzahl der Ummeldungen	Anzahl	1.359	1.180	1.180
Anzahl der Abmeldungen	Anzahl	1.420	1.440	1.440
Ausländerquote	Anzahl	1.848	1.886	1.886

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	05	Fachbereich 1
Produktbereich	02	Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	02.20	Einwohnermeldewesen
Produkt	02.20.10	Meldeangelegenheiten

Erläuterungen

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte:

Diese Einnahmen beinhalten:

im Pass- und Meldewesen:

- Gebühren für Personaldokumente
- Gebühren für Melderegisteranfragen
- Gebühren für Bescheinigungen / Anträge
- Gebühren für Führerscheinanträge
- Gebühren für die Aufbewahrung von Fundsachen
- Gebühren für Fischereischeine
- Gebühren für Ersatz-Hundemarken

Bußgeld bei unterlassener An-, Ab- oder Ummeldung

im Zulassungswesen:

Gebühren für Vorgänge der KFZ-Zulassungsstelle

Sonstige ordentliche Aufwendungen:

diese Aufwendungen beinhalten:

an die Bundesdruckerei zu entrichtende Kosten für Personaldokumente

Zusätzliche Erläuterungen:

Zum 1. November 2011 wurde der neue Personalausweis eingeführt, (jetzt 29,80 € statt bisher 8,00 €). Dies führt zu Mehreinnahmen, aber auch zu erheblichen Mehrausgaben. Zu jedem Personalausweis muss eine Infobroschüre herausgegeben werden, dies führt zu zusätzlichen Kosten. Es werden neue Siegel erforderlich aufgrund des kleinen neuen Personalausweises.

Für 2011 soll im Bereich Meso die e-Akte eingeführt werden, dieses Programm ist eine erhebliche Arbeitserleichterung für das Bürgerbüro.

Es werden neue Scanner und Drucker im Bürgerbüro benötigt.

In 2012 soll es ein neues Meldegesetz geben, dies führt zu zusätzlichem Schulungsbedarf.

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	05	Fachbereich 1					
Produktbereich	02	Sicherheit und Ordnung					
Produktgruppe	02.20	Einwohnermeldewesen					
Produkt	02.20.10	Meldeangelegenheiten					
Teilergebnisplan							
Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	159.805,32	130.000	200.000	200.000	204.000	206.040	208.110
7 + Sonstige ordentliche Erträge	127,00	500	100	500	510	530	550
10 = Ordentliche Erträge	159.932,32	130.500	200.100	200.500	204.510	206.570	208.660
11 - Personalaufwendungen	209.639,85	228.830	238.550	238.550	240.910	243.290	245.690
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	26.019,86	30.600	29.500	29.500	29.640	29.780	29.920
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	98.823,29	88.000	165.000	163.010	163.810	164.620	165.430
17 = Ordentliche Aufwendungen	334.483,00	347.430	433.050	431.060	434.360	437.690	441.040
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-174.550,68	-216.930	-232.950	-230.560	-229.850	-231.120	-232.380
21 = Finanzergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
22 = Ordentliches Ergebnis	-174.550,68	-216.930	-232.950	-230.560	-229.850	-231.120	-232.380
25 = Außerordentliches Ergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -	-174.550,68	-216.930	-232.950	-230.560	-229.850	-231.120	-232.380
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	50.735	51.240	51.750	52.270	52.790	53.320
29 = Ergebnis	-174.550,68	-267.665	-284.190	-282.310	-282.120	-283.910	-285.700

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	05	Fachbereich 1
----------------------	-----------	----------------------

Produktbereich	02	Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	02.20	Einwohnermeldewesen
Produkt	02.20.20	Wahlen

Beschreibung

Vorbereitung und Durchführung von Wahlen und Abstimmungen. Durchführung von Europa-, Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie sonstigen Abstimmungen/ Listenerstellungen bzw. -prüfungen (Volksbegehren, Volksentscheide, Volksinitiativen, Bürgerbegehren, Bürgerentscheide, ehrenamtliche Richter).

Auftrag

Wahlgesetze, Gemeindeordnung, Gerichtsverfassungsgesetz, städt. Satzungen

Zielgruppe

Wahlberechtigte, Wahlbehörden, Parteien und Kandidaten, Bürger der Stadt Rösrath

Ziele

Rechtmäßige Durchführung von Wahlen und Abstimmungen. Wahleinsprüche verhindern.

Kenn- u. Messzahlen

- Anzahl der Wahlberechtigten
- Anzahl der Briefwähler
- Anzahl der Wahlen / Abstimmungen

Erläuterungen

Einnahmen aus der Erstattung von Wahlkosten für die Landratswahl 2011.

In 2012 sind zudem die aufgrund der Neuwahl des Landtages anfallenden Erträge und Aufwendungen zu berücksichtigen.

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1 05 Fachbereich 1

Produktbereich 02 Sicherheit und Ordnung
 Produktgruppe 02.20 Einwohnermeldewesen
 Produkt 02.20.20 Wahlen

<u>Teilergebnisplan</u>	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
Ertrags- und Aufwandsarten							
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	15.593,90	0	16.000	20.000	29.000	0	0
10 = Ordentliche Erträge	15.593,90	0	16.000	20.000	29.000	0	0
11 - Personalaufwendungen	8.316,91	2.700	2.800	2.800	2.820	2.840	2.860
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.211,05	0	5.000	5.000	10.000	0	0
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	18.203,70	0	18.500	18.000	33.000	0	0
17 = Ordentliche Aufwendungen	31.731,66	2.700	26.300	25.800	45.820	2.840	2.860
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-16.137,76	-2.700	-10.300	-5.800	-16.820	-2.840	-2.860
21 = Finanzergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
22 = Ordentliches Ergebnis	-16.137,76	-2.700	-10.300	-5.800	-16.820	-2.840	-2.860
25 = Außerordentliches Ergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -	-16.137,76	-2.700	-10.300	-5.800	-16.820	-2.840	-2.860
29 = Ergebnis	-16.137,76	-2.700	-10.300	-5.800	-16.820	-2.840	-2.860

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	05	Fachbereich 1
----------------------	-----------	----------------------

Produktbereich	02	Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	02.30	Standesamt
Produkt	02.30.10	Standesamt

Beschreibung

Beurkundung von Geburten- u. Sterbefällen, sowie Namens- u. Personenstandsänderungen, Entgegennahme -Anmeldung der Eheschließungen, Durchführung der Eheschließungen, Beurkundung im Heiratsregister, Folgebeurkundung im Eheregister, Sterberegister und Geburtenregister, öffentlich-rechtliche Namensänderungen, Ausstellung von Personenstandsurkunden, Ausstellung von Ehefähigkeitszeugnissen, Einbürgerungen, Führung der Testamentskartei, Nachbeurkundung von Personenstandsfällen aus dem Ausland, Angleichungserklärungen, Beurkundung von Lebenspartnerschaften

Auftrag

Personenstandsgesetz, Ehegesetz, Internationales Ehe- und Kindschaftsrecht, Fam.NamRG, BGB, Vertriebenengesetz, EGBGB, StAG, DA für Standesbeamte, Personenstandsreformgesetz

Zielgruppe

Bürger aus der Stadt Rösrath und anderen Gemeinden und Städte

Ziele

Feststellung der Ehefähigkeit und Durchführung der Eheschließungen, rechtl. Dokumentation des Personenstands - Prüfung von ausländischen Urkunden , Feststellung und Nachweis von personenbezogenen Daten im Sterbefall/Geburt, Anpassen von Familiennamen und Beseitigung von Unzulänglichkeiten im Namen, Aktualisierung personenstandsrechtlicher Daten und Namen, sowie Sicherung von Erbensprüchen

Messzahlen

	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012
Einbürgerungen	Anzahl	21	35	35
Namensänderungen	Anzahl	8	10	10
Eheschließungen	Anzahl	111	130	140
Anmeldung zur Eheschließung	Anzahl	86	90	95
Geburten	Anzahl	10	2	2
Sterbefälle	Anzahl	126	100	100
Ehefähigkeitszeugnisse	Anzahl	0	2	2
Lebenspartnerschaften	Anzahl	3	2	2

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	05	Fachbereich 1
Produktbereich	02	Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	02.30	Standesamt
Produkt	02.30.10	Standesamt

Erläuterungen

öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte:

Einnahme von Standesamtsgebühren aufgrund der Allgemeinen
Verwaltungsgebührenordnung des Landes NW - Tarifstelle 5b
Für 2012 ergibt sich eine leichte Erhöhung, da die Gebühr für Haus Eulenbroich zum
1.1.2012 erhöht wird.

privatrechtliche Leistungsentgelte:

Erlöse aus dem Verkauf von Familienbüchern

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:

Gebrauchsgegenstände, Kauf von Familienstammbüchern, die Preise sind erhöht worden.
Zudem werden nun auch DIN A4 Bücher angeboten die deutlich teurer in der Anschaffung
sind.

Sonstige ordentliche Aufwendungen:

Aufwendungen für Aus- und Fortbildung, (Fortbildungslehrgang an der Fachakademie für
Personenstandswesen in Bad Salzschlirf), weiterer Lehrgang der neuen Kollegin

Dienstkleidung, Geschäftsausgaben (elektronisches Ortsbuch, elektr. Bibliothek) neue
Beurkundungstempel anschaffen.

Mietausgaben für die Forsbacher Mühle fallen nicht mehr an.

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1 05 Fachbereich 1

Produktbereich 02 Sicherheit und Ordnung
 Produktgruppe 02.30 Standesamt
 Produkt 02.30.10 Standesamt

Teilergebnisplan								
Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016	
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	21.433,00	20.000	22.000	23.330	23.800	24.040	24.290	
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.901,00	2.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	
10 = Ordentliche Erträge	23.334,00	22.000	25.000	26.330	26.800	27.040	27.290	
11 - Personalaufwendungen	58.912,04	59.640	53.430	53.430	53.930	54.430	54.940	
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.133,39	2.500	3.500	2.500	2.520	2.540	2.560	
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.806,37	5.300	4.400	4.440	4.420	4.430	4.440	
17 = Ordentliche Aufwendungen	63.851,80	67.440	61.330	60.370	60.870	61.400	61.940	
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-40.517,80	-45.440	-36.330	-34.040	-34.070	-34.360	-34.650	
21 = Finanzergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0	
22 = Ordentliches Ergebnis	-40.517,80	-45.440	-36.330	-34.040	-34.070	-34.360	-34.650	
25 = Außerordentliches Ergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0	
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -	-40.517,80	-45.440	-36.330	-34.040	-34.070	-34.360	-34.650	
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	12.405	12.530	12.660	12.790	12.920	13.050	
29 = Ergebnis	-40.517,80	-57.845	-48.860	-46.700	-46.860	-47.280	-47.700	

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	05	Fachbereich 1
Produktbereich	15	Wirtschaft und Tourismus
Produktgruppe	15.10	Wirtschaft und Tourismus
Produkt	15.10.20	Wochenmärkte

Beschreibung

Durchführung von Wochenmärkten

Auftrag

Vertrag mit der Marktgilde

Zielgruppe

Bürger der Stadt und Marktbesucher

Ziele

Erhaltung der Wochenmärkte

Messzahlen

	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012
Anzahl der Wochenmärkte	Anzahl	2	2	2

Erläuterungen

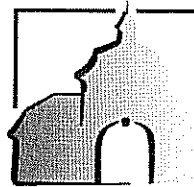
Erträge aus Marktstandsgebühren, die vertraglich festgesetzt sind.

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	05	Fachbereich 1
---------------	----	---------------

Produktbereich	15	Wirtschaft und Tourismus
Produktgruppe	15.10	Wirtschaft und Tourismus
Produkt	15.10.20	Wochenmärkte

<u>Teilergebnisplan</u>							
Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	7.500,00	7.570	7.500	7.500	7.500	7.500	7.920
10 = Ordentliche Erträge	7.500,00	7.570	7.500	7.500	7.500	7.500	7.920
11 - Personalaufwendungen	586,95	640	680	680	680	680	680
17 = Ordentliche Aufwendungen	586,95	640	680	680	680	680	680
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	6.913,05	6.930	6.820	6.820	6.820	6.820	7.240
21 = Finanzergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
22 = Ordentliches Ergebnis	6.913,05	6.930	6.820	6.820	6.820	6.820	7.240
25 = Außerordentliches Ergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -	6.913,05	6.930	6.820	6.820	6.820	6.820	7.240
29 = Ergebnis	6.913,05	6.930	6.820	6.820	6.820	6.820	7.240



Budget 06

Fachbereich 2

Jugend - Bildung - Soziales - Kultur - Sport

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	06	Fachbereich 2							
Teilergebnisplan			Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
Ertrags- und Aufwandsarten									
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen			2.590.599,76	2.655.220	3.232.350	3.302.550	3.338.550	3.380.150	3.422.800
3 + Sonstige Transfererträge			398.550,21	222.500	270.000	262.060	267.310	272.680	278.150
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			1.729.143,44	1.772.530	1.575.320	1.575.380	1.580.760	1.586.200	1.666.490
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte			3.637,70	97.500	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen			662.861,23	401.400	399.560	401.930	403.500	405.090	404.340
7 + Sonstige ordentliche Erträge			943,15	0	0	0	0	0	0
10 = Ordentliche Erträge			5.385.735,49	5.149.150	5.577.230	5.641.920	5.690.120	5.744.120	5.871.780
11 - Personalaufwendungen			2.688.721,73	2.835.140	2.841.600	2.841.600	2.869.590	2.897.870	2.926.410
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			605.471,15	679.520	702.900	725.680	735.680	749.590	752.110
14 - Bilanzielle Abschreibungen			0,00	177.370	225.920	216.360	213.190	108.640	96.360
15 - Transferaufwendungen			10.837.102,68	10.697.820	11.304.750	11.406.450	11.567.690	11.731.770	11.878.070
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen			362.894,36	391.800	408.420	412.110	414.540	417.110	419.710
17 = Ordentliche Aufwendungen			14.494.189,92	14.781.650	15.483.590	15.602.200	15.800.690	15.904.980	16.072.660
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit			-9.108.454,43	-9.632.500	-9.906.360	-9.960.280	-10.110.570	-10.160.860	-10.200.880
21 = Finanzergebnis			0,00	0	0	0	0	0	0
22 = Ordentliches Ergebnis			-9.108.454,43	-9.632.500	-9.906.360	-9.960.280	-10.110.570	-10.160.860	-10.200.880
25 = Außerordentliches Ergebnis			0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -			-9.108.454,43	-9.632.500	-9.906.360	-9.960.280	-10.110.570	-10.160.860	-10.200.880
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			0,00	4.985.350	5.378.140	5.446.140	5.263.500	5.417.100	5.057.020
29 = Ergebnis			-9.108.454,43	-14.617.850	-15.284.500	-15.406.420	-15.374.070	-15.577.960	-15.257.900

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1		06		Fachbereich 2					
<u>Teilfinanzplan - Zahlungsübersicht</u>		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Verpfl.- Ermächtigung	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
Ein- und Auszahlungsarten									
Investitionstätigkeit									
Einzahlungen									
18 + Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen		330.254,00	677.000	253.700	207.000	0	0	0	0
23 = Einzahlungen aus Investitionstätigkeit		330.254,00	677.000	253.700	207.000	0	0	0	0
Auszahlungen									
26 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen		100.738,90	158.200	165.300	135.700	0	84.800	94.000	84.480
28 - Aktivierbare Zuwendungen		117.700,00	626.600	203.300	156.600	0	0	0	0
30 = Auszahlungen aus Investitionstätigkeit		218.438,90	784.800	368.600	292.300	0	84.800	94.000	84.480
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit		111.815,10	-107.800	-114.900	-85.300	0	-84.800	-94.000	-84.480

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	06	Fachbereich 2
Produktbereich	03	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	03.10	Schulen
Produkt	03.10.10	Grundschulen

Beschreibung

Angebot für die Bildung im Primarbereich der Schüler/innen des 1. bis 4. Schuljahres. Die Auswahl verschiedener Grundschulen inklusive einer Angebotsschule, Katholische Grundschule besteht. Der Besuch einer wohnortnahen Grundschule wird gewährleistet. Für einen Teil der Schüler/innen wird an jeder Grundschule eine Offene Ganztagschule angeboten. Weiterhin wird die Möglichkeit geboten, Angebote unterhalb der Offenen Ganztagschule in Anspruch zu nehmen.

Auftrag

Der Auftrag ergibt sich aus den gesetzlichen Regelungen im Schulgesetz NRW sowie den entsprechenden Erlassen und Verordnungen.

Zielgruppe

Eltern, schulpflichtige Kinder, in der Regel im Alter von 6 - 10 Jahren

Ziele

Den Schüler/innen sollen die kognitiven Grundkenntnisse und sozialen Voraussetzungen geschaffen werden, um ihrem Leistungsvermögen entsprechend, eine der weiterführenden Schulformen besuchen zu können. Lernrückstände bzw. besondere Fähigkeiten sollen besonders gefördert werden. Die notwendigen Räume und die Ausstattung für einen zeitgemäßen Unterricht und eine gute Aufenthaltsqualität sollen vorgehalten werden. Die Schüler/innen die ein Angebot aufgrund der Berufstätigkeit der Eltern benötigen, sollen auch am Nachmittag ein Angebot durch die Offene Ganztagschule oder ein Angebot unterhalb erhalten.

Messzahlen

	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012
Anzahl der Grundschulschüler (gesamt)	Anzahl	1.152	1.116	1.133
davon Offene Ganztagschule (OGS)	Anzahl	372	380	380
davon Verlässliche Grundschule (VG)	Anzahl	214	215	215
Anzahl der Klassen (gesamt)	Anzahl	48	47	46
GGG Hoffnungsthal				
Schüler GGS Hoffnungsthal	Anzahl	283	280	285
Anzahl der Klassen	Anzahl	12	12	12
GGG Forsbach				
Schüler GGS Forsbach	Anzahl	237	245	246
Anzahl der Klassen	Anzahl	11	11	10
GGG Rösrath				
Schüler GGS Rösrath	Anzahl	306	289	298
Anzahl der Klassen	Anzahl	13	14	14
KGS Rösrath				
Schüler KGS Rösrath	Anzahl	302	302	304
Anzahl der Klassen	Anzahl	12	12	12

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	06	Fachbereich 2
Produktbereich	03	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	03.10	Schulen
Produkt	03.10.10	Grundschulen

Erläuterungen

Entgelte sowie Landeszuweisungen für die Offene Ganztagsschule wurden wie im Vorjahr veranschlagt. Die Schulkinderbetreuung unterhalb der Offenen Ganztagsschule sowie Betreuung in der Offenen Ganztagsschule für über 300 Kinder wurde bedarfsorientiert berücksichtigt.

Aufwendungen für Zuschüsse an freie Träger zum Betrieb der offenen Ganztagsschule in der Stadt Rösrath.

Aufwendungen für die Ausstattung der einzelnen Schulen mit Gebrauchsgegenständen, Lehr- und Unterrichtsmittel sowie Geschäftsausgaben gem. den Richtlinien zu den Schulbudgets.

Die Schulbudgets wurden gemäß der Schülerzahlen fortgeschrieben.

Die Aufwendungen für die Schülerbeförderung sowie für die gesetzlichen Schülerversicherungen werden in gleicher Höhe wie im Vorjahr erforderlich.

Die Ersatzbeschaffung von Schulmobiliar wird auf der Grundlage der in den Richtlinien zu den Schulbudgets festgeschriebenen Berechnungsgrundlagen veranschlagt.

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1 06 Fachbereich 2

Produktbereich 03 Schulträgeraufgaben
Produktgruppe 03.10 Schulen
Produkt 03.10.10 Grundschulen

Haushaltssicherungskonzept - Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung - Bedingungen, Maßgaben und Auswirkungen

Nr.	Bereich	Konkrete Maßnahmenbeschreibung	Notwendige Verfahrensschritte	Mögliche Auswirkungen
-----	---------	--------------------------------	-------------------------------	-----------------------

1	Aufwand		Personalmaßnahme		Verzicht auf Wiederbesetzung			
	Erläuterungen: aus HSK 2010 ATZ; Freistellungsphase bis 06/2012							
	Maximal erzielbarer Haushaltseffekt/Jahr - Konkrete Auswirkungen auf die Haushalts- und mittelfristige Ergebnisplanung							
	Planungsjahr:	Max.Wert/Jahr	2012	2013	2014	2015	in der vorliegenden Haushaltsplanung bereits berücksichtigt:	
	Konsolidierungswert	25.050 €	12.525 €	25.050 €	25.050 €	25.050 €		
	Bisheriger Wert	-	25.050 €	25.050 €	25.050 €	25.050 €	Ja	Nein
	Neuer Wert	-	12.525 €	0 €	0 €	0 €	X	

2	Aufwand		Personalmaßnahme		Verzicht auf Wiederbesetzung			
	Erläuterungen: aus HSK 2010							
	ATZ; Freistellungsphase bis 12/2012; anteilige Kosten auch in Produktgruppe 01.50.10							
	Maximal erzielbarer Haushaltseffekt/Jahr - Konkrete Auswirkungen auf die Haushalts- und mittelfristige Ergebnisplanung							
	Planungsjahr:	Max.Wert/Jahr	2012	2013	2014	2015	in der vorliegenden Haushaltsplanung bereits berücksichtigt:	
	Konsolidierungswert	15.300 €	1.275 €	15.300 €	15.300 €	15.300 €		
	Bisheriger Wert	-	15.300 €	15.300 €	15.300 €	15.300 €	Ja	Nein
Neuer Wert	-	14.025 €	0 €	0 €	0 €	X		

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1 06 Fachbereich 2

Produktbereich 03 Schulträgeraufgaben
 Produktgruppe 03.10 Schulen
 Produkt 03.10.10 Grundschulen

<u>Teilergebnisplan</u>	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
Ertrags- und Aufwandsarten							
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	304.351,30	367.820	422.630	422.630	422.630	422.630	423.300
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	241.035,00	272.000	330.000	330.000	333.300	336.640	340.010
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	3.277,70	0	0	0	0	0	0
10 = Ordentliche Erträge	548.664,00	639.820	752.630	752.630	755.930	759.270	763.310
11 - Personalaufwendungen	152.564,38	153.240	139.310	139.310	140.680	142.060	143.450
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	65.912,79	77.080	76.140	77.300	80.000	80.700	81.390
14 - Bilanzielle Abschreibungen	0,00	52.100	49.410	47.830	46.360	19.690	17.990
15 - Transferaufwendungen	909.604,61	926.700	1.008.400	1.027.750	1.038.020	1.048.370	1.058.830
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	79.755,85	83.520	86.840	87.880	88.540	89.210	89.890
17 = Ordentliche Aufwendungen	1.207.837,63	1.292.640	1.360.100	1.380.070	1.393.600	1.380.030	1.391.550
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-659.173,63	-652.820	-607.470	-627.440	-637.670	-620.760	-628.240
21 = Finanzergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
22 = Ordentliches Ergebnis	-659.173,63	-652.820	-607.470	-627.440	-637.670	-620.760	-628.240
25 = Außerordentliches Ergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -	-659.173,63	-652.820	-607.470	-627.440	-637.670	-620.760	-628.240
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	1.053.080	681.490	690.240	666.000	685.970	638.340
29 = Ergebnis	-659.173,63	-1.705.900	-1.288.960	-1.317.680	-1.303.670	-1.306.730	-1.266.580

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	06	Fachbereich 2
Produktbereich	03	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	03.10	Schulen
Produkt	03.10.10	Grundschulen

<u>Teilfinanzplan - Zahlungsübersicht</u>		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Verpfl.- Ermächtigung	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
Ein- und Auszahlungsarten									
Investitionstätigkeit									
Einzahlungen									
23 = Einzahlungen aus Investitionstätigkeit		0,00	0	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen									
26 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen		19.342,79	18.700	18.310	18.700	0	18.700	18.700	18.700
30 = Auszahlungen aus Investitionstätigkeit		19.342,79	18.700	18.310	18.700	0	18.700	18.700	18.700
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit		-19.342,79	-18.700	-18.310	-18.700	0	-18.700	-18.700	-18.700

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	06	Fachbereich 2								
Produktbereich	03	Schulträgeraufgaben								
Produktgruppe	03.10	Schulen								
Produkt	03.10.10	Grundschulen								
<u>Teilfinanzplan - einzelne Investitionsmaßnahmen</u>	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Verpfl.- Ermächtigung	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016	Bisher bereitgestellt	
Investitionsmaßnahmen oberhalb der Wertgrenze										
4000 Geringwertige Wirtschaftsgüter										
26 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	10.552,99	2.000	2.000	2.000	0	2.000	2.000	2.000	-1.887	
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	-10.552,99	-2.000	-2.000	-2.000	0	-2.000	-2.000	-2.000	1.887	
4210 Grundschulen										
26 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	8.789,80	16.700	16.310	16.700	0	16.700	16.700	16.700	-5.134	
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	-8.789,80	-16.700	-16.310	-16.700	0	-16.700	-16.700	-16.700	5.134	

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	06	Fachbereich 2
Produktbereich	03	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	03.10	Schulen
Produkt	03.10.20	Schulen der Sekundarstufen

Beschreibung

Angebot für die Bildung im Sekundarbereich I und II der Schüler/innen des 5. bis 10. Schuljahres bzw. bis zum 12. Schuljahr in der Sekundarstufe II. Zentral erfolgt das Angebot in den weiterführenden Schulformen, Hauptschule, Realschule und Gymnasium. Für einen Teil der Schüler erfolgt ein Nachmittagsangebot mit Mittagsessen. Ab dem Schuljahr 2013/2014 wird zusätzlich ein Angebot in der Sekundarschule als Ganztagschule eingeführt. Kinder mit besonderem Förderbedarf in der Hauptschule erhalten ein sozialpädagogisches Angebot in Form von Schulsozialarbeit. Die Kooperation zwischen der Gemeinschaftshauptschule und der Musikschule wird besonders gefördert. Den Schülern steht das Selbstlernzentrum zur Verfügung.

Auftrag

Der Auftrag ergibt sich aus den gesetzlichen Regelungen im Schulgesetz NRW.

Zielgruppe

Eltern, schulpflichtige Kinder, Jugendliche und junge Menschen im Alter von 10 - 21 Jahren

Ziele

Den Schüler/innen soll ihrer Leistungs- und Lernfähigkeit entsprechend ein entsprechendes Schulangebot vorgehalten werden. Dieses soll die Schüler/innen die Möglichkeit bieten einen Abschluss zu erhalten, welcher als Voraussetzung für eine spätere Ausbildung, einen aufbauenden Schulbesuch oder ein Studium dient. Die notwendigen Räume und die Ausstattung für einen zeitgemäßen Unterricht und eine gute Aufenthaltsqualität sollen vorgehalten werden.

Messzahlen

	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012
Anzahl Schüler weiterführende Schulen (gesamt)	Anzahl	1.876	1.972	1.952
Anzahl der Klassen (gesamt)	Anzahl	62	62	62
Hauptschule				
Schüler Hauptschule	Anzahl	263	276	280
Anzahl der Klassen	Anzahl	13	12	12
Realschule				
Schüler Realschule	Anzahl	536	560	559
Anzahl der Klassen	Anzahl	21	22	22
Gymnasium				
Schüler Gymnasium (inkl. Oberstufe)	Anzahl	1.077	1.136	1.113
Anzahl der Klassen	Anzahl	28	28	28

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	06	Fachbereich 2
Produktbereich	03	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	03.10	Schulen
Produkt	03.10.20	Schulen der Sekundarstufen

Erläuterungen

Aufwendungen für die Ausstattung der einzelnen Schulen mit Gebrauchsgegenständen, Lehr- und Unterrichtsmitteln sowie Geschäftsausgaben gem. den Richtlinien zu den Schulbudgets.

Die Schulbudgets wurden gemäß der Schülerzahlen fortgeschrieben.

Die Aufwendungen für die Schülerbeförderung sowie für die gesetzlichen Schülerversicherungen werden in gleicher Höhe wie im Vorjahr erforderlich.

Für die Kooperation der Hauptschule mit der Musikschule Rösrath/Overath werden wie in den Vorjahren Mittel zur Verfügung gestellt.

Die Schulsozialarbeit an der Hauptschule wird gemäß der bestehenden Vereinbarung weiterhin gefördert.

Für das Selbstlernzentrum am Gymnasium werden Mittel wie in den Vorjahren zur Verfügung gestellt.

Die Durchführung der Ausbildungsbörse soll besonders gefördert werden.

Ab dem Schuljahr 2013/2014 soll in Rösrath eine Sekundarschule angeboten werden. Hierfür werden zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt.

Die Ersatzbeschaffung von Schulmobiliar wird auf der Grundlage der in den Richtlinien zu den Schulbudgets festgeschriebenen Berechnungsgrundlagen veranschlagt.

Die bereits begonnene Sanierung der Fachräume in der Hauptschule und im Gymnasium soll in 2012 fortgesetzt werden.

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1 06 Fachbereich 2

Produktbereich 03 Schulträgeraufgaben
 Produktgruppe 03.10 Schulen
 Produkt 03.10.20 Schulen der Sekundarstufen

<u>Teilergebnisplan</u>	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
Ertrags- und Aufwandsarten							
10 = Ordentliche Erträge	0,00	0	0	0	0	0	0
11 - Personalaufwendungen	197.065,99	197.000	170.680	170.680	172.300	173.930	175.570
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	192.114,17	238.600	233.560	256.430	258.640	260.860	263.070
14 - Bilanzielle Abschreibungen	0,00	79.770	139.690	135.780	134.400	67.500	60.800
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	162.783,48	158.510	167.560	169.820	170.980	172.170	173.370
17 = Ordentliche Aufwendungen	551.963,64	673.880	711.490	732.710	736.320	674.460	672.810
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-551.963,64	-673.880	-711.490	-732.710	-736.320	-674.460	-672.810
21 = Finanzergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
22 = Ordentliches Ergebnis	-551.963,64	-673.880	-711.490	-732.710	-736.320	-674.460	-672.810
25 = Außerordentliches Ergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -	-551.963,64	-673.880	-711.490	-732.710	-736.320	-674.460	-672.810
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	1.568.870	1.055.550	1.068.890	1.031.330	1.062.370	988.510
29 = Ergebnis	-551.963,64	-2.242.750	-1.767.040	-1.801.600	-1.767.650	-1.736.830	-1.661.320

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1 06 Fachbereich 2

Produktbereich 03 Schulträgeraufgaben

Produktgruppe 03.10 Schulen

Produkt 03.10.20 Schulen der Sekundarstufen

Teilfinanzplan - Zahlungsübersicht

Ein- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Verpfl.- Ermächtigung	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
Investitionstätigkeit								
Einzahlungen								
23 = Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen								
26 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	26.267,83	30.600	50.960	32.000	0	31.500	31.710	31.690
30 = Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	26.267,83	30.600	50.960	32.000	0	31.500	31.710	31.690
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	-26.267,83	-30.600	-50.960	-32.000	0	-31.500	-31.710	-31.690

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	06	Fachbereich 2									
Produktbereich	03	Schulträgeraufgaben									
Produktgruppe	03.10	Schulen									
Produkt	03.10.20	Schulen der Sekundarstufen									
Teilfinanzplan - einzelne Investitionsmaßnahmen			Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Verpfl.- Ermächtigung	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016	Bisher bereitgestellt
Investitionsmaßnahmen oberhalb der Wertgrenze											
4000 Geringwertige Wirtschaftsgüter											
26 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen			19.339,98	2.000	3.000	3.000	0	3.000	3.000	3.000	-1.966
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit			-19.339,98	-2.000	-3.000	-3.000	0	-3.000	-3.000	-3.000	1.966
4220 Hauptschule											
26 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen			0,00	5.000	4.720	6.200	0	5.000	5.000	4.980	0
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit			0,00	-5.000	-4.720	-6.200	0	-5.000	-5.000	-4.980	0
4230 Realschule											
26 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen			4.223,57	8.500	8.250	8.300	0	8.300	8.460	8.460	0
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit			-4.223,57	-8.500	-8.250	-8.300	0	-8.300	-8.460	-8.460	0
4240 Gymnasium											
26 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen			2.704,28	15.100	34.990	14.500	0	15.200	15.250	15.250	-34.140
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit			-2.704,28	-15.100	-34.990	-14.500	0	-15.200	-15.250	-15.250	34.140

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	06	Fachbereich 2
Produktbereich	03	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	03.10	Schulen
Produkt	03.10.30	Verbundschule

Beschreibung

Zentrales sonderpädagogisches Angebot im Rahmen einer Verbundschule in Trägerschaft der Stadt Rösrath im Verbund mit der Stadt Overath und dem Rheinisch-Bergischen Kreis mit den Schwerpunkten Emotionale und soziale Entwicklung, Lernen und Sprache. Für einen Teil der Schüler/innen wird eine Nachmittagsbetreuung im Rahmen der Offenen Ganztagschule in einer benachbarten Grundschule angeboten. Für diese Schüler/innen wird eine Mittagssessensversorgung sichergestellt. Insbesondere die Schüler/innen des Förderschwerpunktes Emotionale und soziale Entwicklung erhalten ein sozialpädagogisches Angebot im Rahmen der Schulsozialarbeit.

Auftrag

Der Auftrag ergibt sich aus den gesetzlichen Regelungen im Schulgesetz NRW sowie den entsprechenden Erlassen und Verordnungen und einer öffentlich- rechtlichen Vereinbarung mit der Stadt Overath und dem Rheinisch- Bergischen Kreis.

Zielgruppe

Eltern, schulpflichtige Kinder, Jugendliche und junge Menschen mit Förderbedarf
 - Emotionale und soziale Entwicklung und Sprache im Alter von 6 - 10 Jahren
 - Lernen im Alter von 6 - 17 Jahren
 aus Rösrath, Overath und dem Rheinisch- Bergischen Kreis

Ziele

Die Schüler/innen sollen zu den Abschlüssen geführt werden, die das Schulgesetz vorsieht. Möglichst früh, durch gezielte Förderung soll der Besuch einer Regelschule ermöglicht werden. Der Erwerb eines Hauptschulabschlusses für die Schüler/innen des Förderschwerpunktes Lernen soll möglichst erreicht werden. Die notwendigen Räume und die Ausstattung für einen zeitgemäßen Unterricht und eine gute Aufenthaltsqualität sollen vorgehalten werden.

Messzahlen

	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012
Anzahl der Schüler/innen je Förderschwerpunkt				
Schüler SB	Anzahl	21	18	19
Schüler EZ	Anzahl	37	35	36
Schüler LB	Anzahl	106	92	93

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	06	Fachbereich 2
Produktbereich	03	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	03.10	Schulen
Produkt	03.10.30	Verbundschule

Erläuterungen

Die Kosten der Verbundschule werden anteilig je nach Schülerzahl von der Stadt Rösrath, der Stadt Overath sowie dem Rheinisch-Bergischen Kreis getragen. Overath und der Rheinisch Bergische Kreis werden im Rahmen der Kostenerstattung an den Aufwendungen beteiligt.

Aufwendungen für die Ausstattung der einzelnen Schulen mit Gebrauchsgegenständen, Lehr- und Unterrichtsmittel sowie Geschäftsausgaben gem. den Richtlinien zu den Schulbudgets.

Die Schulbudgets wurden gemäß der Schülerzahlen fortgeschrieben

Die Aufwendungen für die Schülerbeförderung sowie für die gesetzlichen Schülerversicherungen werden in gleicher Höhe wie im Vorjahr erforderlich.

Für die Kooperation der Käthe-Kollwitz-Schule mit der Musikschule Rösrath/Overath werden wie in den Vorjahren Mittel zur Verfügung gestellt.

Die Schulsozialarbeit an der Käthe-Kollwitz-Schule wird gemäß der bestehenden Vereinbarung weiterhin gefördert. Für den Förderschwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung wird die Schulsozialarbeit um 10 Wochenstunden aufgestockt. Diese Kosten werden im Rahmen der Kostenerstattung in vollem Umfang vom Rheinisch-Bergischen Kreis getragen.

Die Ersatzbeschaffung von Schulmobiliar wird auf der Grundlage der in den Richtlinien zu den Schulbudgets festgeschriebenen Berechnungsgrundlagen veranschlagt.

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	06	Fachbereich 2					
Produktbereich	03	Schulträgeraufgaben					
Produktgruppe	03.10	Schulen					
Produkt	03.10.30	Verbundschule					
Teilergebnisplan							
Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	147.260,06	98.200	110.700	110.700	110.700	110.700	100.000
10 = Ordentliche Erträge	147.260,06	98.200	110.700	110.700	110.700	110.700	100.000
11 - Personalaufwendungen	33.950,02	35.670	29.240	29.240	29.510	29.790	30.070
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	17.673,30	23.880	22.050	20.020	20.190	22.360	22.540
14 - Bilanzielle Abschreibungen	0,00	24.100	19.420	18.350	18.230	12.550	10.970
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	78.421,84	81.240	99.810	100.640	101.160	101.680	102.210
17 = Ordentliche Aufwendungen	130.045,16	164.890	170.520	168.250	169.090	166.380	165.790
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	17.214,90	-66.690	-59.820	-57.550	-58.390	-55.680	-65.790
21 = Finanzergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
22 = Ordentliches Ergebnis	17.214,90	-66.690	-59.820	-57.550	-58.390	-55.680	-65.790
25 = Außerordentliches Ergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -	17.214,90	-66.690	-59.820	-57.550	-58.390	-55.680	-65.790
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	195.660	918.160	929.950	897.340	924.130	860.120
29 = Ergebnis	17.214,90	-262.350	-977.980	-987.500	-955.730	-979.810	-925.910

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	06	Fachbereich 2
Produktbereich	03	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	03.10	Schulen
Produkt	03.10.30	Verbundschule

Teilfinanzplan - Zahlungsübersicht		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Verpfl.- Ermächtigung	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
Ein- und Auszahlungsarten									
Investitionstätigkeit									
Einzahlungen									
23 = Einzahlungen aus Investitionstätigkeit		0,00	0	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen									
26 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen		5.726,73	4.300	4.230	4.200	0	4.300	4.290	4.290
30 = Auszahlungen aus Investitionstätigkeit		5.726,73	4.300	4.230	4.200	0	4.300	4.290	4.290
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit		-5.726,73	-4.300	-4.230	-4.200	0	-4.300	-4.290	-4.290

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	06	Fachbereich 2
Produktbereich	03	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	03.10	Schulen
Produkt	03.10.30	Verbundschule

<u>Teilfinanzplan - einzelne Investitionsmaßnahmen</u>	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Verpfl.- Ermächtigung	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016	Bisher bereitgestellt
Investitionsmaßnahmen oberhalb der Wertgrenze									
4000 Geringwertige Wirtschaftsgüter									
26 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	5.238,47	500	500	500	0	500	500	500	0
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	-5.238,47	-500	-500	-500	0	-500	-500	-500	0
4250 sonstige Schulen (KKS)									
26 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	488,26	3.800	3.730	3.700	0	3.800	3.790	3.790	0
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	-488,26	-3.800	-3.730	-3.700	0	-3.800	-3.790	-3.790	0

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	06	Fachbereich 2
Produktbereich	03	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	03.10	Schulen
Produkt	03.10.40	Übrige schulische Aufgaben

Beschreibung

Beteiligung am Zweckverband der Berufsschule durch Übernahme anteiliger Kosten am Betrieb und Investitionen. Beteiligung an der Kreisbildstelle. Überprüfung der elektrischen Anlagen in Schulen. EDV-Ausstattung der Schulen. Vorhalten eines Lehrschwimmbeckens für den Schulunterricht. Teilnahme der Schulen am Projekt KLU, Vorhalten der Mensa für den Bereich der weiterführenden Schulen.

Auftrag

Der Auftrag ergibt sich aus den gesetzlichen Regelungen im Schulgesetz NRW sowie den entsprechenden Erlassen und Verordnungen und der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit den Städten Bergisch-Gladbach, Overath und den Gemeinde Odenthal und Kürten und den Vereinbarungen zu KLU.

Zielgruppe

Eltern, schulpflichtige Kinder, Jugendliche und junge Menschen sowie Schüler/innen der gewerblichen kaufmännischen Berufsschulen im Alter von in der Regel 6 - 25 Jahren

Ziele

Durch die Beteiligung am Berufsschulzweckverband wird ein umfassendes, ortsnahe Ausbildungsangebot gesichert. Die Kreisbildstelle soll für alle Rösrather Bürger zugänglich sein. Durch die Bereitstellung und Wartung der EDV-Ausstattung der Schulen soll der vom Schulministerium geforderte Unterricht an neuen Medien gewährleistet werden. Schwimmertüchtigung möglichst aller Schüler an den Schulen Rösraths. Durchführung des Bildungsauftrages durch KLU an außerschulischen Standorten mit innovativen Mitteln.

Kenn- u. Messzahlen

Anzahl der Schüler/innen aus Rösrath, die die Berufsschulen in Bergisch-Gladbach besuchen
Anzahl der Schüler/innen welche das Lehrschwimmbecken besuchen

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	06	Fachbereich 2
Produktbereich	03	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	03.10	Schulen
Produkt	03.10.40	Übrige schulische Aufgaben

Erläuterungen

Der Betrag für die Beteiligung am Zweckverband der Berufsschule wurde entsprechend der anteiligen Schülerzahlen und der notwendigen Aufwendungen ermittelt.

Der Zuschuss zur Kreisbildstelle erfolgt entsprechend der Ausleihen und des Angebotes.

Mit der Durchführung der gesetzlich vorgeschriebenen Überprüfung der elektrischen Anlagen in den Schulen wurde in 2011 an einzelnen Schulen begonnen. Die Durchführung der Erstkontrolle an den übrigen Schulen wird in 2012 fortgeführt. In der Folgezeit werden Wiederholungsüberprüfungen an allen Schulen notwendig.

Die EDV- Betreuung erfolgt in Absprache mit den Schulen und externen Anbietern.

Die Mittel für den Betrieb der Mensa am Schulzentrum FvS werden weiterhin zur Verfügung gestellt.

Das Projekt KLU wird im Rahmen der Schulnutzung unterstützt.

Der Betrieb des Lehrschwimmbeckens für die Schulen soll nach dem Umbau des Bades bedarfsorientiert erfolgen.

Die Nutzung des Bades wird den örtlichen Schwimmvereinen gegen ein Eintrittsgeld ermöglicht.

Die notwendige Ausstattung der Schulen mit EDV wird auf der Grundlage des Medienentwicklungsplanes fortgeführt.

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1 06 Fachbereich 2

Produktbereich 03 Schulträgeraufgaben
Produktgruppe 03.10 Schulen
Produkt 03.10.40 Übrige schulische Aufgaben

Haushaltssicherungskonzept - Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung - Bedingungen, Maßgaben und Auswirkungen

Nr.	Bereich	Konkrete Maßnahmenbeschreibung	Notwendige Verfahrensschritte	Mögliche Auswirkungen
-----	---------	--------------------------------	-------------------------------	-----------------------

1	Übrige schulische Aufgaben	Einbeziehung der Fahrten für KLU in die Schülerbeförderung		bereits erfolgt			
	<u>Erläuterungen:</u> <u>aus HSK 2010</u> Die für die Zusammenarbeit zwischen Schule und KLU anfallenden Beförderungskosten werden zur Zeit separat beauftragt und zusätzlich zu den ÖPNV-Leistungen abgerechnet. Diese Fahrten sollen in den Schülerverkehr integriert werden. Dafür sollen Lehrlaufzeiten einzelner Busse im Linienverkehr genutzt werden, so dass keine zusätzlichen Busse mehr erforderlich sind. Dadurch könnten auch die zusätzlichen Kosten eingespart werden bzw. erheblich verringert werden.						
	Maximal erzielbarer Haushaltseffekt/Jahr - Konkrete Auswirkungen auf die Haushalts- und mittelfristige Ergebnisplanung						
	Planungsjahr:	Max.Wert/Jahr	2012	2013	2014	2015	in der vorliegenden Haushaltsplanung
	Konsolidierungswert	3.000 €	3.000 €	3.000 €	3.000 €	3.000 €	bereits berücksichtigt:
Bisheriger Wert	-	3.000 €	3.000 €	3.000 €	3.000 €	Ja	Nein
Neuer Wert	-	0 €	0 €	0 €	0 €	X	

2	Übrige schulische Aufgaben		Personalmaßnahme		Verzicht auf Wiederbesetzung			
	<u>Erläuterungen:</u> <u>aus HSK 2010</u>							
	ATZ; Ende der Freistellungsphase 2010							
	Maximal erzielbarer Haushaltseffekt/Jahr - Konkrete Auswirkungen auf die Haushalts- und mittelfristige Ergebnisplanung							
	Planungsjahr:	Max.Wert/Jahr	2012	2013	2014	2015	in der vorliegenden Haushaltsplanung bereits berücksichtigt:	
	Konsolidierungswert	10.280 €	10.280 €	10.280 €	10.280 €	10.280 €		
Bisheriger Wert	-	10.280 €	10.280 €	10.280 €	10.280 €	Ja	Nein	
Neuer Wert	-	0 €	0 €	0 €	0 €	X		

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	06	Fachbereich 2					
Produktbereich	03	Schulträgeraufgaben					
Produktgruppe	03.10	Schulen					
Produkt	03.10.40	Übrige schulische Aufgaben					
Teilergebnisplan							
Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	15.950,00	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	3.220,00	2.000	5.000	5.000	5.050	5.110	5.170
10 = Ordentliche Erträge	19.170,00	3.000	6.000	6.000	6.050	6.110	6.170
11 - Personalaufwendungen	79.238,85	79.750	83.070	83.070	83.870	84.670	85.490
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	43.028,67	51.570	54.230	54.330	54.610	54.890	52.660
15 - Transferaufwendungen	459.606,50	507.500	489.000	477.000	477.270	477.540	477.810
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	7.395,04	20.010	5.020	5.040	5.100	5.170	5.240
17 = Ordentliche Aufwendungen	589.269,06	658.830	631.320	619.440	620.850	622.270	621.200
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-570.099,06	-655.830	-625.320	-613.440	-614.800	-616.160	-615.030
21 = Finanzergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
22 = Ordentliches Ergebnis	-570.099,06	-655.830	-625.320	-613.440	-614.800	-616.160	-615.030
25 = Außerordentliches Ergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -	-570.099,06	-655.830	-625.320	-613.440	-614.800	-616.160	-615.030
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	1.210.390	1.323.960	1.341.150	1.292.050	1.331.550	1.235.950
29 = Ergebnis	-570.099,06	-1.866.220	-1.949.280	-1.954.590	-1.906.850	-1.947.710	-1.850.980

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	06	Fachbereich 2
Produktbereich	03	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	03.10	Schulen
Produkt	03.10.40	Übrige schulische Aufgaben

<u>Teilfinanzplan - Zahlungsübersicht</u>		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Verpfl.- Ermächtigung	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
Ein- und Auszahlungsarten									
Investitionstätigkeit									
Einzahlungen									
23 = Einzahlungen aus Investitionstätigkeit		0,00	0	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen									
26 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen		40.010,85	40.500	30.500	20.500	0	20.500	30.000	20.500
30 = Auszahlungen aus Investitionstätigkeit		40.010,85	40.500	30.500	20.500	0	20.500	30.000	20.500
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit		-40.010,85	-40.500	-30.500	-20.500	0	-20.500	-30.000	-20.500

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	06	Fachbereich 2							
Produktbereich	03	Schulträgeraufgaben							
Produktgruppe	03.10	Schulen							
Produkt	03.10.40	Übrige schulische Aufgaben							
<u>Teilfinanzplan - einzelne Investitionsmaßnahmen</u>									
Investitionsmaßnahmen oberhalb der Wertgrenze	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Verpfl. - Ermächtigung	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016	Bisher bereitgestellt
4000 Geringwertige Wirtschaftsgüter									
26 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	1.610,06	500	500	500	0	500	500	500	-500
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	-1.610,06	-500	-500	-500	0	-500	-500	-500	500
4200 Schulen übergreifend									
26 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	38.400,79	40.000	30.000	20.000	0	20.000	29.500	20.000	-628
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	-38.400,79	-40.000	-30.000	-20.000	0	-20.000	-29.500	-20.000	628
5000 Ausgleichsmaßnahmen									
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	06	Fachbereich 2
Produktbereich	04	Kultur- u. Wissenschaft
Produktgruppe	04.10	Kultur
Produkt	04.10.10	Kulturverwaltung, -förderung u. Veranstaltungen

Beschreibung

Förderung der Kultur durch Unterstützung von Personen, Gemeinschaften, Gruppen, Vereinen mit Aktivitäten im Bereich der Kultur- und Brauchtumspflege. Initiierung und Durchführung städtischer Kulturveranstaltungen. Unterstützung der Städtepartnerschaften zwischen Rösrath und Veurne sowie dem Pays de Gallie.

Auftrag

Beschlüsse des Rates sowie des zuständigen Ausschusses. Aufträge des Verwaltungsvorstandes sowie Empfehlungen des Kulturbeirates.

Zielgruppe

Die Einwohner der Stadt Rösrath sowie der umliegenden Kommunen, Vereine, Gemeinschaften und sonstige Kultureinrichtungen, Bürger und Bürgerinnen der Partnerstädte.

Ziele

Die Gesamtheit der Verhaltenskonfigurationen oder auch der Symbolgehalte einer Gesellschaft sollen erfahrbar werden. Mit Symbolgehalten sind ideelle Gegenstände wie Religion, Kunst und Wissen gemeint. Werthaltungen, soziale Deutungsmuster und Weltbilder sollen für den Bürger vermittelt werden. Durch die Wertevermittlung und die Brauchtumspflege soll die Identifikation mit dem Lebensumfeld ermöglicht werden. Diese sollen für die Nachwelt erhalten werden.

Kenn- u. Messzahlen

Anzahl der kulturtreibenden Vereine und Gemeinschaften
Anzahl der städtischen Veranstaltungen

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	06	Fachbereich 2
----------------------	-----------	----------------------

Produktbereich	04	Kultur- u. Wissenschaft
Produktgruppe	04.10	Kultur
Produkt	04.10.10	Kulturverwaltung, -förderung u. Veranstaltungen

Erläuterungen

Der bisherige Umfang des städtischen Angebotes soll erhalten bleiben. Die hierzu erforderlichen Aufwendungen sollen weiterhin vermehrt über Spenden und Sponsoring erfolgen.

Die Partnerschaften sollen weiterhin gepflegt werden.

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1 06 Fachbereich 2

Produktbereich 04 Kultur- u. Wissenschaft
 Produktgruppe 04.10 Kultur
 Produkt 04.10.10 Kulturverwaltung, -förderung u. Veranstaltungen

Haushaltssicherungskonzept - Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung - Bedingungen, Maßgaben und Auswirkungen

Nr.	Bereich	Konkrete Maßnahmenbeschreibung	Notwendige Verfahrensschritte	Mögliche Auswirkungen
-----	---------	--------------------------------	-------------------------------	-----------------------

1	Kultur		Personalmaßnahme		Verzicht auf Wiederbesetzung			
	Erläuterungen:							
	ATZ; Ablauf der Freistellungsphase 11/2012							
	Die Konsolidierungsmaßnahme ist nicht umsetzbar. Die Nachbesetzung der durch ATZ frei gewordene Stelle ist bereits erfolgt.							
	Maximal erzielbarer Haushaltseffekt/Jahr - Konkrete Auswirkungen auf die Haushalts- und mittelfristige Ergebnisplanung							
	Planungsjahr:	Max.Wert/Jahr	2012	2013	2014	2015	in der vorliegenden Haushaltsplanung	
	Konsolidierungswert	15.300 €	0 €	0 €	0 €	0 €	bereits berücksichtigt:	
Bisheriger Wert	-	15.300 €	15.300 €	15.300 €	15.300 €	Ja	Nein	
Neuer Wert	-	15.300 €	15.300 €	15.300 €	15.300 €	X		

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	06	Fachbereich 2
Produktbereich	04	Kultur- u. Wissenschaft
Produktgruppe	04.10	Kultur
Produkt	04.10.10	Kulturverwaltung, -förderung u. Veranstaltungen

Teilergebnisplan	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
Ertrags- und Aufwandsarten							
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	9.532,63	0	0	0	0	0	0
10 = Ordentliche Erträge	9.532,63	0	0	0	0	0	0
11 - Personalaufwendungen	47.989,69	44.670	44.120	44.120	44.530	44.950	45.380
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	11.119,34	6.770	6.770	6.770	6.770	6.770	6.770
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	843,00	1.610	1.610	1.600	1.590	1.590	1.590
17 = Ordentliche Aufwendungen	59.952,03	53.050	52.500	52.490	52.890	53.310	53.740
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-50.419,40	-53.050	-52.500	-52.490	-52.890	-53.310	-53.740
21 = Finanzergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
22 = Ordentliches Ergebnis	-50.419,40	-53.050	-52.500	-52.490	-52.890	-53.310	-53.740
25 = Außerordentliches Ergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -	-50.419,40	-53.050	-52.500	-52.490	-52.890	-53.310	-53.740
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	4.690	4.740	4.790	4.840	4.890	4.940
29 = Ergebnis	-50.419,40	-57.740	-57.240	-57.280	-57.730	-58.200	-58.680

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	06	Fachbereich 2
Produktbereich	04	Kultur- u. Wissenschaft
Produktgruppe	04.10	Kultur
Produkt	04.10.20	Stadtbücherei

Beschreibung

Angebot von Medien zur Ausleihe an die Einwohner der Stadt mit einer zentralen Hauptstelle sowie einer ehrenamtlich betreuten Außenstelle im Stadtteil Forsbach mit dem Schwerpunkt Schülerbibliothek. Beratung und Information. Öffentlichkeitsarbeit und Leseförderung. Durchführung von Veranstaltungen (Lesungen, Vorträgen, Ausstellungen u.a.) in den Räumlichkeiten der Stadtbücherei. Leseförderprojekte (Leseclub für die jüngeren Leser), Information und Vermittlung von Medien über die Fernleihe. Förderung von Literatur und Medien. Angebote für Schulen z.B. Offene Ganztagsschule, Klassenführungen, Medienkisten. Angebote für Kindergärten: Führungen. Internetnutzung für die Bürger.

Auftrag

Beschluss des Stadtrates

Zielgruppe

Einwohner der Stadt Rösrath und der umliegenden Kommunen, Schulen, Interessenten aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung. Partnerbibliotheken und sonstige Institutionen

Ziele

Bereitstellung und Gewährleistung der Ausleihe von Büchern und anderen Medien. Beratung und Hilfe bei der Suche nach bestimmten Informationen. Aufbau eines weitgefächerten, anspruchsvollen Medienbestandes aus den verschiedensten Themenbereichen. Vermittlung von Literatur und Leseförderung junger Menschen. Anleitung zum Umgang mit den Medien (Vermittlung von Medienkompetenz). Förderung des lebenslangen Lernens, der Aus- und Weiterbildung, Kulturellen Bildung, Meinungsbildung und der sinnvollen Freizeitgestaltung. Die Bibliothek soll ein Informations- und Medienzentrum, sowie ein Kommunikationszentrum und Treffpunkt der Bevölkerung sein.

Messzahlen

	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012
Medien				
Medienbestand (gesamt)	Anzahl	31.474	31.200	31.800
Print-Medienbestand	Anzahl	28.474	28.000	28.500
Non-Book-Medienbestand	Anzahl	3.040	3.200	3.300
Entleihungen (gesamt)	Anzahl	59.297	61.000	63.000
Print-Medien Entleihungen	Anzahl	44.107	43.500	44.000
Non-Book-Medien Entleihungen	Anzahl	15.190	17.500	19.000
Anzahl Veranstaltungen pro Jahr	Anzahl	74	80	82
Auskunftsfragen	Anzahl	4.854	4.900	5.000
Besucher				
Besucher im gesamten Jahr	Anzahl	28.250	29.000	30.000
Jahresöffnungstunden der Stadtbücherei	Stunden	1.641	1.645	1.648
Aktive Nutzer (gesamt)	Anzahl	2.286	2.300	2.350
Aktive Nutzer unter 12 Jahre	Anzahl	842	850	880
Aktive Nutzer über 60 Jahre	Anzahl	174	190	220
Neuanmeldungen pro Jahr	Anzahl	457	460	500

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	06	Fachbereich 2
---------------	----	---------------

Produktbereich	04	Kultur- u. Wissenschaft
Produktgruppe	04.10	Kultur
Produkt	04.10.20	Stadtbücherei

Erläuterungen

Ausstattung der Stadtbücherei mit den notwendigen Medien im Rahmen der Vorjahre.

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1 06 Fachbereich 2

Produktbereich 04 Kultur- u. Wissenschaft
 Produktgruppe 04.10 Kultur
 Produkt 04.10.20 Stadtbücherei

<u>Teilergebnisplan</u>	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
Ertrags- und Aufwandsarten							
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	12.878,11	14.110	15.200	15.200	15.200	15.200	15.000
10 = Ordentliche Erträge	12.878,11	14.110	15.200	15.200	15.200	15.200	15.000
11 - Personalaufwendungen	100.515,83	110.830	113.640	113.640	114.740	115.860	116.980
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	13.613,66	13.570	13.570	13.720	13.750	15.680	15.710
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	6.871,70	4.750	4.750	4.790	4.780	4.780	4.780
17 = Ordentliche Aufwendungen	121.001,19	129.150	131.960	132.150	133.270	136.320	137.470
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-108.123,08	-115.040	-116.760	-116.950	-118.070	-121.120	-122.470
21 = Finanzergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
22 = Ordentliches Ergebnis	-108.123,08	-115.040	-116.760	-116.950	-118.070	-121.120	-122.470
25 = Außerordentliches Ergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -	-108.123,08	-115.040	-116.760	-116.950	-118.070	-121.120	-122.470
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	45.500	63.600	64.500	62.000	63.900	59.200
29 = Ergebnis	-108.123,08	-160.540	-180.360	-181.450	-180.070	-185.020	-181.670

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	06	Fachbereich 2
---------------	----	---------------

Produktbereich	04	Kultur- u. Wissenschaft
Produktgruppe	04.10	Kultur
Produkt	04.10.20	Stadtbücherei

Teilfinanzplan - Zahlungsübersicht

Ein- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Verpfl.- Ermächtigung	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
Investitionstätigkeit								
Einzahlungen								
23 = Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen								
26 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	333,20	2.000	2.000	2.000	0	1.300	1.300	1.300
30 = Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	333,20	2.000	2.000	2.000	0	1.300	1.300	1.300
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	-333,20	-2.000	-2.000	-2.000	0	-1.300	-1.300	-1.300

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1 06 Fachbereich 2

Produktbereich 04 Kultur- u. Wissenschaft
 Produktgruppe 04.10 Kultur
 Produkt 04.10.20 Stadtbücherei

<u>Teilfinanzplan - einzelne Investitionsmaßnahmen</u>	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Verpfl.- Ermächtigung	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016	Bisher bereitgestellt
Investitionsmaßnahmen oberhalb der Wertgrenze									
4000 Geringwertige Wirtschaftsgüter									
26 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	333,20	2.000	2.000	2.000	0	0	0	0	0
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	-333,20	-2.000	-2.000	-2.000	0	0	0	0	0
4350 Bücherei									
26 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0	0	0	0	1.300	1.300	1.300	0
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	0,00	0	0	0	0	-1.300	-1.300	-1.300	0

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	06	Fachbereich 2
Produktbereich	04	Kultur- u. Wissenschaft
Produktgruppe	04.10	Kultur
Produkt	04.10.30	Musik- und Erwachsenenbildung

Beschreibung

Die Erfüllung kultureller Aufgaben der Stadt Rösrath wird gemeinsam mit der Stadt Overath sichergestellt. Gefördert werden die Volkshochschuleangebote sowie musikalische Angebote.

Auftrag

Der Auftrag wird definiert durch Ratsbeschlüsse, das Weiterbildungsgesetz NW sowie die Satzungen der jeweiligen Zweckverbände.

Zielgruppe

Einwohner und Institutionen der Stadt Rösrath und umliegender Städte und Gemeinden

Ziele

Sicherstellung der Erwachsenenbildung. Kulturelle Weiterbildungsangebote schaffen. Ein ortsnahe für den Bürger erreichbares Angebot. Eine große Angebotspalette. Die Angebote sollen sich an den Bedürfnissen der Bürger orientieren. Durch Gebühren sollen die Teilnehmer im angemessenen Rahmen an den Kosten beteiligt werden.

Kenn- u. Messzahlen

Stattgefundene Kurse der Volkshochschule
Belegungen der Volkshochschule
Schüler der Musikschule

Erläuterungen

Das allgemeinbildende Angebot der Volkshochschule Overath-Rösrath soll im bisherigen Umfang fortgeführt werden.

Die Angebote der bisherigen Musikschule werden unter dem Dach der Volkshochschule weitergeführt.

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	06	Fachbereich 2					
Produktbereich	04	Kultur- u. Wissenschaft					
Produktgruppe	04.10	Kultur					
Produkt	04.10.30	Musik- und Erwachsenenbildung					
Teilergebnisplan							
Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	97.500	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
10 = Ordentliche Erträge	0,00	97.500	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
11 - Personalaufwendungen	0,00	135.000	160.660	160.660	162.250	163.860	165.490
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	15.000	42.000	42.000	45.000	50.000	50.000
15 - Transferaufwendungen	297.283,43	127.300	99.900	99.900	120.890	141.890	142.900
17 = Ordentliche Aufwendungen	297.283,43	277.300	302.560	302.560	328.140	355.750	358.390
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-297.283,43	-179.800	-202.560	-202.560	-228.140	-255.750	-258.390
21 = Finanzergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
22 = Ordentliches Ergebnis	-297.283,43	-179.800	-202.560	-202.560	-228.140	-255.750	-258.390
25 = Außerordentliches Ergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -	-297.283,43	-179.800	-202.560	-202.560	-228.140	-255.750	-258.390
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	11.390	11.390	11.390	11.390	11.390	11.390
29 = Ergebnis	-297.283,43	-191.190	-213.950	-213.950	-239.530	-267.140	-269.780

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	06	Fachbereich 2
Produktbereich	05	Soziale Leistungen
Produktgruppe	05.10	Leistungen der Sozialhilfe
Produkt	05.10.10	Hilfen zur Sicherung der Lebensgrundlage

Beschreibung

Überwiegende Sicherstellung des Lebensunterhalts für unterschiedliche Personenkreise durch Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit, sonstige Hilfen nach dem SGB XII , die nicht zur Hilfe zum Lebensunterhalt oder zur Grundsicherung im Alter und Erwerbsminderung gehören (u.a. Krankenhilfe, Übernahme von Bestattungskosten oder Hilfe zur Pflege) sowie Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz.

Die Kosten nach dem SGB XII werden vom Rheinisch-Bergischen-Kreis getragen. Die Aufwendungen treffen die Stadt jedoch mittelbar über die Kreisumlage. Die Kosten für Unterhaltsvorschuss werden zu rd. 1/3 von der Stadt getragen. Die Erstattung, der auf die Stadt Rösrath entfallenden Anteils für die Kosten der Unterkunft nach dem SGB II, sind hier erfasst. Einnahmen aus Unterhaltsheranziehung SGB XII werden an den Kreis abgeführt. Einnahmen aus Unterhaltsheranziehung beim Unterhaltsvorschuss sind hier berücksichtigt.

Beratung in Rentenangelegenheiten und zur Sozialversicherung.

Auftrag

SGB, SGB II, SGB XII, UVG, BSHG, Delegationssatzung des RBK, SGB IV

Zielgruppe

Hilfeberechtigte Personen, deren Bedarfslage bekannt ist. Alleinerziehende mit Kindern bis zum 12. Lebensjahr Ratsuchende in Rentenangelegenheiten

Ziele

Umsetzung von Beratungsleistungen und wirtschaftlichen Hilfen nach dem SGB XII in Verbindung mit anderen gesetzlichen Regelungen außerhalb von Einrichtungen, die aufgrund nicht ausreichenden Einkommens oder Vermögens ihren sozialhilferechtlichen Bedarf nicht oder nicht ausreichend realisieren können, oder darüber hinausgehende soziale Leistungen in Anspruch nehmen müssen. Sicherung des Unterhaltes von Kindern bis 12 von alleinstehenden Eltern durch Vorschüsse und Ausfallleistungen. Unterhaltsleistungen als Vorschuss oder Ausfallleistung. Gewährung der Grundsicherung für Arbeitssuchende, soweit es sich um kommunale Leistungsverpflichtungen handelt und deren finanzielle Abwicklung. Qualifizierte ortsnahe Rentenberatung. Verringerung der Aufwendungen für Grundsicherungsleistung.

Kenn- u. Messzahlen

Zahl der Bedarfsgemeinschaften und Leistungsberechtigten, aufgegliedert nach Leistungsarten SGB XII und UVG Zahl der Rentenberatungen

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	06	Fachbereich 2
Produktbereich	05	Soziale Leistungen
Produktgruppe	05.10	Leistungen der Sozialhilfe
Produkt	05.10.10	Hilfen zur Sicherung der Lebensgrundlage

Erläuterungen

Die Kosten nach dem SGB XII werden vom Rheinisch-Bergischen-Kreis getragen. Die Aufwendungen treffen die Stadt jedoch mittelbar über die Kreisumlage. Die Kosten für Unterhaltsvorschuss werden zu rd. 1/3 von der Stadt getragen. Einnahmen aus Unterhaltsheranziehung SGB XII werden an den Kreis abgeführt. Einnahmen aus Unterhaltsheranziehung beim Unterhaltsvorschuss sind hier berücksichtigt.

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	06	Fachbereich 2							
Produktbereich	05	Soziale Leistungen							
Produktgruppe	05.10	Leistungen der Sozialhilfe							
Produkt	05.10.10	Hilfen zur Sicherung der Lebensgrundlage							
Teilergebnisplan			Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz	Ansatz	Planungsjahr	Planungsjahr	Planungsjahr
Ertrags- und Aufwandsarten					Haushaltsjahr	Haushaltsjahr	2014	2015	2016
					2012	2013			
3 + Sonstige Transfererträge			148.670,32	34.000	30.000	30.000	30.600	31.220	31.850
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen			352.192,68	162.000	148.660	151.000	152.510	154.040	155.590
10 = Ordentliche Erträge			500.863,00	196.000	178.660	181.000	183.110	185.260	187.440
11 - Personalaufwendungen			379.230,00	285.540	285.110	285.110	287.930	290.780	293.660
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			29.905,00	28.750	26.750	26.930	26.990	27.050	27.110
15 - Transferaufwendungen			198.690,84	180.000	190.000	195.000	198.900	202.870	206.920
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen			8.100,86	13.600	13.600	13.680	13.710	13.760	13.810
17 = Ordentliche Aufwendungen			615.926,70	507.890	515.460	520.720	527.530	534.460	541.500
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit			-115.063,70	-311.890	-336.800	-339.720	-344.420	-349.200	-354.060
21 = Finanzergebnis			0,00	0	0	0	0	0	0
22 = Ordentliches Ergebnis			-115.063,70	-311.890	-336.800	-339.720	-344.420	-349.200	-354.060
25 = Außerordentliches Ergebnis			0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -			-115.063,70	-311.890	-336.800	-339.720	-344.420	-349.200	-354.060
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			0,00	112.730	119.500	120.690	121.900	123.120	124.350
29 = Ergebnis			-115.063,70	-424.620	-456.300	-460.410	-466.320	-472.320	-478.410

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	06	Fachbereich 2
Produktbereich	05	Soziale Leistungen
Produktgruppe	05.10	Leistungen der Sozialhilfe
Produkt	05.10.20	Besondere soziale Bürgerdienste

Beschreibung

Allgemeine Information für Senioren. Einzelfallbezogene Beratung älterer Menschen, Pflegebedürftiger, von Pflegebedürftigkeit Bedrohte und Angehörige ihres sozialen Umfeldes. Wohnberatung. Pflege und Entwicklung der regionalen Versorgungsstruktur. Öffentlichkeitsarbeit der Pflege- und Seniorenberatung. Organisation des Seniorenbeirates und des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderung und Umsetzung der Beschlüsse. Förderung von Seniorengruppen zur Sicherung von Angeboten zur Kommunikation und Freizeitgestaltung. Förderung des Vereins Arbeit für Rösrath.

Auftrag

SGB XII, Landespflegegesetz Ratsbeschluss zur Bildung eines Seniorenbeirates Ratsbeschluss zur Förderung des Vereins Arbeit für Rösrath

Zielgruppe

Ältere Menschen, Pflegebedürftige, von Pflegebedürftigkeit Bedrohte und deren Angehörige, Erwerbslose

Ziele

Verbesserung der Lebenssituation älterer Menschen in der Stadt Rösrath, u.a. trägerunabhängige Beratung. Selbständige Lebensführung in der eigenen Häuslichkeit. Hilfe bei besonderen Schwierigkeiten, psychosoziale Beratung, Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in der Seniorenarbeit. Zusammenarbeit mit Land und Kreis zur Gewährleistung einer bedarfsgerechten Angebotsstruktur für Pflegebedürftige und deren Pflegenden. Unterstützung der Beiräte (Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderung, Seniorenbeirat). Entwicklung von stadtteilbezogener Seniorenarbeit. Öffentlichkeitsarbeit „Rund ums Alter“ Unterstützung des Vereins Arbeit für Rösrath.

Kenn- u. Messzahlen

- Anzahl der Beratungseinheiten
- Anzahl der Beratenen

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	06	Fachbereich 2
Produktbereich	05	Soziale Leistungen
Produktgruppe	05.10	Leistungen der Sozialhilfe
Produkt	05.10.20	Besondere soziale Bürgerdienste

Erläuterungen

Aufwand für Zuwendungen an die Evangelische Gemeinde Volberg-Forsbach-Rösrath (Begegnungsstätte aktiver Senioren und ehrenamtliche Seniorenberatung), Aufwand für die Öffentlichkeitsarbeit (z. B: Honorare für Vorträge, Broschüren usw.) und den Seniorenausflug.

Der Zuschuss an den Verein Arbeit für Rösrath soll im gemeinsamen Dialog schrittweise gesenkt werde.

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	06	Fachbereich 2
Produktbereich	05	Soziale Leistungen
Produktgruppe	05.10	Leistungen der Sozialhilfe
Produkt	05.10.20	Besondere soziale Bürgerdienste

Haushaltssicherungskonzept - Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung - Bedingungen, Maßgaben und Auswirkungen

Nr.	Bereich	Konkrete Maßnahmenbeschreibung	Notwendige Verfahrensschritte	Mögliche Auswirkungen				
1	Besondere soziale Bürgerdienste	Schrittweise Reduzierung des Zuschusses an den Verein Arbeit für Rösrath						
	Erläuterungen: HSK 2008, 2009, 2010							
	Die ursprünglich in der Zuständigkeit und Finanzverantwortung der Stadt nach der Vereinbarung zum BSHG gegebene Grundlage für diese Förderung ist schon seit den Neuregelungen durch das Sozialgesetzbuch – SGB II und SGB XII nicht mehr gegeben. Die bisherigen Beschlüsse zur Gewährung der Förderung der bisher gezahlten Höhe waren jeweils auf 2 Jahre beschränkt, die letzte Beschlussfassung für die Jahre 2008/2009, weshalb im Haushaltssicherungskonzept 2008 die Reduzierung auch erst ab dem Haushaltsjahr 2010 beschlossen wurde. Zum HSK 2011 wurde vom Rat eine einmalige Anhebung der Förderung bezogen auf das Jahr 2011 beschlossen.							
	Maximal erzielbarer Haushaltseffekt/Jahr - Konkrete Auswirkungen auf die Haushalts- und mittelfristige Ergebnisplanung							
	Planungsjahr:	Max.Wert/Jahr	2012	2013	2014	2015	in der vorliegenden Haushaltsplanung bereits berücksichtigt:	
	Konsolidierungswert	25.000 €	1.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €		
	Bisheriger Wert	-	25.000 €	25.000 €	25.000 €	25.000 €	Ja	Nein
Neuer Wert	-	15.000 €	15.000 €	15.000 €	10.000 €	X		
2	Besondere soziale Bürgerdienste	Zusammenfassung bisheriger Zuschüsse und schrittweise Reduzierung des Gesamtbetrages						
	Erläuterungen: aus HSK 2010							
	Die mit dem Ratsbeschluss zum HSK 2010 erfolgte Modifizierung dieses seit 2008 im HSK ausgewiesenen Konsolidierungsbeitrages beinhaltet neben der Zusammenfassung von Zuschuss-Buchungsstellen auch die Streichung eines bis 2009 separat für die Seniorenberatung gezahlten Zuschusses und dessen Kompensierung mit einem an denselben Träger gewährten Zuschuss für die Seniorenbereuung vor. Ab 2011 werden diesem Bereich und diesem Budget auch die Aufwendungen für die Ehrungen anlässlich von Altersjubiläen der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern zugeordnet.							
	Maximal erzielbarer Haushaltseffekt/Jahr - Konkrete Auswirkungen auf die Haushalts- und mittelfristige Ergebnisplanung							
	Planungsjahr:	Max.Wert/Jahr	2012	2013	2014	2015	in der vorliegenden Haushaltsplanung bereits berücksichtigt:	
	Konsolidierungswert	6.200 €	3.700 €	6.200 €	6.200 €	6.200 €		
	Bisheriger Wert	-	9.200 €	9.200 €	9.200 €	9.200 €	Ja	Nein
Neuer Wert	-	4.500 €	3.700 €	3.000 €	3.000 €	X		

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	06	Fachbereich 2						
Produktbereich	05	Soziale Leistungen						
Produktgruppe	05.10	Leistungen der Sozialhilfe						
Produkt	05.10.20	Besondere soziale Bürgerdienste						
Teilergebnisplan								
Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen		31.905,38	36.000	36.000	36.000	36.000	36.000	38.190
10 = Ordentliche Erträge		31.905,38	36.000	36.000	36.000	36.000	36.000	38.190
11 - Personalaufwendungen		44.287,98	45.610	46.940	46.940	47.400	47.860	48.330
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		0,00	2.000	2.000	2.200	2.200	2.200	2.200
15 - Transferaufwendungen		45.000,00	56.500	56.500	46.500	45.800	45.800	45.800
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen		29,96	400	400	400	400	400	400
17 = Ordentliche Aufwendungen		89.317,94	104.510	105.840	96.040	95.800	96.260	96.730
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		-57.412,56	-68.510	-69.840	-60.040	-59.800	-60.260	-58.540
21 = Finanzergebnis		0,00	0	0	0	0	0	0
22 = Ordentliches Ergebnis		-57.412,56	-68.510	-69.840	-60.040	-59.800	-60.260	-58.540
25 = Außerordentliches Ergebnis		0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -		-57.412,56	-68.510	-69.840	-60.040	-59.800	-60.260	-58.540
29 = Ergebnis		-57.412,56	-68.510	-69.840	-60.040	-59.800	-60.260	-58.540

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	06	Fachbereich 2
Produktbereich	05	Soziale Leistungen
Produktgruppe	05.20	Soziale Förderung
Produkt	05.20.10	Hilfe bei Wohnproblemen

Beschreibung

Unterbringung und Betreuung von asylbegehrenden oder geduldeten Ausländern in Gemeinschaftsunterkünften der Stadt. Unterbringung und Betreuung von obdachlosen Personen in Notunterkünften. Erhebung von Benutzungsgebühren.

Überwachung und Kontrolle von öffentlich geförderten Wohnungen, Ausstellung von Wohnberechtigungsscheinen und Zinssenkungsbescheinigungen, Mietpreisüberprüfung und Bescheinigungen über das Ende der Bindung bei öffentlich geförderten Wohnungen, Wohnungsvermittlung Kontrolle der Gebrauchsfähigkeit von Wohnraum.

Bearbeitung von Anträgen auf Wohngeld. Wohngeld wird aus dem Landeshaushalt gezahlt.

Auftrag

Flüchtlingsaufnahmegesetz, Landesaufnahmegesetz, Asylverfahrensgesetz, Aufenthaltsgesetz, Satzung und Benutzungsordnung für die Unterkünfte

Wohnraumförderungsgesetz, Wohnungsbindungsgesetz, Gesetz zur Förderung und Nutzung von Wohnraum für das Land NRW, Umsetzung der Wohnungsbauförderungsbestimmungen, Wohnungsgesetz NW, Nebengesetze

Wohngeldgesetz, Nebengesetze

Zielgruppe

Zugewiesene Asylsuchende und Geduldete

In Rösrath obdachlos gewordene Personen

Eigentümer und Mieter von öffentlich gefördertem Wohnraum

Wohnungssuchende

Einkommensschwache Mieter und Eigentümer von Wohnraum

Ziele

Unterbringung der Personen unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Migrationshintergründe.

Schaffung und Aufrechterhaltung eines ausreichenden Platzangebotes.

Vermeidung von Obdachlosigkeit. Abstimmung mit dem „Netzwerk Wohnungsnot“.

Wiedereingliederung von Obdachlosen in Wohnungen des regulären Marktes.

Sicherstellung der Einhaltung der Wohnungsbindungsvorschriften bei öfftl. geförd. Wohnraum.

Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnens durch Gewährung von Wohngeld.

Kenn- u. Messzahlen

- Anzahl untergebrachte Personen
- Anzahl Beratungen Wohnungssuchende
- Anzahl Überprüfungen Wohnungsbestand
- Anzahl wohnungswirtschaftlicher Bescheinigungen

Messzahlen

	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012
Wohngeldstelle				
bearbeitete Fälle in der Wohngeldstelle	Anzahl	1.395	1.372	1.380
ausgezahlter Betrag durch den Landes- bzw. Bundeshaushalt	Euro	714.923,00	700.000,00	700.000,00

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	06	Fachbereich 2
Produktbereich	05	Soziale Leistungen
Produktgruppe	05.20	Soziale Förderung
Produkt	05.20.10	Hilfe bei Wohnproblemen

Erläuterungen

Erträge aus Entgelten für die Nutzung von Gemeinschaftsunterkünften (Asyl, Spätaussiedler) und Notunterkünften (Obdachlose).

Erträge aus Verwaltungsgebühren für Wohnberechtigungsscheine und aus Zuwendungen des Landes.

Aufwand für die anteilige Finanzierung „Netzwerk Wohnungsnot“ ist wegen der Finanzverantwortung des Landrates im Kreishaushalt veranschlagt.

Wohngeld wird im Landeshaushalt veranschlagt.

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1 06 Fachbereich 2

Produktbereich 05 Soziale Leistungen
 Produktgruppe 05.20 Soziale Förderung
 Produkt 05.20.10 Hilfe bei Wohnproblemen

<u>Teilergebnisplan</u>	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
Ertrags- und Aufwandsarten							
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	129.560,60	111.020	125.120	125.180	126.460	127.740	129.030
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.050,40	1.000	1.000	1.030	1.050	1.070	1.090
7 + Sonstige ordentliche Erträge	943,15	0	0	0	0	0	0
10 = Ordentliche Erträge	131.554,15	112.020	126.120	126.210	127.510	128.810	130.120
11 - Personalaufwendungen	78.374,77	80.310	94.020	94.020	94.890	95.770	96.650
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.987,95	5.000	5.000	5.000	5.050	5.100	5.150
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	320,54	400	400	350	350	350	350
17 = Ordentliche Aufwendungen	82.683,26	85.710	99.420	99.370	100.290	101.220	102.150
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	48.870,89	26.310	26.700	26.840	27.220	27.590	27.970
21 = Finanzergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
22 = Ordentliches Ergebnis	48.870,89	26.310	26.700	26.840	27.220	27.590	27.970
25 = Außerordentliches Ergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -	48.870,89	26.310	26.700	26.840	27.220	27.590	27.970
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	50.000	92.400	93.500	90.000	92.800	86.000
29 = Ergebnis	48.870,89	-23.690	-65.700	-66.660	-62.780	-65.210	-58.030

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	06	Fachbereich 2
Produktbereich	05	Soziale Leistungen
Produktgruppe	05.20	Soziale Förderung
Produkt	05.20.20	Leistungen für Asylbewerber

Beschreibung

Sicherung des notwendigen Bedarfs zum Lebensunterhalt durch Bar- und Sachmittel sowie der Krankenhilfe. Abrechnung der Erstattungen des Landes.

Auftrag	Zielgruppe
Asylbewerberleistungsgesetz, Aufenthaltsgesetz, Flüchtlingsaufnahmegesetz	Hilfeberechtigte Asylbewerber und geduldete Ausländer

Ziele

Angemessene Hilfeleistung entsprechend der gesetzlichen Vorgaben.
Reduzierung der Kosten durch genaue Abrechnung der Landesmittel.

Kenn- u. Messzahlen

Anzahl der Leistungsberechtigten

Erläuterungen

Erträge aus Erstattungen des Landes nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz.

Erträge aus Ersatzleistungen sowie Erstattungen öffentlicher Leistungsträger.

Aufwand für Betreuung und Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz an Asylbewerber und geduldete Personen, die nicht nach dem SGB leistungsberechtigt sind. Darin sind Leistungen für Lebensunterhalt, Kosten bei Erkrankung und Beihilfen enthalten. Aufgrund einer erwarteten Neuregelung des Asylbewerberleistungsgesetzes ist mit steigenden laufenden Aufwendungen sowie Nachzahlungen für die Vergangenheit zu rechnen.

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1 06 Fachbereich 2

Produktbereich 05 Soziale Leistungen
 Produktgruppe 05.20 Soziale Förderung
 Produkt 05.20.20 Leistungen für Asylbewerber

<u>Teilergebnisplan</u>	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
Ertrags- und Aufwandsarten							
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	46.362,00	40.000	40.000	30.000	25.000	25.000	25.000
3 + Sonstige Transfererträge	1.032,70	5.000	500	0	0	0	0
10 = Ordentliche Erträge	47.394,70	45.000	40.500	30.000	25.000	25.000	25.000
15 - Transferaufwendungen	270.757,99	290.000	350.000	350.000	350.000	350.000	350.000
17 = Ordentliche Aufwendungen	270.757,99	290.000	350.000	350.000	350.000	350.000	350.000
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-223.363,29	-245.000	-309.500	-320.000	-325.000	-325.000	-325.000
21 = Finanzergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
22 = Ordentliches Ergebnis	-223.363,29	-245.000	-309.500	-320.000	-325.000	-325.000	-325.000
25 = Außerordentliches Ergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -	-223.363,29	-245.000	-309.500	-320.000	-325.000	-325.000	-325.000
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	110.000	158.700	160.700	154.700	159.500	147.700
29 = Ergebnis	-223.363,29	-355.000	-468.200	-480.700	-479.700	-484.500	-472.700

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	06	Fachbereich 2
Produktbereich	06	Kinder-, Jugend-u. Familienhilfe
Produktgruppe	06.10	Kinder-, Jugend-u. Familienförderung
Produkt	06.10.10	Tagesbetreuung von Kindern und Spielplätze

Beschreibung

Die Tagesbetreuung von Kindern wird durch Tageseinrichtungen oder Tagespflege sichergestellt. Tageseinrichtungen sind Einrichtungen, in denen sich Kinder für einen Teil des Tages oder ganztätig aufhalten und in Gruppen gefördert werden, Kindertagespflege wird von einer geeigneten Tagespflegeperson in ihrem Haushalt oder im Haushalt des Personensorgeberechtigten geleistet. Der Förderungsauftrag umfasst Erziehung, Bildung und Betreuung des Kindes und bezieht sich auf die soziale, emotionale, körperliche und geistige Entwicklung des Kindes. Er schließt die Vermittlung orientierender Werte und Regeln ein. Die Förderung soll sich am Alter und Entwicklungsstand, den sprachlichen und sonstigen Fähigkeiten, der Lebenssituation sowie den Interessen und Bedürfnissen des einzelnen Kindes orientieren und seine ethnische Herkunft berücksichtigen. Das Produkt umfasst die Förderung der Träger bzw. Trägerverbände.

Auftrag

SGB VIII, Kinderbildungsgesetz KiBiz mit entsprechenden Verordnungen und Erlassen, Satzung der Stadt Rösrath

Zielgruppe

Eltern und Kinder, in der Regel im Alter von 0 bis 6 Jahren sowie Kinder und Jugendliche

Ziele

Schaffung und Erhaltung eines bedarfsgerechten Angebotes an Plätzen in Kindertageseinrichtungen und Tagespflege für Kinder bis zur Einschulung. Die Kinder sollen entsprechend ihrem Alter gefördert werden. Das soziale Lernen und die Sprachentwicklung sollen im Vordergrund stehen. In der Gruppe mit gleichaltrigen sollen die Grundlagen für ein gesellschaftsfähiges Miteinander geschaffen werden. Die Kinder sollen auf den bevorstehenden Schulbesuch vorbereitet werden. Angebote für Kinder mit besonderem Bedarf sollen erfolgen. Bereitstellung eines bedarfsorientierten Angebots an Spielplätzen. Beteiligung der Kinder bei der Gestaltung der Freiräume.

Messzahlen

	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012
Kindertageseinrichtungen				
Anzahl der Kindertageseinrichtungen	Anzahl	16	16	16
Anzahl Kinder 3-6 Jahre in Kitas zu Beginn des Kiga-Jahres	Anzahl	788	729	671
Anzahl Kinder 0-3 Jahre in Kitas zu Beginn des Kiga-Jahres	Anzahl	109	128	161
Sonderkindergärten				
Anzahl der Sonderkindergärten	Anzahl	2	2	2
Anzahl der Plätze in Sonderkindergärten	Anzahl	27	27	27
Anzahl der Plätze in Sonderkindergärten in Einzelintegration	Anzahl	3	4	4
Spielplätze der Stadt Rösrath				
Anzahl der Spielplätze im Stadtgebiet	Anzahl	26	26	26

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	06	Fachbereich 2
Produktbereich	06	Kinder-, Jugend-u. Familienhilfe
Produktgruppe	06.10	Kinder-, Jugend-u. Familienförderung
Produkt	06.10.10	Tagesbetreuung von Kindern und Spielplätze

Erläuterungen

Die Träger der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Rösrath werden über Zuschüsse auf der Grundlage des Kibiz gefördert. Die Förderhöhe richtet sich nach der angebotenen bzw. von den Eltern in Anspruch genommenen Gruppenform.

Die Haushaltsansätze der städtischen Kindertageseinrichtungen wurden analog zu den Schulbudgets nach einem Schlüssel bestehend aus Platzzahl und Raumangebot ermittelt, um eine gerechte und nachvollziehbare Verteilung der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zu gewährleisten.

Die Fachberatung der Kindertageseinrichtungen wird entsprechend der kreisweiten Förderrichtlinien angeboten. Dieses Angebot steht auch den beiden städtischen Einrichtungen zur Verfügung.

Neben den Zuweisungen zum Betrieb der Kindertageseinrichtungen hat das Land zusätzliche Zuschüsse zu den Aufwendungen der Kindertagespflege bereitgestellt.

Die von der Landesregierung beschlossene Beitragsbefreiung für das letzte Kindergartenjahr wurde bei der Ermittlung der Ansätze berücksichtigt.

Für die Ersatzbeschaffung von Mobiliar für die städtischen Kindertageseinrichtungen werden die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt.

Der Ausbau der Kindertagespflege sowie der Umwandlung von Kindertageseinrichtungsplätzen für unter 3-jährige Kinder wird auch weiterhin analog zu den bestehenden Bundes- und Landesprogrammen gefördert. Weitere Mittel für den Umbau der städtischen Kindertageseinrichtungen werden im Budget 10 berücksichtigt.

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1 06 Fachbereich 2

Produktbereich 06 Kinder-, Jugend-u. Familienhilfe
 Produktgruppe 06.10 Kinder-, Jugend-u. Familienförderung
 Produkt 06.10.10 Tagesbetreuung von Kindern und Spielplätze

Haushaltssicherungskonzept - Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung - Bedingungen, Maßgaben und Auswirkungen

Nr.	Bereich	Konkrete Maßnahmenbeschreibung	Notwendige Verfahrensschritte	Mögliche Auswirkungen			
1	Tagesbetreuung von Kindern	Änderung der Geschwisterkinderbefreiung bei den Elternbeiträgen für Kindertageseinrichtungen	bereits erfolgt				
	Erläuterungen: aus HSK 2010						
	Die Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Tageseinrichtungen und der Offenen Ganztagschule ist erfolgt. Danach ist für das 2. Kind ein um 50% ermäßigter Beitrag zu zahlen. Weitere Geschwisterkinder sind beitragsbefreit.						
	Maximal erzielbarer Haushaltseffekt/Jahr - Konkrete Auswirkungen auf die Haushalts- und mittelfristige Ergebnisplanung						
	Planungsjahr:	Max.Wert/Jahr	2012	2013	2014	2015	in der vorliegenden Haushaltsplanung bereits berücksichtigt:
Konsolidierungswert	90.000 €	90.000 €	90.000 €	90.000 €	90.000 €		
Bisheriger Wert	-	935.000 €	935.000 €	935.000 €	935.000 €	Ja	Nein
Neuer Wert	-	1.025.000 €	1.025.000 €	1.025.000 €	1.025.000 €	X	

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1 06 Fachbereich 2

Produktbereich 06 Kinder-, Jugend-u. Familienhilfe
 Produktgruppe 06.10 Kinder-, Jugend-u. Familienförderung
 Produkt 06.10.10 Tagesbetreuung von Kindern und Spielplätze

Teilergebnisplan	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
Ertrags- und Aufwandsarten							
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.161.642,01	2.195.400	2.710.820	2.791.020	2.832.020	2.873.620	2.915.500
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.342.449,73	1.373.400	1.100.000	1.100.000	1.100.750	1.101.510	1.177.280
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.582,54	3.200	3.200	3.200	3.240	3.280	3.320
10 = Ordentliche Erträge	3.506.674,28	3.572.000	3.814.020	3.894.220	3.936.010	3.978.410	4.096.100
11 - Personalaufwendungen	1.075.190,52	1.118.830	1.107.900	1.107.900	1.118.960	1.130.130	1.141.400
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	79.818,02	85.000	88.490	88.600	89.420	90.240	91.080
14 - Bilanzielle Abschreibungen	0,00	21.400	17.400	14.400	14.200	8.900	6.600
15 - Transferaufwendungen	4.609.524,74	4.727.220	5.149.200	5.226.100	5.278.350	5.331.120	5.384.420
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	8.441,10	13.660	14.130	13.610	13.650	13.700	13.750
17 = Ordentliche Aufwendungen	5.772.974,38	5.966.110	6.377.120	6.450.610	6.514.580	6.574.090	6.637.250
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-2.266.300,10	-2.394.110	-2.563.100	-2.556.390	-2.578.570	-2.595.680	-2.541.150
21 = Finanzergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
22 = Ordentliches Ergebnis	-2.266.300,10	-2.394.110	-2.563.100	-2.556.390	-2.578.570	-2.595.680	-2.541.150
25 = Außerordentliches Ergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -	-2.266.300,10	-2.394.110	-2.563.100	-2.556.390	-2.578.570	-2.595.680	-2.541.150
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	498.090	709.760	718.510	697.970	716.750	675.540
29 = Ergebnis	-2.266.300,10	-2.892.200	-3.272.860	-3.274.900	-3.276.540	-3.312.430	-3.216.690

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	06	Fachbereich 2
Produktbereich	06	Kinder-, Jugend-u. Familienhilfe
Produktgruppe	06.10	Kinder-, Jugend-u. Familienförderung
Produkt	06.10.10	Tagesbetreuung von Kindern und Spielplätze

<u>Teilfinanzplan - Zahlungsübersicht</u>		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Verpfl.- Ermächtigung	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
Ein- und Auszahlungsarten									
Investitionstätigkeit									
Einzahlungen									
18 + Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen		330.254,00	677.000	253.700	207.000	0	0	0	0
23 = Einzahlungen aus Investitionstätigkeit		330.254,00	677.000	253.700	207.000	0	0	0	0
Auszahlungen									
26 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen		9.057,50	62.100	57.300	57.300	0	7.000	7.000	7.000
28 - Aktivierbare Zuwendungen		117.700,00	626.600	203.300	156.600	0	0	0	0
30 = Auszahlungen aus Investitionstätigkeit		126.757,50	688.700	260.600	213.900	0	7.000	7.000	7.000
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit		203.496,50	-11.700	-6.900	-6.900	0	-7.000	-7.000	-7.000

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	06	Fachbereich 2								
Produktbereich	06	Kinder-, Jugend-u. Familienhilfe								
Produktgruppe	06.10	Kinder-, Jugend-u. Familienförderung								
Produkt	06.10.10	Tagesbetreuung von Kindern und Spielplätze								
Teilfinanzplan - einzelne Investitionsmaßnahmen	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Verpfl.- Ermächtigung	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016	Bisher bereitgestellt	
Investitionsmaßnahmen oberhalb der Wertgrenze										
4000 Geringwertige Wirtschaftsgüter										
26 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	2.764,81	500	500	500	0	500	500	500	-169	
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	-2.764,81	-500	-500	-500	0	-500	-500	-500	169	
4464 Kindertagesstätten										
18 + Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	330.254,00	677.000	253.700	207.000	0	0	0	0	112.288	
26 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	6.292,69	61.600	56.800	56.800	0	6.500	6.500	6.500	-1.618	
28 - Aktivierbare Zuwendungen	117.700,00	626.600	203.300	156.600	0	0	0	0	-69.727	
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	206.261,31	-11.200	-6.400	-6.400	0	-6.500	-6.500	-6.500	183.633	
5000 Ausgleichsmaßnahmen										
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	06	Fachbereich 2
Produktbereich	06	Kinder-, Jugend-u. Familienhilfe
Produktgruppe	06.10	Kinder-, Jugend-u. Familienförderung
Produkt	06.10.20	Sonstige Leistungen zur Förderung junger Menschen und Familien

Beschreibung

Zur Vermeidung von Fehlentwicklungen werden präventive Angebote gemacht, z.B. Drogen- und Suchtprophylaxe, Sexual- und Aidsberatung. Im Rahmen der Förderung der Erziehung in der Familie bietet das Jugendamt in Zusammenarbeit mit den freien Trägern Beratung in allgemeinen Fragen der Erziehung und Entwicklung junger Menschen, in Fragen der Partnerschaft, Trennung und Scheidung, bei der Ausübung der Personensorge an. In den Fällen, in denen bereits ein Hilfebedarf entstanden ist, greift die Hilfe zur Erziehung. Hilfe zur Erziehung wird in verschiedensten Formen angeboten. Sie teilen sich auf in -Ambulante Hilfen (das Kind bleibt in seiner Familie) -Teilstationäre Hilfen (das Kind wird für einen Teil des Tages außerhalb seiner Familie betreut) -Stationäre Hilfen (das Kind wird außerhalb seiner Familie betreut).

Auftrag

Grundgesetz, SGB VIII insbesondere §§ 27 ff SGB VIII

Zielgruppe

Eltern, Kinder, Jugendliche, Junge Erwachsene aus der Stadt Rösrath

Ziele

Personensorgeberechtigte sollen Hilfen zur Erziehung erhalten, wenn eine dem Wohl des Kindes entsprechende Erziehung nicht gewährleistet ist. Die Hilfen sollen sich am erzieherischen Bedarf des Kindes ausrichten. Die Hilfen sollen familienergänzend und wenn dies nicht ausreicht, teilstationär oder familienersetzend erfolgen. Durch die Hilfe soll erreicht werden, dass das Kind wieder in die Familie integriert wird oder der junge Mensch auf ein selbstständiges Leben vorbereitet wird.

Kenn- u. Messzahlen

- Anzahl der Ambulanten Hilfen
- Anzahl der Teilstationären Hilfen
- Anzahl der Stationären Hilfen

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	06	Fachbereich 2
Produktbereich	06	Kinder-, Jugend-u. Familienhilfe
Produktgruppe	06.10	Kinder-, Jugend-u. Familienförderung
Produkt	06.10.20	Sonstige Leistungen zur Förderung junger Menschen und Familien

Erläuterungen

Die Adoptionsvermittlungsstelle beim Jugendamt der Stadt Bergisch Gladbach wird gemäß der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung anteilig gezahlt.

Die Drogen- und Suchtprävention sowie die Jugendberatung und Jugendwerkstatt werden weiterhin gemäß kreisweiter Förderrichtlinien bezuschusst.

Insgesamt soll durch die bereits umgesetzten Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen der im HSK festgelegte Kostenrahmen eingehalten werden.

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1 06 Fachbereich 2

Produktbereich 06 Kinder-, Jugend-u. Familienhilfe
 Produktgruppe 06.10 Kinder-, Jugend-u. Familienförderung
 Produkt 06.10.20 Sonstige Leistungen zur Förderung junger Menschen und Familien

Haushaltssicherungskonzept - Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung - Bedingungen, Maßgaben und Auswirkungen

Nr.	Bereich	Konkrete Maßnahmenbeschreibung	Notwendige Verfahrensschritte	Mögliche Auswirkungen			
	Sonstige Leistungen zur Förderung junger Menschen und Familien	Vermehrte Vermittlung von Kindern unter 12 Jahren in familiennahe Unterbringungsformen	bereits erfolgt				
	<u>Erläuterungen:</u> aus HSK 2010						
	Nach der Prüfung durch die GPA wurde versucht, das Verhältnis der Vollzeitpflege zur Heimerziehung zu verbessern. Kinder unter 12 Jahren sollen vorrangig in familiennahen Hilfen untergebracht werden. Die Kinder sollen im Rahmen der Bereitschaftspflege kurzfristig oder als langfristige in Vollzeitpflege untergebracht werden. Während des Pflegeverhältnisses sollen die Familien fachlich begleitet und unterstützt werden.						
1	Die Einsparung errechnet sich aus durchschnittlich 3 Fällen pro Jahr, die in einer familiennahen Hilfe anstelle einer Regelgruppe in einer Einrichtung untergebracht werden.						
	Diese Einsparung wurde im Entwurf bereits berücksichtigt. Es soll versucht werden, die Kosten der Hilfen zur Erziehung trotz der aufgrund der Erfahrungen aus den Vorjahren erwarteten Kosten- und Fallzahlensteigerungen auf einem Gesamtbetrag in Höhe von 2.450.000 € zu deckeln.						
Maximal erzielbarer Haushaltseffekt/Jahr - Konkrete Auswirkungen auf die Haushalts- und mittelfristige Ergebnisplanung							
Planungsjahr:	Max.Wert/Jahr	2012	2013	2014	2015	in der vorliegenden Haushaltsplanung	
Konsolidierungswert	80.000 €	80.000 €	80.000 €	80.000 €	80.000 €	bereits berücksichtigt:	
Bisheriger Wert	-	2.500.000 €	2.500.000 €	2.500.000 €	2.500.000 €	Ja	Nein
Neuer Wert	-	2.420.000 €	2.420.000 €	2.420.000 €	2.420.000 €	X	

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1 06 Fachbereich 2

Produktbereich 06 Kinder-, Jugend-u. Familienhilfe
 Produktgruppe 06.10 Kinder-, Jugend-u. Familienförderung
 Produkt 06.10.20 Sonstige Leistungen zur Förderung junger Menschen und Familien

<u>Teilergebnisplan</u>	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
Ertrags- und Aufwandsarten							
3 + Sonstige Transfererträge	180.096,63	133.500	129.500	122.060	124.510	127.010	129.560
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	360,00	0	0	0	0	0	0
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	127.870,17	101.000	100.000	100.000	100.000	100.000	106.150
10 = Ordentliche Erträge	308.326,80	234.500	229.500	222.060	224.510	227.010	235.710
11 - Personalaufwendungen	489.693,18	539.410	557.020	557.020	562.560	568.160	573.810
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	144.660,82	124.770	124.770	124.770	125.410	126.050	126.690
15 - Transferaufwendungen	3.546.794,98	3.391.300	3.391.300	3.391.300	3.459.030	3.528.090	3.598.520
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.672,75	3.570	3.770	3.770	3.760	3.760	3.760
17 = Ordentliche Aufwendungen	4.183.821,73	4.059.050	4.076.860	4.076.860	4.150.760	4.226.060	4.302.780
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-3.875.494,93	-3.824.550	-3.847.360	-3.854.800	-3.926.250	-3.999.050	-4.067.070
21 = Finanzergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
22 = Ordentliches Ergebnis	-3.875.494,93	-3.824.550	-3.847.360	-3.854.800	-3.926.250	-3.999.050	-4.067.070
25 = Außerordentliches Ergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -	-3.875.494,93	-3.824.550	-3.847.360	-3.854.800	-3.926.250	-3.999.050	-4.067.070
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	4.690	4.740	4.790	4.840	4.890	4.940
29 = Ergebnis	-3.875.494,93	-3.829.240	-3.852.100	-3.859.590	-3.931.090	-4.003.940	-4.072.010

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	06	Fachbereich 2
Produktbereich	06	Kinder-, Jugend-u. Familienhilfe
Produktgruppe	06.10	Kinder-, Jugend-u. Familienförderung
Produkt	06.10.30	Förderung von Kindern in der Tagespflege

Beschreibung

Aufwendungen für die Unterbringung von einzelnen Kindern in Kindergärten z.B. Integration und Pflegefamilien, sofern die Kinder tagsüber oder während der üblichen Arbeits- und Geschäftszeit bzw. vor oder nach der Schulzeit ganztägig oder für einen Teil des Tages aufgenommen sowie pflegerisch und erzieherisch betreut werden. Vermittlung und Finanzierung einzelner Kinder / Jugendlicher in Tagespflege.

Auftrag

SGB VIII, Richtlinien zur Förderung der Tagespflege in Rösrath

Zielgruppe

Eltern und Kinder aus Rösrath
Tagespflegepersonen, welche ein Tagespflegeangebot vorhalten

Ziele

Förderung der Entwicklung von Kindern / Jugendlichen in Tagespflege gem. dem jeweiligen Betreuungsbedarf. Unterstützung der Eltern, insbesondere der alleinerziehenden und berufstätigen Eltern bei der Betreuung ihres Kindes.

Messzahlen

	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012
Kinder in Tagespflege	Anzahl	26	53	53
Anzahl der Tagespflegepersonen	Anzahl	22	25	25

Erläuterungen

Veranschlagt werden hier die Kosten der Tagespflege im Einzelfall sowie die Aufwendungen für die Qualifizierung der Tagespflegepersonen. Durch die Änderung der Richtlinien zur Tagespflege werden erhöhte Kosten erwartet.

Die Eltern haben hierzu entsprechend Ihrem Einkommen einen Kostenbeitrag zu leisten.

Für den Betrieb der Offenen Jugendfreizeitstätten werden Landeszuschüsse gezahlt.

Der Ausbau der Kindertagespflege für unter 3-jährige Kinder wird auch weiterhin analog zu den bestehenden Bundes- und Landesprogrammen gefördert.

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1 06 Fachbereich 2

Produktbereich 06 Kinder-, Jugend-u. Familienhilfe
 Produktgruppe 06.10 Kinder-, Jugend-u. Familienförderung
 Produkt 06.10.30 Förderung von Kindern in der Tagespflege

Haushaltssicherungskonzept - Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung - Bedingungen, Maßgaben und Auswirkungen

Nr.	Bereich	Konkrete Maßnahmenbeschreibung	Notwendige Verfahrensschritte	Mögliche Auswirkungen				
	Förderung von Kindern in der Tagespflege	Änderung der Geschwisterkinderbefreiung bei den Elternbeiträgen für die Kindertagespflege	bereits erfolgt					
1	Erläuterungen: aus HSK 2010							
	Die Änderung der Richtlinie zur Förderung der Kindertagespflege in Rösrath ist erfolgt. Danach ist für das 2. Kind ein um 50% ermäßigter Beitrag zu zahlen. Weitere Geschwisterkinder sind beitragsbefreit.							
	Maximal erzielbarer Haushaltseffekt/Jahr - Konkrete Auswirkungen auf die Haushalts- und mittelfristige Ergebnisplanung							
	Planungsjahr:	Max.Wert/Jahr	2012	2013	2014	2015	in der vorliegenden Haushaltsplanung	
	Konsolidierungswert	5.000 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €	bereits berücksichtigt:	
	Bisheriger Wert	-	105.000 €	105.000 €	105.000 €	105.000 €	Ja	Nein
	Neuer Wert	-	110.000 €	110.000 €	110.000 €	110.000 €	X	

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1 06 Fachbereich 2

Produktbereich 06 Kinder-, Jugend-u. Familienhilfe
 Produktgruppe 06.10 Kinder-, Jugend-u. Familienförderung
 Produkt 06.10.30 Förderung von Kindern in der Tagespflege

Teilergebnisplan								
Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016	
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	52.761,82	51.000	57.900	57.900	57.900	57.900	58.000	
3 + Sonstige Transfererträge	68.750,56	50.000	110.000	110.000	112.200	114.450	116.740	
10 = Ordentliche Erträge	121.512,38	101.000	167.900	167.900	170.100	172.350	174.740	
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	900	900	900	900	900	900	
15 - Transferaufwendungen	192.075,74	200.000	281.450	300.000	306.000	312.120	318.360	
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.131,21	1.780	1.780	1.780	1.770	1.770	1.770	
17 = Ordentliche Aufwendungen	193.206,95	202.680	284.130	302.680	308.670	314.790	321.030	
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-71.694,57	-101.680	-116.230	-134.780	-138.570	-142.440	-146.290	
21 = Finanzergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0	
22 = Ordentliches Ergebnis	-71.694,57	-101.680	-116.230	-134.780	-138.570	-142.440	-146.290	
25 = Außerordentliches Ergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0	
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -	-71.694,57	-101.680	-116.230	-134.780	-138.570	-142.440	-146.290	
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	4.690	4.740	4.790	4.840	4.890	4.940	
29 = Ergebnis	-71.694,57	-106.370	-120.970	-139.570	-143.410	-147.330	-151.230	

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	06	Fachbereich 2
Produktbereich	06	Kinder-, Jugend-u. Familienhilfe
Produktgruppe	06.10	Kinder-, Jugend-u. Familienförderung
Produkt	06.10.40	Jugendarbeit

Beschreibung

Jungen Menschen sind die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendhilfearbeit zur Verfügung zu stellen. Sie sollen an den Interessen junger Menschen anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden, sie zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen und hinführen. Sie umfasst die offene Jugendarbeit und gemeinwesenorientierte Angebote wie außerschulische Jugendbildung, Jugendarbeit in Sport, Spiel und Geselligkeit, arbeitswelt-, schul- und familienbezogene Jugendarbeit, internationale Jugendarbeit, Kinder- und Jugendberufshilfe, Jugend-, Familien- und Erziehungsberatung.

Auftrag

SGB VIII, Richtlinien zur finanziellen Förderung von Personal und Einrichtung der Offenen Jugendarbeit durch die Stadt Rösrath, Richtlinien zur finanziellen Förderung von Maßnahmen der Jugendarbeit durch die Stadt Rösrath

Zielgruppe

Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene aus der Stadt Rösrath
Verbände, Gruppen und Initiativen der Jugend
Träger der Jugendarbeit

Ziele

Jungen Menschen sollen die Angebote zur Verfügung gestellt werden um sie in ihrer Entwicklung zu fördern. Die Interessen der jungen Menschen sollen berücksichtigt werden. Die Angebote sollen von den jungen Menschen mitbestimmt und mitgestaltet werden. Sie sollen hierdurch befähigt werden gesellschaftliche Mitverantwortung zu übernehmen. Soziales Engagement soll angeregt werden.

Kenn- u. Messzahlen

- Anzahl der Jugendzentren
- Anzahl der geförderten Ferienmaßnahmen
- Anzahl der geförderten Bildungsmaßnahmen

Erläuterungen

Die Jugend-, Familien- und Erziehungsberatungsstellen werden weiterhin gem. kreisweiter Vereinbarungen bezuschusst.

Die Offenen Jugendfreizeitstätten werden nach den Richtlinien der Stadt Rösrath gefördert.

Freizeiten, Bildungsmaßnahmen, etc. werden gemäß Richtlinien bezuschusst.

Die finanzielle Förderung des Dt. Kinderschutzbundes erfolgt auf der Grundlage einer Kosten- und Leistungsvereinbarung.

Dem Jugendparlament werden weiterhin Mittel zur Verfügung gestellt.

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	06	Fachbereich 2
Produktbereich	06	Kinder-, Jugend-u. Familienhilfe
Produktgruppe	06.10	Kinder-, Jugend-u. Familienförderung
Produkt	06.10.40	Jugendarbeit

Haushaltssicherungskonzept - Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung - Bedingungen, Maßgaben und Auswirkungen

Nr.	Bereich	Konkrete Maßnahmenbeschreibung	Notwendige Verfahrensschritte	Mögliche Auswirkungen				
1	Jugendarbeit	Anpassung der Betriebskostenzuschüsse Jugendarbeit						
	<u>Erläuterungen:</u> Die Abschlagszahlungen der Betriebskostenzuschüsse zur Jugendarbeit werden an die tatsächlichen Kosten angepasst. Durch die Beschäftigung von jüngerem und damit kostengünstigen Personals können die Betriebskosten gesenkt werden.							
	Maximal erzielbarer Haushaltseffekt/Jahr - Konkrete Auswirkungen auf die Haushalts- und mittelfristige Ergebnisplanung							
	Planungsjahr:	Max.Wert/Jahr	2012	2013	2014	2015	in der vorliegenden Haushaltsplanung bereits berücksichtigt:	
	Konsolidierungswert	6.300 €	6.300 €	6.300 €	6.300 €	6.300 €		
	Bisheriger Wert	-	206.500 €	210.300 €	210.300 €	210.300 €	Ja	Nein
Neuer Wert	-	200.200 €	204.000 €	204.000 €	204.000 €	X		

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	06	Fachbereich 2					
Produktbereich	06	Kinder-, Jugend-u. Familienhilfe					
Produktgruppe	06.10	Kinder-, Jugend-u. Familienförderung					
Produkt	06.10.40	Jugendarbeit					
Teilergebnisplan							
Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
10 = Ordentliche Erträge	0,00	0	0	0	0	0	0
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	60,00	1.100	1.100	1.100	1.100	1.100	1.100
15 - Transferaufwendungen	264.263,86	282.300	280.000	283.900	284.430	284.970	285.510
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	5.966,76	6.770	6.770	6.770	6.780	6.800	6.820
17 = Ordentliche Aufwendungen	270.290,62	290.170	287.870	291.770	292.310	292.870	293.430
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-270.290,62	-290.170	-287.870	-291.770	-292.310	-292.870	-293.430
21 = Finanzergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
22 = Ordentliches Ergebnis	-270.290,62	-290.170	-287.870	-291.770	-292.310	-292.870	-293.430
25 = Außerordentliches Ergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -	-270.290,62	-290.170	-287.870	-291.770	-292.310	-292.870	-293.430
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	4.690	4.740	4.790	4.840	4.890	4.940
29 = Ergebnis	-270.290,62	-294.860	-292.610	-296.560	-297.150	-297.760	-298.370

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	06	Fachbereich 2
----------------------	-----------	----------------------

Produktbereich	08	Sportförderung
Produktgruppe	08.10	Sport
Produkt	08.10.10	Sportförderung

Beschreibung

Förderung der sportlichen Betätigung und des sportlich-gesellschaftlichen Lebens in der Stadt. Unterstützung des Vereinssports.

Auftrag

GO, Ratsbeschlüsse, Richtlinie zur Förderung des Sports

Zielgruppe

Einwohner der Stadt Rösrath, Sportvereine

Ziele

Durch die Sportförderung soll insbesondere den jungen Menschen die Teilnahme an den Sportangeboten der Vereine ermöglicht werden. Sozialverträglich sollen die städtischen Sportanlagen den Vereinen überlassen werden. Im Gegenzug sollen die Vereine die Anlagen unterhalten. Die Sportvereine sollen unterstützt werden ein attraktives, zeitgemäßes und finanzierbares Angebot für den Bürger vorzuhalten.

Kenn- u. Messzahlen

Anzahl der Sportvereine

Anzahl der Mitglieder in Sportvereinen

Anzahl der Sportstätten

Erläuterungen

Die bisherige Förderung der Sportvereine in der Stadt Rösrath mit Zuschüssen in Höhe von insgesamt 9.000 € wird weiter fortgeführt.

Die notwendigen Ersatzbeschaffungen sowie Reparaturen der Sportgeräte in den städtischen Sportstätten werden zur Ermöglichung des Vereinssportes weiterhin getätigt.

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	06	Fachbereich 2
---------------	----	---------------

Produktbereich	08	Sportförderung
Produktgruppe	08.10	Sport
Produkt	08.10.10	Sportförderung

Haushaltssicherungskonzept - Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung - Bedingungen, Maßgaben und Auswirkungen

Nr.	Bereich	Konkrete Maßnahmenbeschreibung	Notwendige Verfahrensschritte	Mögliche Auswirkungen
-----	---------	--------------------------------	-------------------------------	-----------------------

1	Sportförderung		Streichung des Freibadzuschusses		bereits erfolgt			
	Erläuterungen: <u>aus HSK 2010</u>							
	Durch die Streichung des Zuschusses wird durch die Stadtwerke ein weiterer Konsolidierungsbeitrag für den städtischen Haushalt erbracht.							
	Maximal erzielbarer Haushaltseffekt/Jahr - Konkrete Auswirkungen auf die Haushalts- und mittelfristige Ergebnisplanung							
	Planungsjahr:	Max.Wert/Jahr	2012	2013	2014	2015	in der vorliegenden Haushaltsplanung bereits berücksichtigt:	
	Konsolidierungswert	45.000 €	45.000 €	45.000 €	45.000 €	45.000 €		
	Bisheriger Wert	-	45.000 €	45.000 €	45.000 €	45.000 €	Ja	Nein
Neuer Wert	-	0 €	0 €	0 €	0 €	X		

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	06	Fachbereich 2					
Produktbereich	08	Sportförderung					
Produktgruppe	08.10	Sport					
Produkt	08.10.10	Sportförderung					
Teilergebnisplan							
Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
10 = Ordentliche Erträge	0,00	0	0	0	0	0	0
11 - Personalaufwendungen	10.620,52	9.280	9.890	9.890	9.970	10.050	10.130
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.577,43	5.530	5.570	5.610	5.650	5.690	5.740
15 - Transferaufwendungen	43.499,99	9.000	9.000	9.000	9.000	9.000	9.000
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	160,27	1.980	1.980	1.980	1.970	1.970	1.970
17 = Ordentliche Aufwendungen	57.858,21	25.790	26.440	26.480	26.590	26.710	26.840
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-57.858,21	-25.790	-26.440	-26.480	-26.590	-26.710	-26.840
21 = Finanzergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
22 = Ordentliches Ergebnis	-57.858,21	-25.790	-26.440	-26.480	-26.590	-26.710	-26.840
25 = Außerordentliches Ergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -	-57.858,21	-25.790	-26.440	-26.480	-26.590	-26.710	-26.840
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	110.880	224.670	227.460	219.460	226.060	210.160
29 = Ergebnis	-57.858,21	-136.670	-251.110	-253.940	-246.050	-252.770	-237.000

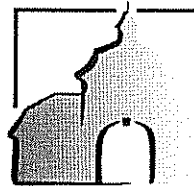
Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	06	Fachbereich 2
Produktbereich	08	Sportförderung
Produktgruppe	08.10	Sport
Produkt	08.10.10	Sportförderung

<u>Teilfinanzplan - Zahlungsübersicht</u>		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Verpfl.- Ermächtigung	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
Ein- und Auszahlungsarten									
Investitionstätigkeit									
Einzahlungen									
23 = Einzahlungen aus Investitionstätigkeit		0,00	0	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen									
26 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen		0,00	0	2.000	1.000	0	1.500	1.000	1.000
30 = Auszahlungen aus Investitionstätigkeit		0,00	0	2.000	1.000	0	1.500	1.000	1.000
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit		0,00	0	-2.000	-1.000	0	-1.500	-1.000	-1.000

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	06	Fachbereich 2								
Produktbereich	08	Sportförderung								
Produktgruppe	08.10	Sport								
Produkt	08.10.10	Sportförderung								
<u>Teilfinanzplan - einzelne Investitionsmaßnahmen</u>	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Verpfl.- Ermächtigung	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016	Bisher bereitgestellt	
Investitionsmaßnahmen oberhalb der Wertgrenze										
4000 Geringwertige Wirtschaftsgüter										
26 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0	500	0	0	0	0	0	0	0
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	0,00	0	-500	0	0	0	0	0	0	0
4260 Turnhallen/Sport										
26 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0	1.500	1.000	0	1.500	1.000	1.000	0	0
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	0,00	0	-1.500	-1.000	0	-1.500	-1.000	-1.000	0	0



Budget 08

Fachbereich 4

Planen - Bauen - Umwelt - Verkehr

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	08	Fachbereich 4							
Teilergebnisplan			Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz	Ansatz	Planungsjahr	Planungsjahr	Planungsjahr
Ertrags- und Aufwandsarten					Haushaltsjahr	Haushaltsjahr	2014	2015	2016
					2012	2013			
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen			226.483,97	81.200	111.600	111.600	111.600	111.600	111.600
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			554.139,17	417.030	693.060	698.690	703.650	706.270	708.910
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte			12.391,68	7.650	3.650	3.650	3.650	3.650	3.400
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen			46.336,41	26.570	27.380	27.450	27.640	27.340	27.640
7 + Sonstige ordentliche Erträge			59.382,55	10.000	10.000	10.000	10.200	10.410	10.620
10 = Ordentliche Erträge			898.733,78	542.450	845.690	851.390	856.740	859.270	862.170
11 - Personalaufwendungen			921.759,78	990.130	1.007.410	1.007.410	1.017.290	1.027.300	1.037.390
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			2.019.094,00	2.007.440	2.114.210	2.059.410	2.074.570	2.088.740	2.114.020
14 - Bilanzielle Abschreibungen			0,00	2.151.400	1.832.000	1.830.000	1.827.000	1.827.000	1.826.000
15 - Transferaufwendungen			356.963,14	374.900	374.900	687.300	689.920	692.560	695.220
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen			49.058,94	100.800	104.400	90.810	91.090	91.420	91.820
17 = Ordentliche Aufwendungen			3.346.875,86	5.624.670	5.432.920	5.674.930	5.699.870	5.727.020	5.764.450
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit			-2.448.142,08	-5.082.220	-4.587.230	-4.823.540	-4.843.130	-4.867.750	-4.902.280
20 - Zinsen und ähnliche Aufwendungen			12.372,00	12.800	13.000	13.000	13.500	13.700	13.900
21 = Finanzergebnis			-12.372,00	-12.800	-13.000	-13.000	-13.500	-13.700	-13.900
22 = Ordentliches Ergebnis			-2.460.514,08	-5.095.020	-4.600.230	-4.836.540	-4.856.630	-4.881.450	-4.916.180
25 = Außerordentliches Ergebnis			0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -			-2.460.514,08	-5.095.020	-4.600.230	-4.836.540	-4.856.630	-4.881.450	-4.916.180
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			0,00	284.260	300.770	303.780	306.810	309.860	312.960
29 = Ergebnis			-2.460.514,08	-5.379.280	-4.901.000	-5.140.320	-5.163.440	-5.191.310	-5.229.140

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1		08	Fachbereich 4							
<u>Teilfinanzplan - Zahlungsübersicht</u>			Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Verpfl.- Ermächtigung	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
Ein- und Auszahlungsarten										
Investitionstätigkeit										
Einzahlungen										
18 + Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen			124.050,28	319.600	24.000	161.000	0	0	0	0
19 + Veräußerung von Sachanlagen			217.811,52	0	0	300.000	0	100.000	0	0
21 + Beiträge u.ä. Entgelte			367.301,80	728.000	658.800	807.800	0	654.400	443.200	185.400
23 = Einzahlungen aus Investitionstätigkeit			709.163,60	1.047.600	682.800	1.268.800	0	754.400	443.200	185.400
Auszahlungen										
24 - Erwerb von Grundstücken und Gebäuden			34.598,37	100.000	130.000	130.000	0	130.000	130.000	110.000
25 - Baumaßnahmen			1.103.001,05	950.800	575.800	1.313.300	878.800	601.000	455.000	168.320
26 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen			0,00	800	800	800	0	800	800	800
28 - Aktivierbare Zuwendungen			396.971,11	458.300	247.000	221.000	0	5.000	10.000	10.000
30 = Auszahlungen aus Investitionstätigkeit			1.534.570,53	1.509.900	953.600	1.665.100	878.800	736.800	595.800	289.120
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit			-825.406,93	-462.300	-270.800	-396.300	-878.800	17.600	-152.600	-103.720

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	08	Fachbereich 4
Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	01.70	Zentrale Immobilienwirtschaft
Produkt	01.70.30	Grundstücksentwicklung

Beschreibung

Vermarktung von Baugrundstücken

Auftrag

Rats- und Ausschussbeschlüsse

Zielgruppe

Bauinteressenten, Rat und Ausschüsse

Ziele

Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Ressourcen Vermarktung von Baugrundstücken zur Konsolidierung des Haushaltes, zur Steuerung des Liegenschaftsmarktes der Stadt und zur Förderung bestimmter Personengruppen. Veräußerung der städtischen Grundstücke aus dem Umlegungsgebiet Stuppheide.

Erläuterungen

Die Stadt Rösrath beabsichtigt zur Konsolidierung des Haushaltes sukzessive Baugrundstücke zu verkaufen. Dabei ist eine kennzahlenmäßige Angabe der für die nächsten Jahre erwarteten Erlöse schwierig, da in der Regel als Voraussetzung die Schaffung von Baurecht und die Erschließung zu erfolgen hat. Dieses ist jedoch aufgrund unterschiedlicher Gründe (Verfahrensdauer, fehlende politische Beschlüsse etc.) nicht immer kalkulierbar.

Die ursprünglich für 2012 vorgesehene Vermarktung der Baugrundstücke im Bebauungsplan Nr. 101 „Gerhart-Hauptmann-Straße“ wird frühestens im Jahr 2013 möglich, da das Bebauungsplanverfahren erst im Frühjahr 2012 rechtskräftig wird und sich daran erst die Umlegung und Erschließung anschließt.

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	08	Fachbereich 4						
Produktbereich	01	Innere Verwaltung						
Produktgruppe	01.70	Zentrale Immobilienwirtschaft						
Produkt	01.70.30	Grundstücksentwicklung						
Teilfinanzplan - Zahlungsübersicht								
Ein- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Verpfl.- Ermächtigung	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
Investitionstätigkeit								
Einzahlungen								
19 + Veräußerung von Sachanlagen	152.840,52	0	0	300.000	0	100.000	0	0
23 = Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	152.840,52	0	0	300.000	0	100.000	0	0
Auszahlungen								
24 - Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	50.000	70.000	70.000	0	70.000	70.000	50.000
30 = Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	50.000	70.000	70.000	0	70.000	70.000	50.000
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	152.840,52	-50.000	-70.000	230.000	0	30.000	-70.000	-50.000

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	08	Fachbereich 4
Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	01.70	Zentrale Immobilienwirtschaft
Produkt	01.70.30	Grundstücksentwicklung

<u>Teilfinanzplan - einzelne Investitionsmaßnahmen</u>	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Verpfl.- Ermächtigung	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016	Bisher bereitgestellt
Investitionsmaßnahmen oberhalb der Wertgrenze									
100 Grundstücke									
19 + Veräußerung von Sachanlagen	152.840,52	0	0	300.000	0	100.000	0	0	23.546
24 - Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	50.000	70.000	70.000	0	70.000	70.000	50.000	0
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	152.840,52	-50.000	-70.000	230.000	0	30.000	-70.000	-50.000	23.546

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	08	Fachbereich 4
Produktbereich	09	Räuml. Planung u. Entwicklung, Geoinformationen
Produktgruppe	09.10	Räumliche Konzepte
Produkt	09.10.10	Räumliche Konzepte u. Bauleitplanung

Beschreibung

Beteiligung in übergeordneten Planungen (Raumordnungsplanung, Landesplanung, Gebietsentwicklungsplanung), sowie innerhalb von Fachplanungen übergeordneter Behörden (z.B. Landschaftsplanung, Hochwasserschutz etc.), Erarbeitung von Konzepten, Gutachten und Planungen für das gesamte Stadtgebiet sowie von Stadtteilen, Erarbeitung von Verkehrskonzepten, Besondere städtebauliche Maßnahmen z.B. Sanierungsverfahren. Aufstellung, Änderung und Ergänzung des Flächennutzungsplanes der Stadt Rösrath als Grundlage für die weitere städtische Entwicklung, Aufstellung, Änderung oder Ergänzung von Bebauungsplänen, Begleitung und Verfahrensführung von Planverfahren privater Investoren, Neuordnung von zur Bebauung oder sonstiger Nutzung vorgesehenen Grundstücken, Betreuung Geoinformationssystem SICAD als interne Dienstleistung für die Gesamtverwaltung.

Auftrag

Grundlage bildet das Baugesetzbuch, sowie die raumordnungs- und landesplanerischen Gesetze von Bund und Land, zunehmend auch aus europäischem Recht heraus, Landesbauordnung NW, Beschlüsse aus den politischen Gremien der Stadt Rösrath

Zielgruppe

Rat und Ausschüsse, Verwaltung, Investoren

Ziele

Entwicklung eines fachbereichsübergreifenden „Masterplanes“ für die Entwicklung der Stadt in den nächsten 15 Jahren. Steuerung der städtebaulichen Entwicklung der Stadt mittels Bebauungsplänen, Gewährleistung der Infrastruktur, des Schutzes des Ortsbildes und der Belange von Umwelt- und Landschaftsschutz Ausgleich von öffentlichen und privaten Belangen der Bodennutzung. Entwicklung neuer Baugebiete mittels Bodenordnungsverfahren.

Kenn- u. Messzahlen

Zur Zeit befinden sich 20 Bauleitpläne (Stand Juli 2011) im Verfahren. Im Jahre 2010/11 konnten 6 Verfahren abgeschlossen werden.

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	08	Fachbereich 4
Produktbereich	09	Räuml. Planung u. Entwicklung, Geoinformationen
Produktgruppe	09.10	Räumliche Konzepte
Produkt	09.10.10	Räumliche Konzepte u. Bauleitplanung

Erläuterungen

Kosten der im Rahmen der Bauleitplanung erforderlichen Fachgutachten (z.B. Geologie, Immission, Ökologie, Vermessung), soweit nicht durch externe Investoren beauftragt. Außerdem Beschaffung von Kartenmaterial, Zeichen- und Plotterbedarf etc.

Zur Zeit laufen 20 Bauleitplanverfahren, deren Planungskosten jedoch überwiegend von den Investoren bzw. Grundstückseigentümern finanziert werden. Ansonsten wäre der Ansatz um ein Vielfaches zu erhöhen.

Mit den Bebauungsplänen Nr. 100 (Einzelhandel), Nr. 101 (Gerhart-Hauptmann-Str.) Nr. 102 (Alte Post), Nr. 107 (Jahnstraße) u.a. sind Verfahren begonnen worden, bei denen keine Refinanzierung möglich und die Stadt Rösrath Verfahrensträger und Auftraggeber erforderlicher Fachgutachter im Rahmen ihrer Planungshoheit ist.

Im Bereich Gerhart-Hauptmann-Straße ist die Durchführung eines Umlegungsverfahrens vorgesehen, das auch kommunale Grundstücke einbezieht. Für die entsprechenden vermessungs- und katastertechnischen Arbeiten ist in den Jahren 2012 und 2013 ein entsprechender Ansatz geplant, ebenso sind die Kosten für Sitzungsgelder und Aufwandsentschädigungen veranschlagt.

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	08	Fachbereich 4							
Produktbereich	09	Räuml. Planung u. Entwicklung, Geoinformationen							
Produktgruppe	09.10	Räumliche Konzepte							
Produkt	09.10.10	Räumliche Konzepte u. Bauleitplanung							
Teilergebnisplan			Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz	Ansatz	Planungsjahr	Planungsjahr	Planungsjahr
Ertrags- und Aufwandsarten					Haushaltsjahr	Haushaltsjahr	2014	2015	2016
					2012	2013			
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			8.092,70	5.300	5.400	5.500	5.610	5.670	5.730
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen			7.361,40	7.050	7.100	7.150	7.230	7.310	7.390
10 = Ordentliche Erträge			15.454,10	12.350	12.500	12.650	12.840	12.980	13.120
11 - Personalaufwendungen			183.339,54	194.750	202.580	202.580	204.580	206.590	208.620
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			0,00	220	220	220	220	220	220
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen			12.976,49	61.700	61.850	46.210	46.410	46.620	46.830
17 = Ordentliche Aufwendungen			196.316,03	256.670	264.650	249.010	251.210	253.430	255.670
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit			-180.861,93	-244.320	-252.150	-236.360	-238.370	-240.450	-242.550
21 = Finanzergebnis			0,00	0	0	0	0	0	0
22 = Ordentliches Ergebnis			-180.861,93	-244.320	-252.150	-236.360	-238.370	-240.450	-242.550
25 = Außerordentliches Ergebnis			0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -			-180.861,93	-244.320	-252.150	-236.360	-238.370	-240.450	-242.550
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			0,00	120.610	129.040	130.330	131.630	132.940	134.270
29 = Ergebnis			-180.861,93	-364.930	-381.190	-366.690	-370.000	-373.390	-376.820

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	08	Fachbereich 4
Produktbereich	09	Räuml. Planung u. Entwicklung, Geoinformationen
Produktgruppe	09.10	Räumliche Konzepte
Produkt	09.10.10	Räumliche Konzepte u. Bauleitplanung

<u>Teilfinanzplan - Zahlungsübersicht</u>			Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz	Ansatz	Verpfl.-	Planungsjahr	Planungsjahr	Planungsjahr
Ein- und Auszahlungsarten					Haushaltsjahr	Haushaltsjahr	Ermächtigung	2014	2015	2016
					2012	2013				
Investitionstätigkeit										
Einzahlungen										
23 = Einzahlungen aus Investitionstätigkeit			0,00	0	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen										
26 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen			0,00	300	300	300	0	300	300	300
30 = Auszahlungen aus Investitionstätigkeit			0,00	300	300	300	0	300	300	300
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit			0,00	-300	-300	-300	0	-300	-300	-300

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	08	Fachbereich 4
Produktbereich	09	Räuml. Planung u. Entwicklung, Geoinformationen
Produktgruppe	09.10	Räumliche Konzepte
Produkt	09.10.10	Räumliche Konzepte u. Bauleitplanung

<u>Teilfinanzplan - einzelne Investitionsmaßnahmen</u>	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Verpfl.- Ermächtigung	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016	Bisher bereitgestellt
Investitionsmaßnahmen oberhalb der Wertgrenze									
4000 Geringwertige Wirtschaftsgüter									
26 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	300	300	300	0	300	300	300	0
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	0,00	-300	-300	-300	0	-300	-300	-300	0

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	08	Fachbereich 4
Produktbereich	10	Bauen und Wohnen
Produktgruppe	10.10	Baurechtlicher Bürgerservice
Produkt	10.10.10	Bauordnungsangelegenheiten

Beschreibung

Das Produkt umfasst alle Leistungen der Bauaufsicht: Durchführung der Genehmigungsverfahren, Bauüberwachung und -prüfung Abgabe von fachlichen Stellungnahmen, Durchführung ordnungsrechtlicher Verfahren, Umfassende Bauberatung vor Antragstellung und im laufenden Verfahren, Abgeschlossenheitsbescheinigungen, Teilungsgenehmigungen, Freistellungsverfahren, Führung des Baulastenverzeichnisses

Auftrag

Baugesetzbuch, Baunutzungsverordnung, Landesbauordnung NW mit einer Vielzahl von Verordnungen, Fachplanungsgesetze (z.B. Straßen- und Wegegesetz, Landeswassergesetz, Landschaftsgesetz u.a.), Verwaltungsverfahren- und Verwaltungsvollstreckungsgesetz, Ortsrecht (Bebauungspläne, sonstige Satzungen), Rats- und Ausschussbeschlüsse

Zielgruppe

Private und öffentliche Bauherren
Mittelbar Betroffene (z.B. Nachbarn)
Architekten

Ziele

Rechtssichere Prüfung und Erteilung von Baugenehmigungen, Kontrolle der Einhaltung der öffentlich-rechtlichen Vorschriften, Erfassung und ordnungsbehördliches Einschreiten gegen illegale Bauten, Beratung von Architekten und Bauherren im Sinne einer rechtssicheren Antragstellung und des Einfügens in das Ortsbild, weitere Optimierung der Bearbeitungszeiten, Durchführung von Mediationen zur Abwendung von Klageverfahren

Messzahlen

	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012
Bauanträge	Anzahl	354	354	310
Bauvoranfragen	Anzahl	68	68	50
Teilungen	Anzahl	24	24	25
Baulasten	Anzahl	320	320	320
ordnungsbehördliche Verfahren	Anzahl	34	34	120

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	08	Fachbereich 4
Produktbereich	10	Bauen und Wohnen
Produktgruppe	10.10	Baurechtlicher Bürgerservice
Produkt	10.10.10	Bauordnungsangelegenheiten

Erläuterungen

Die Einnahmen setzen sich aus den Baugenehmigungsgebühren, den Gebühren für Abnahmen etc. sowie Bußgeldern und Gebühren in ordnungsrechtlichen Verfahren zusammen. Da die Stadt Rösrath auch im Jahr der Wirtschaftskrise stabile Gebühreneinnahmen aufwies, ist es realistisch, die erwarteten Baugenehmigungseinnahmen weitgehend fortzuschreiben. Der positive Ausreißer im Jahr 2010 ist durch die Baugenehmigung „Rösrather Möbelzentrum“ begründet.

Die enthaltenen EDV-Ansätze beziehen sich im Wesentlichen auf die Programmpflege verwendeter und dringend benötigter Produkt-Software.

Die Ausgaben für Gerichts- und Anwaltskosten sind nach Wegfall des Widerspruchsverfahrens drastisch gestiegen, da sofort der Klageweg bestritten wird. Zur Zeit laufen alleine in der Bauaufsicht der Stadt 24 Klageverfahren. Allerdings ist ein entsprechender Ansatz auch aufgrund eines fehlenden Juristen in der Verwaltung für Beratung im Vorfeld erforderlich.

Der durch den Wegfall des Widerspruchsverfahrens vermeintliche kürzere Entscheidungsweg hat sich nicht bestätigt. Außerdem hat die Fallzahl von „Fachaufsichtsbeschwerden“ bei der Oberen Bauaufsicht signifikant zugenommen und bindet immer mehr Zeitkapazitäten.

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	08	Fachbereich 4					
Produktbereich	10	Bauen und Wohnen					
Produktgruppe	10.10	Baurechtlicher Bürgerservice					
Produkt	10.10.10	Bauordnungsangelegenheiten					
Teilergebnisplan							
Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	483.768,30	220.000	225.000	230.000	234.600	236.950	239.320
7 + Sonstige ordentliche Erträge	48.901,55	10.000	10.000	10.000	10.200	10.410	10.620
10 = Ordentliche Erträge	532.669,85	230.000	235.000	240.000	244.800	247.360	249.940
11 - Personalaufwendungen	325.012,65	346.570	351.160	351.160	354.640	358.170	361.720
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	12.776,09	22.510	22.620	22.730	22.840	22.950	23.060
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	8.519,95	15.340	15.420	15.490	15.560	15.640	15.720
17 = Ordentliche Aufwendungen	346.308,69	384.420	389.200	389.380	393.040	396.760	400.500
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	186.361,16	-154.420	-154.200	-149.380	-148.240	-149.400	-150.560
21 = Finanzergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
22 = Ordentliches Ergebnis	186.361,16	-154.420	-154.200	-149.380	-148.240	-149.400	-150.560
25 = Außerordentliches Ergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -	186.361,16	-154.420	-154.200	-149.380	-148.240	-149.400	-150.560
29 = Ergebnis	186.361,16	-154.420	-154.200	-149.380	-148.240	-149.400	-150.560

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	08	Fachbereich 4
Produktbereich	10	Bauen und Wohnen
Produktgruppe	10.10	Baurechtlicher Bürgerservice
Produkt	10.10.20	Denkmalschutz- u. Denkmalpflege

Beschreibung

Ermittlung denkmalwerter historischer Bausubstanz und deren Unterschutzstellung durch Satzung nach dem DSchG und Eintragung in die Denkmalliste. Prüfung von Anträgen zur Änderung, Beseitigung oder Umnutzung von Denkmälern. Ausstellen von Steuerbescheinigungen. Öffentlichkeitsarbeit (Tag des Offenen Denkmals)

Auftrag

Denkmalschutzgesetz, Steuergesetze, Ratsbeschlüsse

Zielgruppe

Eigentümer und Nutzungsberechtigte von Denkmälern, Träger öffentlicher Planungen, Rat und Ausschüsse

Ziele

Erhalt der historischen Bausubstanz zur Wahrung des Ortsbildes und der Bewahrung alter Bautechniken, Erhalt von identitätsstiftenden Strukturen in Ortsteilen, Ensembles oder bei Solitärbauten

Messzahlen

	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012
eingetragene Baudenkmäler	Anzahl	88	89	91
eingetragene Bodendenkmäler	Anzahl	5	6	6
laufende Eintragungsverfahren	Anzahl	6	1	2

Erläuterungen

Aufgrund der Haushaltssituation wurden keine Mittel für die Denkmalförderung angemeldet. Damit entfällt einerseits eine letzte Anreizfinanzierungsmöglichkeit der Stadt Rösrath für Besitzer von Denkmälern. Außerdem verzichtet die Stadt damit auf entsprechende Landesmittel, da in der Vergangenheit der kommunale Ansatz um jeweils 100% durch Landesmittel aufgestockt wurde.

Veranschlagt sind als Aufwand nur noch Mittel für die Entschädigung des Denkmalpflegebeauftragten, der auf 5 Jahre vom Rat bestellt ist, sowie allgemeine Sachkosten für den Betrieb der lfd. Verwaltung (Material, Fahrtkosten etc.)

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	08	Fachbereich 4						
Produktbereich	10	Bauen und Wohnen						
Produktgruppe	10.10	Baurechtlicher Bürgerservice						
Produkt	10.10.20	Denkmalschutz- u. Denkmalpflege						
Teilergebnisplan								
Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte		12.742,50	0	0	0	0	0	0
10 = Ordentliche Erträge		12.742,50	0	0	0	0	0	0
11 - Personalaufwendungen		6.392,62	7.020	7.270	7.270	7.330	7.390	7.450
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		0,00	1.030	1.040	1.050	1.060	1.070	1.080
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen		2.362,65	3.410	3.410	3.400	3.390	3.390	3.390
17 = Ordentliche Aufwendungen		8.755,27	11.460	11.720	11.720	11.780	11.850	11.920
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		3.987,23	-11.460	-11.720	-11.720	-11.780	-11.850	-11.920
21 = Finanzergebnis		0,00	0	0	0	0	0	0
22 = Ordentliches Ergebnis		3.987,23	-11.460	-11.720	-11.720	-11.780	-11.850	-11.920
25 = Außerordentliches Ergebnis		0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -		3.987,23	-11.460	-11.720	-11.720	-11.780	-11.850	-11.920
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen		0,00	27.570	27.850	28.130	28.410	28.690	28.980
29 = Ergebnis		3.987,23	-39.030	-39.570	-39.850	-40.190	-40.540	-40.900

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	08	Fachbereich 4
Produktbereich	12	Verkehrsflächen- u. Anlagen, ÖPNV
Produktgruppe	12.10	Verkehr
Produkt	12.10.10	Verkehr

Beschreibung

Planung, Bau, Erneuerung und Unterhaltung der Gemeindestraßen, Wege, Brücken, Plätzen, sowie der Anlagen des ruhenden Verkehrs einschließlich der beitragsrechtlichen Abrechnung. Mitwirkung und Koordinierung bei Planungen von Verkehrsanlagen anderer Baulastträger. Mitwirkung bei der Erarbeitung sowie Umsetzung von Angeboten des ÖPNV.

Auftrag

Baugesetzbuch, Straßen- und Wegegesetz NW, Straßenverkehrsordnung, Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, Kommunalabgabengesetz, Bebauungspläne, Rats- und Ausschussbeschlüsse, Verkehrssicherungspflicht, verkehrsrechtliche Anordnungen

Zielgruppe

Anlieger an Straßen, Verkehrsteilnehmer, Versorgungsunternehmen, Aufgabenträger des ÖPNV, Verkehrunternehmen, Fahrgäste des ÖPNV, Rat und Ausschüsse

Ziele

Aus- bzw. Neubau von Straßen unter dem Gesichtspunkt der Abwicklung des Verkehrs und der Refinanzierungsmöglichkeit für die Kommune, Unterhaltung und Werterhaltung des Straßennetzes im Rahmen der finanziellen Mittel, Erfüllung der Verkehrssicherungspflicht, Verbesserung des optischen Erscheinungsbildes der Stadt, Schaffung eines attraktiven Angebotes im ÖPNV

Messzahlen

	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012
Gemeindestraßen	km	180	180	180
Straßenleuchten	Anzahl	3.324	3.477	3.477
Straßenbegleitgrün	qm	13.800	13.800	13.800
Schülertickets	Anzahl	1.290	1.290	1.300
Nutzkilometer Schülerbusse	km	90.260	90.260	90.260
Fahrgastunterstände	Anzahl	43	43	43

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	08	Fachbereich 4
Produktbereich	12	Verkehrsflächen- u. Anlagen, ÖPNV
Produktgruppe	12.10	Verkehr
Produkt	12.10.10	Verkehr

Erläuterungen

Wegen des schlechten Zustandes vieler Straßen ist eine Vergabe größerer Aufträge im Rahmen der Straßenunterhaltung unerlässlich, da das permanente „Stopfen“ einzelner Löcher auf die Dauer weder wirtschaftlich noch bautechnisch sinnvoll ist. Deshalb ist vorgesehen, pro Jahr die Asphaltdecken bei ein bis zwei Straßen, die nicht als Neubau- maßnahme im Investitionshaushalt in Frage kommen zu erneuern/sanieren. Weiterhin ist aus dem Ansatz die Pflege des Straßenbegleitgrüns zu finanzieren.

Für die Brückenunterhaltung werden Mittel zur Sanierung des Durchlasses Mühlengraben in der Jahnstraße benötigt. Die Arbeiten sollen im Zuge der von den SWR geplanten Kanalbaumaßnahme Jahnstraße durchgeführt werden.
Der restliche Ansatz ist für jährlich fällige Brückenprüfungen durch ein Ingenieurbüro erforderlich.

Der Ansatz für die Baukostenzuschüsse zu Baumaßnahmen des RWE bleibt unverändert. Der Ansatz für Stromkosten muss ab 2012 drastisch erhöht werden, nachdem sich bereits im Jahr 2011 erhebliche Nachforderungen des RWE ergeben haben. Die Wartungskosten für die Straßenbeleuchtung sind zunächst noch unverändert veranschlagt; auch hier ist wegen Ablauf des gültigen Beleuchtungsvertrages kurzfristig mit Erhöhungen zu rechnen. Die erforderlichen Mittel für Leistungen der Stadtwerke Rösrath (Unterhaltungs- und Verkehrssicherungsmaßnahmen an Straßen, Wegen, Plätzen, Gebühren für Niederschlags- wasser und Straßenreinigung) bleiben ebenfalls auf dem bisherigen Niveau.

Im Bereich ÖPNV (Haltestelleninfrastruktur und Zuschuss Schülerverkehr) bleiben die Ansätze im wesentlichen unverändert. Einmaliger Zusatzaufwand entsteht durch die Er- satzbeschaffung eines Fahrgastunterstandes in Durbusch.

Der Kostenanteil „Ampel Bitze“ rührt noch aus der neuen Anbindung an die Hauptstraße und wurde schon mehrfach angemeldet. Er konnte bisher noch nicht umgesetzt werden, da der Anteil des „Landesbetrieb Straßen NW“ nicht finanziert war.

Erschließungsbeiträge erfolgen für Abrechnungen von bereits fertiggestellten Straßen sowie überwiegend Vorausleistungen für neue BauGB - und/oder KAG- Maßnahmen, so- fern sie entsprechend finanziert und freigegeben sind.

Neue Investitionsmaßnahmen:

An der Föche, Goethestraße, Rotdornallee 1. BA (von Hauptstr. bis Einmündung Garten- str.), Hoffnungsthaler Straße und Jahnstraße sollen aufgrund ihres sehr schlechten Zu- standes ausgebaut werden. Ein großer Teil der Aufwendungen ist über Beiträge nach BauGB/KAG refinanzierbar. Die 2011 veranschlagten Ansätze konnten wegen der Haus- haltssperre nicht in Anspruch genommen werden, so dass diese Maßnahmen erneut an- gemeldet werden. Projektiert wird zudem ein Rad-Gehweg im Bereich der Bahntrasse Stuppheide.

Maßnahme Bahnhof Rösrath

Die in 2008 begonnene Maßnahme sollte 2011 mit dem 3. BA abgeschlossen werden. Der bereits vorliegende Bewilligungsbescheid weist Zuwendungen in Höhe von insgesamt 2,5 Mio. € aus.

Aufgrund von langwierigen Abstimmungen mit dem EBA verzögert sich die Ausführung und der 3. BA kann erst 2012 durchgeführt werden. Außerdem wurde im Bereich gegen- über dem Bahnhof ein Grundstück gepachtet, auf dem weitere P+R-Plätze entstehen sollen.

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1 08 Fachbereich 4

Produktbereich 12 Verkehrsflächen- u. Anlagen, ÖPNV
 Produktgruppe 12.10 Verkehr
 Produkt 12.10.10 Verkehr

<u>Teilergebnisplan</u>	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
Ertrags- und Aufwandsarten							
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	222.411,42	81.200	111.600	111.600	111.600	111.600	111.600
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	49.535,67	191.730	462.660	463.190	463.440	463.650	463.860
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	12.195,88	7.650	3.650	3.650	3.650	3.650	3.400
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	30.324,02	11.000	15.000	15.000	15.040	14.590	14.740
7 + Sonstige ordentliche Erträge	10.481,00	0	0	0	0	0	0
10 = Ordentliche Erträge	324.947,99	291.580	592.910	593.440	593.730	593.490	593.600
11 - Personalaufwendungen	304.696,06	334.690	342.990	342.990	346.370	349.790	353.250
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.988.305,88	1.967.420	2.071.970	2.018.510	2.033.370	2.047.370	2.072.520
14 - Bilanzielle Abschreibungen	0,00	2.151.400	1.832.000	1.830.000	1.827.000	1.827.000	1.826.000
15 - Transferaufwendungen	248.358,14	262.000	262.000	574.400	577.020	579.660	582.320
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	17.677,24	17.750	21.130	23.120	23.150	23.190	23.300
17 = Ordentliche Aufwendungen	2.559.037,32	4.733.260	4.530.090	4.789.020	4.806.910	4.827.010	4.857.390
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-2.234.089,33	-4.441.680	-3.937.180	-4.195.580	-4.213.180	-4.233.520	-4.263.790
20 - Zinsen und ähnliche Aufwendungen	12.372,00	12.800	13.000	13.000	13.500	13.700	13.900
21 = Finanzergebnis	-12.372,00	-12.800	-13.000	-13.000	-13.500	-13.700	-13.900
22 = Ordentliches Ergebnis	-2.246.461,33	-4.454.480	-3.950.180	-4.208.580	-4.226.680	-4.247.220	-4.277.690
25 = Außerordentliches Ergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -	-2.246.461,33	-4.454.480	-3.950.180	-4.208.580	-4.226.680	-4.247.220	-4.277.690
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	124.270	131.950	133.270	134.600	135.940	137.300
29 = Ergebnis	-2.246.461,33	-4.578.750	-4.082.130	-4.341.850	-4.361.280	-4.383.160	-4.414.990

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	08	Fachbereich 4
Produktbereich	12	Verkehrsflächen- u. Anlagen,ÖPNV
Produktgruppe	12.10	Verkehr
Produkt	12.10.10	Verkehr

<u>Teilfinanzplan - Zahlungsübersicht</u>		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Verpfl.- Ermächtigung	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
Ein- und Auszahlungsarten									
Investitionstätigkeit									
Einzahlungen									
18 + Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen		98.622,83	319.600	24.000	161.000	0	0	0	0
19 + Veräußerung von Sachanlagen		64.971,00	0	0	0	0	0	0	0
21 + Beiträge u.ä. Entgelte		349.499,65	728.000	596.800	807.800	0	654.400	443.200	185.400
23 = Einzahlungen aus Investitionstätigkeit		513.093,48	1.047.600	620.800	968.800	0	654.400	443.200	185.400
Auszahlungen									
24 - Erwerb von Grundstücken und Gebäuden		34.598,37	50.000	60.000	60.000	0	60.000	60.000	60.000
25 - Baumaßnahmen		1.101.639,64	940.800	562.300	1.308.300	878.800	596.000	450.000	168.320
26 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen		0,00	500	500	500	0	500	500	500
28 - Aktivierbare Zuwendungen		396.971,11	458.300	247.000	221.000	0	5.000	10.000	10.000
30 = Auszahlungen aus Investitionstätigkeit		1.533.209,12	1.449.600	869.800	1.589.800	878.800	661.500	520.500	238.820
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit		-1.020.115,64	-402.000	-249.000	-621.000	-878.800	-7.100	-77.300	-53.420

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	08	Fachbereich 4									
Produktbereich	12	Verkehrsflächen- u. Anlagen, ÖPNV									
Produktgruppe	12.10	Verkehr									
Produkt	12.10.10	Verkehr									
<u>Teilfinanzplan - einzelne Investitionsmaßnahmen</u>			Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Verpfl.- Ermächtigung	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016	Bisher bereitgestellt
Investitionsmaßnahmen oberhalb der Wertgrenze											
1003 Stuppheide B-Plan 20											
25 - Baumaßnahmen			0,00	0	110.300	0	0	0	0	0	0
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit			0,00	0	-110.300	0	0	0	0	0	0
1007 Bahnhof Rösraith											
18 + Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen			93.640,40	319.600	0	0	0	0	0	0	30.500
25 - Baumaßnahmen			1.059.630,45	80.000	0	0	0	0	0	0	-212.439
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit			-965.990,05	239.600	0	0	0	0	0	0	242.939
1019 LSA Bitze B-Plan 2											
21 + Beiträge u.ä. Entgelte			0,00	70.000	0	70.000	0	0	0	0	0
25 - Baumaßnahmen			0,00	70.000	0	0	0	0	250.000	0	0
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit			0,00	0	0	70.000	0	0	-250.000	0	0
1020 LSA Buswendemöglichkeit Rambrücken											
18 + Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen			0,00	0	24.000	0	0	0	0	0	0
25 - Baumaßnahmen			0,00	0	30.000	0	0	0	0	0	0
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit			0,00	0	-6.000	0	0	0	0	0	0
1023 An der Foche											
25 - Baumaßnahmen			0,00	50.000	50.000	143.000	342.000	342.000	0	0	0
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit			0,00	-50.000	-50.000	-143.000	-342.000	-342.000	0	0	0
1024 Goethestraße											
25 - Baumaßnahmen			0,00	15.500	15.500	149.500	0	0	0	0	0
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit			0,00	-15.500	-15.500	-149.500	0	0	0	0	0
1028 Rad-Gehweg Bahntrasse Stuppheide											
18 + Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen			0,00	0	0	161.000	0	0	0	0	0
					-389-						

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1 08 Fachbereich 4

Produktbereich 12 Verkehrsflächen- u. Anlagen, ÖPNV
 Produktgruppe 12.10 Verkehr
 Produkt 12.10.10 Verkehr

Teilfinanzplan - einzelne Investitionsmaßnahmen	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Verpfl. - Ermächtigung	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016	Bisher bereitgestellt
Investitionsmaßnahmen oberhalb der Wertgrenze									
25 - Baumaßnahmen	0,00	0	10.000	240.000	0	0	0	0	0
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	0,00	0	-10.000	-79.000	0	0	0	0	0
1030 In den Schlämmen, Sanierung Sülzdam									
25 - Baumaßnahmen	0,00	0	15.000	150.000	0	0	0	0	0
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	0,00	0	-15.000	-150.000	0	0	0	0	0
1033 Auf dem Langenbroich - Hirschstraße									
25 - Baumaßnahmen	648,47	0	0	0	0	0	0	0	0
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	-648,47	0	0	0	0	0	0	0	0
1034 Jahnstraße									
25 - Baumaßnahmen	0,00	0	20.000	150.000	150.000	0	0	0	0
28 - Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0	50.000	0	0	0	0	0	0
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	0,00	0	-70.000	-150.000	-150.000	0	0	0	0
1035 Zum Eulenbroicher Auel									
25 - Baumaßnahmen	0,00	100.000	0	0	0	0	0	0	-2.022
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	0,00	-100.000	0	0	0	0	0	0	2.022
1036 Parkplatz Jahnstraße									
25 - Baumaßnahmen	0,00	0	25.000	225.000	0	0	0	0	-1.654
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	0,00	0	-25.000	-225.000	0	0	0	0	1.654
1500 Straßen übergreifend									
19 + Veräußerung von Sachanlagen	64.971,00	0	0	0	0	0	0	0	15.448
21 + Beiträge u.ä. Entgelte	349.499,65	658.000	596.800	737.800	0	654.400	443.200	185.400	138.142
24 - Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	34.598,37	50.000	60.000	60.000	0	60.000	60.000	60.000	-6.374
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	379.872,28	608.000	536.800	677.800	0	594.400	383.200	125.400	159.964
			-390						

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1		08	Fachbereich 4								
Produktbereich		12	Verkehrsflächen- u. Anlagen,ÖPNV								
Produktgruppe		12.10	Verkehr								
Produkt		12.10.10	Verkehr								
<u>Teilfinanzplan - einzelne Investitionsmaßnahmen</u>			Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Verpfl.- Ermächtigung	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016	Bisher bereitgestellt
Investitionsmaßnahmen oberhalb der Wertgrenze											
1501 Bodenuntersuchungen											
25 - Baumaßnahmen			0,00	5.000	5.000	5.000	0	5.000	5.000	5.000	0
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit			0,00	-5.000	-5.000	-5.000	0	-5.000	-5.000	-5.000	0
1502 Vermessungskosten											
25 - Baumaßnahmen			36.502,84	80.000	14.500	0	0	0	0	0	0
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit			-36.502,84	-80.000	-14.500	0	0	0	0	0	0
1505 Maßnahmen LVR											
28 - Aktivierbare Zuwendungen			0,00	10.000	97.000	5.000	0	5.000	10.000	10.000	-96.854
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit			0,00	-10.000	-97.000	-5.000	0	-5.000	-10.000	-10.000	96.854
1507 Brücke Sülzdamm											
25 - Baumaßnahmen			4.857,88	0	0	0	0	0	0	0	0
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit			-4.857,88	0	0	0	0	0	0	0	0
2006 Kreuzburg											
28 - Aktivierbare Zuwendungen			0,00	0	100.000	0	0	0	0	0	0
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit			0,00	0	-100.000	0	0	0	0	0	0
2010 Schreibershove/Scheunenfeld											
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit			0,00	0	0	0	0	0	0	0	0
2013 Rotdornalle											
25 - Baumaßnahmen			0,00	42.000	42.000	108.000	249.000	249.000	195.000	99.000	0
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit			0,00	-42.000	-42.000	-108.000	-249.000	-249.000	-195.000	-99.000	0

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	08	Fachbereich 4								
Produktbereich	12	Verkehrsflächen- u. Anlagen, ÖPNV								
Produktgruppe	12.10	Verkehr								
Produkt	12.10.10	Verkehr								
<u>Teilfinanzplan - einzelne Investitionsmaßnahmen</u>	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Verpfl.- Ermächtigung	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016	Bisher bereitgestellt	
Investitionsmaßnahmen oberhalb der Wertgrenze										
2014 Radweg Zechenhäuschen										
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2020 Hover Weg										
28 - Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0	0	116.000	0	0	0	0	0	0
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	0,00	0	0	-116.000	0	0	0	0	0	0
2021 Am Waldhang										
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2022 Hausacker										
25 - Baumaßnahmen	0,00	7.000	0	0	0	0	0	0	-95.687	
28 - Aktivierbare Zuwendungen	17.430,98	0	0	0	0	0	0	0	0	0
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	-17.430,98	-7.000	0	0	0	0	0	0	95.687	
2023 Bergstraße										
28 - Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0	0	100.000	0	0	0	0	0	0
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	0,00	0	0	-100.000	0	0	0	0	0	0
2024 Am Hammergraben										
28 - Aktivierbare Zuwendungen	0,00	100.000	0	0	0	0	0	0	0	0
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	0,00	-100.000	0	0	0	0	0	0	0	0
2025 Stöcker Weg										
28 - Aktivierbare Zuwendungen	0,00	43.300	0	0	0	0	0	0	0	0
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	0,00	-43.300	0	0	0	0	0	0	0	0

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	08	Fachbereich 4								
Produktbereich	12	Verkehrsflächen- u. Anlagen, ÖPNV								
Produktgruppe	12.10	Verkehr								
Produkt	12.10.10	Verkehr								
<u>Teilfinanzplan - einzelne Investitionsmaßnahmen</u>	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Verpfl.- Ermächtigung	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016	Bisher bereitgestellt	
Investitionsmaßnahmen oberhalb der Wertgrenze										
2026 Julweg (Hoffnungsthal)										
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3001 Hoffnungsthaler Straße										
25 - Baumaßnahmen	0,00	491.300	225.000	137.800	137.800	0	0	0	-18.138	
28 - Aktivierbare Zuwendungen	100.709,40	0	0	0	0	0	0	0	0	
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	-100.709,40	-491.300	-225.000	-137.800	-137.800	0	0	0	18.138	
3006 Bensberger Straße (Nebenanlagen)										
18 + Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	4.982,43	0	0	0	0	0	0	0	0	
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	4.982,43	0	0	0	0	0	0	0	0	
3016 Untere Jägerstraße/Im Brändchen/Wiesenweg										
28 - Aktivierbare Zuwendungen	0,00	305.000	0	0	0	0	0	0	0	
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	0,00	-305.000	0	0	0	0	0	0	0	
3021 Auf der Hedwigshöhe										
28 - Aktivierbare Zuwendungen	66.958,83	0	0	0	0	0	0	0	0	
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	-66.958,83	0	0	0	0	0	0	0	0	
3022 Fuchsweg										
25 - Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	64.320	0	
28 - Aktivierbare Zuwendungen	55.766,54	0	0	0	0	0	0	0	0	
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	-55.766,54	0	0	0	0	0	0	-64.320	0	
3023 Julweg										
28 - Aktivierbare Zuwendungen	76.795,45	0	0	0	0	0	0	0	0	
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	-76.795,45	0	0	0	0	0	0	0	0	

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	08	Fachbereich 4								
Produktbereich	12	Verkehrsflächen- u. Anlagen, ÖPNV								
Produktgruppe	12.10	Verkehr								
Produkt	12.10.10	Verkehr								
<u>Teilfinanzplan - einzelne Investitionsmaßnahmen</u>	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Verpfl.- Ermächtigung	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016	Bisher bereitgestellt	
Investitionsmaßnahmen oberhalb der Wertgrenze										
3024 Auf den Steinen										
28 - Aktivierbare Zuwendungen	79.309,91	0	0	0	0	0	0	0	0	0
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	-79.309,91	0	0	0	0	0	0	0	0	0
4000 Geringwertige Wirtschaftsgüter										
26 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	500	500	500	0	500	500	500	0	0
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	0,00	-500	-500	-500	0	-500	-500	-500	0	0
5792 Fahrgastunterstände										
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	08	Fachbereich 4
Produktbereich	13	Öffentl. Grün- und Waldflächen
Produktgruppe	13.10	Öffentl. Grün- und Waldflächen
Produkt	13.10.20	Landschaftspark Venauen

Beschreibung

Umsetzung von Ausgleichsmaßnahmen nach § 1 BauGB auf der städtischen Sammelausgleichsfläche in Venauen (hier: nur investive Maßnahmen)

Auftrag

Baugesetzbuch, Bundesnaturschutzgesetz, Landschaftsgesetz, Rats- und Ausschussbeschlüsse

Zielgruppe

Bauherren und Investoren
Alle Bürger der Stadt als Nutzer
Rat und Ausschüsse

Ziele

Entwicklung einer gestalterisch ansprechenden Sülzau zur Erholungsnutzung für die Rösrather Bürger durch die Umsetzung von rechtlich vorgeschriebenem ökologischen Ausgleich.

Kenn- u. Messzahlen

Die Gesamtausgleichsfläche in Venauen beträgt ca. 10,3 Ha. Bislang wurden 22 Ausgleichsmaßnahmen umgesetzt, denen eine Fläche von insgesamt 48.000 m² zugeordnet wurde.

Erläuterungen

Die Sammelausgleichsfläche Venauen, im Rahmen der damaligen Errichtung des Gewerdeparks Scharrenbroich erworben, präsentiert sich heute neben ihrer Funktion als erforderlicher ökologischer Ausgleich auch als attraktive Erholungsfläche für die Rösrather Bürger, die von der Bevölkerung sehr gut angenommen wird. Durch den Wegebau in der Hauptachse ist ein Abschnitt der langfristig angedachten Fuß- und Radwegeverbindung zwischen Lehm bach und Rambrücken realisiert worden. Eine Weiterführung nach Norden (außerhalb der Ausgleichsfläche) scheitert zur Zeit an finanziellen Gesichtspunkten und dem fehlenden Eigentum der Flächen.

Die Summe der Ausgleichsflächen beträgt im Bereich zwischen Jahnstraße und Venauen ca. 10,3 Ha. Die ökologische Aufwertung wurde hier bereits durch eine Flächenextensivierung und die Durchführung von Pflanzmaßnahmen weitgehend umgesetzt und wird für zukünftige Ausgleichsmaßnahmen als sog. „Ökokonto“ vorgehalten. Zur Umsetzung anstehende Ausgleichsmaßnahmen werden der Fläche nach Erfordernis zugeordnet und die jeweils benötigten „Biotopwertpunkte“ werden vom Ökokonto „abgebucht“. Die Unterhaltung dieser Flächen beinhaltet auch eine zweimalige Mahd pro Jahr, die Abfallentsorgung und eine steigende Notwendigkeit zur Durchführung von Sonderreinigungen.

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	08	Fachbereich 4							
Produktbereich	13	Öffentl. Grün- und Waldflächen							
Produktgruppe	13.10	Öffentl. Grün- und Waldflächen							
Produkt	13.10.20	Landschaftspark Venauen							
Teilergebnisplan			Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
Ertrags- und Aufwandsarten									
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen			4.072,55	0	0	0	0	0	0
10 = Ordentliche Erträge			4.072,55	0	0	0	0	0	0
11 - Personalaufwendungen			21.561,21	22.460	22.990	22.990	23.200	23.420	23.640
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			7.008,77	5.000	6.500	5.200	5.300	5.300	5.300
17 = Ordentliche Aufwendungen			28.569,98	27.460	29.490	28.190	28.500	28.720	28.940
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit			-24.497,43	-27.460	-29.490	-28.190	-28.500	-28.720	-28.940
21 = Finanzergebnis			0,00	0	0	0	0	0	0
22 = Ordentliches Ergebnis			-24.497,43	-27.460	-29.490	-28.190	-28.500	-28.720	-28.940
25 = Außerordentliches Ergebnis			0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -			-24.497,43	-27.460	-29.490	-28.190	-28.500	-28.720	-28.940
29 = Ergebnis			-24.497,43	-27.460	-29.490	-28.190	-28.500	-28.720	-28.940

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	08	Fachbereich 4
Produktbereich	13	Öffentl. Grün- und Waldflächen
Produktgruppe	13.10	Öffentl. Grün- und Waldflächen
Produkt	13.10.20	Landschaftspark Venauen

Teilfinanzplan - Zahlungsübersicht		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Verpfl.- Ermächtigung	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
Ein- und Auszahlungsarten									
Investitionstätigkeit									
Einzahlungen									
18 + Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen		25.427,45	0	0	0	0	0	0	0
21 + Beiträge u.ä. Entgelte		17.802,15	0	62.000	0	0	0	0	0
23 = Einzahlungen aus Investitionstätigkeit		43.229,60	0	62.000	0	0	0	0	0
Auszahlungen									
25 - Baumaßnahmen		1.361,41	10.000	13.500	5.000	0	5.000	5.000	0
30 = Auszahlungen aus Investitionstätigkeit		1.361,41	10.000	13.500	5.000	0	5.000	5.000	0
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit		41.868,19	-10.000	48.500	-5.000	0	-5.000	-5.000	0

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	08	Fachbereich 4
Produktbereich	13	Öffentl. Grün- und Waldflächen
Produktgruppe	13.10	Öffentl. Grün- und Waldflächen
Produkt	13.10.20	Landschaftspark Venauen

Teilfinanzplan - einzelne Investitionsmaßnahmen	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Verpfl.- Ermächtigung	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016	Bisher bereitgestellt
Investitionsmaßnahmen oberhalb der Wertgrenze									
5000 Ausgleichsmaßnahmen									
21 + Beiträge u.ä. Entgelte	17.802,15	0	62.000	0	0	0	0	0	53.100
25 - Baumaßnahmen	0,00	10.000	13.500	5.000	0	5.000	5.000	0	0
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	17.802,15	-10.000	48.500	-5.000	0	-5.000	-5.000	0	53.100
5001 Agger_Sütlz_Korridor									
18 + Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	25.427,45	0	0	0	0	0	0	0	0
25 - Baumaßnahmen	1.361,41	0	0	0	0	0	0	0	0
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	24.066,04	0	0	0	0	0	0	0	0

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	08	Fachbereich 4
Produktbereich	14	Umweltschutz
Produktgruppe	14.10	Umweltschutz
Produkt	14.10.10	Umweltschutz

Beschreibung

Maßnahmen zur Sicherung und Verbesserung der Qualität von Boden, Gewässer und Luft Unterstützung und Förderung der Bereitschaft zum eigenen umweltgerechten Handeln durch Beratung und Information, Immissionsschutz, Artenschutzmaßnahmen, Umsetzung des Regionale 2010 - Projekts "Sanierung Teichanlage Eulenbroich", Abwicklung von Pflanzenmaßnahmen und Projekten der Grüngestaltung, Betreuung des Ausgleichsflächenpools und des Landschaftsparks Sülzaue Venauen (hier nur Unterhaltungsmaßnahmen)

Auftrag

Natur- und Landschaftsgesetz, Wasserhaushalts- und Landeswassergesetz, Landesabfallgesetz, Bundesimmissionsschutzgesetz, TALuft, EU-Wasserrahmenrichtlinie, EU-Richtlinie Umgebungslärm, Rats- und Ausschussbeschlüsse

Zielgruppe

Alle Einwohner der Gemeinde
Gewerbebetriebe
Rat und Ausschüsse

Ziele

Steigerung des Umweltbewusstseins und Stärkung des umweltbewussten Verhaltens
Schutz, Erhalt und Wiederherstellung naturnaher Gewässer und Steigerung der Wassergüte
Schutz des Bodens und Wiederherstellung natürlicher Bodenverhältnisse
Schutz von Menschen, Tieren und Pflanzen vor schädlichen Immissionen
Durchführung des Artenschutzprogramms (Amphibien) trotz schwierigerer Rahmenbedingungen

Kenn- u. Messzahlen

Aktionen zur Amphibienwanderung werden an 6 Stellen in der Stadt durchgeführt Es sind dabei im Durchschnitt 50-60 ehrenamtliche Helfer beteiligt, ohne die diese Aktion nicht durchführbar wäre. Im Rahmen der Unterhaltung des Ausgleichsflächenpools in Venauen werden ca. 10,3 Ha betreut.

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	08	Fachbereich 4
Produktbereich	14	Umweltschutz
Produktgruppe	14.10	Umweltschutz
Produkt	14.10.10	Umweltschutz

Teilergebnisplan							
Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	8.650,99	8.520	5.280	5.300	5.370	5.440	5.510
10 = Ordentliche Erträge	8.650,99	8.520	5.280	5.300	5.370	5.440	5.510
11 - Personalaufwendungen	70.599,80	74.000	68.440	68.440	69.100	69.770	70.440
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	11.003,26	10.260	10.860	10.700	10.780	10.830	10.840
15 - Transferaufwendungen	108.605,00	112.900	112.900	112.900	112.900	112.900	112.900
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	7.281,30	1.600	1.590	1.590	1.580	1.580	1.580
17 = Ordentliche Aufwendungen	197.489,36	198.760	193.790	193.630	194.360	195.080	195.760
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-188.838,37	-190.240	-188.510	-188.330	-188.990	-189.640	-190.250
21 = Finanzergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
22 = Ordentliches Ergebnis	-188.838,37	-190.240	-188.510	-188.330	-188.990	-189.640	-190.250
25 = Außerordentliches Ergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -	-188.838,37	-190.240	-188.510	-188.330	-188.990	-189.640	-190.250
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	11.810	11.930	12.050	12.170	12.290	12.410
29 = Ergebnis	-188.838,37	-202.050	-200.440	-200.380	-201.160	-201.930	-202.660

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	08	Fachbereich 4
----------------------	-----------	----------------------

Produktbereich	15	Wirtschaft und Tourismus
Produktgruppe	15.10	Wirtschaft und Tourismus
Produkt	15.10.10	Tourismus

Beschreibung

Das Produkt beinhaltet die touristische Öffentlichkeitsarbeit, die Mitgestaltung und Mitarbeit innerhalb der Naturarena Bergisches Land als Zusammenschluss der bergischen und oberbergischen Kommunen, die Zusammenarbeit mit der Gastronomie und der Hotellerie und die Entwicklung eigener Angebote.

Auftrag

Rat und Ausschüsse

Zielgruppe

Alle Bürger, insbesondere Anbieter in Gastronomie und Hotellerie
Externe Besucher der Stadt Rösrath

Ziele

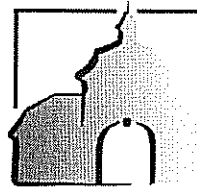
Stadtmarketing und Entwicklung eines attraktiven Angebotes im touristischen Bereich für Gäste, aber auch für die Bürger der Stadt. Entwicklung/Schärfung eines eigenen „Tourismus-Profiles“ der Stadt Rösrath unter Berücksichtigung der Möglichkeiten der Naturarena Bergisches Land.

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1 08 Fachbereich 4

Produktbereich 15 Wirtschaft und Tourismus
 Produktgruppe 15.10 Wirtschaft und Tourismus
 Produkt 15.10.10 Tourismus

<u>Teilergebnisplan</u>							
Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	195,80	0	0	0	0	0	0
10 = Ordentliche Erträge	195,80	0	0	0	0	0	0
11 - Personalaufwendungen	10.157,90	10.640	11.980	11.980	12.070	12.170	12.270
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	241,31	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
17 = Ordentliche Aufwendungen	10.399,21	12.640	13.980	13.980	14.070	14.170	14.270
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-10.203,41	-12.640	-13.980	-13.980	-14.070	-14.170	-14.270
21 = Finanzergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
22 = Ordentliches Ergebnis	-10.203,41	-12.640	-13.980	-13.980	-14.070	-14.170	-14.270
25 = Außerordentliches Ergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -	-10.203,41	-12.640	-13.980	-13.980	-14.070	-14.170	-14.270
29 = Ergebnis	-10.203,41	-12.640	-13.980	-13.980	-14.070	-14.170	-14.270



Budget 09

Fachbereich 5

Finanzen - Vermögen

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	09	Fachbereich 5
Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	01.60	Finanzmanagement u. Rechnungswesen
Produkt	01.60.10	Finanzmanagement u. Rechnungswesen

Beschreibung

Das Produkt Finanzmanagement und Rechnungswesen umfasst alle Maßnahmen der Haushaltsführung, der Haushaltsplanung, der Jahresrechnung, des Controlling und Berichtwesens, des Finanzierungsmanagements und der Liquiditätssteuerung, der Zahlungsabwicklung inkl. Buchführung und Verwahrungen, der Buchhaltung, der Vollstreckung. Darüber hinaus sämtliche Maßnahmen im Zusammenhang mit der Erhebung von Steuern und sonstigen Abgaben und Dienstleistungen der Finanzwirtschaft.

Auftrag

Gemeindeordnung, Gemeindehaushaltsverordnung, Gemeindefinanzierungsgesetz, NKF Einführungsgesetz, Finanzstatistik, Solidarbeitragsgesetz, Verwaltungsvollstreckungsgesetz, Zwangsversteigerungsgesetz, Konkursordnung, Insolvenzordnung, Abgabenordnung, Gewerbesteuergezet, Grundsteuergesetz, Bewertungsgesetz, Zivilprozessordnung, Satzungsrecht, Beschlüsse des Rates und des Hauptausschusses

Zielgruppe

Fachbereiche, Verwaltungsführung, Stadtrat, Einwohner und Betriebe, Kommunalaufsicht, Gemeindeprüfungsanstalt

Ziele

Rechtmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung Rechtmäßiger, vollständiger und wirtschaftlicher Kassenbetrieb Rechtmäßige, termingerechte und wirtschaftliche Steuer- und Abgabenabwicklung Erreichen des Haushaltsausgleichs

Messzahlen

	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012
durchschnittliche Bearbeitungszeit von Buchungsbelegen	Tage	0	1	1

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	09	Fachbereich 5
Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	01.60	Finanzmanagement u. Rechnungswesen
Produkt	01.60.10	Finanzmanagement u. Rechnungswesen

Erläuterungen

Kostenerstattungen und Umlagen beinhalten die Erstattung von Aufwendungen, die für die Musikschule im Rahmen der Finanzbuchhaltung und Haushaltsplanung /-abwicklung erbracht wurden.

Sonstige ordentliche Erträge setzen sich aus Vollstreckungsgebühren und Stundungszinsen zusammen. Die Ansätze wurden an die Ergebnisse der Vorjahre angepasst.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen beinhalten insbesondere die für die im Zusammenhang mit der Unterhaltung und Wartung im Bereich der EDV anfallenden Kosten.

Im Rahmen der **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** ist für neben den allgemeinen Geschäftsausgaben für den laufenden Betrieb sowie Aus- und Fortbildung der Mitarbeiter im Fachbereich ein besonderer Betrag für die Überörtlichen Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt zu berücksichtigen, der in 2011 noch nicht erforderlich war.

Im Bereich der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und der sonstigen ordentlichen Aufwendungen konnten zwar Einsparungen erzielt werden. Es besteht zwar noch ein besonderer Bedarf aufgrund der NKF-Umstellung z.B. im Rahmen der Unterstützung des Jahresabschlusses und des Gesamtabchlusses.
Hinzu kommt die erforderliche Unterstützung im Rahmen der Konzessionsverträge.

Erläuterungen zur Finanzierungstätigkeit

Im Rahmen des Produktes Finanzmanagement und Rechnungswesen werden auch Wohnungsbaudarlehen (an Mitarbeiter/innen, Bauträger und private Bauherren) abgewickelt.

Da die Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen jedoch als Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit abgebildet werden, wird dies nur im Gesamtfinanzplan dargestellt.

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	09	Fachbereich 5					
Produktbereich	01	Innere Verwaltung					
Produktgruppe	01.60	Finanzmanagement u. Rechnungswesen					
Produkt	01.60.10	Finanzmanagement u. Rechnungswesen					
Teilergebnisplan							
Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	393,60	200	200	200	210	220	230
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	8.180,00	6.880	0	0	0	0	0
7 + Sonstige ordentliche Erträge	194.669,66	400.710	186.000	190.810	194.630	198.530	202.510
10 = Ordentliche Erträge	203.243,26	407.790	186.200	191.010	194.840	198.750	202.740
11 - Personalaufwendungen	553.818,62	1.049.740	1.142.430	1.170.730	1.127.890	1.018.610	1.046.190
12 - Versorgungsaufwendungen	0,00	0	502.400	507.210	510.150	518.370	508.460
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	16.553,38	25.010	25.000	25.000	25.120	25.240	25.360
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	15.723,22	131.000	115.800	48.300	31.800	100.300	28.800
17 = Ordentliche Aufwendungen	586.095,22	1.205.750	1.785.630	1.751.240	1.694.960	1.662.520	1.608.810
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-382.851,96	-797.960	-1.599.430	-1.560.230	-1.500.120	-1.463.770	-1.406.070
19 + Finanzerträge	3.323,47	3.000	1.900	1.800	1.700	1.600	1.500
21 = Finanzergebnis	3.323,47	3.000	1.900	1.800	1.700	1.600	1.500
22 = Ordentliches Ergebnis	-379.528,49	-794.960	-1.597.530	-1.558.430	-1.498.420	-1.462.170	-1.404.570
25 = Außerordentliches Ergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -	-379.528,49	-794.960	-1.597.530	-1.558.430	-1.498.420	-1.462.170	-1.404.570
27 + Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	13.280	12.640	12.770	12.900	13.030	13.160
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	177.160	173.930	175.670	177.420	179.190	180.990
29 = Ergebnis	-379.528,49	-958.840	-1.758.820	-1.721.330	-1.662.940	-1.628.330	-1.572.400

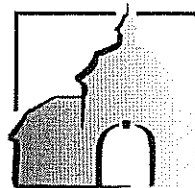
Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	09	Fachbereich 5
Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	01.60	Finanzmanagement u. Rechnungswesen
Produkt	01.60.10	Finanzmanagement u. Rechnungswesen

Teilfinanzplan - Zahlungsübersicht								
Ein- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Verpfl.- Ermächtigung	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
Investitionstätigkeit								
Einzahlungen								
22 + Sonstige Investitionseinzahlungen	6.551,09	5.900	4.100	3.200	0	3.000	2.400	2.200
23 = Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	6.551,09	5.900	4.100	3.200	0	3.000	2.400	2.200
Auszahlungen								
30 = Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0	0	0	0	0	0	0
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	6.551,09	5.900	4.100	3.200	0	3.000	2.400	2.200

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	09	Fachbereich 5									
Produktbereich	01	Innere Verwaltung									
Produktgruppe	01.60	Finanzmanagement u. Rechnungswesen									
Produkt	01.60.10	Finanzmanagement u. Rechnungswesen									
<u>Teilfinanzplan - einzelne Investitionsmaßnahmen</u>			Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Verpfl.- Ermächtigung	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016	Bisher bereitgestellt
Investitionsmaßnahmen oberhalb der Wertgrenze											
9000 Kredite/Darlehen											
22 + Sonstige Investitionseinzahlungen			6.551,09	5.900	4.100	3.200	0	3.000	2.400	2.200	2.249
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit			6.551,09	5.900	4.100	3.200	0	3.000	2.400	2.200	2.249



Budget 10

Fachbereich 6

Immobilienervice

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	10	Fachbereich 6							
Teilergebnisplan			Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz	Ansatz	Planungsjahr	Planungsjahr	Planungsjahr
Ertrags- und Aufwandsarten					Haushaltsjahr	Haushaltsjahr	2014	2015	2016
					2012	2013			
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen			792.952,44	328.000	944.900	944.900	944.900	944.900	944.900
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte			247.762,68	294.500	283.500	283.500	283.500	283.500	283.500
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen			17.063,59	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000
7 + Sonstige ordentliche Erträge			21.494,04	2.500	2.500	2.500	2.500	2.500	2.500
10 = Ordentliche Erträge			1.079.272,75	631.000	1.236.900	1.236.900	1.236.900	1.236.900	1.236.900
11 - Personalaufwendungen			974.021,81	1.036.080	1.026.710	1.026.710	1.036.910	1.047.220	1.057.630
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			4.238.494,75	3.173.980	3.542.290	3.525.950	3.297.890	3.547.940	3.334.040
14 - Bilanzielle Abschreibungen			0,00	1.444.830	1.437.000	1.436.000	1.436.000	1.402.000	1.402.000
15 - Transferaufwendungen			50.000,00	50.000	50.000	50.000	50.500	51.000	51.510
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen			461.348,33	530.460	544.750	539.750	540.210	540.750	541.290
17 = Ordentliche Aufwendungen			5.723.864,89	6.235.350	6.600.750	6.578.410	6.361.510	6.588.910	6.386.470
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit			-4.644.592,14	-5.604.350	-5.363.850	-5.341.510	-5.124.610	-5.352.010	-5.149.570
20 - Zinsen und ähnliche Aufwendungen			6.046,44	6.300	0	0	0	0	0
21 = Finanzergebnis			-6.046,44	-6.300	0	0	0	0	0
22 = Ordentliches Ergebnis			-4.650.638,58	-5.610.650	-5.363.850	-5.341.510	-5.124.610	-5.352.010	-5.149.570
25 = Außerordentliches Ergebnis			0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -			-4.650.638,58	-5.610.650	-5.363.850	-5.341.510	-5.124.610	-5.352.010	-5.149.570
27 + Erträge aus internen Leistungsbeziehungen			0,00	5.529.300	5.863.500	5.938.900	5.716.800	5.893.600	5.460.900
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			0,00	58.190	58.780	59.370	59.970	60.570	61.180
29 = Ergebnis			-4.650.638,58	-139.540	440.870	538.020	532.220	481.020	250.150

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	10	Fachbereich 6							
<u>Teilfinanzplan - Zahlungsübersicht</u>		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Verpfl.- Ermächtigung	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
Ein- und Auszahlungsarten									
Investitionstätigkeit									
Einzahlungen									
18 + Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen		2.263.820,18	122.400	349.600	0	0	0	0	0
19 + Veräußerung von Sachanlagen		5.000,00	0	0	0	0	0	0	0
23 = Einzahlungen aus Investitionstätigkeit		2.268.820,18	122.400	349.600	0	0	0	0	0
Auszahlungen									
24 - Erwerb von Grundstücken und Gebäuden		0,00	170.000	10.000	10.000	0	10.000	10.000	10.000
25 - Baumaßnahmen		3.216.305,27	941.500	312.400	310.500	1.202.100	855.000	513.100	400.000
26 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen		8.003,85	13.000	58.000	13.000	0	13.000	13.000	13.500
30 = Auszahlungen aus Investitionstätigkeit		3.224.309,12	1.124.500	380.400	333.500	1.202.100	878.000	536.100	423.500
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit		-955.488,94	-1.002.100	-30.800	-333.500	-1.202.100	-878.000	-536.100	-423.500

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	10	Fachbereich 6
Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	01.70	Zentrale Immobilienwirtschaft
Produkt	01.70.10	Immobilienverwaltung

Beschreibung

Bereitstellung und Betrieb der zur kommunalen Aufgabenerfüllung zur Verfügung stehenden Immobilien und Liegenschaften im Auftrag und für Rechnung der beauftragenden Fachbereiche mit Ausnahme des Mietflächenbestandes.

Auftrag

Die mengenmäßige Bereitstellung erfolgt auf der Grundlage der Anforderungen der beauftragenden Fachbereiche; gleiches gilt auch für besondere qualitative Anforderungen, die sich darüber hinaus auch aus besonderen Beschlüssen des Stadtrates und seiner Ausschüsse und der allgemeinen Rechtsordnung ergeben.

Zielgruppe

Unmittelbar: Fachbereiche 1 und 2 der Stadtverwaltung

Mittelbar: alle Bürgerinnen und Bürger und Bedienstete der Stadtverwaltung

Ziele

- Betriebs- und anforderungsgerechte Bereitstellung
- Werterhaltung
- Aufwandsminimierung

Messzahlen

	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012
Folgende Flächen werden bereitgestellt: (Bruttogeschossfläche gem. GPA Bericht)				
Büroflächen Verwaltung	QM	5.023	5.023	5.023
Grundschulen	QM	11.897	11.897	11.897
Schulen der Sekundarstufe	QM	29.169	29.169	29.169
Verbundschule	QM	3.082	3.082	3.082
Übrige schulische Anlagen (Sporthallen)	QM	11.903	11.903	11.903
Feuerwehrhäuser	QM	2.440	2.440	2.440
Stadtbücherei	QM	289	289	289
Notunterkünfte	QM	2.772	2.772	2.772
Asylbewerberwohnungen	QM	386	386	386
Sportstätten	QM	3.876	3.876	3.876
Mietflächen FB6	QM	2.513	2.513	2.513
Eigene Kindertagesstätten	QM	1.764	1.764	1.764

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	10	Fachbereich 6
Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	01.70	Zentrale Immobilienwirtschaft
Produkt	01.70.10	Immobilienverwaltung

Erläuterungen

In diesem Produkt sind alle für die kommunale Aufgabenerfüllung notwendigen Immobilien in städtischem Eigentum oder durch langfristige Anmietung gesicherte Einrichtungen enthalten. Der Bedarf für den Betrieb dieser Einrichtungen wird durch die operativ tätigen Fachbereiche getragen.

Die Haushaltsansätze des Jahres 2012 basieren auf der Grundlage der bestehenden Verträge zur Vermietung von kommunalen Liegenschaften (4 Wohnungen und 2 Tageseinrichtungen für Kinder) entsprechend den erzielbaren oder vereinbarten langfristig gebundenen Mieten.

Die Haushaltansätze für die zu leistenden Aufwendungen ergeben sich ebenfalls auf der Grundlage bestehender Lieferung- und Leistungsvereinbarungen für Elektrizität, Heizmedien, Gebäudereinigung und Außenanlagenpflege.

Für das Jahr 2012 erfolgt nach der weiteren Entwicklung des liberalisierten Gasmarktes die Neuvereinbarung zur Lieferung von Erdgas im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung (01.10.2012).

Die Auswirkungen dieser marktgerechten Preise können heute nur geschätzt werden, da eine Vielzahl von Einflussfaktoren außerhalb des Handlungs- und Einflussbereiches der Stadt Rösrath liegen.

Die Aufwendungen der baulichen Unterhaltung, die den altersbedingten Werteverzehr teilweise abfedern sollen, sind wie in den vergangenen Jahren nicht in Höhe der empfohlenen Werte veranschlagt. Damit geht ein weiterer Werteverzehr einher, wenn auch die geringfügige Steigerung gegenüber den vergangenen Jahren einzelne kleine Verbesserungsmaßnahmen ermöglicht und kleinere Substanzerhaltungsmaßnahmen möglich macht.

Energetische Sanierung Gebäudehüllen

Unter diesem Titel ist die Fortsetzung der energetischen Sanierung an den einzelnen Schulstandorten vorgesehen. Als nächster Schritt soll eine weitere Wärmedämmung an der Gemeinschaftsgrundschule Forsbach erfolgen.

Ausstattung Außenanlagenpflege

Durch die Anschaffung eines Gartentrucks wird die Außenanlagenpflege im Schulzentrum Freiherr-vom-Stein-Str. durch den verbesserten Einsatz des städtischen Personals den Nutzungsbedingungen angepasst.

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	10	Fachbereich 6
Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	01.70	Zentrale Immobilienwirtschaft
Produkt	01.70.10	Immobilienverwaltung

Haushaltssicherungskonzept - Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung - Bedingungen, Maßgaben und Auswirkungen

Nr.	Bereich	Konkrete Maßnahmenbeschreibung	Notwendige Verfahrensschritte	Mögliche Auswirkungen				
1	Versorgungsmedien	Einführung von Richttemperaturen in Räumen	Erlass einer Dienstanweisung und Veränderung der Steuerung der Heizungsanlagen	< 1 v.h. des bisherigen Aufwandes für Strom und Heizenergie In einem konkreten Fall wurde vom Nutzer die Richttemperatur nicht akzeptiert.				
	Erläuterungen: aus HSK 2010							
	Der Erlass der Dienstanweisung ist in Vorbereitung. Die Anpassung der Steuerung der Heizungsanlage erfolgt dann im Rahmen der Dienstanweisung. Eine Ermittlung der einzelnen Einsparbeträge für den Konsolidierungswert ist aufgrund der personalen Ausstattung derzeit nicht möglich. Die Haushaltsansätze berücksichtigen eine Steigerung von 1 v.H. aufgrund allgemeiner Preissteigerungen für Energie und liegen damit unter den empfohlenen Steigerungsraten.							
	Maximal erzielbarer Haushaltseffekt/Jahr - Konkrete Auswirkungen auf die Haushalts- und mittelfristige Ergebnisplanung							
	Planungsjahr:	Max.Wert/Jahr	2012	2013	2014	2015	in der vorliegenden Haushaltsplanung bereits berücksichtigt:	
	Konsolidierungswert	0 €	13.000 €	12.000 €	9.000 €	9.000 €	Ja	Nein
	Bisheriger Wert	-	808.000 €	810.000 €	814.980 €	823.030 €	Ja	Nein
	Neuer Wert	-	795.000 €	798.000 €	805.980 €	814.030 €	x	
2	Versorgungsmedien	Einführung eines Ressourcenverbrauchsmanagements in der Stadtverwaltung Rösrath	Erlass einer Dienstanweisung für Energiemanagement und Aufbau eines Berichtswesens zur Verbrauchserfassung und Kommunikation	< 1 v.h. des bisherigen Aufwandes Strom, Heizenergie, Ver- und Entsorgung				
	Erläuterungen: aus HSK 2010							
	Die Vorbereitung dieser Dienstanweisung sowie der Aufbau des entsprechenden Berichtswesens ist wegen der personalen Ausstattung z.Zt. nicht möglich. Daher kann kein Konsolidierungswert ausgewiesen werden. Die Haushaltsansätze berücksichtigen eine Steigerung von 1 v.H. aufgrund allgemeiner Preissteigerungen für Energie und liegen damit unter den empfohlenen Steigerungsraten.							
	Maximal erzielbarer Haushaltseffekt/Jahr - Konkrete Auswirkungen auf die Haushalts- und mittelfristige Ergebnisplanung							
	Planungsjahr:	Max.Wert/Jahr	2012	2013	2014	2015	in der vorliegenden Haushaltsplanung bereits berücksichtigt:	
	Konsolidierungswert	0 €	13.000 €	12.000 €	9.000 €	9.000 €	Ja	Nein
	Bisheriger Wert	-	808.000 €	810.000 €	814.980 €	823.030 €	Ja	Nein
	Neuer Wert	-	795.000 €	798.000 €	805.980 €	814.030 €	x	

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1 10 Fachbereich 6

Produktbereich 01 Innere Verwaltung
 Produktgruppe 01.70 Zentrale Immobilienwirtschaft
 Produkt 01.70.10 Immobilienverwaltung

Haushaltssicherungskonzept - Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung - Bedingungen, Maßgaben und Auswirkungen

Nr.	Bereich	Konkrete Maßnahmenbeschreibung	Notwendige Verfahrensschritte	Mögliche Auswirkungen			
3	Flächenmanagement Büroflächen	Abmietung von Teilflächen in Hoffnungsthal Mitte;	· Einführung eines Büroflächenmanagements; · Festlegung von Büroflächenstandards als Versorgungsgrundlage · Reduzierung des Raumbedarfs durch organisatorische Maßnahmen (Mehrfachnutzung eines Arbeitsplatzes) · Neue Arbeitszeit- und Arbeitsplatzmodelle· u.v.a.m. In Zuständigkeit des Fachbereiches 1	Max. 50 v.h. des von der GPA genannten Wertes, da für die wesentlichen Flächen in Hoffnungsthal Mitte noch langfristige Verträge gelten.			
	Erläuterungen: aus HSK 2010						
	Teilflächen wurden an das Jobcenter Rösrath untervermietet und hieraus ein Konsolidierungswert durch zusätzliche Erträge von 60.000 € erzielt.						
	Stellungnahme des Fachbereiches 1:						
	Grundsätzlich sollen keine weiteren Flächen angemietet werden, doch wegen der Entwicklung des Jobcenters mit einem ggf. Mehrbedarf an Räumlichkeiten kann zusätzlicher Raumbedarf für die Stadtverwaltung Rösrath, der anzumieten wäre, nicht ausgeschlossen werden.						
Maximal erzielbarer Haushaltseffekt/Jahr - Konkrete Auswirkungen auf die Haushalts- und mittelfristige Ergebnisplanung							
Planungsjahr:	Max.Wert/Jahr	2012	2013	2014	2015	in der vorliegenden Haushaltsplanung	
Konsolidierungswert	60.000 €	60.000 €	60.000 €	60.000 €	60.000 €	bereits berücksichtigt:	
Bisheriger Wert	-	419.710 €	419.710 €	419.710 €	419.710 €	Ja	Nein
Neuer Wert	-	359.710 €	359.710 €	359.710 €	359.710 €	x	

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	10	Fachbereich 6
Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	01.70	Zentrale Immobilienwirtschaft
Produkt	01.70.10	Immobilienverwaltung

Haushaltssicherungskonzept - Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung - Bedingungen, Maßgaben und Auswirkungen

Nr.	Bereich	Konkrete Maßnahmenbeschreibung	Notwendige Verfahrensschritte	Mögliche Auswirkungen			
	Flächenmanagement Schulflächen	Reduzierung der Flächen für die allgemeinbildenden Schulen ((am Standort Freiherr-vom-Stein-Straße)	Umsetzung kann wegen der Wirkung und Bedeutung nur auf der Grundlage von Stadtratsbeschlüssen erfolgen! · Erstellung einer Schulentwicklungsplanung (Wie sieht die Rösrather Schullandschaft 2020 aus?) · Festlegung von Maßnahmenritten zur Erreichung dieses Zieles · Abgleich des Raumbestandes mit den Notwendigkeiten der Maßnahmenritte · Konkrete Umsetzung von Maßnahmenritten oder Teilschritten In der Zuständigkeit des Fachbereiches 2	Verlust von autonom nutzbaren Unterrichtsflächen für die Volkshochschule und ergänzende sozialpädagogische Angebote am Schulzentrum Freiherr-vom-Stein-Straße.			
4	<u>Erläuterungen:</u> aus HSK 2010 Stellungnahme des Fachbereiches 2: derzeit erfolgt intensiv die Diskussion im Arbeitskreis Schulentwicklung über die Zukunft der weiterführenden Schulen in Rösrath. Der Bildungs-, Schul- und Sportausschuss hat in seiner Sitzung am 30.06.2011 den Konzeptüberlegungen zur Gemeinschaftsschule zugestimmt und den Arbeitskreis aufgefordert ein beschlussfähiges Konzept für eine Gemeinschaftsschule vorzulegen. Zwischenzeitlich hat die Landesregierung die Gesetzesänderung zur Sekundarschule verabschiedet. Dieses weicht von den bisherigen Überlegungen zur Gemeinschaftsschule ab. Entsprechend muss die Planung angepasst werden. Parallel bestehen Überlegungen zur Umsetzung eines „Campus zur Bildung“ welche den Ratsmitgliedern im Anschluss der letzten Ratssitzung vorgestellt wurden. Die Planungen zur Sekundarschule und eines „Campus zur Bildung“ müssen nun zusammengebracht und abgestimmt werden. Hierzu ist eine Absprache mit den Fraktionsvorsitzenden und dem Verwaltungsvorstand geplant ob der umfassende Weg eingeschlagen wird oder die Planung im bestehenden räumlichen Angebot erfolgen soll.						
Maximal erzielbarer Haushaltseffekt/Jahr - Konkrete Auswirkungen auf die Haushalts- und mittelfristige Ergebnisplanung							
Planungsjahr:	Max.Wert/Jahr	2012	2013	2014	2015	in der vorliegenden Haushaltsplanung bereits berücksichtigt:	
Konsolidierungswert	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €		
Bisheriger Wert	-	0 €	0 €	0 €	0 €	Ja	Nein
Neuer Wert	-	0 €	0 €	0 €	0 €		x

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	10	Fachbereich 6
Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	01.70	Zentrale Immobilienwirtschaft
Produkt	01.70.10	Immobilienverwaltung

Haushaltssicherungskonzept - Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung - Bedingungen, Maßgaben und Auswirkungen

Nr.	Bereich	Konkrete Maßnahmenbeschreibung	Notwendige Verfahrensschritte	Mögliche Auswirkungen				
	Reinigung	Reduzierung der Reinigungsstandards in den kommunalen Liegenschaften	Abstimmung mit den beauftragenden Fachbereichen; Information der Nutzer über die Reduzierungen; Information der zuständigen Ausschüsse über die Reduzierungen	Beschwerden der Nutzer über reduzierte Standards, z.B. wird der Reinigungsturnus in den Sporthallen nach Angaben des Auftragsfachbereiches durchschnittlich halbiert, Flurflächen in bestimmten Gebäuden auch nur noch jeden 2 Tag gereinigt.				
	Erläuterungen: aus HSK 2010							
5	Die europaweite Ausschreibung wurde 2010 durchgeführt und der Auftrag zum 01.01.2011 in 2 Losen neu vergeben. Für ein Los erfolgte in 2011 die Vertragsauflösung und freihändige Vergabe für ein Jahr, diese Leistungen sind 2012 erneut europaweit auszuschreiben. Die Leistungsreduzierungen führen zu Einschränkungen in der Nutzbarkeit, grundlegende Beschwerden liegen nicht vor.							
	Maximal erzielbarer Haushaltseffekt/Jahr - Konkrete Auswirkungen auf die Haushalts- und mittelfristige Ergebnisplanung							
	Planungsjahr:	Max.Wert/Jahr	2012	2013	2014	2015	in der vorliegenden Haushaltsplanung	
	Konsolidierungswert	0 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €	bereits berücksichtigt:	
	Bisheriger Wert	-	565.000 €	572.000 €	580.000 €	580.000 €	Ja	Nein
	Neuer Wert	-	465.000 €	472.000 €	480.000 €	480.000 €	x	

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	10	Fachbereich 6							
Produktbereich	01	Innere Verwaltung							
Produktgruppe	01.70	Zentrale Immobilienwirtschaft							
Produkt	01.70.10	Immobilienverwaltung							
Teilergebnisplan			Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz	Ansatz	Planungsjahr	Planungsjahr	Planungsjahr
Ertrags- und Aufwandsarten					Haushaltsjahr	Haushaltsjahr	2014	2015	2016
					2012	2013			
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen			792.952,44	328.000	944.900	944.900	944.900	944.900	944.900
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte			213.654,81	274.500	263.500	263.500	263.500	263.500	263.500
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen			17.063,59	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000
7 + Sonstige ordentliche Erträge			19.679,04	2.500	2.500	2.500	2.500	2.500	2.500
10 = Ordentliche Erträge			1.043.349,88	611.000	1.216.900	1.216.900	1.216.900	1.216.900	1.216.900
11 - Personalaufwendungen			943.681,93	977.170	990.130	990.130	1.000.000	1.009.970	1.020.040
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			4.144.731,09	3.065.720	3.428.770	3.406.270	3.177.040	3.426.730	3.213.320
14 - Bilanzielle Abschreibungen			0,00	1.444.830	1.437.000	1.436.000	1.436.000	1.402.000	1.402.000
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen			460.321,36	530.410	544.710	539.710	540.180	540.720	541.260
17 = Ordentliche Aufwendungen			5.548.734,38	6.018.130	6.400.610	6.372.110	6.153.220	6.379.420	6.176.620
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit			-4.505.384,50	-5.407.130	-5.183.710	-5.155.210	-4.936.320	-5.162.520	-4.959.720
20 - Zinsen und ähnliche Aufwendungen			6.046,44	6.300	0	0	0	0	0
21 = Finanzergebnis			-6.046,44	-6.300	0	0	0	0	0
22 = Ordentliches Ergebnis			-4.511.430,94	-5.413.430	-5.183.710	-5.155.210	-4.936.320	-5.162.520	-4.959.720
25 = Außerordentliches Ergebnis			0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -			-4.511.430,94	-5.413.430	-5.183.710	-5.155.210	-4.936.320	-5.162.520	-4.959.720
27 + Erträge aus internen Leistungsbeziehungen			0,00	5.529.300	5.863.500	5.938.900	5.716.800	5.893.600	5.460.900
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			0,00	44.690	45.140	45.590	46.050	46.510	46.980
29 = Ergebnis			-4.511.430,94	71.180	634.650	738.100	734.430	684.570	454.200

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	10	Fachbereich 6						
Produktbereich	01	Innere Verwaltung						
Produktgruppe	01.70	Zentrale Immobilienwirtschaft						
Produkt	01.70.10	Immobilienverwaltung						
Teilfinanzplan - Zahlungsübersicht								
Ein- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Verpfl.- Ermächtigung	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
Investitionstätigkeit								
Einzahlungen								
23 = Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen								
26 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	2.792,60	4.000	24.000	4.000	0	4.000	4.000	4.500
30 = Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	2.792,60	4.000	24.000	4.000	0	4.000	4.000	4.500
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	-2.792,60	-4.000	-24.000	-4.000	0	-4.000	-4.000	-4.500

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	10	Fachbereich 6									
Produktbereich	01	Innere Verwaltung									
Produktgruppe	01.70	Zentrale Immobilienwirtschaft									
Produkt	01.70.10	Immobilienverwaltung									
<u>Teilfinanzplan - einzelne Investitionsmaßnahmen</u>			Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Verpfl.- Ermächtigung	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016	Bisher bereitgestellt
Investitionsmaßnahmen oberhalb der Wertgrenze											
4000 Geringwertige Wirtschaftsgüter											
26 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen			2.792,60	2.000	2.000	2.000	0	2.000	2.000	2.500	-562
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit			-2.792,60	-2.000	-2.000	-2.000	0	-2.000	-2.000	-2.500	562
4100 Ausstattungs-/Vermögensgegenstände											
26 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen			0,00	2.000	22.000	2.000	0	2.000	2.000	2.000	-1.226
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit			0,00	-2.000	-22.000	-2.000	0	-2.000	-2.000	-2.000	1.226

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	10	Fachbereich 6
Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	01.70	Zentrale Immobilienwirtschaft
Produkt	01.70.20	Immobilienprojektierung

Beschreibung

Projektierung von für die kommunale Aufgabenerfüllung erforderlichen Immobilien und Liegenschaften sowie Bau, Errichtung, Sanierung, Umbau oder Erwerb der Immobilien und Liegenschaften. Verwertung nicht mehr benötigter Immobilien und Liegenschaften.

Auftrag

allgemeine Rechtsordnung, Beschlüsse des Stadtrates und Beauftragung durch einzelne Fachbereiche der Stadtverwaltung

Zielgruppe

Unmittelbar: Fachbereiche 1 und 2 der Stadtverwaltung, der Stadtrat Mittelbar: alle Bürgerinnen und Bürger und Bedienstete der Stadtverwaltung

Ziele

Anforderungsoptimierte Projektierung und budgetkonforme Realisierung

Kenn- u. Messzahlen

Ausführungsquote = geplante Auszahlungen für Baumaßnahmen im Verhältnis zum aktuellen Mittelabfluss Investitionsvolumen in € je Einwohner

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	10	Fachbereich 6
Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	01.70	Zentrale Immobilienwirtschaft
Produkt	01.70.20	Immobilienprojektierung

Erläuterungen

In diesem Produkt sind die einzelnen investiven Maßnahmen in Einzahlungen und Auszahlungen und die aktivierbaren Eigenleistungen dargestellt.
Für das Jahr 2012 sind dies nach derzeitigem Stand die nachfolgend kurz erläuterten Maßnahmen.

Kinderspielplätze

Unter diesem Titel ist der Ersatz von Spielgeräten auf verschiedenen Spielplätzen im Stadtgebiet vorgesehen, nachdem über Jahre keine Ersatzbeschaffungen vorgenommen wurden.

Umbau KGS Rösrath

Unter diesem Titel ist der Umbau der Pausenhalle für die Schaffung eines zusätzlichen Raums für eine weitere Gruppe der Offenen Ganztagschule vorgesehen.

Bau Lagerraum Sportanlage Freiherr-vom-Stein

Durch die Errichtung einer Doppelgarage werden Lagerraumflächen für Schule und Sportverein geschaffen, der Sportverein beteiligt sich an der Maßnahme mit 50 % der Kosten.

Ausbau der städtischen Kindertagesstätten im Rahmen des U3-Programms

Durch den mit Fördermitteln unterstützten Umbau der beiden städtischen Kindertagesstätten werden die räumlichen Voraussetzungen für die Betreuung der unter dreijährigen Kinder in diesen Einrichtungen verbessert.

Feuerwehrgebäude Rösrath und Forsbach

Nach der Vorlage der Bestands- und Strukturanalyse durch das beauftragte Planungsbüro hat eine Priorisierung der erforderlichen Maßnahmen durch Verwaltung und Politik stattgefunden. Die erforderlichen Maßnahmen sind über mehrere Haushaltsjahre verteilt worden.

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	10	Fachbereich 6					
Produktbereich	01	Innere Verwaltung					
Produktgruppe	01.70	Zentrale Immobilienwirtschaft					
Produkt	01.70.20	Immobilienprojektierung					
Teilergebnisplan							
Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
7 + Sonstige ordentliche Erträge	1.815,00	0	0	0	0	0	0
10 = Ordentliche Erträge	1.815,00	0	0	0	0	0	0
17 = Ordentliche Aufwendungen	0,00	0	0	0	0	0	0
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	1.815,00	0	0	0	0	0	0
21 = Finanzergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
22 = Ordentliches Ergebnis	1.815,00	0	0	0	0	0	0
25 = Außerordentliches Ergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -	1.815,00	0	0	0	0	0	0
29 = Ergebnis	1.815,00	0	0	0	0	0	0

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	10	Fachbereich 6
Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	01.70	Zentrale Immobilienwirtschaft
Produkt	01.70.20	Immobilienprojektierung

Teilfinanzplan - Zahlungsübersicht		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Verpfl.- Ermächtigung	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
Ein- und Auszahlungsarten									
Investitionstätigkeit									
Einzahlungen									
18 + Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen		2.263.820,18	122.400	349.600	0	0	0	0	0
23 = Einzahlungen aus Investitionstätigkeit		2.263.820,18	122.400	349.600	0	0	0	0	0
Auszahlungen									
24 - Erwerb von Grundstücken und Gebäuden		0,00	170.000	10.000	10.000	0	10.000	10.000	10.000
25 - Baumaßnahmen		3.216.305,27	941.500	312.400	310.500	1.202.100	855.000	513.100	400.000
26 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen		4.942,50	5.000	30.000	5.000	0	5.000	5.000	5.000
30 = Auszahlungen aus Investitionstätigkeit		3.221.247,77	1.116.500	352.400	325.500	1.202.100	870.000	528.100	415.000
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit		-957.427,59	-994.100	-2.800	-325.500	-1.202.100	-870.000	-528.100	-415.000

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1 10 Fachbereich 6

Produktbereich 01 Innere Verwaltung
 Produktgruppe 01.70 Zentrale Immobilienwirtschaft
 Produkt 01.70.20 Immobilienprojektierung

<u>Teilfinanzplan - einzelne Investitionsmaßnahmen</u>	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Verpfl.- Ermächtigung	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016	Bisher bereitgestellt
Investitionsmaßnahmen oberhalb der Wertgrenze									
100 Grundstücke									
24 - Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	170.000	10.000	10.000	0	10.000	10.000	10.000	-9.695
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	0,00	-170.000	-10.000	-10.000	0	-10.000	-10.000	-10.000	9.695
 4131 Feuerwehrgebäude Rösrath									
25 - Baumaßnahmen	0,00	50.000	0	0	0	0	100.000	300.000	0
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	0,00	-50.000	0	0	0	0	-100.000	-300.000	0
 4132 Feuerwehrgebäude Forsbach									
25 - Baumaßnahmen	0,00	25.000	0	234.000	1.202.100	755.000	213.100	0	0
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	0,00	-25.000	0	-234.000	-1.202.100	-755.000	-213.100	0	0
 4211 Katholische Grundschule Rösrath									
25 - Baumaßnahmen	0,00	0	40.000	0	0	0	200.000	0	0
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	0,00	0	-40.000	0	0	0	-200.000	0	0
 4213 Grundschule Forsbach									
18 + Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	30.000,00	0	0	0	0	0	0	0	0
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	30.000,00	0	0	0	0	0	0	0	0
 4220 Hauptschule									
25 - Baumaßnahmen	0,00	30.000	0	0	0	0	0	0	0
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	0,00	-30.000	0	0	0	0	0	0	0
 4230 Realschule									
25 - Baumaßnahmen	2.000,00	0	0	0	0	0	0	100.000	0
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	-2.000,00	0	0	0	0	0	0	-100.000	0

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	10	Fachbereich 6									
Produktbereich	01	Innere Verwaltung									
Produktgruppe	01.70	Zentrale Immobilienwirtschaft									
Produkt	01.70.20	Immobilienprojektierung									
<u>Teilfinanzplan - einzelne Investitionsmaßnahmen</u>			Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Verpfl.- Ermächtigung	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016	Bisher bereitgestellt
Investitionsmaßnahmen oberhalb der Wertgrenze											
4240 Gymnasium											
25 - Baumaßnahmen			0,00	112.000	0	76.500	0	100.000	0	0	0
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit			0,00	-112.000	0	-76.500	0	-100.000	0	0	0
4270 Lehrschwimmbecken											
18 + Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen			603.727,08	0	0	0	0	0	0	0	0
25 - Baumaßnahmen			638.303,45	0	0	0	0	0	0	0	0
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit			-34.576,37	0	0	0	0	0	0	0	0
4460 Kinderspielplätze											
25 - Baumaßnahmen			0,00	30.000	0	0	0	0	0	0	0
26 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen			4.942,50	5.000	30.000	5.000	0	5.000	5.000	5.000	0
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit			-4.942,50	-35.000	-30.000	-5.000	0	-5.000	-5.000	-5.000	0
4464 Kindertagesstätten											
18 + Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen			0,00	122.400	244.800	0	0	0	0	0	31.520
25 - Baumaßnahmen			0,00	147.000	257.400	0	0	0	0	0	0
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit			0,00	-24.600	-12.600	0	0	0	0	0	31.520
4560 Sportplatz Bergseen											
18 + Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen			280.500,00	0	0	0	0	0	0	0	0
25 - Baumaßnahmen			478.971,84	0	0	0	0	0	0	0	0
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit			-198.471,84	0	0	0	0	0	0	0	0
4561 Kugelstoßanlage											
25 - Baumaßnahmen			5.800,00	0	0	0	0	0	0	0	0
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit			-5.800,00	0	0	0	0	0	0	0	0
4562 Lagerraum Sportanlage Freiherr-vom-Stein											

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	10	Fachbereich 6								
Produktbereich	01	Innere Verwaltung								
Produktgruppe	01.70	Zentrale Immobilienwirtschaft								
Produkt	01.70.20	Immobilienprojektierung								
Teilfinanzplan - einzelne Investitionsmaßnahmen										
Investitionsmaßnahmen oberhalb der Wertgrenze	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Verpfl. - Ermächtigung	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016	Bisher bereitgestellt	
18 + Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0	7.500	0	0	0	0	0	0	
25 - Baumaßnahmen	0,00	0	15.000	0	0	0	0	0	0	
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	0,00	0	-7.500	0	0	0	0	0	0	
4800 Bensberger Str. 43										
25 - Baumaßnahmen	8.897,89	0	0	0	0	0	0	0	0	
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	-8.897,89	0	0	0	0	0	0	0	0	
4801 KLU Eulenbroich - Bildungswerkstatt										
18 + Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	1.349.593,10	0	97.300	0	0	0	0	0	0	
25 - Baumaßnahmen	2.082.332,09	547.500	0	0	0	0	0	0	-132.607	
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	-732.738,99	-547.500	97.300	0	0	0	0	0	132.607	

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	10	Fachbereich 6
Produktbereich	13	Öffentl. Grün- und Waldflächen
Produktgruppe	13.10	Öffentl. Grün- und Waldflächen
Produkt	13.10.10	Öffentl. Grün- und Waldflächen

Beschreibung

Bereitstellung und Betrieb der zur kommunalen Aufgabenerfüllung zur Verfügung stehenden Grünflächen, Parkflächen, Hochwasserschutzräume und Waldflächen

Auftrag

allgemeine Rechtsordnung, Gemeindeordnung, kommunales Abgabenrecht, Umweltrecht, Beschlüsse des Stadtrates

Zielgruppe

Unmittelbar: alle Bürgerinnen und Bürger

Ziele

Bewahrung der Schöpfung und Werterhaltung des kommunalen Besitzes, anforderungsgerechter Betrieb, intergenerative Gerechtigkeit durch Sicherung eines nachhaltigen Holzzuwachses, Schutz öffentlicher und privater Rechtsgüter durch ordnungsgemäßen Betrieb, Schaffung von landschafts- und naturgerechten Wirtschafts- und Waldflächen

Kenn- u. Messzahlen

Fläche der Grün- und Parkanlagen in 37.223 m², Städtischer Forstbesitz rd. 94 ha, wesentlich als Streubesitz, Fläche der bewirtschafteten Hochwasserschutzräume in 84.310 m²

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	10	Fachbereich 6
Produktbereich	13	Öffentl. Grün- und Waldflächen
Produktgruppe	13.10	Öffentl. Grün- und Waldflächen
Produkt	13.10.10	Öffentl. Grün- und Waldflächen

Erläuterungen

Die Erträge dieses Produktes resultieren aus den Erlösen durch Holzverkäufe aus dem städtischen Forstbesitz und zukünftige aus Miet- und Pachteinnahmen, die aus den städtischen Eigentumsflächen der Land- und Forstwirtschaft erzielt werden - siehe hierzu auch die Erläuterung zu Produkt 01.70.10.

Die Aufwendungen beinhalten

- den Aufwand für die Unterhaltung und Pflege der städtischen Parkanlagen (Rasenschnitt, Beetpflege, Gehölzpflege und -schnitt) durch die Stadtwerke Rösrath.
- die Aufwendungen für die Unterhaltung und den Betrieb der städtischen Hochwasserschutzräume in Venauen, Rösrath/Menzlingen und Scharrenbroich auf der Grundlage der wasserrechtlichen Genehmigungsverpflichtungen
- Aufwendungen für die Bewirtschaftung der Forstflächen durch den Landesbetrieb Wald und Holz.

Wesentlicher Aufwandsblock in diesem Produkt ist die zur Zeit noch gebührenrechtlich relevante Erstattung eines Betrages von 50.000 Euro für den Erholungs- und Parkcharakter der Friedhöfe.

Ziel der Bewirtschaftung dieses Produktes ist es, diejenigen Aufwendungen, die nicht durch Gesetz, Gebührenrecht oder Genehmigungen oder unmittelbar auf die Parkanlagen entfallen, durch ordentliche Erträge aus dem Betrieb der zugeordneten Immobilien zu decken.

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	10	Fachbereich 6					
Produktbereich	13	Öffentl. Grün- und Waldflächen					
Produktgruppe	13.10	Öffentl. Grün- und Waldflächen					
Produkt	13.10.10	Öffentl. Grün- und Waldflächen					
Teilergebnisplan							
Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	34.107,87	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
10 = Ordentliche Erträge	34.107,87	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
11 - Personalaufwendungen	30.339,88	58.910	36.580	36.580	36.910	37.250	37.590
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	93.763,66	108.260	113.520	119.680	120.850	121.210	120.720
15 - Transferaufwendungen	50.000,00	50.000	50.000	50.000	50.500	51.000	51.510
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.026,97	50	40	40	30	30	30
17 = Ordentliche Aufwendungen	175.130,51	217.220	200.140	206.300	208.290	209.490	209.850
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-141.022,64	-197.220	-180.140	-186.300	-188.290	-189.490	-189.850
21 = Finanzergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
22 = Ordentliches Ergebnis	-141.022,64	-197.220	-180.140	-186.300	-188.290	-189.490	-189.850
25 = Außerordentliches Ergebnis	0,00	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -	-141.022,64	-197.220	-180.140	-186.300	-188.290	-189.490	-189.850
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	13.500	13.640	13.780	13.920	14.060	14.200
29 = Ergebnis	-141.022,64	-210.720	-193.780	-200.080	-202.210	-203.550	-204.050

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	10	Fachbereich 6
Produktbereich	13	Öffentl. Grün- und Waldflächen
Produktgruppe	13.10	Öffentl. Grün- und Waldflächen
Produkt	13.10.10	Öffentl. Grün- und Waldflächen

Teilfinanzplan - Zahlungsübersicht		Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Verpfl.- Ermächtigung	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016
Ein- und Auszahlungsarten									
Investitionstätigkeit									
Einzahlungen									
19 + Veräußerung von Sachanlagen		5.000,00	0	0	0	0	0	0	0
23 = Einzahlungen aus Investitionstätigkeit		5.000,00	0	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen									
26 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen		268,75	4.000	4.000	4.000	0	4.000	4.000	4.000
30 = Auszahlungen aus Investitionstätigkeit		268,75	4.000	4.000	4.000	0	4.000	4.000	4.000
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit		4.731,25	-4.000	-4.000	-4.000	0	-4.000	-4.000	-4.000

Doppischer Budgetplan 2012

Budgetebene 1	10	Fachbereich 6
Produktbereich	13	Öffentl. Grün- und Waldflächen
Produktgruppe	13.10	Öffentl. Grün- und Waldflächen
Produkt	13.10.10	Öffentl. Grün- und Waldflächen

Teilfinanzplan - einzelne Investitionsmaßnahmen	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz Haushaltsjahr 2012	Ansatz Haushaltsjahr 2013	Verpfl.- Ermächtigung	Planungsjahr 2014	Planungsjahr 2015	Planungsjahr 2016	Bisher bereitgestellt
Investitionsmaßnahmen oberhalb der Wertgrenze									
100 Grundstücke									
19 + Veräußerung von Sachanlagen	5.000,00	0	0	0	0	0	0	0	3.145
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	5.000,00	0	0	0	0	0	0	0	3.145
4000 Geringwertige Wirtschaftsgüter									
26 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	268,75	2.000	2.000	2.000	0	2.000	2.000	2.000	0
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	-268,75	-2.000	-2.000	-2.000	0	-2.000	-2.000	-2.000	0
4100 Ausstattungs-/Vermögensgegenstände									
26 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	2.000	2.000	2.000	0	2.000	2.000	2.000	0
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	0,00	-2.000	-2.000	-2.000	0	-2.000	-2.000	-2.000	0